Montag, 18. Juni 1984 - D **

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 140 - 25. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Honecker: Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt rechnet fest mit einem Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker noch in diesem Jahr. Seines Erachtens sei der Besuch mit der Sowjetführung abgesprochen, so daß von jener Seite keine Schwierigkeiten zu erwarten seien. (S. 8)

„DDR"-Etat: Für die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, gewissen Bedarfsgütern sowie öffentlichen Verkehrsmitteln hat die „DDR" im vergangenen Jahr rund 21,8 Milliarden (Ost-)Mark ausgegeben.

Bundesverfassungsgericht: Präsident Zeidler sagt eine „Katastrophe" voraus, falls die Zahl der Verfassungsbeschwerden weiter anschwillt. Waren es 1975 noch 1500, so sind es mittlerweile fast 4000 im Jahr. (S. 4)

Niederlande: Den Haag strebt einen bilateralen Gipfel mit der UdSSR an, um die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa zu erörtern.

Kanada: Der frühere Finanzminister John Turner wird neuer Ministerpräsident. Die Liberalen wählten ihn im zweiten Wahlgang zum Parteivorsitzenden und damit zum Nachfolger Pierre Elliott Trudeaus. (S. 7)

Uruguay: Bei der Rückkehr aus elfjährigem Exil ist der Oppositionspolitiker Wilson Ferreira Aldunate festgenommen worden. Er war trotz einer Warnung des Militärregimes eingereist. Die Militärs hatten ihn Anfang der 70er Jahre der Subversion bezichtigt.

Deserteure: Großbritannien hat zwei sowjetischen Soldaten, die in Afghanistan zu den Widerstandskämpfern übergelaufen waren, für ein Jahr Asyl gewährt. – In Pakistan kamen sechs Kinder ums Leben, als afghanische Flugzeuge einen Hügel auf pakistanischem Gebiet in der Nähe der Grenze bombardierten.

Heute: Carstens eröffnet 19. Weltpostkongreß in Hamburg. – IG-Metall-Vorstand berät in Frankfurt über Schlichtung.

An die Leser und Inserenten der WELT

Wegen des verschärften Streiks der IG Druck und Papier kann die WELT auch heute nur mit eingeschränktem Umfang erscheinen. Das betrifft den redaktionellen Text, wie zum Beispiel die Berichterstattung über die Europawahlen und die Fußball-Europameisterschaft, ebenso wie die Anzeigen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Osthandel: Mehr Phantasie in den Handelsbeziehungen mit dem Ostblock fordert DIHT-Präsident Wolff. Neue Kooperationsformen, Spezialisierungsabsprachen, Zusammenarbeit auf Drittmärkten und verstärkter Austausch von Know-how seien erforderlich, um nach der Stagnation seit Beginn der 80er Jahre wieder Zuwachsraten zu erreichen. (S. 9)

VEBA: Nach einem verlustreichen 1982 kam die Konsolidierung der Finanz- und Ertragsituation im vergangenen Jahr ein gutes Stück voran. Der Konzernumsatz (ohne Mineralölsteuer) stieg auf 19,340 Milliarden DM von 18,563 im Vorjahr.

Transatlantik-Kabel: 29 Organisationen aus Europa und Nordamerika haben sich auf den Bau eines 6657 Kilometer langen Transatlantik-Glasfaser-Kabels geeinigt. Die Projektkosten betragen rund 335 Millionen Dollar.

KULTUR

„Fanny und Alexander": Bergmans mit vier „Oscars" prämierter Film wurde auch dreimal mit der höchsten italienischen Auszeichnung, dem „David", geehrt.

Kein Alleingang: Die Kultusminister der Länder haben sich darauf geeinigt, daß es bei der seit langem erörterten Reform der Rechtschreibung nur ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen deutschsprachigen Staaten geben könne. (S. 15)

Die Eliten der Welt

Eliten in der UdSSR und der „DDR": Ideologie und Praxis stehen auf Kriegsfuß miteinander. Beide Staaten haben zwei Formen von Führung entwickelt. Die Partei-Elite ist im Besitz der politischen Macht. Die wissenschaftlich-technische Elite ist eine Auslese „zweiter Wahl" – Konfliktstoff der Zukunft? – Eine weitere Folge der WELT-Serie. Seite 6

SPORT

Fußball: In ihrem zweiten Spiel der Europameisterschaft in Frankreich besiegte die deutsche Elf Rumänien 2:1 (1:0). Der Bremer Rudi Völler erzielte beide Treffer. (S. 11 und 12)

Leichtathletik: Deutschlands Asse jagen den Olympianormen hinterher. Beste Leistung bei einem Mehrländerkampf in Hannover: Claudia Losch erreichte im Kugelstoßen 20,55 m. (S. 13)

Rudern: Der Hamburger Peter-Michael Kolbe unterlag im Einer-Rennen der traditionellen Rotsee-Regatta dem Finnen Karppinen. Kolbe hatte im Ziel zwei Bootslängen Rückstand. (S. 12)

Motorsport: Das 24-Stunden-Rennen von Le Mans forderte erneut ein Menschenleben. Bei einem Unfall des Engländers John Sheldon starb ein Streckenposten. Sheldon wurde schwer verletzt.

AUS ALLER WELT

Vorsicht im Ausland: Rund 700 Deutsche sitzen zur Zeit in ausländischen Gefängnissen, weil sie auf Reisen gegen Bestimmungen oder Gesetze des Gastlandes verstoßen haben. Für die Urlaubszeit hat das Auswärtige Amt eine Broschüre zusammengestellt, die über die Risiken aufklärt. (S. 16)

Strahlentod: In Marokko starben sechs Personen an radioaktiver Verseuchung. Sie waren mit einem aus einer Fabrik entwendeten radioaktiven Eisenteil in Berührung gekommen. (S. 16)

Wetter: Bewölkt mit Aufheiterungen. 17 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Ende ohne Wende – Hatto H. Schmitt über das Versanden der Hochschulreformen S. 2

Hamburg: Der Versuch, die Gesamtschule Farmsen-Berne zu retten. Von Uwe Bahnsen S. 3

Berlin: Eine Umfrage macht dem Regierenden Bürgermeister Diepgen Hoffnung für 1985 S. 4

Frankreich: Bei Creusot-Loire geht es um 30 000 Arbeitsplätze. Hilft die Regierung? S. 5

Indien: Sikhs-Proteste weiten sich aus; Morddrohungen gegen Frau Gandhi S. 7

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Fernsehen: Ein neuer TV-Held aus Hawaii – Tom Selleck alias „Magnum" S. 7

Energiewirtschaft: Gaspreise im Gespräch – Leitartikel von Hans Baumann S. 9

Pankraz: Geißler-Adlatus Warnfried Dettling und das Netz der Nachbarschaftshilfe S. 15

Neapel: Wieder häufen sich die Probleme – diesmal Korruption bei der Müllabfuhr S. 16

Europa-Wahl: Union stärkste Partei. Grüne überrunden FDP

Geringere Wahlbeteiligung wertet Stammwählerschaft der kleinen Parteien auf

DW. Bonn

Das Bonner Regierungslager hat bei den Wahlen zum Europäischen Parlament Verluste hinnehmen müssen, die Union blieb aber stärkste Partei. Die ersten Hochrechnungen der Fernsehanstalten signalisierten gestern abend der FDP den Wiedereinzug in das Straßburger Parlament. Um 22 Uhr ermittelte das ZDF für die FDP einen Stimmenanteil von 5,0 Prozent. Die Grünen, so die Ergebnisse der Meinungsinstitute, überflügelten die Freien Demokraten bei weitem. Stimmenverluste wurden auch für die Sozialdemokraten errechnet, die die Europawahl zu einer Art Abstimmung über die Politik der CDU/CSU-Koalition in Bonn hochstilisiert hatten. Wahlforscher vertraten die Auffassung, die offensichtlich geringere Wahlbeteiligung habe die Stammwählerschaft der kleinen Parteien aufgewertet.

In der Mehrzahl der EG-Länder – darunter auch in der Bundesrepublik Deutschland – lag die Beteiligung niedriger als vor fünf Jahren. Damals hatten insgesamt 65,7 Prozent der deutschen Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben.

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) nannte gestern abend die errechnete Wahlbeteiligung in den Ländern, die bereits am vergangenen Donnerstag gewählt hatten – nämlich Großbritannien, Irland, Dänemark und die Niederlande. Nach diesen Berechnungen ging die Beteiligung in Großbritannien, Irland und den Niederlanden zurück, am deutlichsten in Irland. Im einzelnen: Großbritannien 31,0 Prozent (1979: 32,5), Irland 48,0 Prozent (63,6), Niederlande 54,6 Prozent (58,1). In Dänemark war das Interesse größer: 54,3 Prozent (47,8). Dabei zeigte sich, daß die Europa-Gegner zu den Gewinnern zählen. In Frankreich zeichnete sich eine Beteiligung ab, die leicht über der von 1979 lag (60,8). In Italien gaben weniger Bürger ihre Stimme ab als vor fünf Jahren, als 86 Prozent wählten.

Mit einer hohen Wahlbeteiligung wurde in Luxemburg gerechnet, wo gesetzliche Wahlpflicht besteht und gleichzeitig über ein nationales Parlament abgestimmt wurde. Reges Interesse wurde auch in Griechenland registriert, wo bis zum späten Nachmittag rund 70 Prozent der eingetragenen Wähler ihrer Wahlpflicht nachgekommen waren.

Vor Wahllokalen in der Bundesrepublik Deutschland veranstalteten Teile der „Friedensbewegung" eine sogenannte Volksbefragung über die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen. Jo Leinen vom Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung" meinte, mehr als die Hälfte der Europawähler hätten auch bei der Befragung mitgemacht.

In der Bundesrepublik Deutschland waren 44,2 Millionen Bürger aufgerufen, die 78 direktgewählten deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu bestimmen. Insgesamt bewarben sich 14 Parteien und Gruppierungen um die Gunst der Wähler. 1979 hatte die SPD 34 (40,8 Prozent), die CDU 32 (39,1 Prozent), die CSU acht (10,1 Prozent) und die FDP vier (6,0 Prozent) direktgewählte Abgeordnete ins Europäische Parlament entsandt. Die Grünen waren damals mit 3,2 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert.

DER KOMMENTAR

Wahlen in Europa

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Polen haben gestern auf ihre Weise zur Europa-Wahl beigetragen. Sie waren aufgerufen, die Gemeinde- und Regionalräte zu wählen, wobei ihnen das in kommunistisch regierten Ländern übliche Verfahren der Einheitsliste nicht etwa erlaubte, über politische Alternativen abzustimmen, sondern ihnen nur die Möglichkeit einräumte, von jeweils zwei regimetreuen Bewerbern pro Mandat einem den Zuschlag zu geben. Eine solche Scheinwahl wäre nicht der Rede wert; doch zum erstenmal seit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 hatten die Polen gestern eine Gelegenheit, durch ihr Wahlverhalten erkennen zu geben, wie sie zu dem Regime des Generals Jaruzelski stehen.

Die Wahlergebnisse wird man erst am Dienstag erfahren. Doch bereits unmittelbar vor dem Wahlsonntag haben sich Dinge ereignet, die den General als den großen Verlierer abstempeln. Es gehört zum kommunistischen Wahlkult, daß die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch zu sein und die Zustimmungsquote zur Einheitsliste haardünn unter der 100-Prozent-Marke zu liegen hat. Diesmal hat sich das Generalsregime jedoch an der Wahlbeteiligung nicht nur zwei oder fünf oder – Weh und Ach – zehn Prozent, sondern von vornherein bis zu 35 Prozent abgeschminkt. Der Grund: Die verbotene „Solidarnosc" hat zum Boykott aufgerufen. Da die Ergebniszahlen, die amtlich bekanntgegeben werden, ohnehin keine Glaubwürdigkeit verdienen, wird es das entscheidende Faktum bleiben, daß die Regierung trotz aller Repression einen Boykott von 35 Prozent der Wähler für möglich gehalten hat. Für Partei und Regierung ist das geradezu eine Ungeheuerlichkeit.

Schlimmer noch: Die katholische Kirche, ansonsten unter Kardinal Glemp um ein Mindestmaß an Erträglichkeit im Verhältnis zwischen Regime und Bevölkerung bemüht, hat sich eindeutig auf die Seite der drangsalierten Menschen geschlagen. Die Bischöfe, in Radom versammelt, huldigten nicht dem General, sondern dem heiligen Kasimir, Schutzpatron von Polen und Litauen. Im Land des katholischen Volkes der Polen ist das die wirksamste Form des Wahlboykotts.

Europa ist nicht nur die EG. Auch Polen ist Europa. Die geknebelte „Solidarnosc" ist bis in die Seele hinein eine europäische Erscheinung, so wie auch das polnische Volk alle seine Hoffnungen auf ein solidarisches Europa setzt. Das ist der fortwirkende Sinn dieses Wahltages 17. Juni 1984.

USA: Tür zu Gesprächen ist offen

Washington bereit, mit den Sowjets über Anti-Satelliten-Waffen zu verhandeln

DW. Bonn

Als „deutlichen Wandel im Tonfall", aber nicht „in der politischen Linie" wird in Washington die von US-Präsident Ronald Reagan erklärte Bereitschaft zu einem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen betrachtet. Reagans Abkehr von bisherigen Vorbedingungen für ein solches Treffen solle dem Drängen aus den eigenen Reihen und von Verbündeten auf Entspannungssignale entgegenkommen. Der Eindruck einer flexibleren Haltung wurde noch verstärkt, als der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, erklärte, die US-Regierung sei zu Verhandlungen über Satellitenabwehrwaffen bereit.

TH. KIELINGER, Washington

Obwohl nicht davon überzeugt, daß die Sowjets kurzfristig darauf eingehen, bereitet die amerikanische *Administration umfangreiche* Vorschläge zu neuen Abrüstungsverhandlungen über Anti-Satelliten-Waffen (ASAT) vor. Diese Vorschläge sollen unter anderem vorsehen:

- Beschränkung der ASAT-Technologie auf nur ein tatsächlich disloziertes System,
- Ächtung aller Waffen, die die in hohen Erdumlaufbahnen kreisenden Satelliten treffen könnten. Diese Satelliten üben wichtige Frühwarnfunktionen aus und bilden das Nervenzentrum für den Einsatz und die Lenkung nuklearer Gegenschläge.
- Absprache über die Nichtbelästigung der gegenseitigen Satellitenaufklärung,
- vertrauensbildende Maßnahmen, wie etwa die jeweilige Anmeldung von Satellitenstarts.

Bislang hatte Washington sich lediglich interessiert gezeigt, über das Thema der Weltraumwaffen mit Moskau „Gespräche zu führen". Die Sowjets verlangten dagegen nach regelrechten Abrüstungsverhandlungen über die ASAT-Thematik. Amerikanische Experten charakterisierten diese Vorschläge als Versuch, die USA *auf einem technologischen Feld* zu bremsen, auf dem Moskau zurückzubleiben droht.

Zwar haben die Sowjets seit zehn Jahren ein eigenes Anti-Satelliten-Waffen-System („Galosch") installiert, während die Amerikaner erst in jüngster Zeit ihre Forschungen auf diesem Gebiet vorangetrieben haben. Aber das geplante amerikanische System – Abfeuern einer Anti-Satelliten-Rakete mit steuerbarem Lenkkopf von einem bis an die Stratosphäre fliegenden F-15-Bomber – gilt als technisch weit überlegen.

Zudem haben die USA mit einem vor zehn Tagen erfolgreich verlaufenen Versuch demonstriert, daß sie bereits die Defensiv-Technik zur Zerstörung eines anfliegenden feindlichen Sprengkopfes besitzen, – die Rakete, die die Rakete zerstört (WELT v. 13. Juni). Diese Technik, so heißt es in Washington, ließe sich zukünftig auch zum Ausschalten feindlicher Satelliten anwenden.

Die nun bekanntgewordenen Pläne der Administration, den Bereich der ASAT-Waffen den Sowjets zur Verhandlung anzubieten, verdeutlichen, *wie stark der politische Druck* geworden ist, der Präsident Reagan in den Dialog mit Moskau zurückdrängen will. Hinter der Ankündigung von Larry Speakes, daß die „Tür für Gespräche offen ist", liegen nüchterne taktische Erwägungen.

● Fortsetzung Seite 8

Sozialgericht Bremen: Geld für Kurzarbeiter

DW. Bremen/Bonn

Das Sozialgericht Bremen hat in einer einstweiligen Verfügung gegen die Bundesanstalt für Arbeit beschlossen, daß das Arbeitsamt Bremen den mehr als 5000 mittelbar vom Arbeitskampf betroffenen Beschäftigten des Daimler-Benz-Werks Bremen unverzüglich Kurzarbeitergeld auszuzahlen hat. Der Spruch der Richter geht damit nach Angaben des Bremer Arbeitssenators Claus Grobecker (SPD) über den des Frankfurter Sozialgerichts vom vergangenen Dienstag hinaus.

Das Frankfurter Gericht hatte zwar den Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, mittelbar vom Arbeitskampf Betroffenen kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, ausgesetzt. Es lehnte jedoch den Antrag der Gewerkschaft auf Zahlung des Kurzarbeitergeldes ab. Über einen Widerspruch der Bundesanstalt gegen das Frankfurter Urteil hat das hessische Landessozialgericht Darmstadt noch nicht entschieden. Grobecker erklärte, der Bremer Spruch habe den Rechtsfrieden und die Kampfparität in den Tarifauseinandersetzungen wiederhergestellt. Das Sozialgericht habe damit insbesondere den Bundesarbeitsminister widerlegt, der „zu Unrecht gegen den Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit nicht per Rechtsaufsicht eingeschritten" sei.

Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie im Unterwesergebiet, Ortwin Baum, nannte die Entscheidung „materiell falsch". Damit würde die Bundesanstalt für Arbeit zur „Hilfskasse der Gewerkschaft".

Seite 8: Streik

ÖTV-Delegierte schrien Blüm in München nieder

gba. München

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist von den Delegierten des ÖTV-Gewerkschaftstages in München beim Grußwort niedergeschrien worden. Seine viertelstündige Rede wurde immer wieder durch Zwischenrufe und Tumulte gestört. Etwa 200 der rund 1500 Teilnehmer des Kongresses verließen schon bei den ersten Worten des Arbeitsministers den Saal in der Bayernhalle.

Blüm wurde von einem Großteil der Gewerkschafter sogar ausgepfiffen, als er an den Arbeiteraufstand in Mitteldeutschland am 17. Juni 1953 erinnerte und versicherte, diese Bundesregierung werde an der Seite der Gewerkschaften stehen, wenn es darum gehe, gegen die Inhaftierung von Arbeiterführern zu protestieren. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hatte zuvor an die Unterdrückung der Gewerkschaften in Polen und in der Türkei erinnert.

In seiner trotz der Störungen zuende gebrachten Rede appellierte der Bundesarbeitsminister an die Tarifparteien, den Arbeitskampf in der Metallindustrie und im Druckgewerbe bald zu beenden. „Ein Kompromiß ist keine Schande", rief Blüm. Nur Klassenkämpfer könnten ohne Kompromiß auskommen. Blüm mahnte, bei allen Meinungsverschiedenheiten daran zu denken, daß der Gedanke der Einheitsgewerkschaft nicht Schaden erleide. Als „Ende der Einheitsgewerkschaft" bezeichnete er Veröffentlichungen wie in der Mitgliederzeitung der IG Metall, in denen die Bundesregierung „in die Nähe des Faschismus gerückt" werde.

Glemp verschärft Kritik am Regime

Polens Bischöfe bleiben geschlossen der „Wahl" fern / Erklärung zur Lage Gefangener

DW. Warschau

Mit einem demonstrativen Schritt haben die polnischen Bischöfe die „Wahlen" zu den regionalen Vertretungen begleitet: Alle 80 Mitglieder des Episkopats versammelten sich in Radom, um gemeinsam den Wahlurnen fernzubleiben.

Die Warschauer Führung hatte in den vergangenene Wochen mehrmals versucht, die Oberhirten zu einem *Aufruf für eine Teilnahme an den „Wahlen" zu gewinnen. Die Bischöfe* widersetzten sich einer solchen Forderung. Kritisiert wurde von ihrer Seite lediglich der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko, der während einer Predigt einen „Wahlboykott" verlangt hatte.

Am Vorabend des Wahlgangs hatte der Primas der katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, unter dem lebhaften Beifall von mehr als 30 000 Gläubigen in Radom während einer Messe zu Ehren des heiligen Kasimir das Warschauer Regime zur Freilassung aller politischen Häftlinge aufgefordert. Glemp: „Es reicht manchmal schon, einer feindlichen Haltung gegenüber der Führung verdächtigt zu werden, um so Repressionen ausgesetzt zu sein. Für ein so armes Land haben wir zu viele Gefangene. Wir brauchen keine Gefangenen. Leute, die Verantwortungsgefühl für das Vaterland haben, und solche gibt es auf beiden Seiten, wissen, daß die Verhafteten und Gefangenen so schnell wie möglich freigelassen werden müssen." Und direkt an die politische Führung gerichtet fügte Glemp hinzu: „Da wir unter einem gemeinsamen Dach leben müssen, stellt sich die Frage, ob wir nicht aktiv Einfluß nehmen sollen, daß es keine Repressionen mehr gibt, damit der Wille zur Vereinigung dessen, was geteilt ist, geweckt wird. Muß man denn immer das unterstreichen, was uns trennt, und nicht das, was uns vereint?" In den vergangenen Wochen hat sich die Zahl der politischen Häftlinge in Polen nach offiziellen Angaben noch um rund 100 Personen erhöht. Die Bemühungen der Bischöfe um eine Freilassung der elf prominentesten Häftlinge unter bestimmten Voraussetzungen waren an der Weigerung der Betroffenen gescheitert, auf die Bedingungen des Regimes einzugehen. Voraussichtlich zu Beginn dieser Woche wird die Bischofskonferenz ein Dokument zur Situation der Gefangenen herausgeben.

Besonders großer Andrang herrschte bei einer Messe, die im Warschauer Stadtteil Zolibors der für seine „Solidarität"-Sympathien bekannte Priester Popieluszko las. In seiner Predigt dankte er den Gläubigen dafür, daß sie mit dem Kirchgang „ihre Wahl" trafen und für „das abstimmten, was Gottes ist". Dies sei besonders wichtig zu einer Zeit, „da unsere Brüder weiter in den Gefängnissen sitzen". Nur vereinzelt gingen Polen zu dieser Zeit in ein in der Nähe der Kirche gelegenes Wahllokal. Einige junge Leute, die davor standen, antworteten auf die Frage, ob sie wählen: „Nein, wir haben 1980 Solidarität gewählt."

Lutheraner in der „DDR" ermahnen Ost-Berlin

Verlust des Vertrauens / Forderung nach mehr Information

DW. Eisenach

Die Praxis der „DDR"-Behörden, die Ablehnung der Anträge von Bürgern nur pauschal oder gar nicht zu begründen, ist am Wochenende auf der in Eisenach tagenden Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der „DDR" beklagt worden. Eine solche Praxis trage nicht zu dem notwendigen Vertrauen bei, das auch aus friedenspolitischen Gründen zwischen dem Staat und seinen Bürgern notwendig sei, hieß es in der Aussprache über den Bericht des amtierenden Leitenden Bischofs Werner Leich.

Nach Auffassung Leichs, Landesbischof in Thüringen, führt diese Praxis der Behörden oft dazu, daß sich die Bürger nicht ernst genommen fühlen und damit das Vertrauen in Frage gestellt wird. Hervorgehoben wurde in der Aussprache zudem, daß solcher Vertrauensbildung auch die Praxis der „DDR"-Führung entgegenstehe, den Bürgern wesentliche Informationen über Vorgänge im eigenen Lande vorzuenthalten. Als Beispiele dafür nannte ein Synodaler die Bereiche Rüstung und Umweltschutz.

Während der Tagung in Eisenach ist es nicht gelungen, für die laufende Legislaturperiode einen Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der „DDR" zu wählen. Als einziger Kandidat für dieses Amt stand Leich zur Verfügung, der seit Dezember 1982 die Amtsgeschäfte führt. Bei der Abstimmung erhielt Leich im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit und zog daraufhin seine Kandidatur zurück. Für die kommenden beiden Jahre wird er nun diese Aufgabe kommissarisch fortführen. Der hohe Anteil von Stimmenthaltungen wird von Beobachtern der Synode als Hinweis darauf gewertet, daß eine Mehrheit der Synodalen die Frage nach dem Fortbestand der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der „DDR" offenhalten will. Auf ihrer Tagung im vergangenen Jahr in Güstrow hatte sich die Synode mehrheitlich für eine Übertragung wesentlicher Aufgaben an den „DDR"-Kirchenbund ausgesprochen.

Kieler Woche als „Fest des Friedens"

Eröffnung vor 10 000 Menschen / Demonstranten störten Rede des Bundespräsidenten

DW. Kiel

Bundespräsident Karl Carstens hat bei der Eröffnung der Kieler Woche die Politik der Bundesrepublik Deutschland als Friedenspolitik gewürdigt. Sämtliche deutschen Bundeskanzler, sagte das Staatsoberhaupt vor rund 10 000 Zuhörern auf dem Kieler Rathausplatz, seien für den Frieden in Europa und in der Welt eingetreten. Carstens nannte die Kieler Woche (Motto: „Frieden erleben, erhalten, gestalten") ein „Friedensfest" und ein Ereignis, „auf das die Welt blickt".

Unter die Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung am Samstagabend hatten sich mehrere Gruppen von „Friedensdemonstranten" mit Transparenten gemischt. Durch ein minutenlanges Pfeifkonzert und den Ausfall der Lautsprecheranlagen wurde Carstens für rund 15 Minuten am Reden gehindert. Der Kieler Oberbürgermeister Karl-Heinz Luckhardt (SPD) vermutete, daß es sich bei dem Lautsprecherausfall um einen Sabotageakt gehandelt haben könnte.

An den Segelwettkämpfen der Kieler Woche nehmen mehr als 3000 Sportler mit 1100 Booten aus 32 Nationen teil. Die ursprünglich gemeldeten Wettkämpfer aus der Sowjetunion und der „DDR" sagten wegen der Teilnahme Südafrikas ab. Die Städte Rostock und Reval sind jedoch mit offiziellen Abordnungen vertreten. Insgesamt haben sich Gäste aus 51 Nationen angesagt.

Auf Einladung der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt finden mehrere Kongresse statt. So veranstaltet die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) unter dem Thema „Gottes Friede den Völkern" eine wissenschaftliche Tagung zur Friedenssicherung. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Eduard Lohse, nannte in der Marktkirche St. Nikolai *die Verpflichtung zum Frieden* ein „Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat". Christen seien allerdings nicht Lehrmeister oder Besserwisser, die sich über andere erhaben dünken dürften. Lohse warnte vor dem Mißverständnis, „man bräcuhte nur die Bibel aufzuschlagen, um daraus ablesen zu können, wie heute und morgen zu wählen, zu entscheiden und zu handeln sei". Der EKD-Ratsvorsitzende: Zwar sage die Bibel den Christen, daß sie mit Christus Frieden stiften sollten. Doch dürften sie die harte Wirklichkeit nicht übersehen, daß sie in einer noch unerlösten Welt zu leben und zu handeln hätten.

Seite 16: Kieler Woche

G



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schulskandal

Von Uwe Bahnsen

Schulpolitischer Fanatismus hat in Hamburg dazu geführt, daß die Staatsanwaltschaft sich mit betrügerischen Manipulationen von Gesamtschulanhängern befassen muß. Schon verlangt die CDU den Rücktritt des dafür politisch verantwortlichen Schulsenators Professor Joist Grolle, und die SPD-Führung in der Hansestadt ist entsetzt, wie Grolle selbst.

Niemand unterstellt ihm, an den Fälschungen aktiv oder in anderer Weise beteiligt gewesen zu sein. Aber: An dem schulpolitischen Klima, in dem es zu solchen kriminellen Akten kommen konnte, ist Joist Grolle nicht unschuldig. Der Druck der eigenen Partei, der Lehrergewerkschaft GEW, von pressure groups wie der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule und nicht zuletzt seine eigenen Überzeugungen – all das hat ihn immer wieder zu riskanten schulpolitischen Manövern in Richtung auf das integrierte System getrieben.

Dabei hat Grolle, haben die Hamburger Sozialdemokraten in der Gesamtschulbewegung Hoffnungen erweckt, die sie nicht erfüllen konnten. Es fehlt am Geld, am Interesse der Eltern, aber auch an pädagogischer Perspektive für diese Schulform. Den Gesamtschulen bläst der Wind ins Gesicht.

Der Fälschungsskandal hat freilich noch eine andere Dimension, die Grolle sich vorhalten lassen muß: Immer wieder hat dieser Senator, hat der Senat insgesamt Verhaltensweisen nicht weniger Lehrer toleriert, die nur bei großzügigster Auslegung gesetzlicher Bestimmungen noch als halbwegs legal einzustufen waren. Das Bewußtsein für Recht und Unrecht gerade bei schulpolitischen Auseinandersetzungen ist damit alles andere als geschärft worden.

Für den Ruf Hamburgs ist der neue Skandal mehr als fatal. Die Liste der Affären, die nur mit Hamburg und keiner Stadt sonst in Verbindung gebracht werden können, wird immer länger: Neue Giftfunde auf dem angeblich sanierten Stoltzenberg-Gelände in Eidelstedt, die Persien-Pleite des Senats, Verwicklungen von Staatsdienern in den Fall „Neue Heimat", kriminelle Vorfälle in der Hausbesetzer-Szene am Hafen – fast jede Woche fördert neue Negativfakten zu Tage. Das hält auf die Dauer das beste Image nicht aus.

Hand in fremder Tasche

Von Henk Ohnesorge

Zögernd und noch mit selektiver Anwendung hat man sich hierzulande an das Verursacherprinzip, an den Gedanken gewöhnt, daß derjenige, der für einen Mißstand verantwortlich ist, auch für seine Beseitigung sorgen muß. Beispiel Umweltverschmutzung. Es wird allerhöchstens noch darüber diskutiert, wie rasch das zu geschehen hat.

So bald aber ein Problem emotional befrachtet wird, hört diese so einleuchtende Logik häufig auf. Wird eine Forderung von einer Gruppe mit lautem Tremolo vorgebracht, so fragt – noch – niemand danach, wie man sich die Folgebelastung vorstellt und wer dafür aufkommen soll. Im Zweifelsfall sind es immer alle, die Gemeinschaft. Wer da mit dem Verursacherprinzip zu argumentieren versucht, wird – vorausgesetzt, das „Anliegen" ist emotionsbeladen genug – zumindest herzlos genannt, wenn man ihm nicht gar Denkweisen aus der jüngeren Vergangenheit unterstellt.

Mit schöner Regelmäßigkeit werden seit längerer Zeit von Vertretern beider großer Kirchen diejenigen Politiker in Bund und Ländern angegriffen, die auf einer Begrenzung des Zuzugsalters junger Ausländer auf sechs Jahre, eine nachhaltige Einschränkung des Ehegattennachzugs und verschärfte Ausweisungsmöglichkeiten bei bestimmten Formen der Kriminalität bestehen. Daß die Politiker dabei nur ihrer beschworenen Pflicht nachkommen, wonach sie Schaden vom deutschen Volke abzuwehren haben, ist für die Kritiker unerheblich. Ein hoher Kleriker scheut sich nicht, die moralische Qualität der Rücksiedlung von Deutschen aus Osteuropa mit der Familienzusammenführung von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern gleichzusetzen.

Abgesehen davon, daß diese fordernden Kritiker keinerlei ausdrückliches Mandat haben (auf das sie sonst so gerne bei anderen Anlässen die Vertreter der repräsentativen Demokratie hinweisen), – wie wäre es, wenn sie sich wenigstens zum Verursacherprinzip bekennten?

Das hieße: Einschulung junger Ausländer ungeachtet ihres Alters ausschließlich in Schulen in konfessioneller Trägerschaft; Betreuung derjenigen, die als Folge des ungehinderten Zuzugs kommen, mit allen finanziellen Konsequenzen durch die Kirchen – das wäre nur logisch. Merke: „Ich fordere, du bezahlst" - das ist unredlich, egal, wer was verlangt.

Das Ende einer Utopie

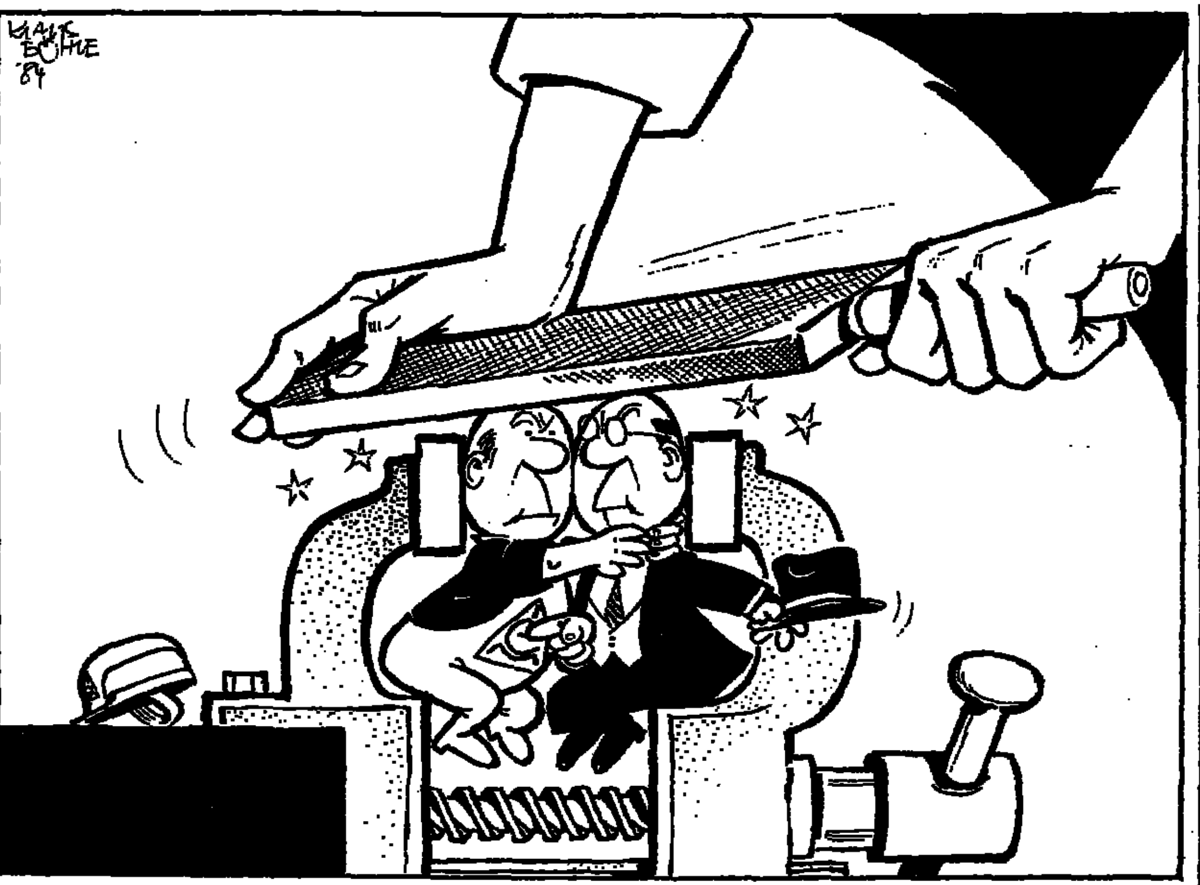
Von Rolf Görtz

Wie in Frankreich, so starb der Eurokommunismus auch in Spanien lange vor Enrico Berlinguer. Genaugenommen scheiterte die spanische KP an dem utopischen Bemühen des italienischen Generalsekretärs, den Kommunismus in der westeuropäischen Demokratie zu verankern. Der inzwischen gestürzte KP-Chef Santiago Carrillo wollte von Berlinguer lediglich den Begriff übernehmen.

Wie die Perücke, mit der Carrillo in sicherer Erwartung der Amnestie aus dem Exil nach Madrid zurückkehrte, so sollte ihm, dem Alt-Stalinisten, der Eurokommunismus als Tarnkappe dienen, um in wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft vorzudringen. Mit Hilfe der damaligen bürgerlichen UCD-Regierung gelang ihm das vor allem in den staatlichen Kommunikationszentren in geradezu klassischer Weise. Die Anti-NATO-Kampagne, die zur Zeit durch Spanien rollt, beweist das. Im Inneren der Partei aber sollte es nach dem leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus weitergehen.

Nun, Carrillo scheiterte an diesem Widerspruch zwischen Kommunismus und Demokratie. Seine Partei zersplitterte zu numerischer Bedeutungslosigkeit. Nicht aber der spanische Kommunismus. Er lebt in den starken Comisiones-Obreras-Gewerkschaften, einst Treibriemen, heute Motor der KP. Und dieser Motor läuft wieder zur vollen Zufriedenheit der Moskauer Zentrale – gegen Berlinguers Utopie.

Auch das Volksfrontbestreben der Vereinigung mit den Sozialisten – anfänglich gefördert von der deutschen SPD – bekommt neuen Aufwind. In der Anti-NATO-Kampagne nämlich erhalten Spaniens Kommunisten plötzlich die lebhafte Unterstützung der Jungsozialisten und der sozialistischen Gewerkschaften UGT, die noch am 1. Mai es ablehnten, mit den Comisiones zusammen zu feiern. Egon Bahr, der Madrid kürzlich einen recht geheimnisvollen Besuch abstattete, wird Stein und Bein schwören, daß er damit nichts zu tun habe: Das Timing jedoch machte stutzig.



Besondere Schlichtung tut not! ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ende ohne Wende

Von Hatto H. Schmitt

„Keinen Bedarf" an einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) glaubten jüngst die Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU in den Länderparlamenten konstatieren zu können. Die Reformvorschläge, die die Bildungsministerin Frau Dr. Wilms durch eine Kommission hatte ausarbeiten lassen, scheinen damit denselben Weg gehen zu sollen, den schon andere in der Regierungserklärung versprochene Reformmaßnahmen gegangen sind: in den Papierkorb.

Indessen, jener „Bedarf" besteht gleichwohl. Nicht wegen des Prestiges der CDU/CSU –, daß ein Wortbruch auch auf diesem Feld sie erneut ein beträchtliches Stück ihrer Glaubwürdigkeit kosten würde, ist ihre eigene Sache. Geändert werden muß das Gesetz vielmehr, weil es an allzu vielen Punkten die Hochschulen und die Wissenschaft behindert.

Meist denkt man dabei zunächst an die Mitbestimmungsregelungen der vom HRG erzwungenen „Gruppenuniversität", die – je nach Ausgestaltung – Nichtwissenschaftlern die Einflußnahme auf Forschung, Berufungen und Prüfungen ermöglicht, die Wahl der Rektoren oder Präsidenten auch gegen den Willen der Mehrheit der Professoren zulassen und anderes mehr. An den süddeutschen Universitäten sind diese Fragen wenigstens zum Teil zufriedenstellend gelöst, weil die dortigen Landeshochschulgesetze in Auslegung des HRG praktikable Regelungen getroffen haben. Deswegen übersieht man im Süden – auch an den Universitäten – allzu leicht, daß an den Hochschulen anderer Länder und Stadtstaaten hier erheblicher Änderungs-„Bedarf" besteht, weil dort die Rahmenbedingungen des HRG bis hart an die Grenze ausgenützt worden sind – und zuweilen sogar darüber hinaus, etwa im Mitbestimmungsschlüssel des Landes Bremen. Wenn süddeutsche Fraktionshäupter also meinen, eine Änderung dieser auf dem derzeitigen HRG beruhenden Zustände sei unnötig, so offenbaren sie damit entweder totale Unwissenheit jenseits des eigenen Kirchturmhorizontes oder einen kleinkarierten Egoismus, etwa nach dem abgewandelten St.-Florians-Prinzip: „O heiliger St. Florian, mein Haus ist feuerversichert, und die andern kannst du ruhig brennen lassen ..."

Aber auch jenseits der Universitätssatzungen gibt es eine Reihe von Problemen, die eine umgehende Änderung der Gesetzgebung im Bund und in vielen Ländern mindestens ebenso dringend erfordern.

Da ist einmal der im HRG formulierte Zwang, die bestehenden Hochschulen zu Gesamthochschulen zusammenzufassen. Gewiß – nachdem man dieser Mode vielerorts, auch in Bayern, anfangs gefrönt hatte, ist sie nur in NRW in größerem Stil verwirklicht worden, und heute kümmert sich kaum mehr jemand um dieses Windei. Aber in einem Rechtsstaat sollte es eigentlich doch nicht unbeachtlich sein, ob ein gesetzliches Gebot eingehalten wird: da dürfte es eigentlich nur die Alternative „durchsetzen oder abschaffen" geben. Oder ist das Rechtsbewußtsein mittlerweile sogar schon bei der CDU so weit verwildert, daß man dies nicht mehr empfindet?

Eine erheblich brisantere Rechtsunsicherheit besteht im Felde der „berufsqualifizierenden Hochschulabschlüsse". Hier hat das HRG neben dem Staatsexamen mit dirigistischer Einseitigkeit ausschließlich das Diplom festgeschrieben, das in vielen Fächern unbrauchbar oder zumindest dem überall verbreiteten Magisterexamen unterlegen ist, auch nach Meinung mehrerer Studienreformkommissionen, die die KMK nach dem Gebot des HRG gebildet hat; die ihnen übergeordnete „Ständige Kommission" freilich huldigt weiterhin der abgestandenen Diplom-Ideologie. Auch hier müßte die Rechtsunsicherheit beseitigt, der Magister auch im Gesetz wieder zugelassen werden.

Vor allem aber behindert die Gesetzgebung eine sinnvolle Pflege des wissenschaftichen Nachwuchses schon von frühen Semestern an. Wer in Sonntagsreden von Eliteförderung plaudert, muß egalisierende Tendenzen der Gesetzgebung der siebziger Jahre beseitigen. In der Massenuniversität muß es wieder möglich werden, Begabte früh auszulesen und in kleinen Gruppen zu unterrichten, gegebenenfalls in eigenen Begabtenstudiengängen. Und dem qualifizierten Nachwuchs müssen vor und nach der Habilitation attraktivere Stellen angeboten werden als die von der derzeit geltenden Gesetzgebung erlaubten.

Das alles – und noch viel, viel mehr – lassen die Fraktionsvorsitzenden außer acht, wenn sie keinen Bedarf konstatieren. Sie reihen sich damit ein in die stattliche Zahl derer, die für „Organisationsruhe" plädieren – auch an manchen Hochschulen: etwa etliche Präsidenten, die ihre Mitbestimmungshausmacht für die nächste Wahl nicht verlieren möchten und die neue „Classe dirigeante", die durch die vermeintliche „Demokratisierung" vielerorts geschaffen wurde und sich in dieser Rolle wohlfühlt. Und für Organisationsruhe plädiert meist auch die Bürokratie, zugunsten derer die Hochschulgesetze die Autonomie der Hochschulen weitgehend ausgelöscht haben.

Zweimal hat die Politik die Hochschulen den Massen ausgeliefert: 1968 den auf die Straße gegangenen rebellierenden, heute den auf der Straße stehenden arbeitslosen. Für eine Politik, die den Hochschulen in dieser Lage nicht einmal den unnützen gesetzlichen Ballast abnehmen will, besteht – kein Bedarf.

GAST-KOMMENTAR



Gastkommentator Hatto H. Schmidt, Althistoriker an der Universität München, ist Vorsitzender des Bundes Freiheit der Wissenschaften FOTO: DW

IM GESPRÄCH Matthias Wissmann

Arbeit am Image

Von Helmut Eberhard

Das öffentliche Interesse richtet sich stärker auf die Arbeit der Regierung und weniger auf die des Parlamentes. Dies erfährt die Union, seit sie wieder Regierungspartei ist, und es entspricht auch der Verfassungswirklichkeit. Einer drängt dennoch zum Scheinwerfer, ein Mann, dessen bisheriger politischer Lebensweg nicht nur durch Jugend, Ehrgeiz und Medienverhätschelung geprägt ist, sondern der immer auch solide Sachkunde, exzellente Vortragskunst und – im politischen Geschäft oft vermißt – Zuverlässigkeit für sich in Anspruch nehmen kann: Matthias Wissmann. Weithin nur als früherer Vorsitzender der Jungen Union bekannt, leitet – zur nicht geringen Überraschung vieler – seit kapp einem Jahr den wirtschaftspolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Damit ist er kraft Funktion einer der Wirtschaftssprecher der Union.



Sieht aus wie ein Assistent, redet wie ein Vorstand: Matthias Wissmann, CDU-MdB FOTO: DW

Wissmann ist selbstbewußt genug, um die Vorbehalte, die ihm unverhohlen entgegenschlugen, selbst anzusprechen: „Ich weiß natürlich, daß viele skeptisch waren, als ich diese Aufgabe übernommen habe. Das liegt aber am falschen Bild, entstanden durch meine Fixierung als Vertreter der größten politischen Jugendorganisation in der Bundesrepublik."

Deshalb hat Wissmann die Möglichkeiten seines neuen Amtes zunächst zu „vertrauensbildenden Maßnahmen" genutzt. Seine in langen Nachtsitzungen bei der Jungen Union erprobten Führungsqualitäten stellte er in den ersten Sitzungen seiner Arbeitsgruppe so eindrucksvoll unter Beweis, daß Kritik an seiner Wahl – die übrigens von Bundeskanzler Kohl nachdrücklich befürwortet worden war – nicht einmal mehr hinter vorgehaltener Hand laut wird. Seine Verhandlungsführung, eine Mischung aus Sachkunde, Taktgefühl gegenüber älteren Kollgen und der Fähigkeit zuzuhören, ohne die Diskussion ausgleiten zu lassen, hat überzeugt. Nach und nach haben sich auch Verbände und Unternehmen daran gewöhnt, auf ihren Jahreshauptversammlungen einen Redner zu hören, der aussieht wie ein Assistent, aber denkt und redet wie der Vorsitzende des Vorstandes.

Leidet Matthias Wissmann unter diesem Image des alerten Jungmannes? „Sicher nicht, obwohl es – für sich gesehen – meiner politischen Erfahrung nicht gerecht wird. Ich bin seit immerhin sieben Jahren Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, und unter meiner Führung hat die Junge Union als erste politische Jugendorganisation ein eigenes Wirtschaftsprogramm vorgelegt."

Frühere Auseinandersetzungen der Jungen Union mit Fraktion und Partei hält er aus seiner damaligen Aufgabenstellung heraus für notwendig; sie behindern ihn nicht in seiner neuen Aufgabe.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NRC HANDELSBLAD

Der Papst habe in der Schweiz – und insbesondere beim Weltkirchenrat – die Uhr zurückgedreht, befindet das Blatt aus Den Haag:

Von der Herzlichkeit der Beziehungen, die vor 20 Jahren noch vermuten ließ, daß der Augenblick, in dem die beiden Organisationen einander in derselben Ökumene finden würden, nicht mehr fern lag, ist wenig übriggeblieben ... Die Einheit besteht nicht, liegt nicht bereit und wird wahrscheinlich auch nie kommen. Das ist ein Glück, denn sollte sie jemals realisiert werden, so würde der Papst von Rom per definitionem an der Spitze stehen, womit die nur 30 Jahre alte Geschichte des Weltkirchenrates an ein Ende kommen würde. Die ökumenische Bewegung, wie sie vom Weltrat gesehen und propagiert wird, würde unverzüglich auseinanderfallen, weil Dutzende der dem Weltrat angeschlossenen Kirchen niemals den Primat des Papstes anerkennen würden ... Auch denkt Rom bei „Ökumene" ... zuallererst an die Unterschiedlichkeit seiner lokalen Kirchen und deren Verbundenheit und läßt dabei andere nichtkatholische Kirchen, die ziemlich verächtlich als bloße „Glaubensgemeinschaften" angedeutet werden, vielfach außer Betracht ... Soweit doch vom ökumenischen Interesse gesprochen werden kann, erstreckt sich dieses vorzugsweise auf die orthodoxen Kirchen ... Protestantische Kirchen zählen nicht mit, und Protestanten, die noch immer an die Ökumene von Rom glauben, sind somit betrogen, wenn sie meinen, daß man mit Rom wirklich etwas regeln könne. Mit Rom läßt sich nichts mehr regeln, es regelt selbst ... Dies ließ der Papst in Genf wissen, als er sagte, daß an seiner Position nicht gedeutelt werden dürfe und könne. Mit diesen Worten hat Johannes Paul II. die Uhr ... 20 Jahre zurückgedreht.

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es zum 17. Juni:

Vor 31 Jahren erhoben sich die Mitteldeutschen im Namen der Menschenrechte. Der Volksaufstand brach vor den Panzerketten der Roten Armee zusammen. Er blieb ohne politische Vollendung. Aber gehört er, weil er scheiterte, auf den Geschichtsmüll? Des 17. Juni und seiner Opfer wird bei uns gedacht. Doch das alles spielt sich nicht in einer sammelnden politischen Mitte ab, sondern eher an der Peripherie. Der Bundestag zog seine Gedenkstunde aus fadenscheinigen Gründen zeitlich vor. Vielen Politikern, die über jene Freiheit verfügen, für die die Männer und Frauen des 17. Juni kämpften und starben, ist jener Tag unbequem. Er stört nach ihrer Meinung die „Verantwortungsgemeinschaft" mit eben jenem Regime, gegen das sich das Volk am 17. Juni erhob. Gottlob, 75 Prozent der Deutschen denken und fühlen anders als diese kurzatmigen Politiker. Sie sind für die Beibehaltung des Gedenktages, weil mit dem „Tag der deutschen Einheit" eben der ungebrochene Wille der Deutschen bekundet wird, wieder eins zu werden. Ohne diesen Willen, ohne das unbeugsame Offenhalten der deutschen Frage verlöre das freie Berlin seine Aufgabe als nationaler Wegweiser. Wir müssen, wenn wir als Nation vor der Geschichte nicht abdanken wollen, das zu vollenden suchen, was dem 17. Juni versagt blieb, nämlich die Einheit der Deutschen in Freiheit.

Kein Geßlerhut, kein eidgenössischer Kompromiß

Papstbesuch in der Schweiz: Eine Reise, die aus dem Rahmen fiel / Von Friedrich Meichsner

Die sechstägige Papstreise durch die Schweiz ist beendet. Von Sitten im Wallis aus flog Johannes Paul II. gestern abend nach Rom zurück. In mancher Hinsicht war dieser Besuch im Land der Eidgenossen außergewöhnlich. Nicht nur, daß diesmal die Menschenmassen fehlten, deren Jubel dem polnischen Papst sonst überall in der Welt entgegenbrandete. Auch in anderer Beziehung fiel manches aus dem Rahmen.

Neben der spezifisch schweizerischen innerkirchlichen Problematik haben zwei weitere große Themen diese Visite bestimmt. Die Ökumene und die gesellschaftlich-politische Situation in einem Staat, der eine Sonderstellung einnimmt in der Welt von heute.

Innerkirchlich sagt man dem Schweizer Katholizismus – zumindest seinen dynamischsten Kräften – seit längerem ein etwas gebrochenes Verhältnis zu Rom nach. Nicht anders als ihre reformierten Landsleute sehen sich wohl auch viele Katholiken dieses Landes letztlich als Erben Wilhelm Tells, der sich weigerte, dem Geßlerhut Reverenz zu erweisen. Sie sind es gewohnt, über den konkreten Inhalt zu diskutieren, der hinter einem Symbol steht. Und sie verstehen Dialog als gegenseitiges Eingehen auf die Argumente des anderen.

Unter dieser Voraussetzung haben Priester wie der Hünenberger Pfarrer Markus Fischer zum Papst von den Problemen gesprochen, die sie und ihre Kirche bedrücken: etwa von der ihrer Meinung nach allzu großen Bevormundung durch Rom, vom Priesterzölibat und von der Stellung der Frau in der Kirche. Zum ersten Mal auf einer seiner Reisen mußte Karol Wojtyla die Erfahrung machen, daß man ihm aufrecht und in aller Öffentlichkeit widersprach.

Um das rechte Dialogverständnis ging es auch bei den ökumenischen Begegnungen mit dem Weltkichenrat in Genf und mit dem Schweizer Evangelischen Kirchenbund in Kehrsatz bei Bern. Anläßlich dieser Treffen wurde zwar vom Papst und von seinen jeweiligen Gesprächspartnern immer wieder die christliche Einheit beschworen, aber ein Durchbruch in Richtung Wiedervereinigung der Kirchen wurde nicht erzielt. Auch der Papst, der nie vergaß, sein absolutes Festhalten am römisch-katholischen Verständnis vom Petrusamt zu unterstreichen, zeigte keinen Weg auf, der hier und heute gangbar wäre. Vom Hinstreben auf das, was man in diesem Land einen „eidgenössischen Kompromiß" nennt, konnte keine Rede sein.

Schon eher wegweisend waren da die Worte, die Johannes Paul II. immer wieder in denjenigen Bereichen fand, in denen es um die Durchdringung der politischen und gesellschaftlichen Schweizer Realität mit der Botschaft des Evangeliums geht. Die Wirtschafts- und Finanzmacht des Landes wurden dabei angesprochen, seine Neutralität sowie die Problematik der Gastarbeiter- und Flüchtlingsfrage. Der Papst warnte nicht nur vor einem Machtmißbrauch, sondern auch vor der Illusion, daß Neutralität Dispensierung von den „weltweiten geistigen und politischen Auseinandersetzungen unserer Tage" garantieren könne. Und er ermahnte die Schweizer, im Gastarbeiter „zuerst den Menschen zu sehen", nicht die Arbeitskraft, sowie die lange humanitäre Tradition des Landes nicht gerade dann zu unterbrechen, „wenn sie für die Lösung des so schwierigen Füchtlingsproblems auf internationaler Ebene neue Wege eröffnen könnte".

Vielleicht war es der bewegendste Augenblick dieser sechs Schweizer Tage, als am Samstagvormittag auf Tribschen am See bei Luzern 13 000 in der Schweiz lebende Ausländer aus 26 Ländern – Gastarbeiter und Flüchtlinge – gemeinsam mit dem Papst den Choral „Großer Gott, wir loben dich" anstimmten und dabei jeder in seiner Muttersprache mitsang. Eine Raststation der Geborgenheit und menschlichen Wärme schien da erreicht zu sein auf dem „Kreuzweg der Fremde", von dem eine Kroatin dem Papst geklagt hatte.

Es stellt sich die Frage, ob bei Gast und Gastgebern nicht ein Gefühl der Enttäuschung die Wertung dieser Reise mit beeinflussen könnte. Hohen Erwartungen hatten sich jedoch offensichtlich weder der Papst noch die Schweizer noch die repräsentativen Vertreter der nichtkatholischen Christenheit hingegeben. Jeder wußte ziemlich genau um die Position des anderen und fand sich dann in seinem Wissen bestätigt.

Der Versuch, eine Schule zu retten

Mit falschen Schülerzahlen wollten Eltern – und wohl auch Lehrer – das Überleben einer Hamburger Gesamtschule sichern. Die Täuschung mißlang. Ein schwerer Schlag für die Befürworter der Gesamtschulen und auch für den sozialdemokratischen Schulsenator.

Von UWE BAHNSEN

Der jüngste Schlachtruf im sozialdemokratischen Regierungslager der Hansestadt Hamburg lautet: „Gott schütze uns vor unseren Freunden!" Diesen grimmigen Satz wählte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landesparlament, Henning Voscherau, als Überschrift für eine geharnischte Presseerklärung. Der Politiker nahm darin Stellung zur Fälschung von Anmeldezahlen in einer der von der SPD durchgesetzten Gesamtschule, die damit ihr Überleben erzwingen wollte. Der Fall stelle, so Voscherau, einen „unerhörten und sehr ernsten Vorgang" dar; es handele sich um eine „Täuschung von Verfassungsorganen".

Der Tatort dieses Delikts ist die Gesamtschule Farmsen-Berne. Diese Schule sollte nach dem Willen des Schulsenators Professor Joist Grolle (SPD) langfristig geschlossen werden, da der Standort wegen des mangelnden Interesses der Eltern in diesem Stadtteil offenkundig nicht zu halten ist. Gezeigt hatte sich das bei den Anmeldungen für die Jahrgangsstufe 5 zum neuen Schuljahr: Zunächst nur 45, dann 56 Schülerinnen und Schüler sollten nach dem Willen ihrer Eltern künftig diese Schule besuchen – zu wenig für diese Schulform.

Grolle blieb keine andere Wahl, als das „Aus" für diese Gesamtschule zu verkünden – fünfte Klassen sollten nicht mehr eingerichtet werden, die Schule damit in einigen Jahren auslaufen. Diese Entscheidung des Schulsenators hatte freilich massive Folgen: Es kam zu einer Schulbesetzung, zu Protestversammlungen der Eltern, eine Bürgerinitiative trat auf den Plan, eine Kampagne begann. Der Erfolg schien nicht auszubleiben: Die Anmeldungen stiegen – auf 68 Kinder. Nun hatte Grolle eine von ihm dankbar begrüßte Handhabe, um seine Entscheidung zu kassieren: 68 Kinder – diese Zahl reiche zur Einrichtung von drei 5. Klassen, der Mindestzügigkeit für eine Gesamtschule, gerade noch aus. Sogleich trat die Deputation der Grolle-Behörde, ein ehrenamtliches Mitwirkungsgremium, zusammen und sanktionierte den neuen Stand der Dinge.

Dem CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Fridtjof Kelber, Rektor einer katholischen Volks- und Realschule, kam diese neue Zahl merkwürdig vor. Er ging der Sache auf den Grund, verlangte Einblick in die Anmeldebögen der Gesamtschule und die daraus erstellte Anmeldeliste in der Behörde. Daraufhin ließ Grolle einen seiner Schulräte ausrücken, der die Unterlagen überprüfte.

Kelber: „Es stellte sich dabei heraus, daß 12 Anmeldungen für die 5. Klassen dieser Gesamtschule gefälscht waren. Es handelt sich um fingierte Briefe von Eltern, die angeblich ihre Kinder angemeldet haben und die von der Schulleitung als Anmeldungen akzeptiert wurden, obwohl diese Schüler in ihrer Mehrzahl überhaupt nicht existieren. Der Fälschungscharakter ist so offenkundig, daß ein Irrtum der Schulleitung ausgeschlossen werden muß. Das sind Mafia-Methoden."

Dem CDU-Politiker war ein schulpolitischer Blattschuß gelungen. Die Schulbehörde mußte bestätigen: „In 12 Fällen wurde manipuliert. Darunter befinden sich z. B. 7 Anmeldungen nicht existenter Kinder." Aber es kam noch schlimmer: Grolles Rechercheure stellten fest, daß diese Gesamtschule auch im jetzt auslaufenden Schuljahr gemogelt und sich durch falsche Schülerzahlen eine bessere Versorgung mit Lehrerstunden erschlichen hatte. Bei den Meldungen für die Bundesstatistik im September 1983 und für die Personalanforderungen im März dieses Jahres gab die Schule an, sie habe 76 Schüler. Tatsächlich aber waren es zu den genannten Terminen nur 66 und 65. Gegenwärtig umfaßt die Schule 66 Schüler.

Grolle ordnete sofortige Disziplinarermittlungen gegen (so die Behörde) „drei Mitglieder der Schulleitungsgruppe" an und ließ Strafanzeige gegen alle Verantwortlichen, darunter den Vorsitzenden des Elternrats, erstatten. Überdies werden nun auf Anweisung Grolles auch in anderen Gesamtschulen der Hansestadt, deren Anmeldezahlen sich am Rande des „Existenzminimums" bewegen, die Unterlagen überprüft und stichprobenartig auch die Anmeldelisten anderer Schulformen, etwa der Gymnasien.

Fraktionschef Henning Voscherau erkannte in seiner schneidend scharfen Presseerklärung, hier sei „von übereifrigen Anhängern der Gesamtschule in Wahrheit ein Schlag gegen diese Schulform geführt worden". Die vorliegende „Manipulation eines verfassungsmäßigen Rechtsetzungsorgans" sei ein „krimineller Fehlgriff, der zu harten Konsequenzen führt". Senat und Bürgerschaft würden „in ihrer Etatverantwortung durch Täuschung beeinträchtigt". Eilends ließ Voscherau die peinliche Affäre für die Aktuelle Stunde der nächsten Bürgerschaftssitzung anmelden.

Für die Täuscher von Farmsen-Berne sieht die Bilanz nun so aus: Die Schule wird endgültig sterben; Straf- und Disziplinarverfahren werden folgen. Dazu kommt: Die Gesamtschulbewegung in Hamburg hat ihren bisher wohl schlimmsten Rückschlag erlitten.

Präsident Barzel – ein Inbegriff der Würde

Von GEORG SCHRÖDER

Rainer Barzel vollendet am Mittwoch sein 60. Lebensjahr. Das klingt fast unglaublich für jenen, der sich erinnern kann, daß einst eben dieser Barzel von seinen Freunden als ein „politisches Wunderkind" bezeichnet wurde. Nun ist er seit Jahr und Tag Präsident des Deutschen Bundestages, ja mehr als das: Er ist im Parlament die lebende Verkörperung der Würde dieses Hauses, eine Rolle, die er mit Ruhe und Entschlossenheit ausfüllt.

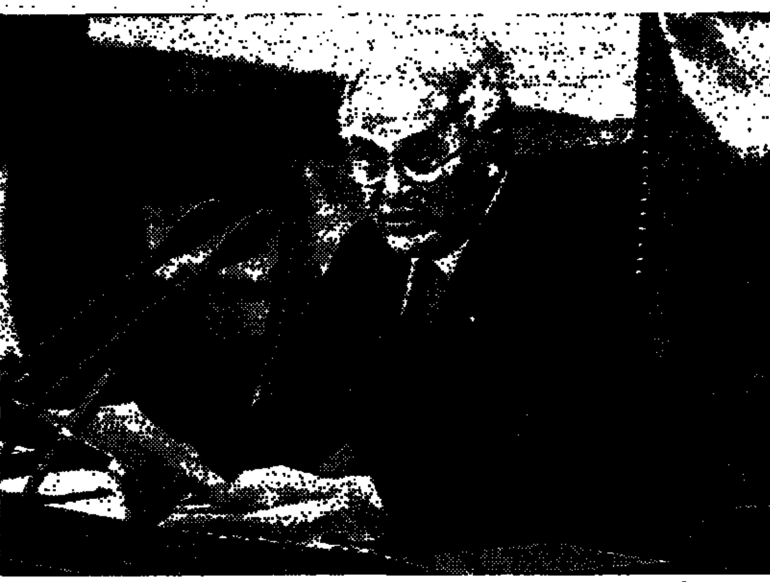
Rainer Barzel ist wie Strauß, Schmidt, Scheel oder Mende als junger Offizier aus dem Zweiten Weltkrieg in die zertrümmerte Heimat zurückgekehrt, hat studiert und hat sich dann in die Politik gestürzt. Er ist wie alle aus dieser Gruppe hochbegabter Vollblutpolitiker Berufspolitiker geworden. Das klingt heute nicht aufregend, war aber alles andere als selbstverständlich vor 30 Jahren. Diese Männer, gleich in welcher Partei, sahen sich alle als zu den höchsten Ämtern berufen. Sie waren mit einer großen Portion Ehrgeiz ausgestattet und drängten samt und sonders ungeduldig nach vorn.

Es ist daher kein Wunder, daß ihre Laufbahn von dramatischen Knicken nach oben und unten gekennzeichnet war, von Höhen und Tiefen, von dramatischen Betriebsunfällen.

Mit 30 Jahren war der Referendar und Dr. jur. Rainer Barzel in Düsseldorf als Adlatus und Berater des Ministerpräsidenten Karl Arnold Deutschlands jüngster Ministerialrat. Im Alter von 38 Jahren war er für zehn Monate Bundesminister und jüngstes Mitglied des letzten Kabinetts Adenauer. Mit 42 Jahren war er der jüngste unter den CDU-Bewerbern um die Nachfolge des Kanzlers Erhard.

Aber schon bei dieser ersten Bewerbung um die Kanzlerkandidatur sprang der damalige Fraktionsvorsitzende Barzel zu kurz. Nur klägliche 26 Stimmen entfielen auf ihn in der Fraktionsabstimmung, vielleicht auch deshalb, weil viele seiner Fraktionskollegen den Sturz Erhards auf das Konto von Barzel und Strauß verbuchten. Sie hatten noch nicht vergessen, daß im Jahr zuvor auf dem CDU-Parteitag in Bonn 1965 Barzel versucht hatte, die Nachfolge Adenauers im Parteivorsitz zu erobern. Erhard verwehrte ihm das damals.

Der Mann, der die Nachfolge Heinrich von Brentanos im Fraktionsvorsitz angetreten hatte, stellte sich nach diesen Niederlagen ein bescheideneres Ziel, das eines mustergültigen Fraktionsvorsitzenden. Kein Zweifel besteht daran, daß die Jahre des Fraktionsvorsitzenden Barzel während der Großen Koalition seine Glanzzeit gewesen sind. Die Zusammenarbeit der Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt in diesen drei Jahren funktionierte unvergleichlich besser als die zwischen Kanzler Kiesinger und Vizekanzler Brandt.



Rainer Barzel: Aus dem politischen Wunderkind wurde der Präsident des Deutschen Bundestages FOTO: DPA

Dem Oppositionsführer Barzel gelang im Oktober 1971 der zweite Anlauf zum Parteivorsitzenden. Mit der kaum verhüllten Drohung, sonst auch den Fraktionsvorsitz niederzulegen, siegte er auf dem Parteitag in Saarbrücken gegen Helmut Kohl. Barzels Parole des Alles oder Nichts schlug dann aber gegen ihn selber aus, als das konstruktive Mißtrauensvotum mißlang und als der Kanzlerkandidat Barzel bei der Bundestagswahl 1972 eine schmetternde Niederlage erlitt. Im Mai 1973 zog er notgedrungen daraus die Konsequenzen. Er legte Partei- und Fraktionsvorsitz nieder.

Es folgte der Aufstieg Kohls und dessen Versuch, Barzels politisches Können für die Fraktion zu nutzen. Es folgte auch die Aussöhnung von Barzel mit Strauß, die sich ob Taktik und Strategie bei der Behandlung der Ostverträge bös zerstritten hatten. Barzel als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, dann als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und dann vom Oktober 1982 bis März 1983 Barzel als Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, das waren die konkreten Auswirkungen.

Barzel, der unter Adenauer, wenn auch nur für wenige Monate, gesamtdeutscher Minister gewesen war, der dan mußte, wird die Rückkehr auf diesen Ministersessel besonders befriedigt haben. Denn Rainer Barzel ist schwer zu verstehen, wenn man nicht weiß, daß er ein Diaspora-Katholik ist aus Ostpreußen, wo sein Vater wenn auch vergebens mehrfach für die Zentrumspartei kandidierte.

Daß mit ihm, der im letzten Jahrzehnt so viel persönliches Leid durch den Tod seiner Frau und seiner Tochter erlitten hat, der im gleichen Jahrzehnt auch fürchten mußte, daß seine politische Laufbahn gänzlich versandet sei, nun zum erstenmal ein Katholik und ein Mann aus dem deutschen Osten eine der drei Spitzenpositionen der Bundesrepublik Deutschland, die des Präsidenten des Bundestages, inne hat, wird dem nun Sechzigjährigen ein Trost für sein nun beginnendes Alter sein.



Mit „seinen Kindern" macht Hermann Gmeiner einen Rundgang durch das neue SOS-Kinderdorf in Polen FOTO: GEORG BAUER

Die Idee des Kinderdorfs ist einfach, sie heißt: Mutter

Vor 35 Jahren entstand das erste SOS-Kinderdorf im österreichischen Imst. Heute gibt es über 200 Dörfer in 70 Ländern. Pünktlich zum Jubiläum öffnete das erste Dorf im Ostblock seine Pforten.

Von GEORG BAUER

Das Wort Mutter wollte dem 12jährigen Robert nicht über die Lippen kommen. Sturheit war das nicht, auch kein kindlicher Trotz. Der polnische Junge, so hatte man den Eindruck, verband mit dem Wort wohl mehr als nur Zuneigung oder gar Liebe. Für ihn bedeutete der Begriff aus seinem Instinkt heraus auch körperliche, leibliche Verwandtschaft. Mochte seine wirkliche Mutter, eine Kriminelle, ihn auch bitter enttäuscht und im Stich gelassen haben, so brachte er es doch nicht fertig, zu Janina Szubryt „Mama" zu sagen.

Stets wich er aus und nannte sie „Tante", reserviert und kühl. Die Mahnungen der jungen Polin, sie sei nicht seine „Tante", sondern seine „Mutter", fruchteten nicht. Über Monate, fast ein ganzes Jahr durchlebte der 12jährige das Wechselbad von Gefühl und Instinkt. Dann war der Bann gebrochen. Vor wenigen Wochen, am 26. Mai, am Muttertag, sagte er zum ersten Mal „Mama".

Janina Szubryt ist eine von insgesamt 15 Müttern, die im südostpolnischen Bilgoraj nahe der Provinzhauptstadt Zamosc etwa 100 Voll- und Sozialwaisen in 15 neuerrichteten Häusern zurück in ein geordnetes Familienleben führen möchten. Vor kurzem wurde die 30jährige, die jahrelang in Warschau als Buchhalterin arbeitete, von Hermann Gmeiner, dem 65jährigen Gründer und Präsidenten der SOS-Kinderdörfer und zigtausenden Kindervater, offiziell in die Schar der SOS-Mütter aufgenommen. Offizieller Anlaß war die erste Eröffnung eines SOS-Kinderdorfes im Ostblock. Eine ähnliche Einrichtung gibt es zwar auch in der Tschechoslowakei, doch brach der Kontakt zu dem Dorf, das nach dem Prager Frühling verstaatlicht wurde, fast völlig ab.

Das Dorf in Polen, das zu rund 40 Prozent (eine Million Dollar) durch den Hermann-Gmeiner-Fonds in Deutschland finanziert und im Bezirk Zamosc errichtet wurde – hier ließ einst Heinrich Himmler Tausende polnischer Kinder zur Germanisierung ins Deutsche Reich verschleppen –, wird wohl das letzte sein, das der Vater der SOS-Kinderdörfer in seiner Funktion als Präsident eröffnen wird. Im kommenden Jahr, voraussichtlich im Mai auf der Generalversammlung der Organisation „SOS-Kinderdorf International", wird der Österreicher den Präsidentenstuhl für seinen Nachfolger, Helmut Kutin, Zögling des Kinderdorfes im tirolerischen Imst, räumen.

Imst, das ist für Gmeiner die Wurzel seiner Arbeit. Von hier aus startete er vor 35 Jahren mit wenigen Hundert-Schilling-Scheinen in der Tasche sein Lebenswerk, dem er auch nach seiner „Pensionierung" seine ganze Zeit widmen wird. Umlagert von einer Schar polnischer Kinder, die immer wieder einen Seitenblick auf seine Taschen riskieren in der Hoffnung, doch noch einen der farbenprächtigen Luftballons zu ergattern, meint der Präsident von mehr als 200 Kinderdörfern in 70 Ländern der Erde: „Ich gebe zwar das Amt des Präsidenten ab, doch mein Lebenswerk nicht auf."

Hierzu hat der von Statur kleine Mann mit den verschmitzten Gesichtszügen auch keinen Grund. Sein pädagogisches Prinzip, in der Einfachheit und Abgeschiedenheit der österreichischen Bergwelt geboren, beruht auf den vier simplen, doch tragfähigen Säulen menschlicher Lebensgemeinschaften: Mutter, Geschwister, Haus und Dorf.

Der Gedanke, SOS-Kinderdörfer ins Leben zu rufen, kam dem Österreicher, dem als Berufsziel einst die Arbeit eines Kinderarztes vorschwebte, nach Ende des Zweiten Weltkrieges angesichts der Massen der Waisen. Die Kinder, so sagte er sich damals und wiederholt es heute mit frappierender Natürlichkeit, brauchen eine Mutter. Oder noch einfacher heißt es bei Gmeiner, der selbst seine Mutter früh verlor: „Weil es diese Kinder gibt, muß es auch Frauen geben, die sich der Kinder annehmen."

Und von diesem erzieherischen Fundament ist seine Organisation, die die pädagogischen Leitlinien in Schulen in München und Innsbruck weiterentwickelt, bisher kein Jota abgewichen. Mag den „Müttern auf Wunsch" auch mittlerweile pädagogisches und psychologisches Fachpersonal beratend zur Seite stehen, so ruht doch auf ihren Schultern das Wohl und Wehe der Kinder.

Eine im Vergleich zu durchschnittlichen Familien nicht gerade leichte Aufgabe. Schließlich kommen die Kinder, die in den SOS-Dörfern den Weg in die Gemeinschaft finden sollen, aus Heimen oder Familien, die Geborgenheit nur auf der Straße unter Freunden kennengelernt haben.

Familie – das Thema „Mann" kommt auf. Ist er für eine geordnete Erziehung und die Psychologie der Mütter nicht notwendig? Janina Szubryt zuckt, leicht verlegen, mit den Schultern. Das zölibatäre Leben, zu dem sie sich aufgrund des Status der SOS-Kinderdörfer verpflichtet hat – im Falle der Heirat müssen die Mütter ihre Arbeit aufgeben –, scheint ihr bisher keine psychologischen Schwierigkeiten zu bereiten. Mit ihren erzieherischen Problemen kann sie notfalls zu dem männlichen Leiter des SOS-Kinderdorfes in Bilgoraj gehen. Er soll, ebenso wie in fast allen anderen Dörfern rund um den Globus, der väterliche Ansprechpartner der Kinder sein. Schließlich soll es, auf Wunsch Gmeiners, in den Dörfern heißen: Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben – und drinnen waltet die züchtige Hausfrau.

Bei aller Kritik, die immer wieder – auch bei den Pädagogen in Polen – an dem Punkt „Mann" ansetzt und behauptet, daß ohne die Autorität eines Vaters ein geordnetes Familienleben im Kinderdorf eine Illusion bleibt, hält Gmeiner, unterstützt von seinen Mitarbeitern, an der mannlosen Hausgemeinschaft fest. Das Risiko der Ehen ist dem Junggesellen zu hoch. „Sollen die Kinder", so argumentiert er, „noch einmal das erleben, was sie eben erst durchgemacht haben."

BVG-Präsident warnt vor Katastrophe

Zeidler sieht das Bundesverfassungsgericht vor einer beinahe unlösbaren Aufgabe / Jährlich 4000 Verfassungsbeschwerden

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe steht durch eine Vielzahl von Verfassungsbeschwerden vor einer beinahe unlösbaren *Aufgabe. Darauf* hat der Präsident des höchsten deutschen Gerichts, Wolfgang Zeidler, aufmerksam gemacht. In einem Interview mit der „Deutschen Richterzeitung" sagte Zeidler: „Es kann zu einer Katastrophe kommen, wenn die Entwicklung so weitergeht". 1975 seien jährlich noch 1500 Verfassungsbeschwerden eingegangen. „Mittlerweile sind die Eingangszahlen auf nahezu *4000 jährlich angestiegen.*"

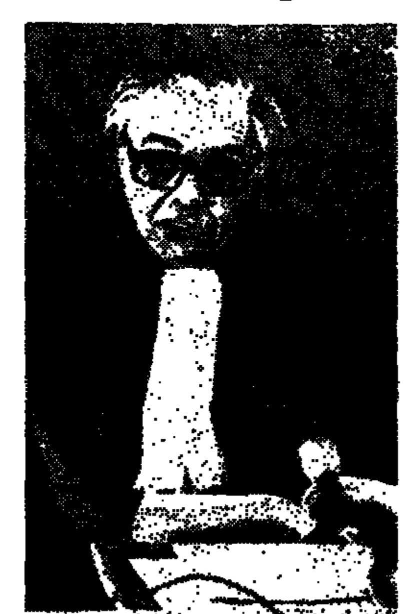
Wenn man die Realitäten des Arbeitsstages sehe, dann bekomme er „die Sachen in 10er-Bündeln auf den Schreibtisch, dann wird irgendwann der Punkt erreicht, wo sich das Ganze in Sinnlosigkeit verliert". Andererseits sei die Verfassungsbeschwerde im Grundgesetz verankert und es spreche nichts dafür, hieran etwas zu ändern.

Zeidler äußerte sich in dem Interview auch zum „Stellenwert" der rechtsprechenden Gewalt. Was die „Funktionalität" anbelange, so werde der rechtsprechenden Gewalt „bisweilen ein zu hoher Stellenwert beigemessen". Zeidler: „Der Prozeß der Verrechtlichung ist inzwischen soweit gediehen, daß es kaum noch ein wichtiges Staatsgeschäft gibt, mit *dem die Gerichte nicht in irgendeiner* Form befaßt werden. Den Gerichten droht deshalb die Gefahr der inneren *funktionalen Überlastung.* Denn es gibt Lebensbereiche, die sich mit justiziablen Methoden einfach nicht mehr erfasssen lassen." Auf der anderen Seite werde die Justiz „nach wie *vor wie ein Aschenputtel behandelt,* wenn es um die Zuweisung von Haushaltsmitteln geht".

Die rechtsprechende Gewalt, so betonte Zeidler, gerate „zunehmend in politikrelevante Bereiche hinein, die ihr früher nicht offengestanden haben". Je häufiger die Rechtsprechung mit politischen Sachverhalten befaßt werde, „desto stärker gerät sie in das Kreuzfeuer der politischen Auseinandersetzung". Das BVG sei dadurch, daß es über politisch relevante Sachverhalte *judiziere,* „enorm politik-nah". Das ergebe sich aus der Struktur und Funktion des Gerichts.

Zeidler: „*Andererseits ist im parlamentarischen* und politischen Bereich zuweilen deutlich die Neigung zu erkennen, gewisse lästige und schwierige Entscheidungen ganz gerne der Gerichtsbarkeit zu überlassen. Oftmals werden die Gerichte gezwungen, den näheren Inhalt eines Gesetzes zu bestimmen. Der Funktionszuwachs der Rechtspflege beruht demnach nicht darauf, daß Richter machtwillig oder gar machtgierig sind. Der Funktionszuwachs wird in der Dritten Gewalt durch die Technik der Gesetzgebung vielmehr aufgedrängt. Ich darf daran erinnern, daß die *rechtsprechende Gewalt im Bereich* des Arbeitsrechts vom Gesetzgeber völlig im Stich gelassen ist."

Zeidler widersprach der Annahme, die demokratischen Spielregeln, nach denen die Minderheit die Entscheidungen der Mehrheit hinzunehmen hat, seien außer Kraft gesetzt. „Sie sind nicht außer Kraft gesetzt, sie werden aber zunehmend problematisiert. Im Zusammenhang mit der Nachrüstung ist, auch ich habe ihn gebraucht, der Begriff des Unbestimmbaren aufgekommen." Den demokratisch legitimierten Entscheidungsträgern werde die Kompetenz abgesprochen, bestimmte Lebenssachverhalte zu regeln, indem man sage, daß dies ein Bereich sei, über den die Mehrheit nicht entscheiden könne.



Wolfgang Zeidler, Präsident des Bundesverfassungsgerichts FOTO: DPA

„Aber die Frage ist eben, wo hört die Grenze des Unbestimmbaren auf und wo verliert das Demokratieprinzip seine innere Berechtigung, seine Legitimität." Zeidler erläuterte, Teile der Friedensbewegung bestreiten der Mehrheit das Recht, Beschlüsse zu einer Aufstellung von Atomraketen zu fassen, andere wiederum behaupteten, das Aufstellen von Raketen mache den Frieden sicherer. „Hier also wird die Grenze dessen, was nach dem Demokratie*prinzip als abstimmungsfähig oder* als nicht mehr abstimmungsfähig anerkannt wird, aufgeboben."

Ausgehend von dem Aspekt, daß die Aufhebung von Gesetzen – zum Beispiel des Volkszählungsgesetzes – sehr teuer werden könne, antwortete Zeidler, die Demokratie sei „überhaupt eine sehr aufwendige Staatsform". Und auch der Rechtsstaat sei sehr teuer. „Wieviel Richter werden tagein tagaus mit im Grunde unwichtigen Rechtsfragen befaßt? Wieviel Querulanten haben wir, die unsere Gerichte beschäftigen und die trotzdem beschieden werden. Das alles kostet wahnsinnig viel Geld, führt aber in der Summe zu der rechtsstaatlichen Qualität, die unsere demokrati*sche Staatsform von den totalitären* Staatsformen unterscheidet."

Zeidler wurde in dem Interview *auch danach gefragt, ob er als* Mitbegründer des SDS einmal eine Wendung von dem „Reformer aus SDS-Zeiten" zu dem „mehr abwägenden Bewahrer" vollzogen habe. „Das hat es sicher gegeben, insofern als ich älter geworden bin. Aber ich glaube nicht, daß ich mich sehr geändert habe." Damals, vor 34 Jahren, sei in der Richterschaft eine „gewisse Politikfremdheit" festzustellen gewesen. „Wir lebten damals noch unter Adenauer in den fünfziger Jahren in einer restaurativen Epoche. Ausdruck dessen waren auch Teile der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, die ich innerlich sehr abgelehnt habe." Er denke dabei an die „entsetzliche Rechtsprechung *zum* Ehescheidungsrecht, die mich als Zivilrichter sehr hat leiden lassen".

Zeidler nahm auch zu der Frage Stellung, ob sich Richter exponiert öffentlich äußern sollten und zwar in politisch relevanten Angelegenheiten. Neben dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung stehe das Verfassungsprinzip einer funktionstüchtigen Rechtspflege. „Diese verlangt die Glaubwürdigkeit des Richteramtes und setzt Neutralität, Distanz und Objektivität voraus. Dabei reicht es nicht aus, daß die Neutralität vorhanden ist, sie muß auch glaubwürdig sichtbar gemacht werden. In diesem Sinne besteht die Gefahr eines Glaubwürdigkeitsdefizits, wenn sich Vertreter der rechtssprechenden Gewalt betont kämpferisch äußern."

Für seine Person, so sagte Zeidler, würde er folgende Grenze ziehen: „Ich wäre tolerant gegen distanzierte argumentative Beiträge zur öffentlichen Diskussion, würde es aber kritisch sehen, wenn ein Richter an der direkten kämpferischen Auseinandersetzung teilnähme. Die Richterschaft ist inzwischen insgesamt auf der Suche nach einem Kodex standesgerechten Verhaltens, und das halte ich im Prinzip für gut so."

Freibeträge für die Ausbildung?

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms versucht bei den Verhandlungen über eine Steuertarif-Reform die Situation der Eltern zu verbessern, deren Kinder sich noch in der Ausbildung befinden. Zwar wird es keine Wiedereinführung des bundeseinheitlichen BAföG für Schüler und Lehrlinge, die zu Hause wohnen, geben. Doch die Ministerin will bei ihrem Kollegen Gerhard Stoltenberg eine „Differenzierung" bei den Kinderfreibeträgen durchsetzen.

Nach den bisherigen Planungen des Bundesfinanzministers soll mit einem einheitlichen Kinderfreibetrag *„alles abgegolten" sein.* Doch Frau Wilms versucht in zähen Verhandlungen die Vorstellung einzubringen, daß „*Kinder in der Ausbildung mehr kosten*". Außerdem müsse über ein „Surrogat" für die Eltern nachgedacht werden, für die es keine Möglichkeit der Steuerersparnis gebe. Bereits im Mai hatte sie kritisiert, daß die Probleme junger Familien bei der Diskussion u einen Lastenausgleich zu sehr im Vordergrund stünden. Ihr Staatssekretär Anton Pfeifer sekundierte mehrfach, daß mittelfristig das System der Ausbildungsfreibeträge noch ausgeweitet werden müsse.

Als „verfrüht", teilweise sogar als „Unsinn" wurde die Meldung in der „Bild am Sonntag" kommentiert, daß die Bundesregierung schon ab 1985 einen steuerlichen Ausbildungsfreibetrag in Höhe von 900 Mark für 16- und 17jährige Schüler und Lehrlinge einführen wolle, die zu Hause wohnen. In dem Bericht, der sich auf „Bonner Regierungskreise" stützte, war außerdem davon die Rede, daß der Ausbildungsfreibetrag für nicht am Wohnort der Eltern lebenden Lehrlinge von 18 Jahren von 900 auf 1500 Mark, für Auszubildende über 18 Jahren von 1200 auf 1800 Mark erhöht werden soll. Die Gesamtkosten wurden auf 500 Millionen Mark beziffert.

Zwar hatte Bundeskanzler Helmut Kohl vor einigen Wochen selbstkritisch eingeräumt, daß im ersten Eifer der Haushaltskonsolidierung unter anderem die Schnitte im Bereich der Ausbildungsförderung zu scharf ausgefallen waren. Doch bisher gibt es nach der Aussage von Eingeweihten noch keine Bereitschaftserklärung Stoltenbergs, wirklich eine Differenzierung bei den steuerlichen Freibeträgen einzuführen.

In der gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung der BAföG-Sätze war vom Bundestag am 13. April bereits die Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze vom Oktober 1984 an um vier Prozent beschlossen worden. Genau 12 Monate später werden im *Rahmen* einer Zwischenanpassung die Elternfreibeträge noch einmal um zwei Prozent angehoben. Dementsprechend erhalten vom kommenden Oktober an auswärts untergebrachte Gymnasiasten und Berufsfachschüler 510 statt bisher 490 Mark BAföG-Hilfe und ein auswärts untergebrachter Student 690 statt 660 Mark.

Für die Förderung von Schülern und Lehrlingen, die zuhause wohnen, sind nach einem Beschluß der Regierungschefs seit dem vergangenen Jahr die Länder zuständig. Aber nicht nur von den Betroffenen, sondern auch aus dem Bonner Bildungsministerium ist immer wieder kritisiert worden, daß die bereitgestellten Mittel nicht ausreichten. Nach monatelangen Erörterungen in den zuständigen Landesministerien und Landtagen sind zwar inzwischen überall entsprechende Gesetze erlassen worden, doch dies hat die Diskussion noch nicht beruhigen können. *Bundesbildungsministerin Wilms* sagte noch vor wenigen Tagen, „nichts" sei erreicht.

Begabung und Motivation als Studien-Voraussetzung

Aufnahme-Test in Koblenz / Neues Fach in Herdecke

PETER PHILIPPS, Bonn

Fünf Angemeldete waren nicht erschienen – so blieben es 115 Bewerber für einen Studienplatz an der neuen Privatuniversität in Koblenz, die am Wochenende im Gebäude der örtlichen Debeka vier Stunden über der schriftlichen Aufnahmeprüfung brüteten. Bei den vom Institut für Test- und Begabungsforschung ausgearbeiteten Fragen wurden u. a. die Fähigkeiten zum induktiven und deduktiven Denken, zur raschen Erfassung komplexer Fachtexte und zum „sicheren und differenzierten Umgang mit der deutsche Sprache" getestet, außerdem „angemessene" Sprachkenntnisse in Englisch und Französisch.

Professor Udo Glittenberg, einer der Motoren der Koblenzer Neugründung, war mit dem ersten Eindruck der Aspiranten zufrieden, die „sehr konzentriert gearbeitet" hätten. Zwischen dem 10. und dem 12. Juli folgt die mündliche Prüfung. Zwei halbstündige Einzelgespräche, Referate im Kreis von drei Mitbewerbern und Diskussionen darüber füllen für jeden *Kandidaten einen ganzen Tag* aus. Jeder Prüfer – zu denen später einmal auch die Alumni, die Absolventen der Koblenzer Hochschule gehören sollen – muß 14 Stunden reine Prüfungsarbeit bewältigen. Anders als bei staatlichen Universitäten gibt es keine Begründung für die Annahme oder Ablehnung.

Während also an der „Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung" in Koblenz die Vorbereitungen für den Tag X am 1. Oktober auf Hochtouren laufen, ist die Konkurrenz in Witten / Herdecke sogar schon einen Schritt weiter: *Nachdem seit einem Jahr bereits der* Studienbetrieb im Fach Medizin abläuft, ist am Wochenende auch die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät *feierlich eingeweiht* worden. Vor etwa 250 Gästen, unter denen auch zahlreiche Vertreter aus der fördernden Wirtschaft vertreten waren, steckte Gründungsdekan Ekkehard Kappler, als Wirtschaftswissenschaftler vorher Ordinarius an der Gesamthochschule Wuppertal, Rahmen und Ansprüche der Herdecke-Erweiterung ab. Die Fächer Zahnmedizin, Physik und Chemie sollen im Verlauf der nächsten Monate folgen.

Vor allem soll sich die neue Fakultät, in der nach neun Semestern das Examen als Diplom-Ökonom abgelegt werden soll, auf die Herausforderung einstellen, daß „weder Wirtschaftspolitiker noch Wirtschaftstheoretiker befriedigende Antworten auf die Probleme struktureller Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, der weltwirtschaftlichen Kooperation und Ökologie" finden. Immer noch gelte die Theorie „als das Ausgedachte, dem immer nur neues Ausgedachtes hinzugefügt" werde. Propagiert wird als Ziel für die Herdecker Studenten: „Nur wem geschichtsbewußt die *Bestimmungsgründe der Praxis* erfahrbar werden, kann die in ihr enthaltenen sogenannten Sachzwänge als selbstgemachte Verkrustungen sehen und so beginnen, die selbstverschuldete Unmündigkeit in neuer Praxis zu überwinden."

25 Studenten nimmt Herdecke jährlich im Fach Wirtschaftswissenschaften auf. Für die Bearbeitung der Bewerbung wird zwar eine Gebühr von 95 Mark erhoben, doch dank der fundierten finanziellen Ausstattung wird vorerst keine Studiengebühr erhoben. Aber dafür ist ein mehrstufiges Auswahlverfahren vorgeschaltet, *um die Plätze an die wirklich „begabtesten und motiviertesten jungen* Menschen" zu vergeben.

Kein Konzept für „offene Grenzen"

Sicherheitsbedenken beim BGS / Im Vorjahr allein 15 000 Kriminelle gefaßt

BERND HUMMEL, Eschwege

An Absichtserklärungen, Forderungen und Appellen hat es im Vorfeld der Wahlen zum Europa-Parlament nicht gefehlt, doch die Vision vom „Europa der offenen Grenzen" hat derzeit kaum Chancen, zur Realität im europäischen Alltag zu werden. Zu groß, weiß man im Bundesinnenministerium, seien die Sicherheitsbedenken und: „Für eine solche Situation gibt es bislang noch kein Konzept."

Freimütig rät man im Innenministerium zu „mehr Gelassenheit in diesem Punkt" und gesteht zu, daß man jetzt nach den Wahlen zum Europa-Parlament eine nüchternere Einschätzung durch die Politiker erwarte. Tatsächlich ist dort – wie auch im Außenministerium – allenfalls von Erleichterungen bei den Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Rede. So wird denn auch die Frage nach den Chancen für den Abbau der Schlagbäume eindeutig beantwortet: „Das ist derzeit nicht machbar, wir brauchen die Grenzkontrollen."

„Gehörige Kosten"

Terrorismus, Schmuggel, Kriminalität – unter diesen Stichworten lassen sich Belege für die Notwendigkeit der Beibehaltung der grenzpolizeilichen Kontrollen finden. Nicht zu Unrecht wies Minister Zimmermann bei der Vorlage des Tätigkeitsberichtes 1983 des Bundesgrenzschutzes darauf hin, daß der an den Kontrollpunkten tätige Grenzschutz-Einzeldienst überaus erfolgreich sei. Denn an den 709 Grenzübergangsstellen – davon 22 in die „DDR" und 8 in die CSSR – seien im Vorjahr mehr als 87 000 Aufgriffe registriert worden, davon mehr als die Hälfte „Initiativaufgriffe", also jene Festnahmen, die der Aufmerksamkeit des ausgezeichnet geschulten Personals des Einzeldienstes zu verdanken sind.

Der Leiter des Grenzschutzamtes Aachen, Polizeioberrat Klaus Severin, bringt die Erfahrungen seiner Beamten auf einen Nenner: „Der Kriminelle benutzt selten die grüne Grenze, er reist zumeist über den Grenzübergang." Also: Wenn nicht am Grenzkontrollpunkt, wo eigentlich dann sollen Straftäter – im Vorjahr knapp 15 000 – künftig noch aufgegriffen werden?

Dennoch bekennt sich Severin zu dem seit Juli 1983 an der Grenzschutzstelle Aachen/Autobahn Nord praktizierten „modifizierten Kontrollverfahren" für Staatsangehörige der EG, das sich noch in der Erprobung befindet. Dort nämlich werden – ebenso wie auf dem Flughafen Frankfurt und an der Grenzschutzstelle Perl – EG-Staatsangehörige sowie österreichische und Schweizer Staatsbürger grundsätzlich bei der Einreise nicht mehr kontrolliert. Die Beamten beschränken sich auf die sogenannte Sichtkontrolle nach wechselnden Fahndungsschwerpunkten. Oberste Maxime: Wer nicht kontrolliert werden soll, der soll auch nicht warten.

Offene Grenzen in Europa? „Von heute auf morgen geht das nicht", glaubt auch der Bundesbeauftragte für den Grenzschutz-Einzeldienst innerhalb des Bundesgrenzschutzverbandes, Walter Schumann (Lübeck). Wer die Schlagbäume abbauen, aber dennoch einen gleichbleibenden Sicherheitsstandard garantieren wolle, der müsse „finanziell und personell den Staat ganz gehörig zur Kasse bitten". Schon heute, beklagt Schumann, fehlten dem Grenzschutz-Einzeldienst etwa 1000 Beamte, denn: „An manchen Übergängen ist der Beamte allein – da wird wegen der angespannten Personallage die Eigensicherung gröblich verletzt." Wenn aber die Kontrollpunkte überflüssig werden, wenn das „Nadelöhr", das bislang Erfolge in der Bekämpfung des Terrorismus, der Rauschgiftkriminalität und der Eigentumsdelikte garantierte, fehlt? Schumann: „Die Konsequenz wäre ein Fahndungsapparat innerhalb der Bundesrepublik, der derzeit weder finanziell noch personell machbar ist."

Wenig Alternativen

Europa-Politiker sehen dagegen die Notwendigkeit der Grenzkontrollen und der Sicherheitsinteressen schon längst nicht mehr ein. Katharina Focke (SPD), Mitglied des Europäischen Parlaments, reklamiert: „Wenn man den Personaleinsatz und Gesamtaufwand mit den Resultaten vergleicht, so ist die Erfolgsquote im Vergleich zur allgemeinen polizeilichen Tätigkeit und derjenigen spezieller Fahnder bescheiden." Und Egon Klepsch (CDU), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, ergänzt: „Das Europa der Gemeinschaft kann kein Europa der Grenzbarrieren sein. Je mehr wir uns dem Ziel der europäischen Union nähern, desto weniger passen Schlagbäume an den Binnengrenzen in die Landschaft."

Nur: An Alternativen haben derzeit weder die Europa-Politiker noch die zuständigen Ministerien Aussichtsreiches anzubieten. Beim BGS hat man im Gegensatz zu den Ministerien wenigstens den Personalbedarf des Grenzschutzeinzeldienstes bei einem „Europa der offenen Grenzen" hochgerechnet. Walter Schumann: „Eine solche Situation setzte die Verdoppelung des Personals von derzeit rund 2000 Mann auf 4000 Beamte und mehr voraus." Allerdings: Diese personelle Konsequenz läßt sich derzeit in den Haushaltsplänen noch nicht finden.

Kanzler Kohl in Großbritannien sehr beliebt

dpa, London

Bundeskanzler Helmut Kohl ist in Großbritannien sehr beliebt. Das hat eine Meinungsumfrage ergeben, die gestern von der „Sunday Times" veröffentlicht wurde. Nachdem in den vergangenen Wochen des Europa-Wahlkampfes die Briten bei *Meinungsumfragen* in Frankreich und Italien schlecht weggekommen waren, hatte die Zeitung unter mehr als tausend Briten eine eigene Umfrage gestartet und dabei mit Erstaunen festgestellt, daß Bundeskanzler Helmut Kohl in der Gunst der Engländer sehr hoch steht.

Von 14 genannten ausländischen Regierungs- und Staatschefs steht Kohl an erster Stelle. Ihm folgen Indira Gandhi, Ronald Reagan, François Mitterrand und Deng Xiaoping. Die letzten drei Plätze nehmen Fidel Castro, Ayatollah Khomeini und der libysche Oberst Khadhafi ein. Die beliebtesten Länder sind die Schweiz, Schweden und die Bundesrepublik Deutschland vor den USA und Italien, die drei unbeliebtesten Länder Israel, Algerien und die Sowjetunion.

Militärparade vor 70 000 Berlinern

F. D. Berlin

Unter starken Sicherheitsvorkehrungen hat am Wochenende in Berlin die jährliche Militärparade der amerikanischen, der britischen und der französischen Schutzmacht stattgefunden. Rund 70 000 Berliner verfolgten den traditionellen Aufmarsch auf der Straße des 17. Juni. Angeführt von Musikkapellen, zogen 3500 Soldaten, 70 Panzer und zahlreiche Kampfwagen an den drei alliierten Stadtkommandanten vorbei.

Am Vorabend des Aufmarsches hatten verschiedene alternative Gruppierungen zu einer Gegendemonstration aufgerufen, die unter dem Motto stand: „Fanclub für Aufrüstung und Militarismus". An dieser Kundgebung nahmen lediglich 2000 Personen teil. Sechs Teilnehmer wurden festgenommen, weil sie Farbbeutel geworfen und Nationalfahnen verbrannt hatten.

Ostblock-Manöver in Ungarn geplant

dpa, Budapest

In Ungarn werden nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur MTI in Kürze Einheiten der ungarischen, tschechoslowakischen und der sowjetischen Streitkräfte „kombinierte Aufmarsch- und Kampfmanöver" abhalten. Wie die Agentur am Wochenende weiter berichtete, werden insgesamt rund 16 000 Mann an dem gemeinsamen Manöver unter dem Kennwort „Donau '84" teilnehmen, das laut Ausbildungsplan der Staaten des Warschauer Paktes stattfindet.

In Westungarn, nahe der österreichischen Grenze, wurde erst vor drei Wochen unter dem *Namen* „Sopron (Ödenburg) '84" ein taktisches Manöver unter Teilnahme von rund 8000 ungarischen Soldaten einschließlich einberufener Reservisten abgehalten. Diese militärische Übung wurde auch vom Oberkommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Sowjetmarschall Viktor Kulikow, beobachtet.

„Altersversorgung nicht drosseln"

AP, Stuttgart

Auf die Möglichkeit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters und eines Beitrages der Beamten zur Altersversorgung hat der Vorsitzende des Sozialbeirats der Bundesregierung, Professor Helmut Meinhold, hingewiesen. Er warnte sich am Sonntag im Süddeutschen Rundfunk gegen eine Verunsicherung der Rentner und betonte, die Altersversorgung dürfe nicht gedrosselt werden. Notfalls müßte das Renteneintrittsalter „kräftig erhöht" oder es müßten auch die Beitragssätze zur Sozialversicherung angehoben werden. Meinhold erwartet sich damit auf die Zeit nach 1990.

Die Beiträge zur Altersversicherung könnten nach Meinung des Professors um zwei bis vier Punkte heraufgesetzt werden, wenn es das wirtschaftliche Wachstum erlaube. Vor allem aber müßten auch die Nebenlasten der Sozialversicherung durchleuchtet werden. Das gelte besonders für die Erwerbsunfähigkeitsrenten, bei denen mancher Mißbrauch getrieben werde, der zu ungerechtfertigten Belastungen der Sozialversicherung führe. Meinhold sagte, auf längere Sicht sei es notwendig, auch von den Beamten einen Beitrag zu ihrer Altersversorgung zu verlangen.

„DDR" gab für Subventionen fast 22 Milliarden aus

D. D. Berlin

Niedrige Preise für Grundnahrungsmittel, bestimmte Bedarfsgüter und Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln (20 Pfennig für Omnibus und Straßenbahn) hat sich die „DDR" im Jahr 1983 rund 21,6 Milliarden Mark Subventionen kosten lassen. Im Haushalt *nimmt der* Posten „Sicherung stabiler Preise" den größten Posten ein – allein über zwölf Milliarden Mark für Lebensmittel.

Die von Finanzminister Ernst Höfner (SED) der Volkskammer vorgelegte und, wie üblich, ohne Debatte akzeptierte Haushaltsrechnung für das vergangene Jahr weist einen Überschuß von 720 Millionen Mark aus. Einnahmen von 192,5 Milliarden Mark stehen 191,7 Milliarden Ausgaben gegenüber. Dank erhöhter Arbeitsproduktivität und Senkung der Material- und Energiekosten verkündete der Minister ein um 4,4 Prozent gestiegenes Nationaleinkommen.

Nach den Subventionen die größten Ausgabeposten: 11,4 Milliarden für die Verteidigung, knapp 4,5 Milliarden für die „Sicherung der Staatsgrenze", 11,1 Milliarden für das Bildungswesen und 9,3 Milliarden für *den Wohnungsbau,* der ein Gesamtvolumen von 20 Milliarden erreichte. Bis 1990 will die „DDR" die vorhandenen Wohnungen in ähnlichem Umfang sanieren.

Eine Umfrage macht Diepgen Hoffnung für 1985

Von H. R. KARUTZ

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, hat die ersten 100 Amtstage im Rathaus Schöneberg gut hinter sich gebracht. Der beherrschende Eindruck über das neue Regiment: Publikumswirksame Fehler gab es bisher nicht – bis auf einen, der das bisherige *unerschütterte Ansehen des Senats als eines Erfolgs-Teams* tangiert.

Denn einer der wichtigsten Männer am Senatstisch kündigte sein Ausscheiden an: Finanzsenator Gerhard Kunz, enger Vertrauter von Helmut Kohl, geht im Frühjahr. Unterdessen besucht SPD-Kandidat Hans Apel fleißig die Berlin-Schule. Die jüngste Umfrage aber läßt den Senat denoch hoffen, daß Diepgen auch am 10. März 1985 der Primus bleiben könnte.

Bis auf eine lokale Radiostation nahm in der Stadt niemand vom Ablauf der ersten 100 Diepgen-Tage vor zwei Wochen Notiz. Weil der Senats-Motor, von Weizsäcker eingestellt, wie bisher „rund" läuft, schien kein Analyse-Bedarf vorhanden. Berlin ist nach Weizsäckers Wechsel zur Tagesordnung übergegangen – aber sie heißt nicht Diepgen. Zwar macht er sich allenthalben in der Stadt bekannt – vom „Bierstübli" eines Hotels bis zum protokollarischen Empfang für fernöstliche Zoo-Drachen –, aber von seiner Regierungserklärung ist beispielsweise im öffentlichen Bewußtsein nicht viel „hängengeblieben".

Die angekündigte Politik der „etwas größeren Schritte" gegenüber Ost-Berlin läßt sich nicht führen, weil die „DDR" zur Zeit keinerlei spektakuläre Schritte wünscht. So bleibt es zunächst bei der Zuarbeit des Senats für die Themenliste, die das Kanzleramt für den möglichen Besuch Erich Honeckers im September schreibt und auf der auch Berliner Wünsche ihren Platz haben.

So muß das *innere Feld* bestellt werden, auf dem nun Finanzsenator Kunz die Pflugschar aus der Hand legen will: Seine Rücktrittsankündigung – mit der Girlande versehen, noch für eine „Übergangszeit" bereit zu sein – kam für Diepgen just zum *falschen Zeitpunkt. Denn sein* Kapital und das der CDU war bisher der auch nach Weizsäckers Entscheidung für Bonn unversehrt gebliebene Senat.

Gewiß sah Kunz auch, daß seine Warnrufe um den guten Willen der Bundesregierung und vor allem die Einsichtigkeit von Stoltenberg bezüglich der Berliner Extrawünsche zu verhallen drohten: Denn der Senat brach beispielsweise – unter dem vorausgehenden Druck der öffentlichen Meinung in Berlin – sein in Bonn gegebenes Versprechen, weitere S-Bahn-Linien-Premieren von einem umfassende Verkehrskonzept abhängig zu machen.

Statt dessen wurde am 1. Mai eine weitere Linie in Betrieb gesetzt, am 1. Oktober folgt eine weitere und – rechtzeitig vor den Wahlen – am 1. Februar 1985 eine vorerst letzte Strecke. Im Bundesetat sind jedoch nur rund 60 Millionen Mark als Betriebskostenzuschuß eingestellt. Der enorme Rest ginge auf die Berliner



„Kappe", müßte jedoch via Bundeshilfe möglichst bald doch wieder auf das Senats-Konto geleitet werden ...

Anfechtungen dieser Art mochte sich Kunz wohl nicht aussetzen. Der Flügel, auf den sich Diepgen verlassen kann, verübelt Kunz anscheinend auch noch immer, daß er sich seiner*zeit aus wohlerwogenen Gründen für* Hanna-Renate Laurien als Weizsäcker-Nachfolgerin eingesetzt hatte.

Die jüngste Emnid-Umfrage bestärkt Diepgen in seinem eigenen politischen Überlebens-Plan:

1. Es existieren in der Stadt zwei nahezu gleich starke Blöcke: das bürgerlich-liberale Lager des Senats-Parteien und der sozial-alternative Block derer, die sich links von der Mitte sehen.

2. Die FDP *scheint mit ihrer* Methode, den „freundlichen Elefanten" CDU maßvoll zu dirigieren, auf Beifall zu stoßen: Selbst bei den Erststimmen zählte sie, Anfang April jedenfalls, eine 4 vor dem Komma.

3. Hans Apel trifft auf erstaunliche Resonanz und nicht, was denkbar gewesen wäre, sprachlose Gleichgültigkeit. „Die Berliner sind bereit, der SPD wieder zuzuhören", fand er bisher. Sie muß ihnen allerdings, und dieses Problem soll Apel bewältigen, etwas zu sagen haben.

4. Die CDU sucht sich, weil sie dort 1981 bemerkenswert schlecht abschnitt, zwei Zielgruppen aus: berufstätige Frauen zwischen 25 und 35 und die alleinstehenden Frauen über 65. Überdies will Diepgen die verbliebene Berliner Industriearbeiterschaft vollends der SPD abspenstig machen.

Diepgen selbst will sich nicht der Gefahr aussetzen, den SPD-Widersacher aufzuwerten. Er lehnte es strikt ab, am 16. Juni im Sender Freies Berlin mit Apel zu streiten. Prompt sprach der Ex-Minister vom „Kneifen". Nein – Diepgen folgte nur einer Absprache mit der FDP, keinen Zweikampf zu führen, damit nicht die Liberalen vom Publikum versehentlich „vergessen" werden.

Zwei Gebiete von erheblicher politisch-psychologischer Brisanz muß der Senat in den kommenden Monaten besonders gegen Kritik abschotten: Private Kapitalanleger, die ihr Geld nach Berlin transferieren und im Wohnungsbau arbeiten lassen, klagen über eine unzuverlässige Wohnungsbaupolitik.

Sie seien zu Baulandkäufen und Projekten ermuntert, aber nicht in die staatliche Förderung aufgenommen worden. Von 300 Millionen Mark, die wieder zurück ins übrige Bundesgebiet flössen, ist die Rede. Die Anleger-Branche führt bei Diepgen Klage über einen drohenden „immensen Vertrauensverlust".

Die Staatsanwaltschaft geht indessen einer für Berlins Ansehen noch weit folgenschwereren Entwicklung nach. Zwar gelten formal nur noch elf Häuser in der Stadt als besetzt, aber in vielen der 69 durch Verträge angeblich „befriedeten" Häuser schnellte die Kriminalitätsrate nach oben. Zur Zeit sind in Berlin noch 1300 Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung anhängig.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ungarn würdigt Beziehungen zur Bundesrepublik

AP, Budapest

Die ungarische Regierungszeitung „Magyar Hirlap" hat am Sonntag im Hinblick auf den am Donnerstag beginnenden Ungarn-Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen hervorgehoben. Die Bundesrepublik sei Ungarns wichtigster Handelspartner im Westen und deshalb sei es gut zu wissen, daß auch in der derzeitigen schwierigen Weltwirtschaftslage die bilateralen Beziehungen stabil blieben.

Die Bundesregierung habe wiederholt bekundet, daß sie den Dialog und die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten als wichtigen Teil ihrer Politik betrachte, schreibt „Magyar Hirlap".

Mit Maßnahmen der jüngsten Zeit habe Bonn bewiesen, daß die Wirtschaftsbeziehungen, die man als einen potentiellen Beitrag zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen betrachte, auch in der derzeit abgekühlten internationalen Lage aufrechterhalten werden sollen. Die engsten Beziehungen unterhalte Ungarn mit bayerischen Firmen. Von dort kämen *18* Prozent der Importe und dorthin gingen 36 Prozent der ungarischen Exporte.

London gewährt Soldaten Asyl

SAD, London

Zwei Deserteure der sowjetischen Besatzungsarmee in Afghanistan haben in Großbritannien politisches Asyl erhalten. Der Gefreite Oleg Chan (21) und der Feldwebel Igor Rijchow (22) befanden sich seit elf Monaten in der Gefangenschaft afghanischer Widerstandskämpfer.

Über den britischen Europaparlamentsabgeordneten und Ostexperten Lord Bethell sandten sie einen persönlichen Appell an Premierministerin Thatcher. Die Regierungschefin gab ihrer Bitte um Aufnahme in England jetzt statt.

„Ein Märchen, ein Märchen", stammelten die beiden immer wieder, als sie in London landeten. Die nächsten 14 Tage verbringen sie in einer Entwöhnungsklinik. Die Mudschaheddin-Freiheitskämpfer hatten ihre Gefangenen opiumsüchtig gemacht, um Fluchtversuche zu verhindern.

Bei Creusot-Loire geht es um 30 000 Arbeitsplätze

Französischer Konzern vor dem Konkurs / Hilft Paris?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wie ein Damoklesschwert hängt das Schicksal des größten privaten Schwerindustriekonzerns Frankreichs über der französischen sozialen Szene. Erst etwa Anfang Juli wird man wissen, ob Creusot-Loire, eine Tocher des Multi-Konzerns Schneider S. A. und damit des ehemaligen französischen Kanonenkönigs, seine Tore schließen muß oder mit neuer staatlicher Hilfe weiterleben kann. Es stehen 29 400 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Nicht zu übersehen wäre der Schaden, den ein so gewaltiger Zusammenbruch auch bei Zurüstungsbetrieben und Abnehmern anrichten würde. Die Katastrophe wäre – nach den bereits angekündigten Massenentlassungen in der Stahl- und Automobilindustrie – so total, daß es schwerlich vorstellbar ist, die Regierung könnte endgültig den Daumen senken. Aber schon wetzt man in den Linksparteien und Gewerkschaften die Messer für die große Abrechnung mit den Kapitalisten.

Die Schneider Aktiengesellschaft ist ein *so kompliziertes Konglomerat* von Industrie- und Bankbeteiligungen, daß nicht einmal die sozialistische Regierung wagte, sie 1981 auf den Küchenzettel ihrer Verstaatlichungen zu setzen. Studenten der Wirtschaftswissenschaften zerbrechen sich in ihren Examen immer wieder den Kopf über den Fall. Hinzu kommt, daß die Mehrheit des Eigner-Kapitals in Händen der belgischen Familie Empain ist, was sowohl Verstaatlichung als auch Sanierung noch komplizierter macht. Creusot-Loire jedenfalls ist der größte Brocken im Suppentopf.

Schleppende Sanierung

1983 hatte Creusot-Loire sechs Milliarden Schulden. Es kommt zu einem ersten Abkommen mit der Regierung. Diese übernimmt einen Teil der Stahlschmieden und gliedert sie den bereits verstaatlichten restlichen Gruppen Usinor und Sacilor an (die ebenfalls pleite sind). 4000 Arbeiter werden entlassen. Aber die Sanierung kommt nicht recht voran, obwohl auch die Privataktionäre eine runde Milliarde einschießen. Anfang des Jahres muß der von einem Krisenstab eingesetzte Krisenverwalter Schulz eingestehen, daß das Unternehmen nicht mehr genügend Eigenmittel hat und weitere zwei Milliarden Verluste verzeichnete.

Die Regierung wird ersucht, noch einmal 1,5 Milliarden einzuschießen. Paris aber will nur helfen, wenn das Unternehmen einen staatlichen Aufseher akzeptiert und die Familie Empain, Hauptaktionär, die gleiche Summe beisteuert. Der Aufsichtsrat verweigert beides. Die Banken (verstaatlicht) lehnen daraufhin ebenfalls jegliche Hilfe ab. Vorstandsvorsitzender Didier Pineau-Valencienne wirft in einer eilends einberufenen Pressekonferenz am 13. Juni das Handtuch.

Fabius schweigt

Das Pariser Handelsgericht muß in Monatsfrist entscheiden, ob es den Konkurs einleitet oder nicht. Creusot-Loire ist inzwischen nicht mehr an der Börse. Industrieminister Fabius schweigt. Seine Umgebung läßt durchblicken, daß er die Hoffnung auf eine Rettung des Unternehmens nicht aufgebe. Der Staat hat nicht das geringste Interesse, sich zu allen übrigen Problemen auch noch einen todkranken Privatkunden aufzuhalsen. Aber kann er mit ansehen, wie weitere Zehntausende von Lohnempfängern ihr Brot verlieren und das Heer der mühsam auf 2,5 Millionen stabilisierten Arbeitslosen vermehren?

Das wäre das Ende der sozialistischen Regierung bei den nächsten Wahlen von 1986. Die Kommunistische Partei und ihre Gewerkschaft CGT haben daher schon die wahren *Schuldigen bezeichnet*. „Wir müssen den Empains, den Wendels und den Schneiders (gemeint sind die Aktionäre von Schneider S. A., samt und sonders reiche Industriellenfamilien) kräftig einen reinwürgen", sagte CGT-Chef Krasucki. „Sie haben sich beim Aufbau ihres Imperiums bereichert und wollen sich jetzt bei dessen Abbau noch einmal die Nasen vergolden."

KPF-Chef Marchais erntete auf einer Wahlversammlung Erfolg, als er von „den Pokertischen" sprach, an denen die Industriebarone zusammen mit Cabaretkünstlern ihre Millionen verspielen, die von den Arbeitern erwirtschaftet wurden. Das ist der Ton, der bis 1986 die soziale Debatte in Frankreich beherrschen wird.

Die Wirtschaft braucht eine Reform der Revolutionsgesetze

Von ROLF GÖRTZ

„Erwarten Sie keine spektakulären Ergebnisse", bat Mario Soares, Ministerpräsident und Chef der Sozialistischen Partei Portugals, als er vor einigen Tagen das Flugzeug zu einer Fernostreise bestieg. Er möchte vor allem die japanische Industrie zu größeren Investitionen in seinem Lande animieren. Schließlich stehen ausländische Firmen mit ihrem sicheren finanziellen Hintergrund an der Spitze der portugiesischen Wirtschaftsstatistik. So führt Grundig die Exportliste Portugals an.



Premier Mario Soares wirbt um Investoren FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Amerika liefert ein Beispiel dafür, *daß auch ausländischen* Investitionen, die im vergangenen Jahr um 17 Prozent (in Dollarwerten) zunahmen, Grenzen gesetzt sind. Trotz dollarschweren Wohlwollens der Reagan-Administration dem treuen NATO-Partner gegenüber zogen sich zum Beispiel die Ford-Automobilwerke von *ihrem festen* Bauvorhaben in Sines wieder zurück: Das generelle Entlassungsverbot – ein lähmendes Erbe der Revolution von 1974 – machte die geplante Einrichtung eines großen Automobilwerkes an der portugiesischen Atlantikküste zunichte. Fords Bemühungen um einen Kompromiß mit den kommunistischen Gewerkschaften scheiterten ebenfalls.

Hier liegt auch der Schlüssel zu allen weiteren Problemen des schwergeprüften Landes und damit *zum Fortbestand* der derzeitigen Regierung: Hartnäckig klammern sich Kommunisten und der linke Flügel der sozialistischen Regierungspartei *an die Revolutionsgesetze der Militär*sozialisten von 1974/75. Erste Terrormorde der „Volksfront 25. April" an Unternehmern lassen die Versteifung der Fronten erkennen.

Den Dolchstoß aber erwarten die Chefs der beiden Regierungsparteien, Ministerpräsident Mario Soares (Sozialist) und Vizepräsident Mota Pinto (Sozialdemokrat) aus den eigenen Reihen. Erst jüngst wiederholte der linke Flügel der PS ausdrücklich seine Ablehnung gegenüber jenen Reformen, mit denen die Regierung seit ihrer Amtsübernahme vor einem Jahr vergeblich versucht, vor allem die Arbeitsgesetze an die in der EG üblichen Regeln anzupassen. Weil sie an die Gesetze der Revolutionszeit gefesselt sind, können Staatsbetriebe mehr als 150 000 unbeschäftigte Arbeiter weder entlöhnen noch entlassen. Unter diesem Zustand leidet das Arbeitsklima und die Produktivität auch in den noch normal arbeitenden Betrieben.

Lediglich die Schwarzarbeit – offiziell Parallelwirtschaft genannt – schützt die Massen vor Hunger und sozialen Unruhen. Daran ändern auch so manche Exporterfolge nichts, etwa der portugiesischen Schuhindustrie oder eines neuen Zweiges der Trockenfrüchte. Wie die Aufhebung des Entlassungsverbots, so scheiterte



bisher auch die längst fällige Norma*lisierung der Agrarreform, die Zulas*sung privater Banken und die Reprivatisierung verstaatlichter Unternehmen, die nur künstlich am Leben erhalten werden.

Vergebens fragt die zur Zeit in Lissabon weilende Kommission des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach den Auswirkungen der versprochenen Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand.

Wenn dennoch mit der Zusage der noch ausstehenden Tranchen des 480-Millionen-Dollar-Kredits aus New York zu rechnen ist, dann vielleicht nur deshalb, weil der argentinische Staatspräsident Alfonsin damit drohte, die Regeln des Währungsfonds einfach nicht mehr anzuerkennen. Und Portugal zeigt immerhin den guten Willen dazu. Noch.

Vor kurzem nun warf der Vorstand der (liberalen) Sozialdemokratischen Partei ihrem Chef und Vizepräsidenten in der Koalitionsregierung, Mota Pinto, ultimativ vor, die Hindernisse auf dem Wege zu einer normal funktionierenden Wirtschaft immer noch nicht abgebaut zu haben.

Also setzte Mota Pinto seinem Partner in der Regierung, Mario Soares, eine *Frist bis zum August. Bis* dahin muß sich der Regierungschef zu den Reformforderungen des Koalitionspartners geäußert haben. Kann *sich Soares aber bis dahin nicht* bei seinem linken Parteiflügel durchsetzen, bleibt es bei den fatalen Gesetzen der Revolution, dann bricht auch diese Regierungskoalition bald auseinander.

In diesem Fall dürfte Staatspräsident General Eanes das Parlament auflösen und, wie einst de Gaulle in Frankreich, auf dem Wege des Plebiszits eine neue Republik in seinem Lande begründen. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme aber wird auch seine im Entstehen begriffene „Bewegung zum Fortschritt der Demokratie" (MAD) nicht herbeizaubern können.

Der politische Kern dieser Bewegung besteht nämlich aus einem Zusammenschluß jener kommunistischen und linkssozialistischen Kreisverbände (CNARPE), die 1980 gegen den Willen Mario Soares' die Wiederwahl des Generals zum Staatspräsidenten ermöglicht hatten. Also dieselben *Kräfte, die sich heute in KP* und PS der Rückkehr zu den Wirtschaftsnormen westeuropäischen Stils widersetzen.

Und so warten die Portugiesen wieder einmal in fatalistischer Geduld auf irgendein Wunder oder einen Retter. Währenddessen sinken die Reallöhne (fünf Prozent im vergangenen Jahr) und die Kaufkraft (25 Prozent) weiter, während die Arbeitslosigkeit (15 Prozent), Inflation (25 Prozent) und Staatsschulden, vor allem aber die Lebenshaltungskosten, unaufhörlich weiter steigen.

„Was schert uns schon der Rücktritt des Ministers für Lebensqualität, wenn es keine Lebensqualität gibt, die er vertreten könnte?" fragt ein bitterer Zeitungskommentar. (SAD)

Belgrad soll Intellektuelle freilassen

cgs. Wien

In einer Petition an das Belgrader Staatspräsidium haben 230 Intellektuelle, Universitätsprofessoren und Schriftsteller aus den drei wichtigsten Städten Jugoslawiens, Belgrad, Zagreb und Laibach, die sofortige Freilassung von sechs politischen Häftlingen gefordert. Bei den Gefangenen handelt es sich um den Universitätsdozenten der Soziologie, Vojislav Seselj aus Sarajevo, um den Journalisten des Belgrader Rundfunks, Olujic, um den Belgrader Hochschulassistenten Mijatovic, um den Übersetzer Ismirovic und um zwei weitere inhaftierte Personen. Die vier Erstgenannten sind inzwischen in einen Hungerstreik getreten, um damit ihre Freilassung zu erzwingen.

Fiat plant Bau von Fahrzeugen in China

dpa, Rom

Der italienische FIAT-Konzern plant ein Großgeschäft *mit der* Volksrepublik China. Sollten die Verhandlungen zu einem positiven Abschluß kommen, wird FIAT in China in drei Fabriken jährlich 50 000 leichte Industriefahrzeuge bauen. Ferner ist die Errichtung *von zwei weiteren* Fabriken für Traktoren mit chinesischen Motoren und FIAT-Teilen mit einer Jahresproduktion von 20 000 Einheiten vorgesehen.

Die Verhandlungen über dieses Geschäft, das mit dem Mammut-Vertrag der 60er Jahre zur Herstellung *von FIAT-Autos in Togliattigrad* in der UdSSR vergleichbar ist, fanden am Rande des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang statt. Er beendete am Wochenende in Mailand seine zweiwöchige Europa-Reise und kehrte nach Peking zurück.

Vor dem Abflug zog Ziyang eine positive Bilanz seiner Europa-Reise. Er habe bei den Regierungen und Völkern Westeuropas das Interesse an einer Festigung der *freundschaftlichen* Beziehungen mit dem chinesischen Volk festgestellt. Eines seiner Ziele, den noch geringen Warenaustausch vor allem im technologischen Bereich zwischen Europa und China zu verbessern, sei „bereits erreicht" worden, sagte der chinesische Regierungschef.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Beck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Eliten im Ostblock: Die Ideologie der Gleichheit verteufelt jeden Gedanken an Führungsschichten als bourgeoise Unterdrückungsmethode. Aber schon Lenin hielt immerhin „Avantgarde des Proletariats“ für notwendig. So stellten bereits die Arbeiter- und Soldatenräte unmittelbar nach der Oktoberrevolution die Etablierung einer neuen Auslese dar. Und der „real existierende Sozialismus“ hat mit seinen „Kadern“ noch unverblümter die eigene Ideologie verabschiedet. Dabei fällt in der Sowjetunion wie in der „DDR“ auf, daß die Partei-Elite der eigentliche Machtträger ist, während die wissenschaftlich-technische Elite nur „zweite Wahl“ darstellt. In beiden Staaten gibt es aber auch Unterschiede.



Prunkbau und Aushängeschild, aber nur Schule für die „Elite zweiter Wahl“: die Lomonossow-Universität in den Moskauer Leninbergen
FOTO: MANFRED VOLLMER

Mancherlei Absonderliches in der Auswahl der „Gleichen“

Von WOLFGANG SEIFFERT

Das Eliteproblem in der DDR ist von den allgemeinen Widersprüchlichkeiten des „real existierenden Sozialismus“ gekennzeichnet. Einerseits beruft sich das System zu seiner Legitimation auf die Urväter der sozialistischen Heilslehre, auf *Marx und Engels*, deren *Utopie* eine egalitäre Gesellschaft gleicher Menschen war. Andererseits ist *die praxis aber von einer differenzierten* Leistungsgesellschaft gekennzeichnet, die bewußt auf Elitebildung, Einkommensunterschiede, ein differenziertes Belohnungs- und Privilegiensystem ausgerichtet ist.

Einerseits wird jede Elitetheorie schlicht als „bürgerliche Theorie“ diffamiert, die das Volk für unfähig halte, eigenständige, schöpferische Leistungen hervorzubringen (so z.B. das „Kleine Politische Wörterbuch“ der DDR *in seiner dritten, 1978 in* Ost-Berlin erschienenen Auflage, S. 197). Andererseits versteht man die Partei- *und Staatsbürokratie als die für das* System des „realen Sozialismus“ unerläßliche „strategische Elite“, ohne *die das System nicht existieren könn*te, mit der man aber nahezu alles „organisieren“ kann.

Den Hintergrund dieses Eliteverständnisses in der DDR bildet ein Menschenbild der SED und ein sich hieraus ergebendes Demokratieverständnis, das die Mehrheit der Bevölkerung für politisch unfähig hält, die notwendigen geschichtlichen Entwicklungsprozesse zu vollziehen. Deshalb bedarf es einer „Avantgarde“, *einer Vorhut, nämlich der* kommunistischen Partei, die „theoretisch vor der übrigen Masse“ die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die Resultate der Entwicklung haben soll. Dieses Selbstverständnis, die Prinzipien und Struktur der kommunistischen Partei überträgt man mit der Eroberung der poltischen Macht allmählich, aber konsequent auf den Staat, die Wirtschaft, die gesamte Gesellschaft. Diese wird durch eine entsprechende Bürokratie, die „strategische Elite“ oder auch die „Kader“ geleitet.

Abschied von der alten Garde

„Kader“ sind nach dem Selbstverständnis der SED „*Menschen, die* die Verantwortung für die Leitung eines Kollektivs tragen“ und die als haupt- oder ehrenamtliche Kräfte in ihre Funktion in Partei, Staat und Wirtschaft berufen werden (Kleines politisches Wörterbuch, S. 420). Solche „Kader“ sind auch „Nachwuchskräfte sowie Werktätige mit einer Hoch- oder Fachschulausbildung, die auf *Grund ihrer politischen und fachlichen* Kenntnisse und Fähigkeiten planmäßig für Leitungsfunktionen entwickelt werden“ (ebenda). Es versteht sich, daß das politische System der DDR vor allem auf die politische und ideologische Bindung dieser Elite an die kommunistische Partei Wert legt und sie auch materiell an sie kettet und so bewußt die Herausbildung einer *dem System treu ergebenen* Elite anstrebt.

In den Anfängen der DDR rekrutierten sich die Angehörigen dieser „Nomenklatura“ der DDR vor allem aus der alten Garde der Kommunisten der Weimarer Republik, und hier stand oft die „ideologische Zuverlässigkeit“ im Sinne der unbedingten Treue gegenüber der SED *und die* bedingungslose Disziplin gegenüber der politischen Orientierung durch die Sowjetunion (*bei Vernachlässigung der fachlichen Qualifikation*) im Vordergrund. Doch mit dem Fortschreiten des Aufbaus eines eigenen Staates in Deutschland gewann die Heranbildung fachlich hochqualifizierter „Kader“ immer größere Bedeutung, wobei die SED-Führung die Entwicklung einer eigenen Intelligenz stets mit deren ideologischer Ausrichtung zu verbinden suchte.

Bei der Verwirklichung dieser Zielsetzung verfuhr die SED stets zweigleisig: Einmal entwickelte sie ein allgemeines Bildungssystem, das die allgemeine polytechnische Oberschule, die Berufs- und Erwachsenenbildung, die Hoch- und Fachschulen einschließlich der Bibliotheken und Kulturhäuser umfaßt; zum anderen entstand ein spezifischen Zwecken der politischen Elitebildung dienendes besonderes Bildungssystem, das sich nach den Bereichen Partei, Staat, Wirtschaft, Armee, Polizei differenziert. Das allgemeine Bildungssystem ist zwar bewußt auf die „Erziehung zum Sozialismus“, auf die Herausbildung des „sozialistischen Menschen“ programmiert. Aber zu einer Förderung besonderer Begabungen und zur Elitebildung führt dieses System nur in bestimmten Grenzen: etwa durch die Bildung von Musikschulen, von Sprachschulen, Mathematikschulen oder Sportschulen, die sich der auf diesen Gebieten besonders Begabten annehmen.

Für Begabte ist das Studium eine Qual

Eine gewisse Auslese erfolgt auch dadurch, daß die Begabteren unter den Schülern der allgemeinen Polytechnischen (10jährigen) Oberschule auf die Erweiterte (12jährige) Oberschule delegiert werden, die mit dem Abitur abschließt. Das Studium an den Universitäten kennt solche Ausleseformen und Begabtenförderung *nur selten, etwa durch besondere* Stipendien und die sogenannte 3jährige Doktor-Aspirantur. Im übrigen gilt *auch heute noch die von dem* DDR-Wissenschaftler Professor Kuczynski schon vor Jahren getroffene Feststellung, das Studium an den Universitäten der DDR produziere einen „ausgezeichneten Durchschnitt“, aber für überdurchschnittlich Begabte sei es eine Qual. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß den besonders Begabten an den Universitäten der DDR die „sozialistische Verpflichtung“ trifft, den weniger Begabten zu helfen, gute Ergebnisse zu erzielen. Die Möglichkeiten zu eigenständigem Studium für Begabte sind aber durch administrative Vorschriften sehr beschränkt.

Die politische Führung der DDR stützt sich denn auch bei der Auswahl ihrer Nachwuchselite weniger auf die allgemeinen Universitäten, sondern auf die speziellen Bildungseinrichtungen in den verschiedenen Bereichen der politischen Struktur. Oder man läßt Universitäts-Absolventen, bevor diese in den Zentren der Partei-, Staats-, Wirtschaftsinstitutionen usw. etabliert werden, eine zusätzliche Ausbildung in diesen speziellen Bildungsstätten durchlaufen. Hier sind vor allem zu nennen: die Parteihochschule der SED in Ost-Berlin; *die Akademie für Staats- und Rechts*wissenschaft in Potsdam-Babelsberg, die Staatsfunktionäre „qualifiziert“ und die *Diplomaten der DDR* ausbildet; die Militärakademie in Dresden; eine Reihe Offiziershochschulen der *DDR-Armee und der* Volkspolizei. Hinzu kommt die regelmäßige Entsendung einer begrenzten Zahl aus*gewählter* Studenten und Nachwuchskräfte zum Studium an die Universitäten und speziellen Bildungseinrichtungen in der UdSSR.

Eine besondere Rolle spielt die Akademie der Wissenschaften der DDR, die keine Ausbildungsstätte, *sondern eine reine Forschungsinstitution* ist, aber gerade auf diese Weise eine besondere Gruppe der Wissen*schaftselite der DDR darstellt. Auf* diese Weise ist es der SED-Führung in den 35 Jahren der Existenz der DDR *zweifellos* gelungen, eine zahlenmäßig umfangreiche und fachlich hochqualifizierte Elite zu bilden, die bei der unvermeidlich kommenden Systemauseinandersetzung um die politischen Strukturen des künftigen vereinigten Deutschland einen Faktor von weittragender Bedeutung darstellen dürfte.

Allerdings enthält dieser Faktor auch für die SED selbst brisante Elemente. Vor allem die ideologische Bindung dieser Elite an die Machtinteressen des SED-Politbüros wird zunehmend schwieriger, liegt es doch auf der Hand, daß *diese Elite* besonders leicht die Perspektivenlosigkeit des DDR-Systems erkennt. Andererseits entpricht es der besonderen *In*teressenlage der Elite, soweit sie ihre persönliche Perspektive mit dem *DDR-System verknüpft hat, am Ziel* eines sozialistisch-kommunistischen Gesamtdeutschland festzuhalten und *nach Wegen zu suchen, diesem Ziel* noch in dieser Generation näher zu kommen.

Hinzu kommt als neues Problem, daß die wirtschaftspolitische Orientierung der SED-Führung auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt (als dem Hauptfaktor für Wachstum und Effektivitätssteigerung) zu neuen Fragestellungen auch bei der Elitebildung geführt hat.

Soziale Unterschiede in Kauf genommen

So werden seit einiger Zeit in der DDR Thesen vertreten, die weit über das bisherige Eliteverständnis und die bisherige Elitebildung hinausgehen. *Hierzu muß man* vor allem die Forcierung der Begabtenförderung rechnen, der seit einiger Zeit das Wort geredet wird. Sie wird vor allem darin gesehen, nicht mehr, wie bisher, Hoch- und Fachschulabsolventen einfach mit der „Intelligenz“ gleichzusetzen. Vielmehr soll bewußt die Herausbildung einer wissenschaftlichen Elite betont werden, die bei der konsequenten Förderung von Talenten beginnt und bis zu besonderen Einkommensverhältnissen und individuellen Lebensweisen reichen soll. Dabei wird – was fast sensationell anmutet – offen davon gesprochen, daß eine solche Entwicklung zur „Ausprägung von Besonderheiten“ auf Kosten der Chancengleichheit geht und „soziale Unterschiede zwangsläufig ... reproduziert“ (vgl. Hildegard Nickel, 3. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, in: Weimarer Beiträge 1980/Heft 12, S. 142/43).

Zweifellos sind solche Überlegungen in der DDR noch am Anfang, vom Zwang der technischen Entwicklung für eine Wirtschaft hervorgerufen, die in hohem *Maße außen*handelsabhängig ist. Doch trotz der Risiken, die mit solchen Entwicklungen für das DDR-Regime verbunden sind, dürften sie beschritten werden. Die Diskussion um die Elitebildung *in der* Bundesrepublik kann diese Entwicklung in dem anderen Staat in Deutschland kaum ausklammern, vollzieht sie sich doch innerhalb derselben Nation.

Aus einem Wörterbuch der „DDR“

Elitetheorie: Auffassungen innerhalb der vormarxistischen und insbesondere der spätbürgerlichen Gesellschaftslehre und Kunsttheorie, die die Fähigkeit zur schöpferischen Arbeit und zur verständnisvollen Aneignung der Kunst nur bestimmten Personengruppen oder Führungsschichten zubilligen ...

Die Dialektik von Masse und Persönlichkeit wurde mißachtet, der Klassenkampf als anarchistischer Aufruhr diskreditiert und die herrschende bürgerliche Klasse und ihre Vertreter zur alleinigen Führerin des politischen, *ökonomischen*, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens erklärt. Damit stützt die Elitetheorie *die Aufrechterhaltung der Klassen*spaltung im Imperialismus sowie die geistige und moralische Unterdrükkung des werktätigen Volkes ...

In zunehmendem Maße wird die Elitetheorie auch zur Waffe reaktionärer Kreise im kalten Krieg gegen die sozialistischen Staaten, vor allem gegen ihre Bildungs- und Kulturpolitik ...

Die sozialistische Kulturpolitik in der DDR hat durch die erreichten Erfolge ... den reaktionären Charakter der Elitetheorie praktisch zurückgewiesen ... Die Ablehnung von elitären Auffassungen ... ist jedoch nicht gleichzusetzen mit Gleichmacherei oder undifferenzierter Bewertung individueller Fähigkeiten und Begabungen.

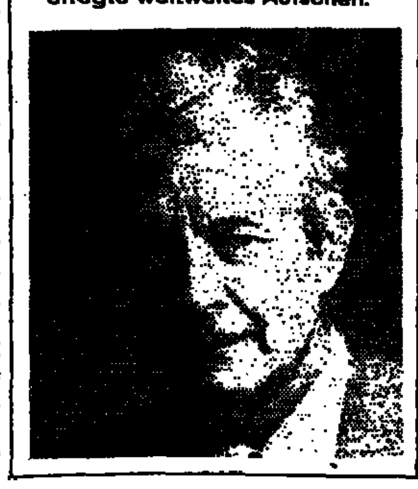
(Aus „Kulturpolitisches Wörterbuch“, Ost-Berlin 1978)

Die Autoren

Wolfgang Seiffert, geboren 1926 in Breslau, studierte in *Ost-Berlin Jura. Er war, bevor er* 1978 an die Universität Kiel ging, Institutsdirektor an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der „DDR“ und enger Vertrauter von Parteichef Erich Honecker.



Michael Voslensky, geboren 1920 in Berdjansk (Ukraine), studierte in Moskau Geschichte und stieg bis zum Abteilungsleiter der Akademie der Wissenschaften der UdSSR auf. Seit 1972 lebt er im Westen. Vor al*lem sein Buch „Nomenklatura“* erregte weltweites Aufsehen.



Altes süßes Leben der neuen Herren

Von MICHAEL VOSLENSKY

Der Theoretiker Marx prophezeite die nahe Geburt einer egalitären Gesellschaft. Der Taktiker Lenin versprach das Verschwinden der Ungleichheit in einer nicht näher definierten Zukunft. Der Diktator Stalin erwähnte zwar ab und zu eine „klassenlose kommunistische Gesellschaft“, baute aber inzwischen eine neue Klassengesellschaft auf. Seine Epigonen stützen nach Kräften diese altertümlich hierarchische Gesellschaftsstruktur, die mit der Gleichheit überhaupt nichts zu tun *hat. So schloß sich der Kreis. Statt* nach Marx eine „freie Assoziation der Produzenten“ ins Leben zu rufen, *widmen sich kommunistische* Parteiapparate der „Kaderarbeit“, also der Auslese und der Förderung einer neuen Elite.

Raymond Aron betonte zu Recht, daß es regierende und nichtregierende *Eliten gibt.* Im *Realsozialismus* werden beide gezüchtet: die erste ist die Nomenklatura, die zweite die Intelligenzia. *Zusammen bilden sie den* privilegierten Teil der sowjetischen Gesellschaft, aber auch sie sind nicht gleich.

Die Nomenklatura ist die herrschende Klasse der realsozialisti*schen Gesellschaft. Sie besitzt ein ab*solutes Machtmonopol in dieser Gesellschaft. Alle politisch relevanten Beschlüsse werden im Rahmen der Nomenklatura gefaßt. Sie werden im Parteiapparat vorbereitet und entworfen und von den leitenden Parteikomitees (vom Rayonskomitee aufwärts) verabschiedet. Die Nomenklatura steht über dem Gesetz, sie formuliert selbst die Gesetze. Ihre Macht erstreckt sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Politik, Wirtschaft, Recht, Kultur, *Ideologie*. Sie herrscht.

Die Nomenklatura ist privilegiert. Überall im Lande ist ihr das Beste, das Angenehmste, das Sicherste zuteil. Nicht die Privilegien, sondern die Macht ist der wichtigste Reichtum der Nomenklatura.

Die Intelligenzia ist dagegen eine untergeordnete Elite. Zwar ist sie auch eine privilegierte Klasse der Sowjetgesellschaft, aber sie hat keine *Macht* und *ihre Privilegien nehmen* sich gegenüber der Nomenklatura bescheiden aus. Die Oberschicht der *sowjetischen* Intelligenzia hat bloß den Lebensstandard des westlichen Mittelstandes erreicht, während die Mächtigen der Nomenklatura leben wie Feudalfürsten.

Die Nomenklatura hat für die Intelligenzia wenig übrig, und dieses Gefühl wird erwidert. Aber ohne die Intelligenzia kann sie das Land nicht stärker machen, ohne sie gibt es keine moderne Technik, keine Rüstungen, keine Propaganda und Information. Die Intelligenzia ist unabkömmlich. *Sie wird deshalb von der No*menklatura geduldet, in einigen Fällen – mit Widerwillen – sogar hofiert. Noch Stalin nannte die Intelligenzia schmeichlerisch „das Salz der Sowjeterde“. Nur bei der propagandistischen Verherrlichung der „Werktätigen“ erlaubt sich die Nomenklatura, intelligenzia-feindliche Töne anklingen zu lassen.

Die Nomenklatura kann nicht ohne die Intelligenzia. Aber die Intelligenzia kann wunderbar ohne Nomenklatura. Unter sowjetischen Intellektuellen ist das Gefühl verbreitet, daß die Nomenklatura zwar oben sitzt und herumkommandiert, aber daß sie wenig leistet. Ihr Produkt ist das diktatorische Regime, das die Intellektuellen der Sowjetunion genausowenig schätzen, wie die westlichen Intellektuellen die Diktatoren im Westen schätzten, als sie hier noch existierten. Die sowjetische Intelligenzia ist eine *objektiv oppositionelle Elite*, eine potentielle Gegenelite.

In dieser Situation versucht die Nomenklatura die Koexistenz von zwei nicht gleichberechtigten Eliten festzuschreiben. Ganz verschiedene Wege führen in diese Eliten. In die Nomenklatura kommt man über den Aufstieg in der Parteiorganisation *bzw. durch Beziehungen. Die No*menklatura wird offiziell als eine Gruppe innerhalb der Intelligenzia *bezeichnet: die Gruppe der* „Verwaltenden“, im Gegensatz zu allen anderen, den „Verwalteten“. Von einem Anwärter auf einen Nomenklaturaposten verlangt man deshalb wohl ein Hochschuldiplom, aber seine berufliche Qualifikation spielt keine Rolle.

Der Weg in die Reihen der Intelligenzia in der Sowjetunion verläuft anders, und zwar über ein erfolgreiches Studium, Promotion und Habilitation, über eine berufliche intellektuelle Leistung. Da man eben Leistung erbringen muß, sind die Möglichkeiten der Vetternwirtschaft auf diesem Wege beschränkt.

Vor kurzem veröffentlichte die Regierungszeitung „Iswestija“ einen Artikel zum 40jährigen Jubiläum der Moskauer Hochschule für internationale Beziehungen – MGIMO. Die Autoren, zwei MGIMO-Absolventen und jetzt politische Kommentatoren in Moskau, geben mit Genugtuung zu, daß im MGIMO „die Elite ausgebildet wird“. Das stimmt: die Nomenklatura-Elite. Keinem Absolventen der traditionsreichen (und nicht nur 40 Jahre alten) Moskauer Universität wäre es erlaubt, dasselbe über seine Uni zu schreiben: Dort wird ja bloß die Intel*ligenzia ausgebildet. Weitere Lehran*stalten für die Nomenklatura sind die Parteihochschulen in Moskau und in *den Unionsrepubliken, die* Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, die Außenpolitische Akademie des Außenministeriums der UdSSR, die Generalstabsakademien, die Hochschule des KGB usw. Dort wird der Nomenklatura-Nachwuchs im elitären Geiste erzogen und formiert. Richtig bemerken die Autoren des „Iswestija“-Artikels, daß man einen MGIMO-Absolventen sofort erkennen würde, auch wenn man ihn nie früher gesehen hätte, – so prägt den Menschen die Nomenklatura-Erziehung.

Die wirkliche intellektuelle Elite der Sowjetunion *kommt* nicht aus diesen Sonderlehranstalten. Sie kommt aus den normalen Universitäten *und Hochschulen*. Nach vielen pseudodemokratischen Schulreformen, die in der UdSSR in den 20er Jahren große Mode waren, hat man endlich ein nicht schlecht funktionierendes Bildungssystem aufgebaut: mit einem intensiven Studium, mit Prüfungen nach jedem Semester, mit Staatsexamina und Diplomarbeiten. Dieses System ermöglicht es, in acht *bis 10 Semestern einen qualifizierten* Intelligenzia-Nachwuchs auszubilden. In jedem Land ist das Hauptmerkmal einer intellektuellen Elite Bildung und nicht Einbildung.

Marx bezeichnete das Proletariat als den „Totengräber des Kapitalismus“. Er betonte, daß die Kapitalisten das Proletariat selber erzeugen, da ohne dieses Proletariat keine Produktion *möglich* sei. Die Marxsche Voraussage hat sich nicht bewahrheitet, weil die Unternehmer den Arbeitern vernünftigerweise große *Zuge*ständnisse gemacht haben. Bisher versucht die Nomenklatura, die Intelligenzia in eine Klasse von Fachidioten zu verwandeln, aber diese Rechnung geht nicht auf. Auch die Nomenklatura wird der Intelligenzia Zugeständnisse machen müssen, um einem Konflikt vorzubeugen. Sonst wird die Geschichte Rußlands eine noch dramatischere Wende nehmen.

Berlin: Thesen zum Mord an Dollfuß 1934

DW. Berlin

„Ich habe“, erinnerte sich der 1938 von den Nazis ins KZ Dachau verschleppte Fritz Bock, „viele Träume gehabt. Ich hätte mir aber damals nicht träumen lassen, daß ich einmal auf so historischem Berliner Boden wie dem Restaurant des Reichstags mit jungen Cartellbrüdern über die Wandelbarkeit historischer Abläufe diskutieren werde.“

Bock, von 1966 bis 1968 österreichischer Vizekanzler, schilderte aus eigener Erfahrung den Ablauf der Ereignisse, die 1934 zur Ermordung des Kanzlers Engelbert Dollfuß durch Angehörige der illegalen SS führten. Ziel des von der Katholischen Deutschen Studentenverbindung Borusso-Saxonia veranstalteten Symposiums war es, den Hintergrund von Diffamierungen der Person von Dollfuß durch sozialistische und national*sozialistische* Kreise zu bringen. Berlin wurde bewußt zum Veranstaltungsort gewählt: Hier hatte Dollfuß von 1920 bis 1922 landwirtschaftliches Genossenschaftswesen studiert, in der alten deutschen Reichshauptstadt schloß er sich auch der CV-Verbindung Germania an.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Peter *Muschol* (Deutsche Welle) und des Berliner Bezirksstadtrats a. D. Günter Schneider legten der *Münchner* Politikwissenschaftler Professor Kindermann und der Grazer Kirchenhistoriker Professor Lieb*mann* neue Erkenntnisse aufgrund erst kürzlich zugänglicher Quellen vor.

Danach kam der aktive Widerstand der österreichischen Sozialisten, der den Arbeiteraufstand im Februar 1934 auslöste, nahezu ausschließlich von fanatischen Aktivisten des linksradikalen „Republikanischen Schutzbundes“. *Die katholische Kirche in* Österreich, betonte Professor Liebmann, habe durch vorsichtige Unter*stützung der von Dollfuß gegründe*ten „Vaterländischen Front“ das Vordringen des Nationalsozialismus aufzuhalten versucht. „Der Rückzug der Geistlichen aus den politischen Ämtern demonstrierte aber auch die unterschiedliche Verantwortung von Kirche und Staat“.

Professor Liebmann wies darauf hin, daß sich im Kampf gegen die katholische Kirche Österreichs Sozialdemokraten und Nationalsozialisten einig gewesen seien. Zum Abschluß des Konkordats zwischen der Regierung Dollfuß und dem Vatikan habe *die sozialdemokratische* „Arbeiterzeitung“ geschrieben, „sobald der christliche Faschismus“ vor der Arbeiterklasse kapitulieren *müsse*, werde die Arbeiterklasse das Konkordat wie einen Fetzen Papier behandeln. Der Grazer Wissenschaftler: „Es dauerte keine vier Jahre, und das Konkordat wurde tatsächlich wie ein Fetzen Papier behandelt, allerdings nicht von der Arbeiterklasse und vom Sozialismus, sondern vom Nationalsozialismus.“

Auch bei der bisher einseitigen Beurteilung des Aufstandes vom Februar *1934* werde außer acht gelassen, daß es „überhaupt nicht um die Verteidigung der parlamentarischen De*mokratie ging*“. *Bezeichnend sei die* Eidesformel der bewaffneten sozialdemokratischen Schutzbündler, bei der weder die Demokratie noch der Mehrparteienstaat als verteidigungs- und schutzwürdige Güter genannt worden seien.

Und Liebmann wies auf einen anderen Vorgang 1934 hin: Dem oberösterreichischen Schutzbundführer Bernaschek war mit nationalsozialistischer Hilfe die Flucht nach München *gelungen. Er gab im* „braunen Haus“ voller Stolz eine Pressekonferenz. Auf die österreichische Sozialdemokratie bezogen, sagte Bernaschek: „Unsere Genossen stehen vor einer historischen Stichwahl, nicht vor einer Neuwahl. Das Programm der Nationalsozialisten steht uns näher. Ohne Gesinnungsänderung können sie daher zu dieser Stichwahl gehen.“

Moskau wollte TV-Rede zensieren

rtr, München

Der britische Botschafter in Mos*kau*, Ian Sutherland, hat auf eine Ansprache anläßlich des Geburtstages der britischen Königin Elizabeth II. im sowjetischen Fernsehen verzichtet, weil die sowjetischen Behörden Änderungswünsche an zwei Textstellen forderten. Zu Nationalfeiertagen ihrer Länder werden die Botschafter in Moskau regelmäßig eingeladen, Fernsehansprachen zu halten. Nach Auflagen der sowjetischen Behörden hatten auch die Botschafter Japans und Frankreichs Fernsehansprachen abgesagt.

Wie ein britischer Botschaftssprecher sagte, handelte es sich um zwei Passagen, in denen Sutherland den Wunsch aller Länder nach Frieden betonen und sich dafür aussprechen wollte, daß freier Zugang zu Informationen und freie Reisemöglichkeiten für alle sich vorteilig für die Ost-West-Beziehungen auswirken würden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Arbeitskampf

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

für Ihren Leitartikel zu dem Thema: „Marsch auf Bonn" muß ich Ihnen meine uneingeschränkte Anerkennung aussprechen.

Die Gewerkschaften sehen offenbar nicht, daß die Zerstörung des Privatkapitalismus die Zerstörung der Tarifautonomie bedeutet. An die Stelle der privaten Eigner kann dann nur noch die Klasse als Staat treten, und dann haben wir den *marxistischen* Staatskapitalismus, der, für die Arbeiter gesehen, nichts anderes ist als ihre Selbstversklavung, natürlich ohne Tarifautonomie, Streikrechte und all' die Rechte, die in unserem sozialreformierten privatkapitalistischen System, dem der „freien und sozialen Marktwirtschaft", den Arbeitnehmern als selbstverständlich zustehen. Sie sind nichts als ihre eigenen Sklaven, wie das in allen sozialistisch und darum staatskapitalistisch organisierten Staats- und Gesellschaftssystemen der Fall ist, aus dem es dann kaum ein Entrinnen gibt.

Man sehe die mühsame Rückkehr zu klein-kapitalistischen Systemen, z. B. in Ungarn, einfach deshalb, weil anderes, rein sozialistisches Gebaren immer wenig Erfolg bringt.

Der Mensch ist eben anders, als Karl Marx ihn sich ausdachte, deshalb paßt er nicht in das System.

Mit allen guten Wünschen, Ihre
Margarethe Kuppe,
Hechingen

*

„Gutowski: Union verliert Hauptziel aus den Augen"; WELT vom 25. Mai

Aus der Geschichte zu lernen, ist ein allgemein anerkanntes Postulat, aber eine selten angewandte Erkenntnis. Allerdings setzt dieses Lernen auch voraus, von gleichen oder vergleichbaren Ereignissen auszugehen. Dies geschieht im Falle Gutowskis jedoch nicht.

Daß Gutowski kein Freund von Arbeitszeitverkürzungen *ist, ist* allgemein bekannt. Im Gegensatz zu ihm hat der von ihm zitierte Prof. L. Erhard als einer der ersten erkannt, daß Arbeitszeitverkürzungen ab einer bestimmten wirtschaftlichen Situation durchaus sinnvoll sind. Anders als viele seiner Professoren-Kollegen spricht sich Gutowski, und auch das ist nicht neu, gegen eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit im Wege von Vorruhestandsregelungen aus. Neu *ist allerdings* ein *Argument, daß die* Vorruhestandsregelung die 54- bis 58jährigen Arbeitslosen künftig von jeder Wiederbeschäftigung „aussperrre".

Ohne der wissenschaftlichen Reputation des Professors zu nahe zu treten: als Prophet ist er nicht berufen.

Schon bisher haben ältere Arbeitslose kaum Vermittlungschancen gehabt. Ein Blick in die Arbeitslosenstatistik und -struktur würde es ihm zeigen. Die Tarifverträge zur Vorruhestandsregelung im NGG-Bereich tragen deshalb der Situation der älteren *Arbeitslosen* ausdrücklich Rechnung, indem eine 10jährige Unternehmenszugehörigkeit zur Voraussetzung für die Anspruchsberechtigung festgelegt wurde.

Ronald Graf,
Leiter der Tarifabteilung,
Gewerkschaft
Nahrung-Genuß-Gaststätten
Hamburg 1

Ritterlicher Akt

„Freundliche Botschaft"; WELT vom 9. Juni

Sie beanstanden zu Recht, daß hier und da bei unseren französischen Freunden „hinter der offiziellen Fassade der ‚Wiederversöhnung' immer noch massive Ressentiments schwelen". Um so mehr sollte Ihnen auffallen, daß hier einer umgetrieben wurde von dem inneren Widerspruch in *einer Feier des Sieges* über *einen* Todfeind, der im übrigen als engstes Glied einer Schicksalsgemeinschaft beschworen *und* benötigt wird: Als einziger war es Präsident Mitterrand, der dort ausdrücklich Deutschland den Makel des damaligen „Feindes" nahm und seine „Toten grüßte" – der einzige, der darüber hinaus sich gedrängt fühlte, aus Anlaß der Feier dem deutschen Staatsoberhaupt eine „Botschaft der Zuneigung an das deutsche Volk" zu senden –, der außerdem den wahrhaft ritterlichen Akt der militärischen Ehrung des unterlegenen Gegners gemeinsam mit den Deutschen auf dem deutschen Soldatenfriedhof anordnete, an der kein offizieller Vertreter der elf Delegationen aus USA, Britannien, Kanada, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Griechenland, Polen, Tschechoslowakei und UdSSR sich beteiligte. *Läßt* sich diese „Ritterlichkeit" des französischen Staatspräsidenten als „höfliche Fassade" gegenüber dem „boche" diskreditieren?

Ungerechtfertigt ist auch die schulmeisterliche Drohung und Verdrehung, „Kohl wäre schlecht beraten gewesen, wenn er den Wunsch hätte durchblicken lassen, am 6. Juni dabeizusein". Bei seiner Entschiedenheit, eine derartige Zumutung in keinem Fall zu akzeptieren, ist Ihr Konjunktiv unangebracht.

Dr. Sigrid Hunke,
Bonn

Wort des Tages

» Beim Verhandeln gilt es doch vor allem, zunächst die Verhandelnden dahin zu bringen, daß sie sich entschließen, einmal irgendeine Strecke Wegs zusammenzugehen. Sind sie erst einmal gemeinsam unterwegs, so muß man sie dann bloß noch so gut in Atem zu halten wissen, daß sie, wohin es geht, erst merken, wenn man schon angekommen ist. «

Hermann Bahr; österreichischer Autor (1863–1934)

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Die Universität zu Köln wird am 20. Juni Bundespräsident **Karl Carstens** die Ehrenbürgerwürde der Universität verleihen. Seit 1960 ist Carstens Direktor des Instituts für das Recht der Europäischen Gemeinschaften der Universität zu Köln. Den Festvortrag anläßlich der Ehrung hält Prof. Dr. **Klaus Stern**, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungsrecht und des Instituts für Rundfunkrecht.

KIRCHE

Für seinen Einsatz in der Diakonie der Kirche hat der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschlands, **Karl-Heinz Neukamm**, dem Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, **Reinhard M. Walter** aus Stuttgart, das Kronenkreuz in Gold verliehen.

ERNENNUNGEN

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation in München hat Professor Dr. **Otto Leberl** aus Österreich zum neuen Präsidenten des Verwaltungsrates mit Wirkung vom 19. Oktober dieses Jahres gewählt und lic. jur. **Paul Braendli** aus der Schweiz zum neuen Präsidenten des Europäischen Patentamtes mit Wirkung vom 1. Mai 1985 ernannt. Leberl wurde 1922 in Wien geboren. Nach dem Studium der Chemie, Physik und Philosophie und der Promotion zum Dr. phil. trat er im Jahre 1953 in den Dienst des Österreichischen Patentamtes, dessen Vizepräsident er 1972 wurde. 1974 wurde er zum Präsidenten dieses Amtes ernannt. Braendli wurde 1930 in Bern geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften begann er seine berufliche Laufbahn im eidgenössischen Amt für geistiges Eigentum, dessen Vizedirektor er im Jahre 1970 wurde. 1976 wurde er zum Direktor dieses Amtes ernannt.

*

Dipl.-Kfm. **Günther Kröppel**, Geschäftsführer beim Großversandhaus Schöpflin, wird ab 1. Juli 1984 zusätzlich das Vorstandsressort Finanzen und Material der Vereinigten Papierwerke **Schickedanz & Co.**, Nürnberg, übernehmen. Dipl.-Kfm. **Helmut Förster**, der dieses Amt bisher inne hatte, scheidet zum 30. Juni „auf eigenen Wunsch" aus dem Unternehmen aus.

*

Dipl.-Kfm. **Erwin Nagl**, bisher Vorstandssprecher der **Held & Francke** Bau-AG, München, wurde vom Aufsichtsrat zum Vorstandsvorsitzenden berufen.

Der Osteuropa-Historiker Professor Dr. **Walter Schlesinger** ist im Alter von 76 Jahren in Marburg gestorben. Der in Glauchau in Schlesien geborene Wissenschaftler war Ordinarius für mittelalterliche Geschichte von 1954 bis zu seiner Emeritierung 1976 an der Freien Universität Berlin und an den Universitäten Frankfurt und Marburg.

Turner wird Nachfolger Trudeaus

Kanadas künftiger Premier bringt Erfahrung in Kabinett und Wirtschaft ein

A. v. KRUSENSTIERN, New York

In Kanada ist das Zeitalter der neuen Sachlichkeit angebrochen. Pierre Elliott Trudeau (64), der 16 Jahre lang die politische Szene in Kanada beherrschte, wird in etwa zwei Wochen sein Amt als Premierminister niederlegen. Sein Nachfolger als Chef der Liberalen Partei ist bereits gewählt. Es ist der ehemlaige Finanzminister John Turner (55), ein hartgesottener Wirtschaftsanwalt aus Toronto, der im Aufsichtsrat zahlreicher Großfirmen sitzt. Mehr als 3400 Parteidelegierte aus allen Teilen des Landes *kürten ihn am Wochenende auf* einem außerordentlichen Parteikongreß in Ottawa zum neuen Parteiführer. Die erforderliche einfache Mehrheit erhielt er erst im vierten Wahlgang. In seiner anschließenden Rede kündigte Turner eine Regierung „der Reform und der Erneuerung" an. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Vertrauen hätten Priorität.

Nach Trudeaus Rücktritt wird Turner automatisch das Amt des Premierministers übernehmen, vorerst allerdings nur als Chef einer Interimsregierung. Spätestens im Februar finden Wahlen statt.

Die konservative Partei, die zur Zeit auf den Oppositionsbänken sitzt, tritt ebenfalls mit einem neuen Parteichef zu den Wahlen an. Es ist Brian Mulroney (44), wie Turner ein mit allen Wassern gewaschener Wirtschaftsjurist. Damit steht eines fest: Welche Partei auch immer die kommenden Wahlen gewinnt, an der Spitze der kanadischen Regierung wird während der nächsten Jahre ein Mann stehen, der mit der Wirtschaft sympathisiert und ihre Sorgen und Nöte kennt.

Kanada hat das bitter nötig, denn die Wirtschaft dieses potentiell unermeßlich reichen Landes ist krankenhausreif. Die Arbeitslosigkeit steht bei 11,7 Prozent, die Inflationsrate bei fünf Prozent, und das Defizit in Trudeaus letztem Haushalt beträgt mehr als 30 Milliarden kanadische Dollar (60 Milliarden Mark).

Viele Kanadier machen Trudeau persönlich für diese Misere verantwortlich. An einem kann kein Zweifel bestehen: Trudeau hatte kein Interesse und kein Herz für die Wirtschaft. Wenn etwas überhaupt nicht mehr lief, war es seine erste und fast instinktive Reaktion, zu dirigistischen Maßnahmen zu greifen.

Da ist Turner ein anderer Mann. Er verspricht „die Marktwirtschaft mit Herz". Im Gegensatz zu Trudeau braucht er auch keinen Anti-Amerikanismus zu verhehlen. US-Außenminister George Shultz und Verteidigungsminister Caspar Weinberger, die wie Turner selbst aus der Großindustrie kommen, gehören zu seinen engen persönlichen Freunden. Trudeau hält amerikanische Investitionen in Kanada für verderblich und tat sein Bestes, um amerikanisches Kapital aus Kanada auszusperren. Turner hingegen will amerikanische Investitionen ermutigen. Er hält sie für unerläßlich, um Arbeitsplätze für die anderthalb Millionen Arbeitslosen zu schaffen.

Die Popularität der Liberalen Partei sank unter der Ägide Trudeaus so weit ab, daß schließlich weniger als 30 Prozent der Wähler erklärten, sie seien bereit, bei der nächsten Wahl ihre Stimme den Liberalen zu geben. Der Beweis dafür, daß Trudeau und nicht die Partei der Stein des Anstoßes war, ließ nicht lange auf sich warten. *Nachdem* Trudeau seinen Rücktritt ankündigte, schnellte die Popularität der Liberalen wieder hoch. Noch vor wenigen Monaten zweifelte kaum jemand an einem Sieg der Konservativen bei den nächsten Wahlen. Heute liegen die beiden Parteien Kopf an Kopf.

Trudeaus Rolle in der kanadischen Geschichte wird vermutlich noch lange umstritten bleiben. Nach Meinung seiner immer noch loyalen Anhänger ist er der größte Premierminister, den Kanada je hatte. Seine herausragende *Leistung* war es, der separatistischen Bewegung in der französischsprachigen Provinz Quebec – seiner Heimat – den Wind aus den Segeln zu nehmen und damit ein Auseinanderbrechen Kanadas zu verhüten.

Seine Außen- und Verteidigungspolitik gab jedoch auch im eigenen Lager häufig Anlaß zu bitterer Kritik. Trudeau sah zwischen den USA und der Sowjetunion nur graduelle moralische Unterschiede, war ein Freund des kubanischen Diktators Fidel Castro und geizte so sehr bei der Verteidigung, daß die Streitkräfte Kanadas heute nicht mehr dazu in der Lage sind, ihren NATO-Verpflichtungen nachzukommen. (SAD)

Sikh-Proteste weiten sich aus

Moslems zeigen sich solidarisch / Morddrohungen gegen Frau Gandhi / Tägliche Appelle

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Der Geruch von Blut und Leichen schwebt noch über dem Innenhof des Goldenen Tempels in Amritsar, doch aus den Lautsprechern klingt bereits die religiöse „Gurbani"-Musik, übertragen aus dem Innern des Allerheiligsten. Aber die ersten Anzeichen dafür, daß augenscheinlich Ruhe in Amritsar und in weiten Teilen des indischen Bundesstaates Pandschab eingekehrt ist, täuschen. In ganz Nord-Indien, aber auch in den südlichen Bundesstaaten Maharaschtra und Tamil Nadu demonstrieren junge Sikhs gegen den Sturm der Armee auf den Goldenen Tempel. Die Unruhen haben auch auf die Hauptstadt Neu-Delhi und Jammu und Kaschmir übergegriffen. *Insgesamt* gab es dabei mindestens 50 Tote.

Die Sicherheitsvorkehrungen für Indiens Premierministerin Indira Gandhi sind drastisch verschärft worden. Spezialeinheiten der indo-tibetanischen Grenzpolizei sind seit Samstag um ihre Residenz postiert. Vorausgegangen waren Morddrohungen extremistischer Sikhs, die unter Führung des in London lebenden Jagjit Singh Chauhan eine Exilregierung für einen unabhängigen Sikh-Staat Khalistan in Pandschab gegründet haben. Offenbar sind die Sicherheitsberater der Premierministerin aber auch besorgt, daß es einer Gruppe indischer Soldaten, die vor einer Woche von ihrer Einheit in Rajasthan desertiert waren, einen Sturm auf die Residenz versuchen könnten.

Indira Gandhi steht vor der schwersten Bewährungsprobe ihrer knapp fünfjährigen Regierungsperiode. Die anfängliche Welle der Sympathie weiter Bevölkerungskreise, darunter vieler Sikhs, nach dem Sturm auf dem Tempelkomplex droht umzukippen. Solidarität mit den Sikhs kündet sich bei den Moslems an, der größten religiösen Minderheit Indiens. Gerüchte über einen Rücktritt von Präsident Giani Zail Singh, eines Sikh, machten in Neu-Delhi die Runde, die sich aber später als unbegründet erwiesen. Kushwant Singh, Sikh und renommierter Journalist, Schriftsteller und Mitglied des Oberhauses, hat eine ihm vom Präsidenten verliehene hohe Auszeichnung unter dem Hinweis zurückgegeben, die indische Regierung habe die Sikh-Gemeinschaft jetzt isoliert.

Indira Gandhi appelliert täglich über die indischen Medien an die Sikhs, Ruhe und Ordnung zu wahren, die im Pandschab gerissenen Wunden „heilen" zu lassen. Der Sturm auf den Goldenen Tempel sei eine „Notwendigkeit" gewesen. Inzwischen wird diese aber von vielen in Neu-Delhi bezweifelt. Ein Blutbad, das bei dem Sturm auf den Tempelkomplex ausgelöst wurde, so sagen sie, hätte durch „Aushungern" der eingeschlossenen Terroristen vermieden werden können. Nach unbestätigten Berichten wurden etwa 1000 Menschen getötet, in der Mehrzahl Sikhs.

Zwar hat die indische Armee mit dem Tempelsturm den Kopf der Bewegung zerstört, und ihre Lenker Jarnail Singh Bhindranwale samt seiner engsten Verbündeten leben nicht mehr, doch haben die Ereignisse der letzten Tage gezeigt, daß der „Rumpf" der Sikh-Extremismus auf dem flachen Land weiterlebt. Und hier, in den Dörfern des Pandschab, sind die meisten der Anhänger Bhindranwales und anderer militanter Führer versammelt. „Die starken Gefühle der Sikhs", so meint Kushwant Singh, „sind jetzt verletzt."

Als größter Risikofaktor für eine Ausbreitung des Terrorismus gilt der überproportional große Einfluß der Sikhs in Indiens Wirtschaft, Politik und auch innerhalb der Armee. Wie die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben, sind die Sicherheitskräfte kaum in der Lage, Aktionen der Sikhs zu verhindern.

Eine Lösung für Lateinamerikas Schulden gesucht

WERNER THOMAS, Miami

Die historische kolumbianische Hafenstadt Cartagena steht in dieser Woche im Mittelpunkt der Ereignisse Lateinamerikas: Zum ersten Mal treffen sich Außen- und Finanzminister des Subkontinents, um über die Entschärfung des explosiven Schuldenproblems zu beraten. Obgleich die Teilnehmer kein Schuldner- oder Armenkartell bilden wollen, soll die Möglichkeit einer gemeinsamen Strategie bei den Verhandlungen der nächsten Monate geprüft werden.

„Wir möchten nicht drohen, sondern alarmieren", beruhigte Brasiliens Außenminister Ramiro Saraiva Guerrero nordamerikanische Banken, die eine Verschwörung befürchten. Sein kolumbianischer Kollege Rodrigo Lloreda Caicedo ergänzte: „Niemand beabsichtigt, das internationale Finanzsystem zu gefährden."

Die lateinamerikanischen Regierungen warnen, daß die Lasten der 340 Milliarden Dollar hohen Schulden erleichtert werden müssen, sonst sei der soziale Frieden dahin. Die blutige Revolte in der dominikanischen Haupstadt Santo Domingo Mitte Mai (55 Todesopfer) gegen neue Sparmaßnahmen hinterließen überall eine Schockwirkung. Die Präsidenten Argentiniens, Brasiliens, Ecuadors, Kolumbiens, Mexikos, Perus und Venezuelas, die nun auch Minister nach Cartagena schicken, hatten in einem Appell an den Londoner Gipfel diese Sorgen noch einmal unterstrichen. Sie forderten einen „konstruktiven Dialog" zwischen Schuldnern und Gläubigern. Die Gipfel-Politiker bekundeten zwar Verständnis und Hilfsbereitschaft, faßten aber keine *konkreten Beschlüsse.*

„Wenn wir nicht selbst die Initiative ergreifen, tut niemand etwas", erkannte der frühere peruanische Premierminister Manuel Ulloa, der die Schuldenkommission der Organisation amerikanischer Staaten berät und in den letzten Monaten „viele frustrierende Verhandlungen" mit US-Regierungskreisen und Banken führte. Er riet zu dieser Konferenz.

Man erwartet eine „Erklärung von Cartagena", die alte Wünsche Lateinamerikas erneuert, so die Umstrukturierung der Schulden, eine Begrenzung der Schuldendienste *auf 20 bis* 25 Prozent der Exporterlöse und die Garantie stabiler Zinsen. Die seit März von elf auf 12,5 Prozent gestiegenen US-Zinsen haben alle Regierungen in Rage gebracht. Wenn die Zinsen nicht sinken, erhöhen sich die Belastungen des Subkontinents um weitere vier Milliarden Dollar.

Noch befinden sich die Verfechter radikalerer Lösungen wie die Proklamierung einseitiger Moratorien meist in den Reihen der Opposition. Bisher wagte lediglich Bolivien einen solchen Schritt für einen Teil seiner Schulden – mit Kosequenzen, die sich bisher noch nicht absehen lassen. Die Bolivianer ernteten jedoch Sympathie in anderen Hauptstädten Lateinamerikas. Argentiniens Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun sprach gar von „Akt nationaler Souveränität". (SAD)

Neuer TV-Held aus Hawaii: T. Selleck alias Magnum

Kein Bond unter Palmen

Für den alten Traum vom Inselparadies Hawaii gibt es ab heute einen neuen Anlaß: den Titelhelden der Krimiserie „Magnum" – einen vor dieser Rolle fast unbekannten Schauspieler. Nannte man ihn zunächst *noch den „neuen Clark Gable", so hat* er sich in den gut drei Jahren seit Beginn der Serie in USA längst seinen eigenen Namen geschaffen: Tom Selleck, 39 Jahre alt, Amerikas neuer männlicher Superstar Nr. 1, Objekt der Wünsche und Sehnsüchte aller amerikanischen Frauen.

Mord und Totschlag, Erpressung und Rauschgifthandel in Hawaii – das gab's schon öfter. Höher als in „Hawaii fünf-null" wachsen die Palmen und wogt der Surf auch in „Magnum" nicht. Die Blüten sind nicht bunter, die sich als Mitspielerinnen abwechselnden *Mädchen nicht schöner und* ihre Bikinis nicht knapper. Auch ist

Magnum – ARD, 20.15 Uhr

die Handlung kaum spannender nach dem bewährten Muster fast aller US-Krimiserien erdacht. So bleibt als einzige Erklärung für den großen Erfolg gerade dieser Serie nur die glückliche Paarung zweier Traumbilder: der romantisch-schöne jüngste US-Staat und das Bild von einem Mann, mit dem man Staat machen kann.

Daß Tom Selleck nach einer kinderlosen geschiedenen Ehe noch zu haben ist, bei allem Erfolg bescheiden blieb und bei den ständigen Annäherungsversuchen seiner Verehrerinnen noch schamhaft errötet, macht ihn für diese nur noch attraktiver und sympathischer. *Die* gleiche Bescheidenheit ist auch eine Zier des von ihm dargestellten Privatdetektivs Thomas Magnum, der ursprünglich als Superheld vom Schlage James Bonds konzipiert war. Tom Selleck setzte durch, daß er auch Fehler und Schwächen haben und zuweilen gegen Verbrecher den kürzeren ziehen darf.

Magnum lebt mit wenig Geld auf großem Fuß: er nassauert nach Kräften bei einem schwerreichen Romanautoren, dessen Anwesen am Strand von Hawaii er beschützen soll, wofür er im Gästehaus wohnen und seinen roten Ferrari fahren darf. Das führt zu ständigen, die Handlung würzenden Reibereien mit dem überkorrekten englischen Butler Higgins, der von John Hillerman, 51, mit so perfekt britischer Arroganz gespielt wird, daß ihn alle für einen waschechten Engländer halten. Magnums Mitkämpfer gegen die Verbrecher sind seine alten Vietnam-Kriegskameraden: der schwarze Hubschrauberpilot T. C. (Roger Mosley) und ein Café-Inhaber (Larry Manetti), der sich als Anhänger des Kults um den Humphrey-Bogart-Film „Casablanca" Rick nennt.

Tom Selleck stammt aus Detroit, kam mit vier Jahren mit den Eltern – sein Vater ist Investmentberater – nach Los Angeles und begann seine Karriere als Fotomodell. Ganze 850 *Dollar verdiente er für eine* Salem-Zigarettenreklame, auf der er vier Jahre lang überlebensgroß auf den Billboards zu sehen war. Erst vor fünf Jahren bekam er seine erste größere TV-Rolle in dem vor sechs Monaten auch bei uns gezeigten Western „Die Sacketts". Danach gefiel er in einer Episode von „Detektiv Rockford: Anruf genügt" neben James Garner so gut, daß extra für ihn eine weitere Folge und dann der Pilotfilm zu seiner eigenen Serie „Magnum" geschrieben wurde.

Heute erhält er pro *Episode 50 000* bis 100 000 Dollar und macht in jeder Sommer-Drehpause – mit bisher weit weniger Publikumserfolg – einen Kinofilm, zur Zeit seinen dritten. Die knallbunten Hawaii-Hemden, die er als Magnum tragen muß, hat er aus *seiner privaten Garderobe* verbannt.



Darf als „Magnum" auch Schwächen zeigen: Tom Selleck
FOTO: DEFD

Statt des angeberischen Ferrari fährt er nur einen Jeep, und seine 500 000 Dollar teure Villa auf Hawaii liegt *nicht einmal am Strand. Am Zudrang* der Frauen gemessen, nimmt er in der Klatschpresse nur wenig Platz ein, da er mit Verleumdungsklagen schnell zur Hand ist. Seine häufigste Begleiterin ist seit einem Jahr die englische Schauspielerin Jillie Mack, 25.

Mit einer Million Dollar pro Folge ist die „Magnum"-Produktion teurer als „Dallas" oder der „Denver-Clan", deren Einschaltquoten sie nie erreichte. Auch der Rang als beliebteste Krimiserie Amerikas ging wieder verloren. Er wird heute von dem „A-Team" eingenommen, in dem neben George Peppard das krasse Gegenteil von Tom Selleck mitwirkt: Mr. T., der schwarze und mit seiner Mohikaner-Haartracht (eine Haarbürste in der Mitte einer glattrasierten Glatze) wohl häßlichste Fernseh-Star der USA. Dennoch konnten bereits Wiederholungen von „Magnum" so teuer verkauft werden, daß der Fortbestand der Serie bis 1986 gesichert ist. Bis dahin wird es 129 Folgen geben – zehnmal so viel wie die 13 bisher von der ARD angekauften.

KARL-HEINZ KUKOWSKI

KRITIK

Es geht ums Überleben

Episoden aus den Werken Jack Londons liegen den **Geschichten aus dem hohen Norden** zugrunde, die die ARD an sieben Freitagen um die mitternächtliche Stunde sendet. Gemessen am Einstand darf man das Unternehmen als gelungen ansehen.

William Canaway hat gleich aus dem Stand mit der ersten Episode „Wettlauf mit dem Tod" einen London gezeigt, dem Mensch und Wolf noch immer am nächsten waren: IQ hin oder her, es geht ums Überleben, sagt der Sozialist London (1876 bis 1916), ob im bekannten „Seewolf", in „White Fang" oder eben hier. Londons Figuren, reduziert auf den bloßen Überlebenstrieb, werden zu modifizierten Vierbeinern, unter denen der Stärkere überlebt.

Hier ist es ein Harry (Doug McGrath), der in Kanadas Wäldern *von einem Goldsucher-Freund hän*gengelassen wird. Der Freund wird zum Feind, aber der kommt um.

Nicht so Harry. Der, bald vor Hunger halb verrückt, wird alsbald auf einsamer Suche nach dem richtigen Nordkurs von einem vom Rudel verstoßenen, nicht minder hungrigen Wolf beschattet und durch ihn in letzter Verzweiflung mit ausreichend Widerstandskraft versorgt, um am Ende zu überleben – ohne Gold, nur noch getrieben von einer fernen Rauchfahne, dem Symbol der einzigen Chance, einem Windhauch namens Zivilisation.

Erstklassig, wie Regisseur David Cobham diese 50 Minuten in vier Fünfteln zu einem Ein-Personen-Stück macht, das dem Darsteller McGrath alles abverlangt: Ein Meisterstück in „suspense" ohne *Schnickschnack, in Reduktion* aufs Wesentliche, und eine superb herausgearbeitete London-Studie dazu, die mit jeder Kameraeinstellung mehr über das Weltbild des Amerikaners sagt als jede akademische Analyse.

ALEXANDR SCHMITZ







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Solange es Menschen gibt
Amerikanischer Spielfilm (1959)
12.05 Umschau
12.25 Europawahl
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 10° östlicher Länge
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
17.20 Das Geheimnis des 7. Weges
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Pilotfilm zu einer neuen Krimiserie
Der heiße Schnee auf Hawaii
21.40 Kontraste
Am 24. Juni beginnt in München zum erstenmal eine Ost-West-Konferenz zum Thema Umweltverschmutzung. Als weiterer Bericht steht auf dem Programm der Fall Sacharow – Porträt eines sowjetischen Bürgerrechtlers.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kindische Fragen
Polnischer Spielfilm (1981)
Mit Adam Ferency, Gustaw Holoubek u. a.
Regie: Janusz Zaorskiy
Junge polnische Architekten haben bei einem Wettbewerb für ein Wohngebiet mit ihrem Projekt gewonnen. Aber bei der Ausführung werden die meisten ihrer Ideen nicht berücksichtigt. Verbittert und enttäuscht beginnen die Architekten, dem Professor, der das Projekt leitet, „kindische Fragen" zu stellen.
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lernen ist menschlich
10. Folge: Der Gedächtniskünstler
16.18 Elternsache: Grundschule
10. Folge: Eltern im Unterricht
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassies Abenteuer
Die Baumschule
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Nana Mouskouri, The Star Sisters
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Übrigens, ich liebe Dich
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Tot umgefallen ist noch keiner
Über die Zeitbombe Giftmüll berichten Renate Juszig und Wolf Konerding
20.15 Zirkusvagabunden
Österreichischer Spielfilm (1935)
Mit Hans Moser u. a.
Regie: E. W. Emo
21.31 Jagdszenen in Hollywood
Mit Tom und Jerry
21.45 heute-journal
22.05 Ich komme zur Ruhe
Prof. Johannes Heinrich Schultz
Filmporträt von Michael Heuer
Das autogene Training ist eine vielfach angewendete Methode in der Psychotherapie.
22.40 Besuch von drüben
Fernsehspiel von Dieter Gasper
0.05 heute



Tante Käthe (Maria Wackernagel, l.), zu Besuch aus der Zone, will bei ihren Verwandten im Westen bleiben (Marie-Luise Marjan). (Besuch von drüben – ZDF, 22.40 Uhr)
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (63)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich: Klaus Matthiesen
21.45 Rheinpreussen-Siedlung wird Genossenschaft
22.15 Ente oder Trente
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Fortschritt der Mikroelektronik
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme: Gefährliches Wochenende
21.00 Das Montagsthema
Wer befahl die Endlösung?
22.00 Der Besessene
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Marlon Brando u. a.
0.15 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Paspatis & Co. (11)
19.00 Aus der Jugendredaktion
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Hypnose
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser (2)
22.30 Jazz in Concert

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Jagd nach dem Gold
20.20 Schule der Diplomaten
21.05 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
21.30 Swinging USA (4)

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
Impressionen
22.05 Wege zum Menschen (6)
22.30 Die Macht des Whistler
23.55 Rundschau

USA: Tür für Gespräche mit Sowjets offen

● Fortsetzung von Seite 1

Beide Häuser des Kongresses stehen inzwischen den Geldwünschen der Administration für erweiterte ASAT-Forschungen und Testreihen skeptisch gegenüber. Das Repräsentantenhaus hatte für ein Jahr alle Ausgaben für neue ASAT-Tests – darunter den ersten geplanten Versuch mit dem F-15-Bomber – gesperrt, mit der Auflage, sie auch zukünftig zu blokkieren, wenn sich die Sowjets neuer ASAT-Tests enthielten.

Der Senat knüpfte keine so drakonischen Bedingungen an die Bewilligung, verlangte aber, daß die ASAT-Versuche nur fortgeführt werden dürften, wenn das Weiße Haus „ernsthaft und in gutem Glauben" Abrüstungsgespräche mit Moskau über Weltraumwaffen anstrebte.

Diesem Druck scheint der Präsident auch im Hinblick auf den amerikanischen Wahlkampf nachzugeben. Die Bedenken seiner Berater bleiben aber bestehen, daß Verträge über ASAT-Waffen im Grunde nicht verifizierbar seien. Die von der Administration derzeit vorbereiteten Abrüstungsvorschläge behandeln so etwa nur die „Abfang"-Systeme der ASAT-Technik – Waffen, die sich selbst im Flug befinden und dabei das gegnerische Ziel suchen.

Als fast nicht kontrollierbar gelten dagegen alle bodengestützten ASAT-Technologien. Dazu gehören auch die Laser-Waffen oder elektronische Systeme, die das Lenkpotential der Aufklärungssatelliten vom Boden aus stören können. Selbst das von den Experten als unterlegen eingeschätzte sowjetische ASAT-System könnte mit Hilfe einer stärkeren Rakete Höhen erreichen, in denen die sensitivsten US-Lenk- und Aufklärungssatelliten kreisen.

„Im übrigen ist jedes Objekt im Weltraum eine potentielle Anti-Satelliten-Waffe", sagte gegenüber der WELT ein mit den Forschungen befaßter Präsidentenberater. „Wer will da einen ASAT-Vertrag verifizieren?"

Am ehesten ist daher eine Abmachung zwischen Washington und Moskau über die ASAT-Begrenzung im Bereich der hohen Erd-Umlaufbahnen denkbar. Dort kreisen jene Satelliten, die die Supermächte in ihrem eigenen Interesse am meisten geschützt sehen möchten, weil von diesen Zentralen aus das eigene Atompotential im Ernstfall gelenkt würde.

Unwahrscheinlich ist, daß die Amerikaner bei möglichen Verhandlungen über Weltraumwaffen auch den Bereich einbeziehen wollen, in dem sie seit Präsident Reagans „Star-War"-Rede vom März 1983 besonders aktiv sind: Die Erforschung defensiver Techniken zu Abwehr gegnerischer Offensivraketen. Ein Teil der hierbei vorgesehenen Technologie dürfte die Benutzung des Weltraums einbeziehen.

„Deutsche Einheit nur über Einigung Europas"

Von PETER PHILIPPS

In einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages, die wegen der Wahl zum Europaparlament am Vorabend des 17. Juni stattfand, hat das Parlament des Tages der Deutschen Einheit gedacht. Lediglich die Abgeordneten der Grünen Fraktion blieben der Gedenkfeier fern.

Der ehemalige Bundesminister Gerhard Schröder zog in seiner Gedenkansprache die Verbindung zwischen dem Tag der Deutschen Einheit und der Europawahl: „Trotz aller Schwierigkeiten bei der europäischen Einigung muß uns klar sein, daß sie der einzige Weg ist, um in Selbstbestimmung die Einheit der Deutschen in Freiheit zu verwirklichen. Ein Aufgeben des europäischen Gedankens würde eine Preisgabe dessen bedeuten, was uns mit dem Gedenken an den 17. Juni 1953 aufgetragen ist." Er forderte die Bürger der Bundesrepublik Deutschland auf: „Wir sollten uns bemühen, gute Deutsche zu sein – nachdem es so viele andere gegeben hat. Aber wir sollten dabei selbstbewußt sein, ohne Komplexe. Der Schatten unserer Vergangenheit darf uns nicht erpreßbar machen. Wir haben das westliche Lager der Freiheit gewählt, wo wir auf jeden Fall gleichberechtigt sein wollen."

Schröder erinnerte daran, daß die Arbeiter-Erhebung in Ost-Berlin und der „DDR" vor 31 Jahren als „sozialer Aufstand" begonnen hatte. „Dieser Aufstand schlug jedoch bald in einen Aufschrei gegen die Unfreiheit um. Er wurde zu einem nationalpolitischen Aufstand. Das Ziel war die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit." Der 17. Juni sei vergleichbar dem Unabhängigkeitstag der USA und dem Sturm auf die Bastille in Frankreich. Aber „er ist nicht wie diese beiden Tage von dem erstrebten Erfolg gekrönt" worden. Deutsche hätten für die Freiheit als einen unverzichtbaren Teil der Menschenwürde und für die Einheit mit allen Deutschen ihr Leben eingesetzt. „Das macht den 17. Juni in unserem Jahrhundert zu einem Symbol der Freiheit und der nationalen Einheit in Freiheit." Solange das Unrecht in der „DDR" bestehe, verpflichte dieser Tag, die Selbstbestimmung und Einheit in Freiheit für alle Deutschen zu fordern. Der 17. Juni bleibe eine Mahnung und verpflichte die Deutschen in der Bundesrepublik „auf unsere Grundwerte und auf unsere Solidarität mit den Menschen im anderen Teil Deutschlands. Wir sind und bleiben eine Nation".

In seiner Rede ging Schröder darauf ein, daß es Bestrebungen gibt, statt des 17. Juni den Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes als nationalen Feiertag zu begehen. Aber er betonte: „Der 17. Juni läßt sich nicht abschaffen." Ähnlich äußerte sich auch der Berliner Bundessenator Rupert Scholz im Deutschlandfunk und sprach davon, daß dieser Tag „niemals zur Disposition stehen kann und darf". Er kritisierte, daß der Bundestag seine Gedenkveranstaltung „nicht unmittelbar" am 17. Juni durchgeführt habe. Nach seiner Meinung gebe es keine „Inkompatibilitäten" zur Europawahl.

Zu den seit vielen Jahren angestrebten Überlegungen, den Tag der Deutschen Einheit angemessener als mit Fahrten der Bevölkerung ins Grüne zu begehen, steuerte er den Vorschlag bei, darüber nachzudenken, „ob man zum Beispiel nicht freiwillig arbeitet. Das heißt, wenn einzelne Betriebe sich entschließen zu sagen, wir arbeiten heute einige Stunden, und das, was wir in diesen Stunden produzieren, wird einem Sonderopfer für politisch Verfolgte in der ganzen Welt zur Verfügung gestellt." Dies sei etwas, was auch in Mitteldeutschland verstanden würde „als ein Beitrag eines wirklich dem Anlaß gemäßen Gedenkens". Außerdem schlug der Senator vor, künftig am 17. Juni den Bericht zur Lage der Nation durch den Bundeskanzler vortragen zu lassen.

Bundestagspräsident Rainer Barzel, der am Samstag die Parlamentsdebatte mit dem Arbeiterzitat von vor 31 Jahren eingeleitet hatte „Wir wollen leben wie Menschen – weiter wollen wir nichts", legte gestern zu Ehren der Opfer des 17. Juni in Berlin einen Kranz nieder. Er forderte Ost-Berlin auf: „Stellen Sie die Erziehung zum Haß ein, beenden Sie den Druck auf die Gewissen und erleichtern Sie die Last der Teilung unseres Vaterlandes." Frieden sei da am sichersten, „wo Grenzen auf sind – für Menschen, Informationen und Meinungen".

In einem Beitrag für das „Volksblatt Berlin" bekräftigte der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, daß „wir aufgerufen sind, uns weiter stetig und beharrlich der Pflege der vier Elemente dessen zu widmen, was die Substanz der Nation ausmacht – der Geschichts-, der Sprach-, der Kultur- und der Gefühlsgemeinschaft, die über die Grenzen der beiden deutschen Nationen hinweg fortbesteht". Dies sei besonders deshalb erforderlich, weil die Erhebung des 17. Juni „an weltmachtpolitischen Fakten scheiterte".

Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eduard Lintner, erteilte während eines Gedenktages vor deutschen Vereinen in Buenos Aires dem Gedanken an ein neutralisiertes Deutschland eine „entschiedene Abfuhr", weil es zwangsläufig „gefährlichen Umarmungsversuchen" der Sowjetunion ausgesetzt wäre.

Druckkonflikt: Verhandlungen gehen am Dienstag weiter

Schon heute Einzelgespräche mit Biedenkopf / IG Metall berät Details der Schlichtung

AP / DW. Frankfurt

In die beiden schweren Tarifkonflikte der Bundesrepublik wird in dieser Woche wieder Bewegung kommen: Am Dienstag werden die Verhandlungen für die Druckindustrie wieder aufgenommen . In der Metallindustrie wollen Gewerkschaft und Arbeitgeber über konkrete Schritte auf dem Weg zur „besonderen Schlichtung" entscheiden. Die Metallarbeitgeber werten die neue Runde der Einigungsbemühungen als letzte Chance der Tarifpartner, aus eigener Kraft einen Ausweg zu finden.

Der Bundesverband Druck teilte in Wiesbaden mit, daß bereits heute Einzelgespräche der Tarifparteien mit dem Vermittler, dem CDU-Politiker Kurt Biedenkopf, geführt werden sollen. Die Verhandlungen würden aber erst am Dienstag in Düsseldorf fortgesetzt, da eine Beurteilung der Streiklage früher nicht möglich sei.

Der Bundesverband Druck hatte die ursprünglich für das Wochenende vorgesehenen Gespräche abgesagt und dies mit dem „unerträglichen Druck zunehmend unbefristeter Streiks" begründet. Am Samstag waren zahlreiche Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland wieder nicht oder nur mit Notausgaben in stark reduziertem Umfang erschienen. Auch Sonntagszeitungen konnten am Wochenende ebenfalls zum Teil nicht, oder in geringerem Umfang erscheinen.

Vor dem bestreikten Druckhaus des Axel Springer Verlages in Essen-Kettwig kam es dabei am Samstag zu einem Zwischenfall. Nach Angaben der Essener Polizei wurde ein vor dem Tor stehender Streikposten von einem Aushilfsfahrer angefahren. Wie ein Sprecher des Druckhauses in Essen dazu sagte, spielte sich der Zwischenfall wie folgt ab: Der nicht bei dem Verlag angestellte Fahrer sei bei der Auslieferung von Sonntagszeitungen von etwa 100 vor dem Tor postierten Streikposten angehalten worden. Die Wagentür soll geöffnet und der 34jährige Fahrer mit Cola bespritzt worden sein. Der Fahrer habe dann Gas gegeben. Dabei sei ein 51jähriger Streikender über die Kühlerhaube gestürzt und anschließend verletzt liegengeblieben. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, von dort aber nach kurzer Behandlung wieder entlassen.

Der Fahrer des Auslieferungswagens ist nach Angaben der Polizei ein betriebsfremder Angehöriger einer Spedition, der Zeitungen zum Flughafen bringen sollte. Er setzte seine Fahrt fort, stellte sich aber knapp drei Stunden später der Polizei, die ihm unter anderem Unfallflucht vorwirft. Verlagsvertreter und Streikleitung einigten sich – so die Polizei – auf einen „Kompromiß", so daß die Ausfahrt des Druckhauses gegen 21 Uhr freigegeben wurde.

In der Metallindustrie müssen sich die Tarifpartner in dieser Woche zunächst auf die Person des stimmberechtigten Vorsitzenden der Schlichtungsstelle – die Arbeitgeber schlugen den Konstanzer Professor Bernd Rüthers, die IG-Metall den früheren Bundesminister Georg Leber vor – einigen, bevor die „besondere Schlichtung" beginnen kann. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Wolfram Thiele, forderte in einem Interview mit der „WELT am SONNTAG" angesichts von „Milliarden-Verlusten" solle „die Schlichtung so schnell wie möglich" beginnen. Der durch den Arbeitskampf bisher entstandene Umsatzausfall in der Autoindustrie beträgt fast fünf Milliarden Mark, wie ein Fachmann der Commerzbank am Wochenende erklärte.

Der Streik von 58 000 Metallarbeitern aus Hessen und dem nördlichen Baden-Württemberg war am Freitag fortgesetzt worden. Mehr als 90 000 Metaller waren ausgesperrt. Ihnen müssen nach einem Beschluß der Arbeitgeber aus der vergangenen Woche am Montag und Dienstag in beiden Streikgebieten 35 000 bis 40 000 Metaller folgen.

„Kreml stimmte Honecker-Besuch zu"

Staatsminister Jenninger sieht keine Probleme / Termin der Visite offenbar Ende September

DW. Berlin/Stuttgart

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, hat die Auffassung vertreten, der für den Herbst vorgesehene Besuch des „DDR"-Staats- und Parteichefs Erich Honecker in der Bundesrepublik sei auch mit der Sowjetführung abgesprochen. Da seien „keine Schwierigkeiten zu erwarten", meinte Jenninger in einem Interview der „Berliner Morgenpost".

Jenninger geht davon aus, daß die vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt ausgesprochene und von Bundeskanzler Helmut Kohl erneuerte Einladung, die Honecker angenommen habe, „noch in diesem Jahr verwirklicht wird". Ein Termin sei zwar noch nicht vereinbart, dies werde aber möglicherweise in den nächsten Wochen geschehen. Der Besuch werde dann „stattfinden, wenn beide Seiten einen günstigen Termin sehen", sagte der Staatsminister. Als Termin ist offenbar die Woche vom 24. bis 29. September in Aussicht genommen. Jenninger bekräftigte die Absicht der Bundesregierung, trotz der Schwierigkeiten im Ost-West-Verhältnis alles zu tun, um Zusammenarbeit und Dialog fortzusetzen. Zugleich gehe der mit dem von der Bundesregierung verbürgten Milliardenkredit eingeleitete Prozeß weiter. Beide Seiten könnten und dürften sich aber nicht überfordern.

Gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk verwahrte sich der Staatsminister gegen Forderungen, Bonn solle Vorbedingungen für den Besuch Honeckers aufstellen. Man könne von einem Gast, den man eingeladen habe, keinen „Eintrittspreis" verlangen, betonte Jenninger. Der Besuch Honeckers diene der Festigung des Dialogs, woran beide Seiten interessiert seien.

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, sagte in diesem Zusammenhang im Süddeutschen Rundfunk, er sehe trotz der harten Haltung der Sowjets gegenüber den Amerikanern, durch die die Ost-West-Beziehungen insgesamt belastet würden, gegenwärtig keine Gefährdung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik. Der Minister erklärte: „Ich sehe den sehr deutlichen Wunsch des Staatsratsvorsitzenden, diesen schon lange in Aussicht genommenen Besuch nunmehr stattfinden zu lassen. Unser Wunsch ist es, daß dieses Gespräch stattfindet, und daß es erfolgreich verläuft."

Windelen sagte, entgegen allen düsteren Prognosen seien die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland intensiver geworden. Entscheidend sei dabei, „daß es gemeinsame Interessen gibt, die nur gemeinsam gelöst werden können, wie zum Beispiel Fragen des Umweltschutzes". Er fügte hinzu: „Wir handeln pragmatisch dort, wo es im Interesse der Menschen liegt." Dies gelte auch für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

Der Tag der Deutschen Einheit habe „seine alte Bedeutung wiedererlangt, als Tag des Bekenntnisses unserer Landsleute zu freien Wahlen und zur deutschen Einheit", sagte der Minister. Dies sei über lange Jahre in Vergessenheit geraten. Er betonte, der Wunsch nach Freiheit und Einheit sei in der „DDR" unverändert vorhanden.

Aufklärung des Westens mit Superpräzision

cvb. Washington

Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden dem Westen Aufklärungsmittel zur Verfügung stehen, die im Augenblick noch das menschliche Vorstellungsvermögen sprengen. Diese Voraussage machte Admiral a. D. Robert Inman, Präsident der amerikanischen Microelectronics Corporation, in einem Vortrag auf der Tagung „Sealink '84" an der amerikanischen Marineakademie in Annapolis, der die Visionen Präsident Reagans über die „Krieg der Sterne" genannte Entwicklung von Anti-Raketensystemen noch in den Schatten zu stellen schien.

Inman sagte, die USA verfügten über die Technologie, Satelliten zu entwickeln, die nahezu ununterbrochen jeden gewünschten Punkt der Erdoberfläche überwachen könnten. Sie würden mit einer Vielzahl hochempfindlicher Sensoren ausgestattet sein, die es ermöglichten, auch kleine Objekte auf der Erdoberfläche, Flugzeuge und U-Boote bis zu einer Tiefe von 30 Metern zu beobachten und zu vermessen.

Für Kooperation mit der „DDR"

F. D. Berlin

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) hat anläßlich einer parlamentarischen Sondersitzung zum Tag der Deutschen Einheit eine „längerfristig konzipierte Zusammenarbeit" mit der „DDR" befürwortet.

Diepgen stellte „mit Zufriedenheit" fest, daß „auch die DDR in letzter Zeit mehr und mehr ihre europäische Friedensverantwortung bemerkenswert herausstellt". Nichts könne besser symbolisieren, daß die Fragen der Deutschen nach ihrer Zukunft nicht getrennt beantwortet werden können von den Fragen nach der Zukunft Europas.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist dabei nach Ansicht Diepgens „ohne eine Überwindung der Teilung Europas weder historisch wahrscheinlich noch politisch von uns aus zu wünschen". Eine rein deutsche Antwort auf die deutsche Frage werde es nicht geben, sagte Diepgen. Man wolle sie mit „unseren Nachbarn suchen in West und Ost".

Diepgen will der „DDR" eine „Politik der Zusammenarbeit und des fairen Ausgleichs" anbieten, die „längerfristige Zeiträume als bisher ins Auge faßt".

Dies erleichtere die gegenseitige Berechenbarkeit und helfe mit, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" auch dann weiter zu entwickeln, „wenn der Ost-West-Dialog im ganzen nur mühsam vorankommt".

Montag, 18. Juni 1984
Nr. 140

Doppelte Moral

gtm. (Stockholm) – Die politische Mehrheit Schwedens ist enttäuscht darüber, daß die übrigen Industrieländer nicht dem Beispiel Stockholms gefolgt sind, und es als Beitrag zum Kampf gegen die Apartheidpolitik in Südafrika ihren dort ansässigen Unternehmen nicht verboten haben, Neuinvestitionen vorzunehmen oder anderweitig zu expandieren. Dies hat 1979 die damalige bürgerliche Regierung den schwedischen Gesellschaften auferlegt. Bisher hat sich kein Land der Kampagne angeschlossen.

Nun plant man in Stockholm für die paar schwedischen Unternehmen in Südafrika weitere Einschränkungen, immer noch im festen Glauben, damit dem Regime schaden zu können. Dabei soll auch die Fluggesellschaft SAS ihre Verbindung einstellen.

Für all das könnte man noch ein gewisses politisches Verständnis aufbringen, wenn dahinter nicht eine schlimme Doppelmoral stünde. Das Investitionsverbot wird durch Sondergenehmigungen ständig durchlöchert. Wäre man konsequent, würde man den Rückzug aus Südafrika anordnen. Aber das würde knapp 3000 Arbeitsplätze in Schweden betreffen. Jetzt heißt es, die Gesellschaften sollen überwintern, zunächst bis 1990. Im übrigen stört sich mit Ausnahme einiger *Solidaritätsgruppen niemand an der* für Schweden stark positiven Handelsbilanz. Die Exporte stiegen im Jahresdurchschnitt seit 1978 um 27 Prozent, die Importe nur um 13 Prozent. Die starken auch schwarzen südafrikanischen Stimmen, die für engere Zusammenarbeit plädieren, überhört man in Stockholm völlig.

Dämpfer

nl – Die negativen Folgen des Arbeitskampfes werden an vielen Stellen sichtbar. So registrieren auch die Bausparkassen deutliche Bremswirkungen für ihr Neugeschäft. Fast noch mehr bedrückt sie aber, daß der Geldeingang schleppender geworden ist. Vor allem die Sparleistungen lassen einmal mehr zu wünschen übrig. Auf einen stetig sprudelnden Mittelzufluß sind die Bausparinstitute aber angewiesen, *um die Fristen für die Zuteilungen* einigermaßen im Lot halten zu können. Die Fristenverlängerung, denen sich in der jüngsten Vergangenheit gerade der eilige Bausparer unversehens gegenüber sah, hat vielfach ganze Kalkulationen über den Haufen geworfen, weil teure Zwischenfinanzierungen in Kauf genommen werden mußten. Großes Aufatmen herrschte deshalb, als die Bausparkassen, nachdem die Spar- und Tilgungsgelder wieder reichlicher flossen, eine Stabilisierung der Zuteilungsfristen signalisieren konnten. Diese optimistische Perspektive einer „weichen Landung" droht wegen der aktuellen Konjunkturstörungen einen Dämpfer *zu bekommen.*

Gaspreise im Gespräch

Von HANS BAUMANN

Am 1. Oktober soll der Erdgaspreis nicht wieder Schlagzeilen machen. So jedenfalls wünschen es die Erdgaslieferanten, nachdem sie zum 1. April dieses Jahres ihre Rechnungen um rund zehn Prozent erhöhen mußten. Aber auf die großen Erdgasversorger allein kommt es gar nicht an. Die kommunalen Verteiler sind jetzt aufgerufen, sich zu entscheiden. Stichtag: 1. September.

An den Kommunen wird es liegen, ob – und in welchem Ausmaß – sich möglicherweise der Erdgaspreis am 1. Oktober bewegt. Denn trotz ihrer Preissouveränität sind auch sie an einen Berechnungsmodus gebunden, an dem sich der Erdgaspreis im Halbjahresrhythmus orientiert – oder eben nicht.

Es erscheint schizophren – und wird auch immer wieder irrtümlicherweise als Verstoß gegen die Gesetze des Marktes mißverstanden, daß der Erdgaspreis ein Mixtum compositum aus Preisen konkurrierender Energien ist. So richtet sich der Erdgaspreis nach den Preisen des schweren Heizöls – und in diesem Ausmaß folgt es der schweren Ware in halbjährlichen Abständen, wobei die amtlichen Preise des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt werden. Allerdings müssen sich die Preise des Öls mindestens fünf Prozent nach oben oder unten verschieben, da sonst der Verwaltungsaufwand für eine Gaspreiserhöhung zu hoch wäre.

Aber nicht nur das schwere Heizöl ist Richtschnur für die Bewegungen des Erdgaspreises, sondern auch das leichte Heizöl, wie es im Haushalt und Kleinverbrauch verwendet wird. Dieses leichte Heizöl geht mit 22 Prozent in den Erdgaspreis ein. Das heißt: Der deutsche Erdgaspreis folgt mit 86 Prozent den Preisen für Heizöl im Halbjahresturnus – nach oben ebenso wie nach unten.

Bisher fuhren die deutschen Erdgasverbraucher *mit dieser* Regelung gut, da der Preis für schweres Heizöl seit Jahren weit unter den Preisen für Rohöl lag. Hinzu kam, daß eben nur 86 Prozent des Erdgaspreises an die Heizölpreise gebunden *sind, daß also 14 Prozent Spielraum* für die Erdgasanbieter blieben, um ihre Mengen zu steuern, was für die Erdgasverbraucher bisher bedeutete, daß sie mit Erdgas etwas günstiger Wärme erzeugten als mit Heizöl. Über diese 14 Prozent und über die bequeme und umweltfreundliche Anwendbarkeit des Gases eroberte das Erdgas in kaum 20 Jahren einen Marktanteil von rund 16 Prozent, der um 1990 bei rund 20 Prozent seinen Gipfelpunkt erreicht haben wird.

Da aber der Ölmarkt durch die Preis- und Mengenpolitik der Opec einem starken Wandel unterworfen ist, hat sich auch die Position des schweren Heizöls verändert. Es ist nicht mehr das lästige Nebenprodukt von gestern, es mausert sich vielmehr zum preisgünstigsten „Rohöl" für jene, die rechtzeitig Konversionsanlagen bauten, in denen Schweröl in lukrative leichte Produkte wie etwa Benzin oder Naphta für die Chemie verwandelt werden *kann*. Ergebnis: Mit der steigenden Nachfrage nach Schweröl stieg auch dessen Preis – eine der wesentlichen Ursachen für die Preiserhöhung des Erdgases zum 1. April.

Betrachtet man den Wärmemarkt genau, so muß man feststellen, daß die starke Bindung des Gaspreises an Schweröl *nie so recht die wahren* Wettbewerbsverhältnisse traf, denn Gas konkurriert im wesentlichen mit leichtem Heizöl. Doch dem Verbraucher (und den kommunalen Verteilern) sollte diese Regelung recht sein, so lange der Schwerölpreis im Keller war. Doch die Verteuerung des schweren Heizöls zwingt nun zum Umdenken. Daher wurde der Wunsch der Kommunen laut, den Gaspreis mehr an das leichte Heizöl zu binden – eine Spekulation auf fallende Preise für leichte Ware und auf weiter anziehende für Schweröl.

Daher das Angebot der Erdgasimporteure, künftig den Preis für leichtes Heizöl zum Pegel für die Erdgaspreise zu machen, wobei die Kommunen selbst festlegen können, in welchem Ausmaß sie die Leichtölpreise als Kalkulationsbasis heranziehen wollen – dann aber endgültig; denn die Abgabe-Preisklausel gilt gleichzeitig als Rechnungsgrundlage für die Erdgasanbieter, ob sie nun Russen oder Norweger sind.

Prognose: Die Kommunen nehmen *die Leichtölklausel an, denn dann ist* gesichert, daß der Erdgaspreis am 1. Oktober nicht steigt. Bleiben sie bei der Schwerölklausel, so stehen dem Verbraucher Preiserhöhungen um sieben Prozent ins Haus.

INTERNATIONALE HANDELSKAMMER / DIHT-Präsident in Stockholm

Stagnation im Osthandel durch neue Kooperationen überwinden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Durch neue Handels- und Kooperationsformen kann nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, die Stagnation im Ost-West-Handel in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts überwunden werden. Wachstumsraten wie in den siebziger Jahren hält er jedoch nicht für möglich.

Verstärkte Arbeitsteilung, verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zum beiderseitigen Vorteil setzten indessen, so Wolff auf dem 28. Kongreß der Internationalen Handelskammer in Stockholm, adäquate politische Rahmenbedingungen voraus. Zwar bildeten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und den westlichen Industriestaaten der OECD seit 25 Jahren die stabilsten Verbindungen im Rahmen aller Beziehungen, sie drohten jedoch unter dem gegenwärtigen rauhen politischen Klima Schaden zu nehmen.

Wolff wies nachdrücklich auf die unterschiedliche Entwicklung des Handels mit der Sowjetunion einerseits und den kleineren RGW-Staaten andererseits hin. Der Anteil des Westhandels am Außenhandel der kleineren RGW-Staaten sei gesunken. Mit 22 Prozent lag die Quote 1982 unter dem Vergleichswert von 1970. Wolff sieht darin ein Zeichen, daß es den RGW-Staaten nicht gelungen ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportindustrien zu halten. Sie hätten Anteile an die Schwellenländer verloren.

Dagegen sei die Westhandelspolitik der Sowjetunion nicht vom strengen Diktat akuter Zahlungsbilanzprobleme geprägt worden. Sie habe als Exporteur von Erdöl und Erdgas von den gestiegenen Energiepreisen profitiert. Dadurch habe sie ihre Westimporte real deutlich stärker ausweiten können als ihre Westexporte. So habe die Sowjetunion als einziges RGW-Land zwischen 1981 und 1983 ihre Importe aus den OECD-Ländern nicht nur halten, sondern sogar um 4,2 Prozent erhöhen können. Sie importiere bereits mehr Güter aus den OECD-Ländern als alle anderen RGW-Länder zusammen. Angesichts der ehrgeizigen Wachstumsziele für die Industrieproduktion in den nächsten Jahren werde sich daran auch nichts ändern.

Die größten Chancen in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sieht Wolff für den Westen in der Energieerschließung und in der Kooperation in der Agro-Industrie. Der Westen habe ein eindeutiges Interesse, eine Verknappung des Energieangebots auf dem Weltmarkt zu vermeiden. „Der Westen kann daher einer Ost-West-Kooperation bei der Energieerschließung in Ansehung seiner Eigeninteressen und seiner Mitverantwortung für die Länder der Dritten Welt grundsätzlich kaum ablehnend gegenüberstehen." Allerdings setze gerade die kapitalintensive Energiekooperation ein geeignetes Ost-West-Klima voraus.

Die kleineren RGW-Staaten müßten ihre zahlungsbilanzorientierte Westhandelspolitik noch einige Zeit durchhalten, obwohl sich bereits Konsolidierungserfolge abzeichneten. Vor diesem Hintergrund sollte der Westen „ernsthaft eine vorsichtige Wiederaufnahme des Kreditgeschäfts mit einigen Ländern Osteuropas prüfen". Natürlich würden neue Kredite im Umfang begrenzt und vorwiegend projektgebunden sein.

Hoffnung setzt Wolff darauf, daß längerfristig eine stärkere Spezialisierung innerhalb des RGW zu einer Qualitätsverbesserung und einem höheren technischen Niveau von Industrieprodukten führen werde. Damit könnten sich die Absatzchancen auf den westlichen Märkten verbessern. Eine größere Palette von Fertigwaren *mit höherer Qualität sei eine wichtige* Voraussetzung für höhere Importe aus den RGW-Ländern.

Kompensationsgeschäfte würden auch künftig zum Instrumentarium des Ost-West-Handels gehören. Wolff sieht darin einen Zwang für westliche Industrieunternehmen, solchen Anforderungen zu begegnen. „Kompensationen können kurzfristig Aushilfe bedeuten, sie sollten jedoch nie, wie das nur zu häufig geschieht, zur Vorbedingung für Geschäfte gemacht werden", warnte Wolff.

AUF EIN WORT



„Der technische Fortschritt ist auch zur Beherrschung der Gefahren durch die Technik einsetzbar, wenn dieses Ziel konsequent und mit dem notwendigen Fachwissen angegangen wird."

Dr. Wolfgang Jentzsch, Vorstandsmitglied der BASF AG, Ludwigshafen
FOTO: DIE WELT

„Banken werden sich stark spezialisieren"

dpa/VWD, **Frankfurt**

Zukünftig werden sich im Firmengeschäft der Banken zwei Institutstypen herauskristallisieren: einerseits die Handelsbank, die Verbindungen mit großen Handelshäusern eingeht und Handel mit Finanztiteln und Rohstoffpositionen betreibt, und andererseits die Haftkapital bereitstellende Investmentbank. Diese Ansicht vertrat Eckhard Gottschalk von der deutschen Niederlassung der US-Großbank Bankers Trust auf einer Tagung „Banken im Jahr 2000". Zusätzlich *müsse das deutsche* Kreditgewerbe im Privatkundenbereich seine Verkaufsstrategien ändern, um im Wettbewerb mit Kreditkartenorganisationen, Versandhäusern, Versicherungen und Brokern zu bestehen.

ELEKTROHANDWERK / BUNDESPOST

Gemeinsame Erklärung sichert Breitband-Anteil

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

„Von existenzieller Bedeutung fürs Elektrohandwerk" ist nach Ansicht von Heinz-Werner Schult, Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands ZVEH, eine „Gemeinsame Erklärung" seiner Standesvertretung und des Postministeriums, die den privaten Unternehmen ein größeres Stück vom Kuchen der Breitbandverkabelung sichern soll, als es den bisherigen Intentionen der Post entsprach.

Die Erklärung sieht vor, daß „der Betrieb, die Aufbereitung, Verteilung und Vermarktung" der von der Bundespost angebotenen Signale (also der diversen Programme) künftig „in alleiniger Verantwortung durch die private Wirtschaft" erfolgen soll. Dabei werden die Unternehmen für alles zuständig sein, was auf „privatem Grund" verlegt wird.

Darin liegt auch der gravierende Unterschied zur bisherigen Regelung. Danach reichte der Kompetenzbereich der Bundespost quasi „bis in den Keller", und er umfaßte auch die Anschlußeinrichtungen. Das Handwerk hatte diese Abgrenzung als kalte Übernahme des bisher privatwirtschaftlichen Antennenbaus (Gesamtwert von Anlagen und Dienstleistungen: fünf bis sechs Mrd. DM pro Jahr) ins Postmonopol interpretiert und war dagegen Sturm gelaufen.

„Vom Tisch" ist mit der neuen Erklärung die Befürchtung der Handwerker, die Post könne sich mit dem Zugriff auf den Privatkunden auch Teile des Endgerätegeschäfts (mit Fernseh-, Video-, Bildschirmtextgeräten) aneignen, das für viele Rundfunk- und Fernsehtechniker die Geschäftsgrundlage ist. Gesichert ist außerdem das Fortbestehen der installierten privaten Antennennetze.

US-AKTIENMÄRKTE

Nach enttäuschender Woche Index auf 15-Monats-Tief

AP/dpa/VWD, **Washington**

Die amerikanischen Aktienbörsen blicken auf einen recht enttäuschenden Wochenverlauf zurück. An der Wall Street ging der Dow-Jones-Industrieindex um 44,35 Punkte auf 1086,90 zurück und sank damit auf den niedrigsten Stand seit 15 Monaten. Der umfassende NYSE-Index schloß 3,16 Punkte niedriger auf 86,17. Umgesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 77,16 Millionen Stücke gegenüber 83 Millionen in der Vorwoche.

Die Zuwächse bei der Industrieproduktion und beim Einzelhandelsumsatz in den USA sind im Mai mit plus 0,4 und plus 0,2 deutlich geringer ausgefallen. Im April war die Produktion noch um 1,4 Prozent gewachsen. Der Einzelhandel hatte eine Steigerung um 3,1 Prozent verzeichnet. US-Finanzminister Donald Regan rechnet jetzt mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa sechs gegenüber der bisherigen Annahme von fünf Prozent für 1984.

Auf durchschnittlich 4,7 Prozent der Umsatzerlöse sind die Gewinne nach Steuern der verarbeitenden Industrie der USA im ersten Quartal gestiegen. Im vierten Quartal 1983 waren es 4,3 Prozent und im ersten Quartal des Vorjahres waren es 3,2 Prozent. Die Gewinne im Bereich der Verbrauchsgüter betrugen in den ersten drei Monaten dieses Jahres 14,73 Milliarden Dollar nach 10,95 Milliarden Dollar vor einem Jahr. Zu diesem Sektor werden Erdöl-, Chemie- und Nahrungsmittelerzeugnisse gezählt, die einen Nutzungszeitraum von weniger als drei Jahren haben. Die Jahresrate der Rendite auf Aktien wird vom Ministerium mit 12,4 Prozent angegeben. Im letzten Quartal 1983 waren es 11,9 und im ersten Quartal 7,9 Prozent.

EIGENKAPITAL

Gesetzentwurf zur Förderung

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung will die Eigenkapitalbildung vor allem des Mittelstands durch eine Reihe organisatorischer Maßnahmen erleichtern. Dagegen ist keine steuerliche Förderung vorgesehen, allenfalls die Abschaffung der Gesellschaft- und Börsenumsatzsteuer. Ein im Finanzministerium erarbeiteter Vorentwurf eines Gesetzes zur Förderung der Eigenkapitalfinanzierung inländischer Unternehmen hat zum Ziel, nicht emissionsfähigen mittelständischen und jungen Unternehmen über Beteiligungsgesellschaften zumindest mittelbar den Zugang zu den organisierten Märkten für Eigenkapital zu öffnen. Damit soll diesen Unternehmen nicht nur zu typischen stillen Beteiligungen verholfen werden, sondern auch zu echtem Risikokapital.

Da sich Arbeitnehmer über den Erwerb von Aktien oder Genußscheinen der Kapitalbeteiligungsgesellschaft indirekt am Produktivkapital mittelständischer oder junger Unternehmen beteiligen können, kommt diesem Modell auch vermögenspolitische Bedeutung zu, wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Finanzminister, Friedrich Voss (CSU), jetzt erklärt hat. In einer zweiten Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes sind vor allem Regelungen für außerbetriebliche Vermögensbeteiligungen über Kapitalanlage- und -beteiligungsgesellschaften vorgesehen, die Arbeitnehmern die Beteiligung an nichtemissionsfähigen Unternehmen erleichtern sollen.

FINANZ-HEARING

Kritik an höherer Steuerpauschale

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der neue Hamburger Finanzsenator Horst Gobrecht (SPD) hat vom Bund einen Ausgleich für die Einnahmeverluste gefordert, die den Ländern bei der vorgesehenen Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirte von acht auf 13 Prozent entstehen. Von dem 1984 zu erwartenden Steuerausfall von 1,6 Milliarden Mark müßten die Länder immerhin 576 Millionen tragen, obwohl es sich um eine originäre Bundesaufgabe handele. Überdies sei die vorgesehene Maßnahme sozial unausgewogen.

Nach einem Hearing des Finanzausschusses wiesen die Experten der Union darauf hin, daß diese Bedenken wie auch die Hinweise auf die Umgehungsmöglichkeiten und die verwaltungsmäßigen Erschwernisse sehr ernst genommen würden. Sie sollten bei der abschließenden Beratung sobald wie möglich berücksichtigt werden. Wie auch der Vertreter des Bauernverbandes sehen sie jedoch kein Instrument, das den Abbau des EG-Grenzausgleichs für die deutschen Bauern besser auffangen könne als die Umsatzsteuerbeihilfe. Die Unionsexperten hoffen, daß Widerstände innerhalb der EG überwunden werden könnten.

Im Hearing gab es an der Maßnahme viel Kritik. Der Kieler Professor Ulrich Köster bezeichnete sie als „ökonomisch unsinnig". Es sei unverständlich, daß in Brüssel der Abbau staatlicher Vergünstigungen beschlossen worden sei, der durch nationale Maßnahmen jetzt wieder rückgängig gemacht werden solle.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

USA gibt Argentinien keine weitere Kreditzusage

Washington (dpa) – Die US-Regierung hat es abgelehnt, eine 300-Millionen-Kreditzusage für Argentinien zu verlängern. Das US-Finanzministerium teilte mit, Washington werde einen neuen Kredit an das mit 45 Mrd. Dollar verschuldete Land in Erwägung ziehen, wenn Argentinien mit dem Internationalen Währungsfonds ein Programm zur Wirtschaftssanierung vereinbare – wogegen sich das Land bisher gewehrt hat. Unklar sind bisher die Folgen des Ausstiegs der USA aus dem Rettungspaket, das Washington im März mit Mexiko, Brasilien und Venezuela auflegte, um Argentinien die Zinszahlungen zu ermöglichen.

Chemiefaser gefragt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die gute Geschäftsentwicklung in der deutschen Chemiefaserindustrie hat sich im 1. Halbjahr 1984 fortgesetzt. Wie der Branchenverband in seinem Jahresbericht schreibt, überlagern sich derzeit günstige konjunkturelle und saisonale Einflüsse. 1983 erzielten die Faserhersteller bei einer Kapazitätsauslastung von durchschnittlich 90 Prozent einen Umsatz von 5,4 Mrd. DM (plus sechs Prozent) und einen Absatz von 904 000 Tonnen (plus zehn Prozent). Am stärksten wuchsen Polyacryl-Spinnfasern mit 23 Prozent vor Polyamid-Teppichgarnen.

Bildungsurlaub abgelehnt

Düsseldorf (Py.) – Die nordrhein-westfälsichen Arbeitgeber lehnen den Entwurf eines Arbeitnehmer-Weiterbildungsgesetzes der Düsseldorfer Landesregierung, in dem pro Jahr fünf Tage bezahlter Bildungsurlaub verlangt wird, ab. Bei einer öffentlichen Anhörung im Landtag wurde der Gesetzentwurf als „ebenso schädlich wie unzeitgemäß" bezeichnet. Die Bundesrepublik, so lautet das Arbeitgeber-Argument, müsse ohnehin die höchsten Lohnkosten, die kürzeste Jahresarbeitszeit, die meisten Feiertage und mit sechs Wochen die längsten Jahresurlaube der Welt verkraften.

Gegen Schuldner-Kartell

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Wenige Tage vor Beginn der ersten Konferenz mehrerer lateinamerikanischer Staaten über die Auslandsverschuldung am 21. und 22. Juni in Cartagena (Kolumbien) hat die brasilianische Regierung erneut klargestellt, daß sie die Bildung eines „Kartells der Schuldner" sowie eine einseitige Einstellung der Zahlungen an das Ausland und kollektive Mehrstaatenverhandlungen über das Schuldenproblem ablehnt. Finanzminister Ernane Galveas und Planungsminister Antonio Delfim Netto betonten übereinstimmend, daß Brasilien seine Auslandsverschuldung von knapp 100 Mrd. Dollar weiterhin als ein bilaterales Problem ansehe.

Kapital wird aufgestockt

Hannover (dos) – Die Norddeutsche Landesbank will bis 1988 ihr Eigenkapital um 270 Mill. DM aufstocken. Über diese Summe ist mit den Eigentümern, dem Land Niedersachsen und dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband Einigung erzielt worden. Allerdings, so heißt es, seien Einzelheiten der Kapitalzuführung noch nicht endgültig abgeklärt. Mit der ersten Tranche in Höhe von 40 Mill. DM rechnet die Bank 1985. Das Land sei um eine Lösung bemüht, die den Haushalt nicht zusätzlich belastet. Die Aufnahme der Dividendenzahlung (vier Prozent) dürfte in diesem Zusammenhang erleichternd wirken.

Hilfe für El Salvador

San Salvador (rtr) – Die USA und El Salvador haben ein Wirtschaftsabkommen über 97,5 Mill. Dollar unterzeichnet. Der stellvertretende amerikanische Geschäftsträger in El Salvador, Kenneth Bleakley, erklärte, die Unterstützung sei ein Vertrauensbeweis der USA in die Regierung des neugewählten Präsidenten Jose *Napoleon Duarte. Das Hilfspaket der* Agentur für Internationale Entwicklung (AID) umfaßt 80 Mill. Dollar nicht zurückzuzahlender Gelder und 17,5 Mill. Dollar Kredite.

Londoner Kassapreise

	15.6.84	8.6.84
Kupfer(£/t)	977	1007,25
Blei(£/t)	340	340,5
Zink(£/t)	635	749,5
Zinn(£/t)	9167,5	9095,5
Gold($/Unze)	368,75	386,5
Silber(p/Unze)	626,60	652,90
Kakao[1](£/t)	1942,5	1960
Kaffee[1](£/t)	2224,5	2250
Zucker(£/t)	107	109,5
Kautschuk(p/kg)	61	64,5
Wolle(p/kg)	474	476
Baumwolle[2](cts/lb)	83,70	85,15

[1])Abladung September;
[2])A-Index-Preis Liverpool

Übernahme akzeptiert

Wilmington (AP) – Die Aktionärsversammlung der amerikanischen Mineralölgesellschaft Gulf hat der Übernahme des Unternehmens durch die Standard *Oil Co. of California (Socal) für 13,4 Mrd. Dollar* zugestimmt. Damit ist die größte Übernahmetransaktion in der amerikanischen Firmengeschichte unter Dach und Fach.

Electronic Center geplant

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bank plant in Frankfurt ein neues Projekt: *Innerhalb der kommenden* drei Jahre soll in der Mainmetropole mit Investitionen von mindestens 200 Mill. DM das „Frankfurter Electronic Center" (FEC) entstehen – eine ständige Leistungsschau der internationalen Computerindustrie. Neben der ständigen Repräsentation von Hard- und Software sind im FEC auch Schuldungs- und Dienstleistungszentren vorgesehen.

Defizit wieder moniert

Washington (VWD) – Erneut und mit Vehemenz hat der Leiter des Federal Reserve Board, Paul Volcker, die Forderung unterstrichen, kräftige Einschnitte an den US-Budgetdefiziten *vorzunehmen, wenn man den* Aufschwung nicht behindern wolle. In einer Erklärung, die er für eine Anhörung vor dem Unterausschuß für auswärtige Angelegenheiten des US-Senats vorbereitet hat, bekräftigt er seine Ansicht.

Weg der Kurse

	14.6.84	8.6.84
Boeing	41,75	42,875
Chrysler	23,375	24,625
Citicorp	28	29,625
Coca-Cola	56,625	56,875
Exxon	40,125	40,625
Ford Motors	35,50	37,625
IBM	100,75	105,75
PanAm	5,625	5,50
US Steel	25,875	26,75
Woolworth	33,25	35

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNG

Gebührenpraxis stößt in Bonn auf herbe Kritik

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Anwendung der seit Anfang 1983 geltenden neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) ist im Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Kritik gestoßen. Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV) in Konstanz äußerte sich der Parlamentarische Staatssekretär Wolfgang Vogt besorgt über die Tendenz, bei Rechnungen grundsätzlich die Schwellenwerte (das 2,3 und 1,8fache für persönliche und technische Leistungen) zu berechnen.

Der Gebührenrahmen sei nicht nur nach oben, sondern auch nach unten flexibel. Vogt: „Wenn 85 Prozent der berechneten Gebühren für persönliche ärztliche Leistungen und 92 Prozent für medizinisch-technische Leistungen nach den Regelhöchstsätzen berechnet werden, gibt es eine faktische Eiheitsgebühr. Dieses Rechnungsgebahren gefährde den Gebührenrahmen für ärztliche Leistungen." Für *notwendig* hält Vogt auch eine Reform der Gebührenordnung für Zahnärzte.

Eine Absage erteilt das Arbeitsministerium der Einführung eienr gesetzlichen Pflichtversicherung für den Pflegefall. Eine solche Versicherung führe dazu, daß alte Menschen aus den Familien in Pflegeheime abgeschoben würden, „damit sich die Kosten amortisierten". Zurückhaltend äußerte sich Vogt auch zu dem Vorschlag der privaten Krankenversicherer, im Zuge der geplanten rechtlichen Besserstellung des Teilzeit-Arbeitsverhältnisses ein Befreiungsrecht von der Krankenversicherungspflicht einzuführen, wenn infolge Teilzeitbeschäftigung das Einkommen unter die Pflichtgrenze sinkt.

BAUSCHÄDEN / Steigende Kosten zur Bestandserhaltung beunruhigen

Viele Pfuscher bleiben ungeschoren

GISELA REINERS, **Bonn**

Wer seinen Arbeitsplatz in Bonner Regierungsbauten hat, lebt manchmal gefährlich und ungemütlich. Im Kanzleramt regnete es durchs Dach, vom Auswärtigen Amt drohten Fassadenplatten herunterzustürzen, ebenso wie an den architektonisch interessanten Ministeriumsbauten von Justiz und Wissenschaft der Beton zerbröselte. Vergleichsweise ungefährlich war es da im neuen Abgeordnetenhochhaus („Langer Eugen"). Dort beschlugen nur die Isolierglas*fenster zwischen dem 19. und dem 27.* Stock an der Wetterseite, an der allerdings auch „Durchfeuchtungen mit Schimmelbildung" auftraten – und das acht Jahre nach Fertigstellung.

Von diesen Ärgernissen kündet der „Bericht über Schäden an Gebäuden", den Bundesbauminister Schneider (CSU) jetzt seinem Auftraggeber, dem Bundeskabinett, vorgelegt hat. Die Behebung der Risse, Brüche und Absprengungen wird inzwischen zu einem volkswirtschaftlichen Kostenfaktor. Zwar könne man noch nicht, so der Bericht, von einem „untragbaren Bauschadenrisiko" sprechen, wenn bei einem Hochbauvolumen von 200 Milliarden Mark die Beseitigung von Baumängeln jährlich mit 1,2 Milliarden angesetzt werde. Doch beunruhigend sei der steigende Aufwand zur Erhaltung des Bestandes, der 1982 schon 36 Milliarden gekostet habe. Vermutlich müß*ten künftig* 1,5 Prozent des Anlagevermögens aller Gebäude für die Instandhaltung vorgesehen werden: rund 55 Milliarden.

Zur Beseitigung von Immissions-Schäden – von Schäden durch Luftverschmutzung also – müsse „sicher" mit jährlich weit über vier Milliarden gerechnet werden. Schon 1979 habe das Umweltbundesamt die Schäden an rund 2,4 Millionen Wohnhäusern in Belastungsgebieten auf jährlich 1,5 Milliarden Mark geschätzt. Dabei seien aber nur Instandsetzungsarbeiten an Fassaden, Fenstern und Türen, Geländern und Dachrinnen berücksichtigt worden.

Ursachen für die Schadenszunahme sind laut Bericht „oft" die Verwendung ungenügend erprobter Baustoffe und -verfahren, mangelnde Sorgfalt beim Bauen und Planen („Pfusch"), Herstellung unter Termindruck und mangelhafte Ausbildung der Fachleute. Es soll jetzt vor allem geprüft werden, ob nicht die *Verjährungsfristen für bestimmte* Ausführungsmängel verlängert werden sollen, weil oft genug Schäden erst nach zwei Jahren erkennbar werden. Bei der Reparatur des Flachdachs vom Kanzleramt wurde festgestellt, daß gegen „anerkannte Regeln der Bautechnik sowie die Dachdecker-Richtlinien" verstoßen worden war. Die Pfuscher blieben wegen Verjährung ungeschoren.

STAHL/GIESSEREIEN

Lichtblicke der Konjunktur

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Vorwiegend *positiv sehen die drei* Ausstellerbranchen zum Auftakt ihrer jeweils weltgrößten Fachmessen in Düsseldorf die Entwicklung in 1984. Vom 22. bis 28. Juni sind hier die GIFA-Internationale Gießereifachmesse (503 Aussteller), die „thermprocess"-Ausstellung für Industrieöfen und wärmetechnische Produktionsverfahren (231 Aussteller) und METEC-Fachmesse für Hüttentechnik (273 Aussteller) vereint.

Am positivsten äußert sich zu dieser Heerschau metallurgischen Leistungsfortschritts die deutsche Gießereiindustrie, mit 105 000 Beschäftigten und 4 Mill. t Jahresausstoß die größte in Europa: Der im 1. Quartal 1984 um 4 Prozent höher als vor Jahresfrist ausgefallene Auftragseingang signalisiere Produktionsanstieg auch *für das volle Jahr; das bei 600 Mill.* DM pro Jahr liegende Investitionsvolumen der Gießereien zeige steigende Tendenz. Die deutschen Gießerei-Maschinenbauer, vor Japan und USA weltgrößte Exporteure, erlebten nach der letztjährigen Flaute im 1. Quartal 1984 sogar eine Verdoppelung ihres inländischen Auftragseingangs, allerdings keine Exportbelebung.

Keine nennenswerte Ausfuhrsteigerung für 1984 erwarten die deutschen Produzenten der „Thermo-Prozeß-Technik", die 1983 daheim wie in der Welt einen starken Auftragsrückgang hinnehmen mußten und ihre Aussichten für 1984 bislang „nicht sehr ermutigend" nennen. Größere Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen bei so wichtigen Abnehmerbranchen wie der Autoindustrie und ihrer Zulieferern seien noch nicht zu spüren. Die Anlagenbauer in der Hüttentechnik schließlich registrieren neuerdings eine Besserung ihrer durch die lange Stahlkrise bedrohlich eng gewordenen Auftragslage.

Depfa: Engere Beleihungsgrenzen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die zunehmende Zahl der Zwangsversteigerungen und Preisrückgänge am Immobilienmarkt veranlassen die Deutsche Pfandbriefanstalt (Depfa), Wiesbaden, die größte – öffentlich-rechtliche – Hypothekenbank, zu größerer Vorsicht. Sie zieht die Beleihungsgrenzen enger und orientiert sich nicht mehr, wie bisher üblich, vor allem an den Herstellungskosten (normalerweise 80 Prozent), sondern stärker am Marktwert, der niedriger angesetzt wird. Überdies wird die Hypothek im Gewerbe allgemein mehr und mehr zum Personalkredit, bei dem die Bonität des Kreditnehmers besonders wichtiges Kriterium ist.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hat die Depfa in 80 Vollstreckungsfällen 5,9 Mill. DM Verluste (nach 3,9 Mill. DM in 55 Fällen im gesamten Jahr 1983) erlitten, wovon 5 Mill. DM durch Einzelwertberichtigungen gedeckt sind. Die in den ersten fünf Monaten 1984 eingeleiteten Zwangsversteigerungen betrafen wie schon 1983 zu neun Zehnteln Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen mit Schwerpunkt in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, den beiden *Hansestädten* sowie Nordrhein-Westfalen.

Deutlich gespürt hat die Depfa in diesem Jahr die Nachfrageflaute am Wohnungsbaumarkt und den geringeren Kreditbedarf der öffentlichen Hand. So schrumpften die Hypothekenzusagen bis Ende Mai gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 1,9 auf 0,9 Mrd. DM und die Kommunalkreditzusagen von 4,5 auf 2,7 Mrd. DM.

Für 1983 wird ein Jahresüberschuß von 48,8 (45,7) Mill. DM ausgewiesen, von dem 34,2 Mill. DM in die offenen Rücklagen eingestellt werden.

BAT CIGARETTENFABRIKEN / Absatz nun deutlich über Branchendurchschnitt – Rückkehr zur Normalität

Narben des Marktkampfes noch nicht verheilt

J. BRECH, Hamburg

Deutschlands zweitgrößter Tabakkonzern, *die BAT Cigarettenfabriken* GmbH, Hamburg, ist wieder im Aufwind. Die Narben aus dem schweren *Marktkampf 1983 seien zwar noch tief* und nicht verheilt, so betont Vorstandsvorsitzender Dieter von Specht, *doch könne er konstatieren,* daß sich die BAT in einem gesunden Zustand befinde.

Die Zuversicht belegt von Specht mit Absatzzahlen für die ersten 5 Monate dieses Jahres, die deutlich über dem Branchendurchschnitt liegen. Während die BAT den Inlandsabsatz um 11,2 Prozent steigerte, wuchs der Gesamtmarkt lediglich um 6,5 Prozent. Der Marktanteil der BAT kletterte folglich um 1,1 Prozentpunkte auf 25,4 Prozent.

Zu der positionellen Verbesserung hat von wenigen Ausnahmen abgesehen das gesamte Sortiment beigetragen. Die Spitzenmarke HB legte gar *17 Prozent an Absatz zu* und ist bei einem Marktanteil von 15,6 Prozent angelangt. Die Regionalmarke Kur*mark Filter hält jetzt 1,6 Prozent vom* Markt, Kim 1,26 Prozent. Überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielten ferner die internationalen Marken, die BAT in Deutschland vertreibt. Einbußen erlitten dagegen erneut die *Leichtmarke Krone, die inzwischen* auf 1,75 Prozent abgesackt ist, und die BAT-Billigmarke Gold Dollar, die von 1,9 auf 0,9 Prozent Marktanteil zurückgefallen ist.

Seit Januar 1984, so erklärt von Specht, werde an Zigaretten auch wieder verdient. Auch dies signalisiert Rückkehr zur Normalität. Unter Ertragsaspekten hat BAT wie die gesamte Branche 1983 einen beispiellosen Sturzflug hinter sich. Im Zigarettengeschäft, das über Jahrzehnte zu den lukrativsten industriellen Bestätigungen in der Bundesrepublik gehörte, schrieb BAT 1983 zum ersten Mal rote Zahlen. Finanzchef Ulrich Niemann zögert zwar mit Angaben über das Betriebsergebnis, doch dürfte es sich in einer negativen Größenordnung von 25 Mill. DM bewegen.

Das um 73,3 Prozent verschlechterte Ergebnis von 12 Mill. DM, das an die Muttergesellschaft BATIG abgeführt wird, sei optisch demzufolge auch viel zu schön, erklärt Niemann. BAT verdankt es einem positiven Saldo aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen, vor allem aber 38 Mill. DM Erträgen aus Finanzanlagen, über die BAT in reichlichem Maß verfügt.

Innerhalb dieser Finanzanlagen ist 1983 eine bedeutende Umschichtung vorgenommen worden. Der Zugang von 104 auf *486 Mill. DM stammt* aus einer Beteiligung an dem Portfolio von 10 überregionalen Einkaufszentren der *Hamburger Einkaufs-Center*-Entwicklungs GBMH (ECE), die BAT von der Versenderfamilie Werner Otto übernommen hat. BAT hält jetzt jeweils 23,75 Prozent an 4 Grundstücksgesellschaften, weitere 1,25 Prozent die Mutter BATIG.

Dieses große Immobilien-Engagement, aus dem Niemann eine höhere Netto-Rendite als aus Wertpapieren erwartet, ist zunächst zwischenfinanziert worden und soll 1984 durch den Verkauf von im Anlagevermögen befindlichen Wertpapieren finanziell konsolidiert werden.

Diese finanziellen Polster im Rücken dürften es BAT im Berichtsjahr 1983 erleichtert haben, das hohe Risiko einer völlig neuen Preisstruktur am Zigarettenmarkt einzugehen, die die Marktstellung zunächst erheblich beeinträchtigt hat. Allein die Brot- und Buttermarke HB fiel im Mai 1983 auf 12,4 Prozent Marktanteil, nachdem sie 1982 im Jahresdurchschnitt noch fast 18 Prozent gehalten hatte.

Nach Durchsetzung der Neuordnung der Preise, mit der BAT dem dramatischen Verfall der klassischen *Markenzigaretten* entgegenwirken wollte, liege das Unternehmen wieder im positiven Trend, betont von Specht. Besonders für die klassischen Marken mit einem Anteil von wieder 84,4 Prozent am Gesamtmarkt *(knapp 12 Prozent die Billigmarken* der Industrie und 4 Prozent die Handelsmarken) sei das Bild wesentlich freundlicher geworden. In den ersten fünf Monaten sei der Gesamtmarkt zwar nur um 1 Prozent gewachsen, doch hätte der Absatz von Markenzigaretten um 10 Prozent zugenommen. Einbußen von 35 Prozent erlitten nach BAT-Angaben dagegen die billigen Handelsmarken, Selbstgedrehte von 21 Prozent und Privateinfuhren aus dem preislich günstigeren Ausland von fast 18 Prozent.

Wenn die Zigaretten-Industrie nicht übermütig werde, so von Specht, könnte das Zigarettengeschäft auch künftig ertragsmäßig wieder ganz ordentlich darstehen. Dies gelte nur unter dem Vorbehalt, daß Bonn nicht erneut an der Steuerschraube drehe. Gefahren für die Branche bestünden außerdem darin, daß die zur Zeit sehr unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Unternehmen zu neuen Panik-Reaktionen führe. Einen zweiten Preiskrieg werde die Branche nicht durchstehen.

BAT	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)	4 326	- 1,2
Absatz (Mrd. St.)	36,4	- 8,3
dav. Inland	27,8	- 8,3
Ausland	8,6	- 8,3
Marktanteil (%)	24,43	(27,15)
dav. HB	14,4	(17,9)
Krone	1,8	(2,0)
Kurmark F.	1,5	(1,6)
Kim	1,2	(1,3)
Belegschaft	3 331	- 8,3
Jahresüberschuß	12	- 73,3
in % vom Umsatz	1,1	(3,7)
Netto-Cash-flow	44	- 72,0
Investitionen	62	+ 14,8
Abschreibungen	71	- 7,8
Eigenmittel	392	- 2,5

BAHLSEN / Produktion im Stammwerk wird eingestellt

Fixkosten nicht mehr tragbar

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die H. Bahlsens Keksfabrik KG, Hannover, wird bis 1987 die Produktion im Stammwerk Hannover einstellen. Nach Angaben der Geschäftsführung erfordert die unrentabel gewordene Fertigung in dem aus der Jahrhundertwende stammenden Werk diese Maßnahme. Im Vergleich zu anderen Betrieben, so Lorenz Bahlsen, sind die Fixkosten in dem hannoverschen Werk um 50 Prozent höher.

Von der Schließung betroffen sind knapp 700 Mitarbeiter. Davon sollen *150 Beschäftigte mit Auslaufen der* Saison im Oktober im Rahmen eines Sozialplans entlassen werden. Unter *Ausnutzung der Fluktuation* und dem Angebot, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen, sollen bis 1987 weitere 300 Mitarbeiter abgebaut werden. Den restlichen 250 Beschäftigten werden im Werk Barsinghausen (35 *Kilometer von Hannover entfernt*) neue Arbeitsplätze angeboten.

Bahlsen hat bereits in den zurückliegenden drei Jahren die Mitarbeiterzahl im Werk Hannover um über 1000 reduziert. Derzeit werden in dem Betrieb sogenannte belegte Mischungen hergestellt, qualitativ hochwertige Erzeugnisse, die einen hohen personellen Einsatz erfordern.

In Barsinghausen wird Bahlsen zusätzlich 30 Mill. DM investieren, um die angekündigten 250 neuen Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei handele es sich nicht nur um Investitionen für den Maschinenpark, sondern auch um den Bau von zwei zusätzlichen Hallen. Die Verlagerung der Produktion, so heißt es, stärke die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und sichere so die Arbeitsplätze.

Nach den Worten der Belegschaftsvertreter habe man von den Überlegungen der Firmenleitung zwar gewußt, bis Ende der Achtziger das Werk Hannover zu schließen. Die jetzige Entscheidung habe aber doch Betroffenheit ausgelöst. Bahlsen hat seit 1982 für Sozialpläne rund 15 Mill. DM aufgewandt. In welchem Umfang die neuerlichen Maßnahmen kostenwirksam werden, lasse sich derzeit noch nicht abschätzen. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen im Inland rund 5700 Mitarbeiter, davon 1030 in Barsinghausen.

ILO / Vor 1500 Delegierten setzte Blüm sich für die Normenkontrollverfahren ein

Ostblock fordert vergeblich Änderungen

IRENE ZUECKER, Genf

„Die *Normenkontrollverfahren* haben sich bewährt und sollen daher nicht verändert werden. Zu ihren un*antastbaren Grundprinzipien gehört*, daß die Anforderungen an die innerstaatliche Durchführung in allen Ländern gleich sind. Denn nur durch gleiches Recht gegenüber allen Mitgliedsstaaten können die grundlegenden humanitären Arbeits- und Lebensbedingungen in aller Welt angestrebt werden". Damit verteidigte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vor 1500 Delegierten der International Labour Organisation (Ilo) die Durchsetzung der bestehenden internationalen Arbeitsnormen.

Dabei hat der Ostblock seine diplomatische Schlacht mit dem Ziel, das Normenkontrollverfahren zu schwächen, verloren. Denn in einer geheimen Abstimmung im Resolutionsausschuß über die Prioritäten der laufenden Konferenz ist der kommunistische Antragsentwurf auf Platz sechs gelandet, während nur die fünf erstplazierten, vom Westen favorisierten Anträge, behandelt werden. Der Westen konnte die Ostblockresolution abblocken, da sie zusammen mit Entwicklungsländern den Anträgen zustimmten, von denen sich die Dritte Welt wirtschaftliche Hilfe verspricht.

Rechtlich ist die Normenkontrolle eindeutig, denn die meisten Ostblockländer, so auch die Sowjetunion und Polen, haben die sie interessierenden Ilo-Konventionen ratifiziert. Danach muß sich allerdings ein Land im Falle von Anschuldigungen den Ilo-Kontrollen der Normenbefolgung unterwerfen. Dieses System funktionierte bisher; in vielen Fällen wurden beanstandete Mißstände beseitigt.

Auslöser der Ostblock-Offensive waren Untersuchungen der Ilo über die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Bildung unabhängiger Gewerkschaften in Polen, Rumänien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Reaktionen auf diesen neuen Kurs der Gleichbehandlung aller Mitgliedsstaaten blieben nicht aus: Polen und Vietnam setzen seit einem Jahr ihre Ilo-Mitarbeit aus. Vietnam, um sich so gegen die Beschuldigung zu verwahren, beim Bau der transsibirischen Erdgasleitung würden Landsleute als Zwangsarbeiter eingesetzt. Gegen Polen läuft eine Untersuchung wegen des Verbots von Solidarnosc, ihrer Vermögensbeschlagnahmung und wegen der Verhaftung von Gewerkschaftsführern.

Die kommunistischen Länder verschanzen sich gegen die Ilo-Kontrollen hinter der „staatlichen Souveränität" und dem Prinzip der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten des Landes. Der russische Regierungsabgeordnete Kostin stellte sich in Genf auf den Standpunkt, die Ilo müsse die unterschiedlichen *Gesellschaftformen* der Mitgliedsländer berücksichtigen. Die vom westlichen Demokratieverständnis geprägten Ilo-Normen dürften nicht weltweit gleich angewandt werden.

NAMEN

Dr. Hans B. Heil, persönlich haftender Gesellschafter des Privatbankhauses Schließ & Co., Düsseldorf, wird heute 65 Jahre.

Georg Walter Ruebsam, früher Direktor für Marketing und Vertrieb bei Bauknecht, vollendet am 19. Juni sein 75. Lebensjahr.

Heinrich Frommknecht, Vorstandsvorsitzender der Signal Krankenversicherung VVaG, Dortmund, wurde als Nachfolger von **Dr. Heinz Bach** zum Vorsitzenden des Verbandes der privaten Krankenversicherungen gewählt. Frommknecht ist außerdem stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmungen in Deutschland und Vorsitzender des Berufsbildungswerks der Versicherungswirtschaft.

Hans-Friedrich Weihs (41), Marketing-Manager bei der Kellog's GmbH, Bremen, übernimmt ab 1. Juli die *Marketingleitung* der Doornkaat AG, Norden.

Gerhard Straub ist zum Präsidenten des Bundesverbandes Heizung Klima Sanitär e.V. (BHKS), Bonn, gewählt worden.

NECKARWERKE / 450-Millionen-Investitionen

Ehrgeizige Umweltschutzpläne

WERNER NEITZEL, Altbach

Mit einem großangelegten Umweltschutz-Konzept, das vor allem auf eine beschleunigte Entschwefelung und Entstickung von Rauchgasen aus ihren Kohlekraftwerken abzielt, setzt die Neckarwerke Elektrizitätsversorgung-AG, Esslingen, für die Branche Zeichen. Bis spätestens 1990 will das Unternehmen allein für den Umweltschutz bei Kraftwerken insgesamt 450 Mill. DM investieren, wovon 370 Mill. DM bis 1986 anfallen.

Eines der ehrgeizigsten Projekte dabei ist das gegenwärtig im Bau befindliche 420-MW-Heizkraftwerk (Block 5) auf Kohlebasis in Altbach/Neckar, das Ende 1985 in Betrieb gehen soll und das dann – nach Einschätzung der Neckarwerke – das „sauberste" Kohlekraftwerk in der Bundesrepublik sein wird. Für diesen Block 5 sind Baukosten von insgesamt rund 880 Mill. DM veranschlagt, davon erfordern die Investitionen für den Umweltschutz über 30 Prozent. Die in zwei Stufen vorgesehene Inbetriebnahme der Rauchgasentschwefelungsanlage (Firma Knauf/EVT) wird beim Endausbau in 1986 eine Restemission von 15 Prozent ermöglichen. Der nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung festgelegte Grenzwert von 250 bis 300mg/m³ Schwefeldioxid-Konzentration, der ab Juli 1988 eingehalten werden muß, würde praktisch zwei Jahre früher erreicht.

Außerdem wird über emissionshemmende Feuerungstechniken hinaus eine katalytische Entstickungsanlage (Firma Steinmüller) eingebaut, welche die Stickoxid-Emission auf *200 g/m³ begrenzt (Kostenpunkt 65* Mill. DM). Für diese Demonstrationsanlage kommen 15 Mill. DM Zuschuß aus Bundesmitteln.

Mit ihrem Umweltkonzept, das auch die anderen Kraftwerke einschließt, erreichen die Neckarwerke eine Reduzierung der Schwefeldioxid-Emission um mehr als 90 Prozent innerhalb von sieben Jahren. Die Betriebskosten für die Rauchgasreinigung des Blocks 5 in Altbach werden mit etwa 2,5 Pfennig je kWh beziffert, für die Nachrüstung des Kraftwerks Walheim werden rund 3 Pfennig je kWh als Betriebskosten angenommen.

GROSSBRITANNIEN / Streik der Bergleute

Fronten wieder verhärtet

WILHELM FURLER, London

Die Fronten im britischen Bergleute-Streik haben sich plötzlich wieder verhärtet. Nachdem zunächst sowohl auf seiten der Bergleute-Gewerkschaft als auch beim Arbeitgeber, dem National Coal Board, Gesprächsbereitschaft bestand, um den nun schon sehr mehr als drei Monaten andauernden Kohle-Streik zu be*enden, scheint die Lage jetzt so ver*fahren wie kaum zuvor.

So hat die Führung der Bergleute-*Gewerkschaft NUM unter ihrem* linksradikalen Führer Arthur Scargill eine von der staatlichen Kohleverwaltung vorgelegte Revision des Kohle-Plans aus dem Jahre 1974 rundweg als indiskutabel abgelehnt. Der neue *Kohleplan soll folgende Konzessio*nen an die Bergleute enthalten haben: Die jährliche Förderung von Schachtkohle sollte von gegenwärtig rund 100 Millionen Tonnen (Finanzjahr 1984/85) auf bis zu 150 Millionen Tonnen Ende dieses Jahrhunderts angehoben werden. Außerdem sollten einer reduzierten Zahl von Bergleuten „deutlich höhere Bezüge" angeboten werden.

Doch die weiterhin beibehaltene *Zielsetzung des National Coal Board*, die britische Kohleindustrie so wirtschaftlich wie möglich zu führen und daher unrentable Zechen möglichst rasch zu schließen, stößt unverändert auf den erbitterten Widerstand militanter Gewerkschaftsmitglieder.

Inzwischen hat die Regierung durchblicken lassen, daß den Streikenden keine neuen Verhandlungen angeboten werden, solange kein *merklicher Wandel in der Einstellung* zum Ausstand festzustellen ist. Solange werde auch der neue Kohle-Plan in *der Schublade bleiben*. Ein Andauern der Streikaktion, an der rund zwei Drittel der britischen Bergleute beteiligt sind, scheint vorprogrammiert. Immer häufiger warnen beide Seiten sogar vor der Möglichkeit, daß der Ausstand bis ins nächste Jahr hinein fortgesetzt werden könnte.

Empört reagierte die Gewerkschaftsführung auf die Ankündigung von Ian MacGregor, Chairman des National Coal Board, demnächst eine eigene Urabstimmung unter den Bergleuten für oder gegen landesweite Streikaktionen abzuhalten. Scargill, der sich weigert, eine landesweite Urabstimmung abzuhalten, nannte diesen Vorschlag „unverschämt und undemokratisch".

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag für Uhde

Düsseldorf (J. G.) – Das Dortmunder Ingenieurunternehmen Uhde GmbH (Hoechst-Konzern) hat aus Thailand den Auftrag zum Bau einer Polyethylenanlage für 144 Mill. DM erhalten. Eine erste derartige Anlage hat Uhde bereits 1982/83 in Thailand fertiggestellt. Die neue Anlage soll Ende 1986 betriebsbereit sein.

Nur Vorzugsaktien bedient

Hamburg (VWD) – Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, Hamburg, wird für 1983 nur das Vorzugsaktienkapital von 2,55 Mill. DM mit 2 DM je 50-DM-Aktie bedienen. Das geht aus der Einladung zur HV am 31. Juli hervor. Im Vorjahr waren sowohl auf die Vorzugsaktien als auch auf das Stammaktienkapital von 5,95 Mill. DM 6 DM je 50-DM-Aktie gezahlt worden. Der Bilanzgewinn ist 1983 auf 0,1 (1,0) Mill. DM gesunken.

Mehrheit bleibt in Italien

Rom (VWD) – Die Aktienmehrheit bei der Industria Zanussi SPA verbleibt weiter in italienischen Händen, auch wenn das Unternehmen wahrscheinlich in Zukunft unter Führung einer ausländischen Gruppe operieren wird. Wie Sprecher des Unternehmens mitteilten, werde entweder die schwedische Eletrolux oder die französische staatliche Thomson-Brandt eine 49prozentige Beteiligung an Zanussi erwerben.

Erneut rote Zahlen

Oberursel (VWD) – Umzugs- und *Produktionsausfallkosten führten bei* der Maschinenfabrik Moenus-Turner GmbH, Oberursel, der wichtigsten Tochtergesellschaft der Moenus AG, im Geschäftsjahr 1983 zu einem Verlust von rund 1,7 Mill. DM. Nachdem bereits ein Verlustvortrag aus dem Vorjahr von ca. 2,2 Mill. DM besteht, hat die Moenus AG nach eigenen Angaben eine Teilwertabschreibung in Höhe von 2,0 Mill. DM auf ihre Beteiligung an Moenus-Turner vorgenommen. Zum Ausgleich wird die Moenus AG 1,85 Mill. DM aus ihren freien Rücklagen entnehmen und damit zum 31. Dezember 1983 einen geringfügigen Bilanzgewinn in Höhe von 10 100 DM *ausweisen*. Mit dieser Bilanzkorrektur des Beteiligungsansatzes wurde bei Moenus nach eigener *Einschätzung ein Schlußstrich unter* die zweijährige Umstrukturierungsphase gezogen. Der Vorstand erwar*tet für 1984 wieder schwarze Zahlen.*

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Herbert Jung, Wie sie mit Japanern ins Geschäft kommen, Dodes Verlag, Düsseldorf 1984, 156 S., 42 Mark.

Herbert Jungs Leitfaden wendet sich nicht nur an Japan-Neulinge sondern auch an jene, denen der erhoffte *Durchbruch in diesem großen* Absatzgebiet bisher nicht gelungen ist. Der Autor, der 16 Jahre einen großen *deutschen Chemiekonzern in Tokio* vertrat, kann seine umfassenden Erfahrungen aus der Praxis in die Auswahl seiner nutzbringenden Ratschläge einbringen. Zu seinen unentbehrlichen Hinweisen für das Japan-Geschäft gehört die These: In diesem Land hat auf die Dauer nur der Ausländer eine Chance, der sich ganz auf die von westlichen Normen abweichenden Verhaltensweisen einstellt. Der schnelle Erfolg ist auf diesem Markt nicht zu haben. Jung berichtet ausführlich, wie man die richtige Partnerfirma findet oder wie man Bonität und Vertriebskraft des Partners testen kann.

Andere praktische Tips des Autors behandeln die Patentpolitik und die Lizenzvergabe. Wer mit seinen Erzeugnissen in Japan ins Geschäft kommen will und dort keine Schutzrechte, vor allem Patente angemeldet hat, muß sich darüber im klaren sein, daß er bei seinem Engagement mit einem schweren Handicap belastet ist. Ferner gibt es keinen verläßlichen Schutz vor den negativen Folgen einer Weiterentwicklung der von einem Partner auf dem Lizenzweg erworbenen Technologie. Das Vorgehen des japanischen Partners kann aber durch einen technischen Kooperationsvertrag, *der den Austausch und* die gemeinsame Verfolgung weiterer Erkenntnisse auf dem Lizenzgebiet *zum Ziel hat*, unter Kontrolle behalten werden.

In den Geschäftsbeziehungen mit Japanern steht Vertrauen an erster Stelle. Eine „Anwärmphase" von mindestens zwei Jahren ist nötig, um mit viel Geduld und gutem Willen dies gute Einvernehmen herzustellen. Mißverständnissen und daraus erwachsenen Partnerkrisen kann man etwa dadurch vorbeugen, daß man zum Abschluß geschäftlicher Besprechungen einen „Letter of Understanding" abfaßt, in dem der Inhalt der erzielten Übereinkunft umrissen wird.

Schleßmann: Das Arbeitszeugnis, 8. Aufl. 1983, Verlag Recht und Wirtschaft Heidelberg, 1983, 119 S., 20 Mark.

Zeugnisse bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses müssen nicht zu Querelen und Rechtsstreitigkeiten führen, wenn bei der Abfassung bereits die problematischen Punkte berücksichtigt werden. Was in das Zeugnis *hineingehört*, was wegbleiben darf oder muß, handelt die vorliegende Schrift übersichtlich ab. Zahlreiche *Muster* dienen als Formulierungshilfe für die betriebliche Praxis. Das kleine Buch ist wohl für jeden Betrieb von Nutzen.

IDUNA VERSICHERUNGEN / Hypothekenschwindel mindert Ergebnis – Geringerer Bestandszuwachs

Kunden profitieren von starker Ertragskraft

HARALD POSNY, Hamburg

Nach zwei wachstumsschwächeren Jahren hat die Iduna Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, 1983 wieder voll „von der leichten Aufhellung des Konjunkturhorizonts" profitiert, die, so Vorstandsvorsitzender Horst Becker, allgemein Spar- und Vorsorgebereitschaft stärke. So liegt die Gesellschaft um einiges über dem Branchendurchschnitt, wenn auch zum Teil bedingt durch die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Höchstbeiträge der Rentenversicherung und die damit verbundene Anpassung dynamischer Versicherungen (1,04 nach 0,76 Mrd. DM).

Der gegenüber dem Jahr zuvor geringere Bestandszuwachs geht auf den enorm gestiegenen Gesamtabgang zurück, wobei die Abläufe mit 435 Mill. DM den relativ stärksten Anstieg verzeichneten, was wiederum mit dem Auslaufen der erstmals nach 12 Jahren fällig gewordenen vermögenswirksamen Versicherungen zusammenhängt. Hier wirkte sich, so Vorstandsmitglied Hermann Schlee, ein gewisser „Ansteckungseffekt" aus, demzufolge auch länger als für 12 (steuerunschädliche) Jahre *festgelegte Verträge gekündigt* und ausgezahlt wurden.

Entgegen diesen Sorgen, die auch andere Unternehmen teilen, zeigt die Iduna eine verstärkte Ertragskraft, die weitestgehend, nämlich zu 99,6 Prozent des um 20 (27,6) Prozent auf 484 Mill. DM gewachsenen Bruttoüberschusses, den Versicherten, zu*nächst als Rückstellung* zur Beitragsrückerstattung, zugute kommt.

Im Zusammenhang mit dem Anfang dieses Jahres aufgedeckten Hypothekenschwindel hat die Iduna – ergebnismindernd – 13,3 Mill. DM für problembehaftete notleidend gewordene Beleihungsfälle vorsorglich wertberichtigt. Gleichwohl hoffe man, bei den etwa 100 Fällen mit 40 bis 50 Mill. DM mehr ausgezahlten Hypotheken als der Grundstückwert betrug, gute Verkaufserlöse zu erzielen, notfalls werde man *selbst „einsteigen"*.

Weit weniger schön ist das Bild der Iduna Allgemeine Versicherung AG. Das Wachstum von 4,9 (4,5) Prozent auf brutto 454 Mill. DM und das um 7,2 Prozent auf 371 Mill. DM gestiegene Netto-Beitragsvolumen mit 33 Prozent Kraftfahrtanteil am selbstabgeschlossenen Geschäft ist befriedigend und weist eine günstigere Schaden- und Kostenentwicklung auf. Die technische Rechnung *schließt jedoch* nach Dotierung der Schwankungsrückstellung mit 5,1 (0,9) Mill. DM und einer erstmals gebildeten Drohverlust-Rücklage von 9 Mill. DM mit einem trotzdem verringerten Verlust von 6,7 (10,3) Mill. DM. Dies wäre ohne Sondereinflüsse aus der Unfallversicherung aber auch nicht möglich gewesen. Aus dem Jahresüberschuß von 4,8 (1,9) *Mill. DM* gehen 4 Mill. DM in die Rücklagen, die Dividende wurde auf 12 (8) Prozent erhöht.

Colonia Vers.	1983	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	41 913	+ 7,9
Eingel. Neugeschäft	6 192	+ 16,5
Beitragseinnahmen	1 282	+ 10,6
Aufw. f. Vers. Fälle	455	+ 27,5
Kapitalanlagen ¹)	8 706	+ 9,2
Kapitalerträge ²)	604	+ 9,0
Aufw. f. Beitr. Rücker.	481	+ 19,7
Rückst. d. Beitr. Rück.	1 046	+ 25,6

	1983	1982	1981
Stornoquote ³)	7,0	6,0	5,7
Verw. Kostenquote ⁴)	6,5	7,1	7,6
Abschl. Kostenqu. ⁵)	45,7	49,2	45,9
Überschußquote ⁶)	37,7	34,8	29,4

¹) Ohne Depotford.; ²) Durchschnittsrendite: 7,4 (7,4) Prozent; ³) Rückk. Umwandlg. in beitr. freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; ⁴) sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; ⁵) in Promille d. eingel. Neugesch.; ⁶) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

RENTENMARKT / Zuviele Auslandsanleihen

Zinsen blieben recht stabil

Der Rentenmarkt macht, ganz im Gegensatz zur Aktienbörse, einen recht stabilen Eindruck. Nach einem anfänglichen leichten Anstieg sind die Renditen im Laufe der letzten Woche wieder gesunken. Eine gewisse Unterstützung erhielt der Markt von den USA, wo die Rendite langlaufender Staatspapiere um rund 0,20 Prozentpunkte zurückgegangen ist, obwohl die Unsicherheit über den weiteren Zinstrend dort wegen der *internationalen* Schuldenkrise und des hohen, vom Notenbankchef Paul Volcker gerade wieder scharf kritisierten Budgetdefizits keineswegs gewichen ist. Etwas schwächer war die Tendenz ausländischer DM-Anleihen, weil dieser Markt mit Neuemissionen überfüttert wird. (cd.)

Emissionen	15.6. 84	8.6. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,59	7,57	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,70	7,69	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,64	7,64	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,82	7,77	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,66	7,67	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,36	7,36	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,19	8,20	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,65	7,66	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,05	7,97	8,08	8,45	10,32

FUSSBALL / Endlich: Der erste Sieg bei der Europameisterschaft – ein mühevolles 2:1 über Rumänien

● Das war Fußball, wie ihn sich die deutschen Fans von ihrer Mannschaft erhoffen: Schnell, technisch gut, torreich und kampffreudig. Frankreich und Dänemark setzten bei ihren 5:0-Siegen die ersten Glanzlichter der Titelkämpfe in Frankreich. Die Jugoslawen sind bereits ausgeschieden. Belgien muß Dänemark besiegen, um noch ins Halbfinale zu kommen. Das ist die Situation in der Gruppe 1.

● „Deutschlands Mannschaft hat nach dem 2:1-Sieg über Rumänien alle Chancen, das Halbfinale der Europameisterschaft in Frankreich zu erreichen. Am Mittwoch spielt sie im letzten Spiel der Gruppe 2 gegen Spanien. Es war ein Erfolg, der erzittert werden mußte. Bundestrainer Jupp Derwall: „Wir sind zu viel gerannt und haben zu wenig Fußball gespielt." Überzeugend war die Leistung von Derwalls Team noch immer nicht.

● Belgiens Fußball ist nach dem Bestechungs-Skandal und den Sperren wichtiger Abwehrspieler nicht mehr europäische Spitzenklasse. Der 2:0-Sieg im ersten Spiel gegen Jugoslawien ist offensichtlich überschätzt worden, vielleicht auch das neue Talent Scifo.. Nationaltorwart Jean-Marie Pfaff wirft jetzt seinem Trainer Guy Thys taktische Fehler im Spiel gegen Frankreich vor (Bericht nächste Sportseite).

Endlich einmal eine klare Aktion: Rudi Völler köpft den Ball nach einer Flanke seines Bremer Mannschaftskollegen Norbert Meier zum 1:0 ein. Völler erzielte auch den Siegtreffer der deutschen Mannschaft in der 66. Minute. FOTO: AP

Zwei Tore von Rudi Völler – ein Sieg, der immer noch nicht erkennen läßt, wohin der Weg in Frankreich führt

ULRICH DOST, Lens

Was war er *nun*, dieser erste Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft? War er Hoffnung auf dem weiteren Weg ins Finale, das für alle Spieler das geringste Ziel war? Oder war er nur Bestätigung für all die Bedenken, *die auf einen Punkt zusammenlaufen*: Jupp Derwalls Team ist keine Spitzenklasse mehr? Rumänien, wahrlich kein Licht im bisher trüben Gekicke der Gruppe 2 dieses Turniers, wurde durch Tore von Völler (25./66.) mit 2:1 besiegt, nachdem die *Rumänen in der 46. Minute* den Ausgleich erzielt hat. Ein Sieg, ein Arbeitserfolg, mehr nicht. Zuviel Optimismus ist zweifellos nicht angebracht.

Am Anfang schien wieder alles so, wie es gegen Portugal beim 0:0 im Spiel gegen Portugal aufgehört hatte. Was vor dem Anpfiff geschah, konnte als Symbol gelten: Die deutsche Mannschaft kam 40 Minuten zu spät in Lens an. Die Polizei-Eskorte, die den Bus der Mannschaft zum Spielort *zu* begleiten hatte, verfuhr sich. So kam ein Umweg von 50 Kilometern heraus, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Hermann Neuberger, mußte in der Kabine beim Auspacken der Koffer helfen.

So ist es eben: Die, die führen sollen, wissen nicht so recht, wohin; der Umweg ist eine schon eingeplante Größe im Spiel der deutschen Mannschaft; der Präsident macht sich Sorgen um die Koffer und was sonst nicht noch alles. Vielleicht ist er deshalb in der 25. Minute auf der Ehrentribüne so dynamisch aufgesprungen, weil er zum erstenmal die Hoffnung sah, nicht auch beim vorzeitigen Packen der Koffer helfen zu müssen.

In dieser Minute erzielte Deutschland sein erstes Tor in der Endrunde der Europameisterschaft. Es war eine Bremer Co-Produktion: Meier flankte von der linken Seite, Rudi Völler erwischte den Ball mit dem Kopf und es hieß 1:0.

In dieser kurzen Szene steckte einiges, was allgemeine Bedeutung besitzt. Bundestrainer Jupp Derwalls Wunschmannschaft, das Team, das Weltmeister *Italien* 1:0 in *Zürich* besiegt hatte, ist bereits geplatzt. Meier kam ins Spiel, weil er wohl mehr für den Vorwärtsgang tun kann als der Stuttgarter Buchwald. Matthäus kam, weil er wohl kraftvoller ist als der Hamburger Wolfgang Rolff (siehe *auch Bericht nächste Seite*). Und es ist auch kein Zufall, daß die Bremer Gemeinschaftsarbeit zum ersten zählbaren Erfolg führte. Im Moment des 1:0 standen die beiden wichtigsten Akteure in den Positionen, die sie aus ihrem Verein gewohnt sind – Meier im offensiven linken Mittelfeld (obwohl er auf der rechten Seite als Linksfüßler spielen sollte), Völler eher auf Rechtsaußen. Da stimmte gewohnte Raumaufteilung, deshalb klappte es.

Doch wer nun *glaubte*, jetzt sei *die* deutsche Mannschaft von einer Last befreit, könnte den Druck abschütteln, der auf ihr lastete (oder der ihr eingeredet wird?), der hatte sich auch getäuscht. Direkt im Anschluß an das 1:0 handelte sich Stielike eine gelbe Karte wegen Foulspiels ein – er ist eben bei Real Madrid kein Libero, sondern Mittelfeldspieler, hat Schwierigkeiten mit seinen Entscheidungen, wo er denn zu stehen habe und muß dann zu unsauberen Mitteln greifen.

Auf diese Art und Weise blieb wieder alles im Ansatz stecken – und was manchmal im Angriff gut war, bei Rummenigge. Nun spielte er also wieder in der Spitze, hatte seinen Ausflug in die Rolle des Spielgestallters im Mittelfeld selbst für beendet erklärt, aber Wirkung erzielte er nicht.

Was mit ihm los ist, bleibt rätselhaft. Sind ihm die italienischen Millionen, die er in der nächsten Saison in Mailand verdienen wird, nun in den Kopf gestiegen oder in die Beine gefahren? Gelähmt scheinen beide Körperteile zu sein. Er verliert die harmlosesten Zweikämpfe, zögert in den aussichtsreichsten Situationen.

Diese 1:0-Führung jedenfalls, von der erwartet werden konnte, sie gebe der deutschen Mannschaft endlich einmal Mut und Selbstvertrauen, schlug jedenfalls eher ins Gegenteil um. In Zaghaftigkeit, Übereifer, Planlosigkeit, in Auflösung des vorher vielleicht noch in Ansätzen erkennbaren Systems – und in Angst.

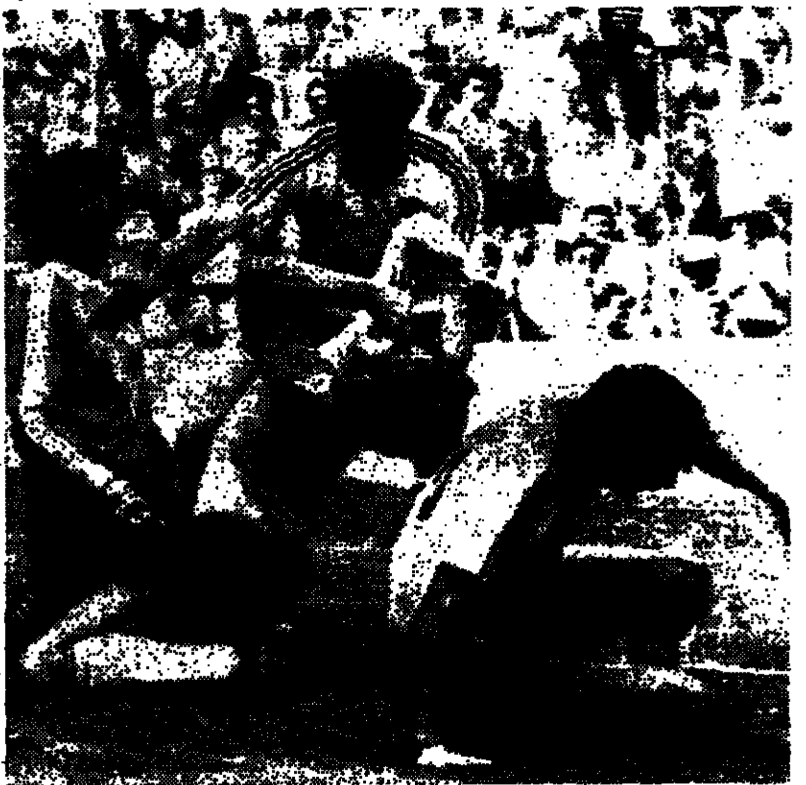
Wie anders wäre es denn sonst zu erklären, daß die gesamte Mannschaft von Jupp Derwall zur zweiten Halbzeit gleichsam nach dem Motto erschien: Sei nicht feig, Kamerad, laß mich hinter'n Baum? 26 Sekunden waren nach der Pause gespielt, als Stielike wieder einmal völlig unmotiviert nach vorne eilte, Rumäniens Mittelfeldspieler Coras ungedeckt einen von Klein mit dem Hacken am verwirrten Matthäus vorbeigeschlagenen Paß aufnehmen und zum Ausgleich einschießen konnte.

Rätsel über Rätsel. Besonders deshalb, weil die 2:1-Führung ein Musterbeispiel dafür war, daß immer noch, wenn auch nur für Sekunden, Weltklasse im deutschen Team aufblitzen kann, die an vergangene große Zeiten erinnert: Ein sauberer Paß von Allofs zu Rummenigge, ein direktes *Weiterleiten des Balles zu Völler, ein* trockener, abermals direkter Schuß des Bremers. Ansätze eines guten Spiels, die gab es. Aber reichen sie aus, das zu schaffen, was Rummenigge so vor der Endrunde als Minimalziel formuliert hatte: „Alles andere als das Erreichen des Endspiels wäre für uns eine Blamage."

Mannschaften, Tore, Zuschauer

Deutschland: Schumacher (30 Jahre/50 Länderspiele) – Stielike (29/40) – B. Förster (28/32), K.-H. Förster (25/60) ab 79. Buchwald (23/3), Briegel (28/52) – Matthäus (23/25), Meier (25/13) ab 65. Littbarski (24/27), Brehme (23/7) – Rummenigge (28/77), Völler (24/17), Allofs (27/31). – **Rumänien:** Lung (27/21) – Stefanescu (33/53) – Rednic (21/28), Andone (24/20), Ungureanu (27/26) – Coras (25/15), Klein (24/30), Bölöni (31/75), Hagi (19/11) ab 46. Zare (25/2), Dragnea (28/2) ab 62. Ticleanu (25/38) - Camataru (24/39). – **Schiedsrichter:** Jan Keizer (Holand). – **Zuschauer:** 35 000. – **Tore:** 1:0 (25.) Völler, 1:1 (46.) Coras, 2:1 (66.) Völler. – **Gelbe Karten:** Stielike, Stefanescu.

Das zweite Spiel der Gruppe 2 *zwischen* Portugal und Spanien war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet. Am Mittwoch kommt es zur Entscheidung darüber, wer ins Halbfinale einzieht. Deutschland *spielt* gegen Spanien, Rumänien gegen Portugal. *Das Spiel der deutschen Mannschaft* wird original im Fernsehen (ZDF) übertragen.



Rummeniggos Gratulation für den Torschützen Völler, der eher ausschaut, als hätte er Schmerzen. FOTO: AP

Verwundert faßte sich Sepp Piontek an den Kopf: Seine kühnsten Träume wurden noch übertroffen

Von MARTIN HÄGELE

Spätestens seit Samstag ist es in Frankreich in, eine weiße Schiebermütze mit einem roten Kreuz darauf zu tragen. Die Europameisterschaft hat ihre Lieblinge entdeckt: „Danmark". Auch die Franzosen schunkelten mit, als die Dänen ihr 5:0 gegen Jugoslawien feierten. Ein Schützenfest auf dem Rasen wie auf den Rängen. Die Spieler ließen sich von ihren 20 000 Landsleuten in Trance jubeln, und der Trainer Sepp Piontek faßte sich auf der Bank an den Kopf: „Daß wir so stark sind, hätte ich in meinen kühnsten Träumen nicht zu denken gewagt."

Sahen wir ein Fußballwunder?

Leicht übertrieben. Mit den Jugoslawen ist im Fußball kein Staat mehr zu machen. Safet Susic, Profi bei Paris St. Germain, schleppte ein paar Kilo zu viel auf seinen Knochen herum. Trotzdem war er noch der Beste seiner Elf, auf der dänischen Ersatzbank wäre für sein breites Gesäß kein Platz gewesen. Ein bißchen Ballzaubern, das reicht vielleicht noch auf dem Balkan zum Broterwerb, international nicht.

„Internationaler Fußball" heißt Sepp Pionteks Lieblingswort. Das, sagt er, sei das Geheimnis des dänischen Erfolgs. Piontek: „Wir sind aggressiv wie die Belgier, individuell wie die Spanier und Italiener, gründlich wie die Deutschen, erfinderisch wie die Holländer." Und diese Mischung, so Piontek, passe menschlich hervorragend zusammen.

In sechs Ländern arbeiten Pionteks Leute. Gegen Jugoslawien kamen elf Legionäre zum Einsatz. Nur Torwart Ole Qvist und Einwechselspieler John Sivebaek verdienen ihr Geld noch in Kopenhagen und Vejle. Aus Vejle waren auch zwei Telegramme gekommen. Eines vor, das andere nach dem Spiel. Allan Simonson habe ein großes Herz für die dänische Nationalmannschaft, erzählte Piontek, und obwohl der große Star nun mit eingegipstem Knie zu Hause in Vejle liege, gehöre er zum Team.

Frank Arnesen (28) vom RSC Anderlecht sollte den Spielmacher und Torjäger Simonson ersetzen. Er tat es mit Bravour. Und mit Glück. Beim 1:0 warf der jugoslawische Torwart Tomislav Ivkovic einen harmlosen Schuß *Arnesens* ins eigene Netz. Den Elfmeter zum 3:0 verwandelte Arnesen lässig. „Das war zu diesem Zeitpunkt nicht schwer. Schwer wird es erst am Dienstag, wenn es in der 89. Minute 1:0 für Belgien steht, und ich dann zum Strafstoß antreten muß."

Doch Arnesen hat auch schon Pech gehabt. Viermal wurde er am rechten Knie operiert, er hat seit Monaten noch kein Spiel über die volle Distanz durchgestanden, seine Karriere setzt er ständig auf die Kippe. „Ich habe auch für Allan gespielt", sagte er, „für Allan und für unsere Zuschauer". Und man möge sich doch einmal vorstellen, wieviel Geld ihre Landsleute dafür geopfert hätten, um ihnen das Gefühl zu geben, in Frankreich dabei zu sein. Wenn es immer so läuft, mache ich für die letzte Viertelstunde gerne einem Kameraden Platz", spielte Arnesen nach dem 5:0 in Lyon über Jugoslawien, zu dem er zwei Tore beisteuerte, auf den Umstand an, daß er nach seiner langen Pause noch kein Spiel über 90 Minuten bestritt.

Nun rollt die rot-weiße Lawine Richtung Straßburg. Aber selbst wenn seine Mannschaft gegen Belgien verlieren und somit heimfliegen würde, „dann war allein die Fußball-Demonstration gegen Jugoslawien die ganze Europameisterschafts-Teilnahme wert" (Piontek).

Bei dem deutschen Trainer stehen die Gratulanten Schlange. Auch Gero Bisanz, Damen-Bundestrainer, Chefausbilder der deutschen Fußball-Lehrer und zur Zeit als Kundschafter für Jupp Derwall unterwegs. Bisanz ist wohl der einzige an diesem Abend, der ein Haar in der dänischen Suppe findet. Er hätte mehr Cleverneß von den Dänen erwartet, bei einem Turnier *müsse man seine Kräfte einteilen* und auch mal ans nächste Spiel denken, meinte Bisanz. „Aber da hat der Zehner kurz vor Schluß beim Stande von 5:0 noch an der Mittellinie Tackling gespielt und ist wie ein Wilder gerannt."

Gerade deshalb, Herr Bisanz, war der Abend ein Fußballfest. Aber weil die Verantwortlichen vom DFB ähnlich wie Sie denken, zeigen die Leute mit den Fingern auf die deutschen Sicherheitsfußballer, die im Spiel gegen Portugal keinen Spaß mehr vermittelten.

Indirekt kämpfte der Däne mit der Nummer zehn, der ehemalige Kölner Ersatzspieler Preben Elkjaer-Larsen, gegen einen deutschen Star. Sein Arbeitgeber, der belgische Klub SC Lokeren verhandelte am Samstagabend mit Hellas Verona. „Nachdem die Italiener schon Hans-Peter Briegel gekauft haben, wollen sie mich als zweiten Ausländer", so Larsen. Falls es mit dem Dänen klappt, stünde Hansi Müller wieder auf der Straße. Der deutsche Ex-Nationalspieler, den Inter Mailand nicht mehr haben will, schien mit Verona schon einig zu sein. Jetzt wird er womöglich weiter wie ein fauler Scheck von einem italienischen Klub zum andern geschoben.

Den großen Tag, „der uns aber nicht hochmütig macht" (Piontek), haben die Spieler ganz normal ausklingen lassen. An der Bar, beim Bier. Und keiner ist ausgeflippt. Obwohl die Bar des „Hollyday Inn" schon ein bißchen klein geraten ist für die Spieler, ihre Frauen, die Freundinnen und den Jubel der Fans. „Wir haben in Dänemark eine besondere Mentalität. Bei uns gibt es keine Stars, und deshalb können auch so viele Menschen auf diesem engen Raum miteinander auskommen", erklärt der Ersatzspieler Steen Thychosen am überfüllten Tresen.

Da wird ohne Murren geschluckt, daß der dänische Verband eine bessere Autobahnraststätte zum Quartier genommen hat, daß den meisten das Essen nicht schmeckt. Piontek gibt die Fehler offen zu. „Auf diesem Gebiet sind wir eben noch Neulinge, da müssen wir lernen und da werden wir *lernen*."

Auf allen anderen Gebieten des Fußballs können bis auf die Franzosen Europas restliche Länder beim dänischen Nationalteam in die Schule gehen. Begeisterung und Tore, Spaß und den Stolz auf ein Nationaltrikot könnten sie dort lernen. Kleine Länder sind besonders stolz auf ihre Farben.

Und wenn man dazu wie die Dänen bei allen großen Festen des internationalen Fußballs zwanzig Jahre lang hat draußen vor der Tür sitzen müssen, dann stürzt man sich erst mal richtig hungrig aufs Buffet.

Italiener Briegel: „Daß ich auf meine alten Tage noch so ein Angebot bekomme . . ."

Von ULRICH DOST

Wie sich die Sitten und Bräuche in und um die deutsche Fußball-Nationalmannschaft doch geändert haben: Das Trainingslager „La Forestière" in St. Germain-en-Laye wurde kurzerhand in ein Geschäftszimmer umgewandelt. Statt Trainingshose, Turnschuhe und T-Shirt tauchten plötzlich Männer mit Nadelstreifgenanzügen, weißen *Hemden und dezenten* Krawatten und geheimnisvollen dunklen Aktenkoffern auf. Geschäft ist angesagt, der Sport hatte Pause.

Undenkbar, daß Bundestrainer wie **Helmut Schön** (68) oder der verstorbene **Sepp Herberger** solche Leute auch nur in ihre Nähe gelassen hätten. Dem jetzigen Bundestrainer **Jupp Derwall** (56) macht das offenbar nicht so viel aus. Ihn stört es nicht, wenn sein Spieler **Hans-Peter Briegel** (28) drei Stunden nur astronomische Zahlen aufgetischt bekommt, die selbst spielstärkeren Fußballprofis die Hände feucht werden lassen.

Briegel hat seinen großen Bruder Karl von Kaiserslautern nachkommen lassen, dazu noch einen Rechtsanwalt, denn Ordnung muß sein. Ihnen gegenüber sitzt ein Senior **Magnoni** (68), der extra aus Verona angereist war, um dem deutschen Spieler für seinen Klub Hellas Verona zu verpflichten. Daneben sitzt ein Mann namens **Volker Schmidt** (34) aus Chiasso, der schon den **Karl-Heinz Rummenigge** (28) nach Italien zu Inter *Mailand gebracht und dafür kräftig* kassiert hat. Für dieses Jahr hat der Mann ausgesorgt. Vor 14 Tagen streckte Schmidt in Kaiserslautern seine Fühler nach Briegel aus. Damit hatte eigentlich niemand mehr gerechnet, am wenigsten Briegel selbst, denn erst vor wenigen Wochen waren seine Pläne mit dem AC Neapel gescheitert. Briegel damals: „Jetzt gehe ich nicht mehr nach Italien. Die Klubs konnten sich nicht einigen."

Der Vorstand des 1. FC Kaiserslautern schien schnell gelernt zu haben, der Spatz in der Hand war ihnen nämlich diesmal lieber als die Taube auf dem Dach. Sie feilschten gar nicht erst lange, schlossen das Geschäft schnell ab und dürfen sich nun über rund 2,2 Millionen Mark freuen, die sie bekommen, weil sie Briegel aus einem Vertrag herauslassen, der noch ein Jahr läuft. Schon am Mittwoch bekam der Spieler von seinem Präsidenten **Udo Sopp** (49) einen Anruf und die Bestätigung, daß der Klub der Sache nicht im Wege stehen würde. So schnell haben sich auch die Sitten und Bräuche in Kaiserslautern geändert. Briegel galt als eine Symbolfigur für den Klub, der stets mit seiner Idylle prahlte, der das Familiäre herauskehrte und Geschäftemacherei als etwas Unschickliches bezeichnete. Nun haben sie ihre Zurückhaltung aufgegeben. Briegel, ein Bauernsohn, der sich gerne mit der Mistgabel auf dem Heu ablichten ließ, kehrt in eine Stadt, in der auf Freilichtbühnen Romeo und Julia aufgeführt werden.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe

Wer weiß, ob es eine Liebesbeziehung Briegel/Verona geben wird. Eine geschäftliche Bindung besteht auf jeden Fall, denn immerhin darf Briegel dank seines Zwei-Jahres-Vertrages mit einjähriger Option mit einer stattlichen Jahresgage von rund 500 000 Mark rechnen. Rummenigge tut es im gleichen Zeitraum für das Vierfache, aber dafür soll er auch Tore schießen, während Briegel sie vorwiegend verhindern soll.

Briegel geht das Italien-Abenteuer auch – im Gegensatz zu Rummenigge – mit einer Gelassenheit an, die nur Menschen ausstrahlen können, die ihren inneren Frieden in der Provinz gefunden haben. Er wird sich kaum von der Hysterie einer Großstadt anstecken lassen. „Na ja", sagt er, und grinst wie ein Lausbub, „dann werde ich mal langsam damit beginnen, Italienisch zu lernen." Und er wundert sich: „Daß ich auf meine alten Tage noch so ein Angebot bekomme."

Ob ihn denn die Italiener im Spiel gegen Portugal am Donnerstag in Straßburg beobachtet hätten, wurde er gefragt: „Unsinn. Wer mich jetzt nicht kennt, der hat mich nie gekannt." Selbstbewußt ist er schon und auch bauernschlau, denn seit 14 Tagen schleppt er die Sache mit sich herum und tat alle Fragen mit einer Unschuldsmiene ab.

Es beeindruckt ihn noch gar nicht, daß er nun die Lage zu seinem früheren Nationalmannschafts-Kollegen **Hansi Müller** (26) in Italien nur noch verschlechtert hat. Inter Mailand, der Klub von Hansi Müller, wollte ihn für 150 000 Mark plus Müllers Gehalt (800 000 Mark netto) nach Verona ausleihen. Doch selbst das war Hellas Verona zu teuer. Der Brasilianer **Gireeu** wird Verona verlassen, der Däne **Preben Elkjar-Larsen** (26), der früher beim 1. FC Köln in der Bundesliga unter dem verstorbenen Trainer Hennes Weisweiler gespielt hat, soll die zweite Ausländerstelle bei Verona einnehmen. Alle italienischen Erstliga-Klubs – bis auf die drei Aufsteiger, die kein Geld haben – haben damit ihr Ausländerkontingent erschöpft. Hansi Müller droht damit ein Jahr bei Inter Mailand auf der Reservebank, *da der Klub neben Rummenigge und* ihm noch drei weitere Ausländer verpflichtet hat. Hansi Müller wäre damit der teuerste Ersatzspieler der Welt. Ein trauriger Rekord.

*

So entstehen Schicksale, denn erst kurz vor der Europameisterschaft war **Horst Köppel** (36) nach Italien gereist, um die Form von Hansi Müller zu testen und um ihn eventuell doch noch in den Kader zur Europameisterschaft zu holen. Der Assistent von Bundestrainer Jupp Derwall berichtete seinem Chef über Hansi Müller nur Gutes und empfahl ihn für das Endrundenturnier in Frankreich. Doch der frühere Stuttgarter stellte sich plötzlich bockbeinig: „Ich will nicht mehr. Bei Derwall geht es zu wie im Taubenschlag. Er spricht einmal so und einmal so." Noch heute ärgert sich Köppel darüber: „Das hätte er auch gleich sagen können, dann hätte ich mir den Weg nach Mailand gespart."

*

Der Bundestrainer dagegen sieht sich immer noch lieber in der Rolle desjenigen, der schützend die Hand über allem hält und sich nicht gerne in die Karten schauen läßt. **Ralf Falkenmayer** (22), das vielgepriesene Talent von Eintracht Frankfurt, spiele in seinen Überlegungen noch keine Rolle, so der Bundestrainer *nach der blamablen Vorstellung* gegen die Portugiesen. Offenbar hat er seine Meinung inzwischen geändert, denn schon am Samstag zählte Falkenmayer urplötzlich zu den 13 Spielern, aus denen „ich die Mannschaft bilden werde". Obwohl Derwall nicht mit ihm gesprochen hat, hatte der nur 1,73 m große Falkenmayer diese Entwicklung geahnt, daß er entgegen allen Befürchtungen bei der EM in Frankreich doch zum Einsatz kommen könnte. Falkenmayer: „Man muß abwarten, ob ich der deutschen Nationalmannschaft spielerische Akzente geben kann. Spiele im Nationalteam sind bestimmt anders als im Verein." Das weiß er so genau, obwohl er noch nie in der Nationalelf gespielt hat. Dennoch ruhen auf seinen schmalen Schultern so große Hoffnungen.

Vor einer Sache aber hat der schmächtige, nur 63 kg leichte Frankfurter keine Angst, daß ihm nämlich die Puste ausgehen wird. Falkenmayer: „Ich habe unglaublich kurze Erholungsphasen. Wenn ich in Atemnot komme, merke ich schon nach wenige Minuten, wie es besser wird." Als 18jähriger hat er sich bei einem Professor an der Gießener Universität medizinisch testen lassen. Das Ergebnis des Mediziners: „Er hat bessere Werte als Paul Breitner."

Für den jungen Mann selbst kam das Ergebnis nicht überraschend. Er erzählt: „Schon als zehnjähriger habe ich immer zweimal gespielt, bei der E- und bei der C-Jugend. Abends spielte ich dann nochmals auf der Bolzwiese vor dem Haus meiner Eltern in Niederursel. Das habe ich bestimmt bis zum 16. Lebensjahr gemacht."

FUSSBALL / Die bittere 0:5-Niederlage der wohl doch stark überschätzten Belgier gegen Frankreich

HEUTE

● **Ruhetag** in Frankreich. Morgen spielen in der Gruppe 1 Frankreich gegen Jugoslawien und Dänemark gegen Belgien. Beide Spiele finden um 20.15 Uhr statt.

STATISTIK

Frankreich – Belgien 5:0 (3:0)

Frankreich: Bats (27/8) – Bossis (28/57) – Fernandez (24/14), Battiston (27/33), Domergue (27/3) – Tigana (28/30), Giresse (31/30), Genghini (26/23) ab 78. Tusseau (26/11), Platini (28/50) – Lacombe (31/36) ab 66. Rocheteau (32/25), Six (29/50). – **Belgien:** Pfaff (30/43) – Lambrichts (29/5) – Grun (22/2), de Greef (26/4), de Wolf (26/10) – Vercauteren (27/37), Scifo (18/3) ab 52. Verheyen (32/25), Vandereycken (30/38) ab 46. Coeck (28/45), Ceulemans (27/45) – Claesen (21/7), Vandenbergh (24/31). – **Schiedsrichter:** Robert Bonar Valentine (Schottland). – **Tore:** 1:0 Platini (5.), 2:0 Giresse (33.), 3:0 Fernandez (43.), 4:0 Platini (74., Foulelfmeter), 5:0 Platini (88.). – **Zuschauer:** 52 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Tigana, Claesen.

Dänemark – Jugoslawien 5:0 (2:0)

Dänemark: Qvist (34/27) – Morten Olsen (34/64) – Ole Rasmussen (32/39) ab 61. Sivebaek (22/21), Nielsen (27/18), Busk (31/31) – Berggreen (26/16), Arnesen (27/32) ab 79. Lauridsen (25/16), Bertelsen (32/46), Lerby (26/39) – Laudrup (20/15), Elkjaer-Larsen (26/39). – **Jugoslawien:** Ivkovic (24/9) – Nenad Stojkovic ((28/31) – Radanovic (24/9), Gudelj (24/17) – Miljus (24/3), Katanec (21/7) ab 53. Halilovic (21/11), Zajec (28/29), Bazdarevic (24/9) ab 23. Dragan Stojkovic (19/6) – Cvetkovic (22/5), Susic (29/33), Zlatko Vujovic (26/28). – **Schiedsrichter:** Augusto Lamo Castillo (Spanien). – **Tore:** 1:0 Arnesen (8.), 2:0 Berggreen (16.), 3:0 Arnesen (68., Foulelfmeter), 4:0 Elkjaer-Larsen (82.), 5:0 Lauridsen (84.). – **Zuschauer:** 30 000.

Die Tabelle, Gruppe 1

Frankreich – Belgien	5:0
Dänemark – Jugoslawien	5:0

1. Frankreich	2	2	0	0	6:0	4:0
2. Dänemark	2	1	0	1	5:1	2:2
3. Belgien	2	1	0	1	2:5	2:2
4. Jugoslawien	2	0	0	2	2:5	0:4

● **Die Situation:** Frankreich ist bereits für das Halbfinale qualifiziert, Jugoslawien ausgeschieden. Dänemark braucht im letzten Gruppenspiel gegen Belgien nur ein Remis, um als Gruppenzweiter vor Belgien dank der besseren Tordifferenz ebenfalls ins Halbfinale einzuziehen. Bei einem Sieg von Dänemark und einer gleichzeitigen Niederlage Frankreichs gegen Jugoslawien (ein nur theoretischer Fall) könnten die Dänen Gruppensieger werden.

● **Torschützenliste:** 1980 in Italien war Klaus Allofs mit nur drei Treffern erfolgreichster Schütze. Soviel hat jetzt schon der Däne Frank Arnesen erreicht. An der Spitze steht aber Frankreichs Star Michel Platini mit vier Treffern aus zwei Spielen.



Belgiens Torwart Jean-Marie Pfaff schaut dem Ball verdutzt hinterher. Nach dem Kopfball von Frankreichs Platini, der damit seinen dritten Treffer im Spiel gegen den Vize-Europameister erzielte, springt der Ball vom Innenpfosten zum 5:0 ins Tor FOTO:AFP

Jean-Marie Pfaff ist wütend auf Trainer Thys: Falsche Taktik?

C. D. GERKE, Nantes

Günter Netzer und Berti Vogts dachten an 1972. Mit begeisterndem Offensiv-Fußball erinnerte Frankreich, der Gastgeber bei der Europameisterschaft, beim mitreißenden 5:0 (3:0)-Erfolg über Belgien an die deutsche Mannschaft von vor zwölf Jahren. „So modernen Angriffs-Fußball spielt derzeit kaum eine zweite Nationalmannschaft in der Welt", durfte Frankreichs Trainer Michel Hidalgo zu Recht jubeln. Was Netzer und Kaiser Franz Beckenbauer als geniale Spielgestalter bedeuteten, verkörpern im Team des großen Favoriten von 1984 Michel Platini, Alain Giresse oder Jean Tigana.

Auch die fünf Tore waren im wesentlichen ihr Verdienst. Gleich drei Treffer gingen auf das Konto von Platini (5., 74. Foulelfmeter und 88.), den Rest besorgten Giresse (33.) und Fernandez (43.). In seinem 50. Länderspiel übernahm Platini fünf Tage vor seinem 29. Geburtstag auch mit nunmehr 30 Treffern die alleinige Führung in der ewigen Torschützenliste der Franzosen.

„Dieses Mittelfeld ist einmalig", schwärmte DFB-Junioren-Trainer Vogts. „Es ist erstklassig aufeinander abgestimmt, versteht sich fast blind. So etwas kann man nicht lernen, das ist angeboren", meinte Netzer. Dem Manager des Hamburger SV hat es am meisten der dunkelhäutige Tigana angetan. „So wertvoll wie Platini oder Giresse", lobte Netzer den Mann aus Bordeaux, der in Mali geboren wurde, „so gut habe ich ihn noch nie gesehen." Tigana selbst nahm die Gratulationen von allen Seiten gelassen: „Die Rolle des Vor-Liberos im Mittelfeld liebe ich, sie ist mir maßgeschneidert", meint der 28jährige.

Im Duell mit diesem Trio Platini, Giresse, Tigana ging dagegen Belgiens neue Hoffnung Enzo Scifo völlig unter. Dabei war der Stern des neuen Spielmachers im belgischen Team erst vor fünf Tagen aufgegangen, als Scifo seine Mitspieler beim 2:0-Sieg über Jugoslawien durch seine intelligente Spielweise zu einem Mitfavoriten auf die Europameisterschaft gemacht hatte. „Ein solches Talent kann man auspressen wie eine Zitrone, oder aber wie eine Frucht ausreifen lassen", zollte Michel Hidalgo seinem Kollegen Guy Thys hohe Anerkennung für die „mutige Maßnahme", den 18 Jahre alten gebürtigen Italiener vorzeitig (52.) auszuwechseln.

Daß die Franzosen ihren Part als Top-Favorit so ungehindert spielen konnten, daran trug aber auch der Vize-Europameister von 1980 ein gerüttelt Maß Schuld. Nach dem frühen Tor der Franzosen brauchten die belgischen Spieler zu lange, um sich von diesem Schock zu erholen. Und als dann nach einer halben Stunde Spielzeit auch noch gute Chancen von de Wolf und Vandenbergh ausgelassen wurden, schien die Moral völlig verloren gegangen. „Die Belgier haben es den Franzosen zu leicht gemacht, sie konnten spielen, wie sie wollten", versuchte Netzer die Leistungen und das hohe Ergebnis etwas zu relativieren. Nach dem Spiel wußte auch Jean-Marie Pfaff, wie man es hätte besser machen können. „Die Dänen haben im Eröffnungsspiel doch gezeigt, daß auch Platini mit einem Sonderbewacher beizukommen ist", übte der Schlußmann von Bayern München, der einen Elfmeter am früheren Stuttgarter Didier Six versursachte und auch sonst nicht seinen besten Tag erwischte, Kritik an der eigenen Taktik.

„Sie haben uns zaubern lassen, folglich haben wir auch gezaubert", meinte Michel Platini, der Kapitän des Teams und Legionär von Juventus Turin, selbst dazu. Aber: „Manndeckung paßt nun einmal nicht in das belgische System", räumte Berti Vogts ein. Er spielte damit auch auf die erzwungene Umstellung im belgischen Spial an, als Trainer Guy Thys nicht mehr auf die perfekt funktionierende Abseitsfalle zurückgreifen konnte, weil fast seine gesamte Abwehr durch den Bestechungsskandal in Belgien gesperrt worden war. „Die Skandal-Sünder sind so schnell nicht zu ersetzen", waren sich die beiden Nationaltrainer mit den beiden ehemaligen Gladbacher Nationalspielern Netzer und Vogts einig.

Der HSV-Manager macht den Belgiern wegen dieses Handicaps auch keine großen Hoffnungen mehr für das letzte Gruppenspiel morgen in Straßburg gegen Dänemark. In der belgischen Mannschaft ist allerdings keine Resignation ausgebrochen. „Wenn wir das 0:5 moralisch wegstecken können, haben wir noch eine Chance auf die Halbfinal-Teilnahme", gibt sich Jean-Marie Pfaff optimistisch. Und auch Guy Thys sieht noch Chancen unter die letzten Vier zu kommen. „Wenn wir ein Spiel verlieren durften, so war es das gegen Frankreich. Ich kann meiner Mannschaft keinen Vorwurf machen, der Gegner war uns in allen Belangen überlegen. Das 0:5 ist allerdings ein schwerer Schlag, den wir erst verkraften müssen. Dennoch habe ich die Hoffnung auf das Halbfinale nicht aufgegeben", erklärte Thys.

Aufgrund des hohen dänischen 5:0-Sieges über Jugoslawien spricht die Tordifferenz – 5:1 der Dänen gegenüber 2:5 – bei jeweils 2:2 Punkten allerdings klar für die Dänen. Ihnen reicht bereits ein Unentschieden, um Zweiter in der Gruppe zu werden.

Wolfgang Rolff: Ängstlich oder fehlt ihm die Lobby?

W. NIERSBACH, Paris

Als Jupp Derwall am Samstag morgen elf gelbe Leibchen unter den Arm klemmte, dachte Wolfgang Rolff an seine Schulzeit und die Rückgabe der gefürchteten Klassenarbeiten. Von eins bis sechs war alles möglich, die Versetzung konnte scheitern oder glücken. Als am Ende kein Leibchen mehr übrigblieb, wußte Wolfgang Rolff, daß er hängengeblieben war. Guido Buchwald dagegen, das zweite „Opfer" des 0:0-Fehlstarts gegen Portugal, durfte zu diesem Zeitpunkt noch hoffen.

„Wer das Können von Rolff nicht sieht, dem kann man nicht helfen", hatte Hamburgs Trainer Ernst Happel in einem Ausblick auf die EM-Endrunde gesagt. Doch in den bisherigen elf Länderspielen, in denen der 24 Jahre alte Mittelfeldspieler sechsmal ein- oder ausgewechselt wurde, war sein wahres Leistungsvermögen nicht einmal annähernd zu sehen. „Ich hätte es viel leichter, würden auch Magath, Kaltz oder Milewski in der Nationalelf spielen", meinte Rolff, wobei er gleichzeitig Spiel- und Umfeld im Auge hat.

Denn so wenig Rolff auf dem Rasen die richtige Bande findet, so offensichtlich ist es, daß dem letzten Mitglied des HSV die richtige Lobby fehlt. Ängstlich, ohne den geringsten Mut zum Risiko („Nur ja keinen Fehler machen") und ohne Initiative gibt er sich mit der anonymen Rolle des Mitläufers zufrieden. Ein Umstand, den Jupp Derwall dadurch beheben wollte, daß er Rolff zu Rummenigge ins Zimmer steckte. Bisher ging die Rechnung nicht auf.

Aber Wolfgang Rolff ist einer, der so schnell nicht aufgibt. Vielmehr lebt er weiter mit der Hoffnung, bei der EM-Endrunde doch noch im Nationaltrikot auftrumpfen zu können. Er wartet auf seine Freundin Andrea, die zum Halbfinale anreisen will, auch wenn er Ersatzspieler bleiben sollte. Außerdem auf Frankreichs Superstar Michel Platini, denn: „Jeder weiß ja, wie gut ich im Europacup-Finale in Ahten gegen Platini gespielt habe." Andererseits erhebt HSV-Manager Günter Netzer grundsätzliche Bedenken: „Es wird immer wieder Spieler geben, die in der Nationalelf nicht richtig zurecht kommen. Ich selbst war dafür das beste Beispiel".

In letztere Kategorie dürfte Guido Buchwald nicht fallen. Dem Aufsteiger der Saison, der von den Stuttgarter Kickers zum VfB kam und auf Anhieb deutscher Meister wurde, fehlt ganz einfach die Kraft. Deshalb entschied sich Derwall nach langen Überlegungen gegen ihn.

Zwei rechtsradikale Fans in Straßburg verurteilt

● Zwei deutsche Fußball-Schlachtenbummler sind am Freitag von einem Gericht in Straßburg wegen Ausschreitungen vor und nach dem Spiel Deutschland – Portugal zu je zwei Wochen Haft verurteilt worden. Der 30 Jahre alte Siegfried Borchardt aus Dortmund hatte das Fenster eines Juweliergeschäfts eingeschlagen, der 24 Jahre alte Stefan Lux aus Heiligenhaus das Auto eines Portugiesen beschädigt.

Bei den beiden Männern wurden nach Angaben aus Justizkreisen eine Nazi-Broschüre und eine Mitgliedskarte der NDP gefunden. Vor und nach dem Spiel am Donnerstag hatten mehrere Dutzend sogenannte Skinheads in Straßburg randaliert und mit „Sieg-Heil"-Rufen Streit angezettelt. Die meisten waren über die Grenze zurückgeschickt worden.

*

● Der französische Fußball-Verband hat gegen die Sperre für Offensiv-Verteidiger Manuel Amoros bei der Europäischen Fußball-Union (UEFA) Protest eingelegt. Der Abwehrspieler war beim 1:0-Auftakt im ersten Spiel gegen Dänemark vom deutschen Schiedsrichter Volker Roth aus Salzgitter vom Platz gestellt worden. Roth hatte später ein Foulspiel und eine Tätlichkeit in den Spielberichtsbogen geschrieben. Die Franzosen sind jedoch der Meinung, daß es sich bei dem Zwischenfall, Amoros hatte dem Dänen Jesper Olsen einen Kopfstoß verpaßt, nicht um ein Foul handele. Der gastgebende Verband will, daß die Sperre auf zwei Spiele reduziert wird. Heute tagt die Berufungsinstanz der UEFA.

*

● Für die dänischen Fußball-Nationalspieler kann die Europameisterschaft auch zu einem großen finanziellen Geschäft werden. Die erste Siegprämie von 3000 Mark kassierten sie für das 5:0 über Jugoslawien. Den gleichen Betrag hat der Verband für einen Erfolg über Belgien ausgesetzt.

Beim Erreichen des Halbfinales bzw. des Endspieles dürften jeweils 10 000 bzw. 15 000 Mark in die Taschen der Profis fließen, die bei einem Titelgewinn mit Unterstützung des Sponsors (einer dänischen Brauerei) etwa 30 000 Mark bekommen werden.

Bereits vor dem Turnier hatten die dänischen Spieler aus einem Werbetopf von insgesamt 750 000 Mark etwa 35 000 Mark erhalten. Außerdem haben einige darüber hinaus noch lukrative Werbeverträge abschließen können.

SPORT-NACHRICHTEN

Junioren besiegten Polen

Wattenscheid (sid) – Die Junioren des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) besiegten in einem Länderkampf in Wattenscheid den Nachwuchs aus Polen mit 217:139 Punkten. Die Mädchen des DLV gewannen mit 99:46, die Jungen mit 118:93.

Kanu: Fox vor Micheler

Augsburg (sid) – Weltmeister Richard Fox (England) gewann in Augsburg auf der Olympiastrecke von 1972 die zweite Europacup-Veranstaltung im Kanu-Slalom. Im Einer-Kajak verwies der Titelverteidiger den Augsburger Peter Micheler und den Franzosen Christophe Prigent auf die Plätze.

Golf: Langer Siebter

Biarritz (sid) – Nach der dritten Runde liegt der Anhausener Golfprofi Bernhard Lnager beim internationalen Turnier in Biarritz mit 199 Schlägen auf dem siebten Rang. Mit je 193 Schlägen führen Michael Clayton (Australien) und der Amerikaner Peter Teravainen.

Box-Erfolg gegen CSSR

Decin (dpa) – Die deutschen Amateurboxer kamen in Decin gegen Gastgeber CSSR im ersten von zwei Länderkämpfen zu einem 14:10-Sieg. Dabei gewannen alle fünf Olympia-Teilnehmer ihre Kämpfe. Nach dem überzeugenden Abbruchsieg von Superschwergewichtler Peter Hussing über Artur Laburda will der Deutsche Amateurbox-Verband (DABV) den Leverkusener für die zweite Nominierungsrunde am 27. Juni in Frankfurt vorschlagen.

Bosch trainiert nur Becker

Hannover (dpa) – Bundestrainer Günter Bosch und der Deutsche Tennis Bund (DTB) trennen sich. Bosch wird künftig nur noch den 16 Jahre alten Boris Becker (Heidelberg) trainieren, der zu den besten Junioren der Welt zählt. Zusammen mit Manager Ion Tiriac will Bosch den talentierten Nachwuchsspieler international weiter nach oben bringen.

Wittig schoß Rekord

Feucht (dpa) – Harry Wittig erzielte im Bogenschießen auf der 90-Meter-Distanz beim Turnier der Nationen in Feucht bei Nürnberg mit 304 Ringen deutschen Rekord.

Hearns verteidigte Titel

Las Vegas (dpa) – Weltmeister Thomas Hearns (USA) verteidigte in Las Vegas seinen Titel im Halbmittelgewicht nach Version des World- Boxing Council (WBC) gegen Roberto Duran (Panama) durch K.o. in der zweiten Runde. Bereits in der ersten Runde war Duran zweimal am Boden gewesen.

Bunge verpasste Finale

Birmingham (dpa) Bettina Bunge ist im Halbfinale des mit 125 000 Dollar dotierten Tennisturniers in Birmingham ausgeschieden. Die für Cuxhaven spielende Bunge unterlag gegen die Amerikanerin Pam Shriver mit 5:7,5:7.

Niederlage im Volleyball

Burgkunstadt (dpa) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen erlitt im dritten Vorbereitungsspiel für die Olympischen Spiele gegen Südkorea die dritte Niederlage. Im oberfränkischen Burgkunstadt unterlagen die deutschen Damen diesmal mit 2:3.

Grashoppers holten Titel

Bern (sid) – Grashoppers Zürich gewann durch ein Elfmetertor in der Verlängerung das Entscheidungsspiel um die Schweizer Meisterschaft in Bern gegen Servette Genf mit 1:0.

D'Inzeo nach Los Angeles

Rom (sid) – Der Italiener Raimondo d'Inzeo nimmt in Los Angeles bereits zum neunten Mal an Olympischen Spielen teil. Der 59 Jahre alte Reiter, der 1960 in Rom die Goldmedaille gewann, ist diemal allerdings nur als Equipe-Chef dabei.

RUDERN / Rotsee: Herber Rückschlag für die deutsche Olympiaflotte

Kolbe von Karppinen klar besiegt, aber nicht im Stoßdämpfer-Boot

K. HOELTZENBEIN, Luzern

Die Olympia-Flotte des Deutschen Ruderverbandes (DRV) hat auf dem Weg nach Los Angeles einen herben Rückschlag hinnehmen müssen. Peter-Michael Kolbe verlor bei der als Olympia-Generalprobe ausgeschriebenen Rotsee-Regatta in Luzern gegen Pertti Karppinen aus Finnland mit zwei Längen Rückstand. Noch mehr enttäuschten die Vierer: Der Ruhr-Vierer aus Dortmund/Witten belegte im Finale vier Längen hinter der siegreichen USA den sechsten und letzten Rang, und das dritte deutsche Weltmeister-Boot, der Doppelvierer Ulm/Ingelheim, konnte sich für die ersten Entscheidungen in Luzern erst gar nicht qualifizieren.

Das gleiche Schicksal wie der Doppelvierer erlitt der Achter, dessen Ausscheiden im Vorlauf das Aus im Kampf um die Olympia-Fahrkarten bedeutet. Den einzigen erfreulichen Aspekt des ersten Rotsee-Finaltages – unter den 26 teilnehmenden Verbänden fehlten mit der UdSSR und Neuseeland sowie Australien nur drei Ruder-Nationen der Weltklasse – bot aus deutscher Sicht der Würzburger Zweier mit Steuermann (Göpfert/Greß). Er belegte hinter den Weltmeistern von 1982 Abbagnale/ Abbagnale (Italien) und Greiner/Diessner („DDR") den dritten Rang.

Da die „DDR" in Los Angeles nicht startet, hat dieser Zweier eine Medaillenchance und dürfte nachträglich dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) zur Nominierung vorgeschlagen werden. Die Erwartungen erfüllte der Doppelzweier Georg Agrikola/Andreas Schmelz (Germersheim/Eberbach) auf Platz drei, während der Vierer mit Steuermann (WM-Vierter des Vorjahres) der Renngemeinschaft Bonn/Mainz/Hannover/Berlin auf Platz fünf fast zehn Sekunden hinter den siegreichen Engländern lag.

„Die Rechnung wird in Los Angeles gemacht. Diese Niederlage hat für mich keine besondere Bedeutung," sagte Kolbe nach dem verlorenen Rennen gegen Karppinen. Noch an der 1000-Meter-Marke lag der 30jährige eine dreiviertel Länge vor Doppel-Olympiasieger Karppinen. Doch dem Spurt des Finnen konnte Kolbe nichts entgegensetzen.

Dennoch wurde die taktischen Spiele vor den olympischen Rennen weiter getrieben. Kolbe lieferte dafür in Luzern ein Beispiel. Der Stoßdämpfer-Einer, jenes Boot, bei dem die Technik der Autoindustrie den bisher ungefederten und damit bremsenden Beinstoß des Ruderers auf das feste Stemmbrett abfedern soll, lag auf dem Bootswagen, wurde aber nicht zu Wasser gelassen.



Peter-Michael Kolbe: Nachdenken in Luzern. FOTO: RZEPKA

„Er soll ihn sich ruhig mal ansehen," sagte Kolbe, der die Besonderheit des Skiffs noch unübersehbar herausstellte, indem er die Oberseite von Heck- und Bugkasten knallrot lackieren ließ. Zeitvorteile des Einers sind in Meßreihen noch nicht bewiesen worden, auf die Frage danach hat Kolbe derzeit nur ein vielsagendes Grinsen übrig.

Schon 1982 schockte der Hamburger die Konkurrenz mit dem inzwischen auch auf Betreiben von Karppinen verbotenen Rollausleger-Einer und zwang den in diesem Boot unterlegenen Finnen für zwei Weltmeisterschaften zur Flucht in den Doppel-Zweier.

Zum Achter: Die ohne Verbandsunterstützung in Osnabrück trainierende Crew konnte in Luzern beim ersten Rennen nicht die vom NOK geforderte Medaillen-Nähe unter Beweis stellen. „Diese ganze Saison ist eine reine Frustration gewesen," sagte einer der Ruderer. Viele Umstellungen des Bootes, das in Mannheim, Essen, Ratzeburg und Luzern immer in anderen Zusammmensetzungen aufs Wasser ging, hatten eine total verunsicherte Mannschaft hinterlassen. Hinter der „DDR", England und der CSSR blieb dem Achter nur der vierte Rang.

Ralf Holtmeyer (28), der die Betreuung des Bootes kurzfristig übernommen hat: „Neben Großbritannen müssen Amerikaner und Kanadier sowie die in Luzern fehlenden Australier und Neuseeländer stärker eingeschätzt werden. Alle West-Nationen ziehen im Olympiajahr in den Achtern kräftig an, nur bei uns hat man diese Entwicklung wieder einmal verschlafen." Georg Leiber, der Vorsitzende des Osnabrücker Rudervereins: „Seit den Tagen von Karl Adam ist bei uns kein ordentliches Konzept mehr für den Achter entwickelt worden."

HANDBALL

Heiner Brand Assistent von Simon Schobel

sid, Gummersbach

Der Gummersbacher Heiner Brand kehrt zur deutschen Handball-Nationalmannschaft zurück. Nicht als Spieler, sondern in anderer Funktion. Der 131malige Nationalspieler (226 Toren) wird bei den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles als Assistent von Bundestrainer Simon Schobel arbeiten. Das Nationale Olympische Komitee (NOK) bestätigte die Nominierung des 31jährigen, der als bester Abwehrspieler der Welt galt.

„Ich haben den Heiner für dieses Amt vorgeschlagen. Er bringt die fachliche Qualifikation mit und hat mein vollstes Vertrauen. Er wird die Aufgabe in meinem Sinne lösen", begründete Schobel seinen Wunsch. Brand soll in Los Angeles als Verbindungsperson zur Mannschaft fungieren, Spiel-Beobachtungen, Torwart-Training und schriftliche Aufzeichnungen vornehmen. Die Olympia-Teilnahme als Assistent will Schobel als Dankeschön für Verdienste um den deutschen Handball verstanden wissen. „Bombig, der Heiner ist mit seiner Persönlichkeit, Autorität und Qualifikation", der geeignete Mann für diese Aufgabe", meinte Weltklasse-Torhüter Andreas Thiel. Helmut Meyer, Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), begrüßte die Nominierung von Brand: „Seine Erfahrung kann in Los Angeles nützlich sein. Außerdem hat er ein gutes Verhältnis zu Erhard Wunderlich."

Heiner Brand, der mit dem VfL Gummersbach 15 nationale und internationale Titel errang und der 1978 in Dänemark in der deutschen Weltmeister-Mannschaft stand, erklärte zu seiner Berufung: „Die Aufgabe reizt mich sehr. Ich freue mich, bei Olympia dabei sein zu dürfen. Wenn schon nicht als Spieler, dann wenigstens als Assistent des Bundestrainers auf der Bank." Der Gummersbacher schließt nicht aus, diese Aufgabe langfristig zu übernehmen.

FUSSBALL

Offenburger FV ist Meister der Amateure

dpa, Offenburg

„Das ist ein einmaliges Erlebnis und mit keinem unserer früheren Erfolge aufzuwiegen." Selbst die gestandenen ehemaligen Bundesliga-Profis Wilfried Trenkel und Bernd Schmider, einst Stammspieler beim Karlsruher SC und Borussia Mönchengladbach, feierten den 4:1 (1:0)-Sieg ihres Offenburger FV über Eintracht Hamm in gebührendem Umfang. Kein Zweifel: Der Titel des deutschen Fußballmeisters der Amateure hat immer noch einen hohen Stellenwert.

Natürlich ist man sich in Offenburg darüber im klaren, nicht unbedingt die beste Amateurmannschaft unter den Hunderten im Lande zu stellen. Doch die Meister der einzelnen Regionalligen müssen nach den Regeln des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) nun einmal auf diese Ehre verzichten, wenn sie die Aufstiegs-Chance in den bezahlten Fußball wahrnehmen wollen. Und die Offenburger hätten ebenfalls gerne auf den Titel verzichtet, wenn sie dafür an die Stelle des nun wohl so gut wie gescheiterten Freiburger FC hätten treten dürfen.

Doch die Meisterschaft ist Trost dafür, daß zweimal nacheinander der enttäuschende zweite Platz in der Oberliga Baden-Württemberg heraussprang. Ziel bleibt die zweite Bundesliga, und die will man nun im dritten Anlauf erreichen. In Offenburg deckt sich der Mantel des Schweigens über die Summen, die diese sicherlich nicht billige Truppe kosten dürfte. Auch in Südbaden ist die „Netto-Liga" – wie die Oberligen nicht erst seit Aufdeckung der Gütersloher Affäre genannt werden – sicherlich ein Thema, weiterhin allerdings ein unerforschtes. Doch als Hans-Peter Sandhausen zum VfB Stuttgart kam, mußten die Schwaben so tief in die Gehaltskasse greifen, daß den Gerüchten von damals 80 000 Mark Jahres-Nettoentlohnung für den Libero kaum die Grundlage entzogen werden konnte.

LE MANS

Unfall: Wieder ein Toter

UPI, Le Mans

Das traditionelle 24-Stunden-Rennen von Le Mans, das schon so viele Unfälle erlebt hat, wurde erneut von einem schweren Unfall überschattet und deshalb für über eine Stunde lang unterbrochen. Sieben Stunden nach dem Start kollidierten in der Nacht vom Samstag auf Sonntag die beiden Aston Martin des Engländers John Sheldon und des Amerikaners Drake Olson auf der fünf Kilometer langen Hunaudieres-Geraden: Der französische Streckenposten Jacky Loiseau wurde von einem der beiden Wagen buchstäblich erschlagen. Sein Kollege Guy Lefevre kam mit einem gebrochenen Bein davon. John Sheldon, ein 37jähriger Zahnarzt, wurde mit schweren Brandverletzungen an den Armen und an der Brust von einem Hubschrauber ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand wird als kritisch bezeichnet, wenngleich er nicht in Lebensgefahr schweben soll.

Drake Olson erlitt hingegen lediglich leichtere Verletzungen und einen Schock, er konnte seinem zerstörten Fahrzeug fast unverletzt entsteigen.

Der Unfall ereignete sich, als Olson am Ende der Hunaudieres-Geraden, die gewöhnlich mit 360 Kilometern in der Stunde, also mit Höchstgeschwindigkeit, durchfahren wird, beim Passieren eines kleinen Buckels die Kontrolle über seinen Aston Martin verlor. Der ihm folgende Sheldon konnte mit seinem Wagen nicht mehr ausweichen. Sheldons Fahrzeug stand sofort in Flammen, die schwarzen Rauchwolken waren kilometerweit zu sehen.

Den ersten Unfall beim diesjährigen Le-Mans-Rennen erlitt der Franzose Roger Dorchy auf Peugeot. Er kam beim Anbremsen vor der Mulsanne-Kurve am Ende der fünf Kilometer langen Hunaudieres-Geraden von der Strecke ab. Die Vorderpartie von Dorchys Wagen wurde zerstört, der Fahrer blieb unverletzt.

Für Aufregung unmittelbar vor dem Start hatte ein Mitglied einer achtköpfigen Fallschirmspringer-Gruppe gesorgt, die einige Meter vor dem wartenden Teilnehmerfeld auf der Strecke landen sollte. Der Springer trieb erst in Richtung der vollbesetzten Hauptpribüne, landete dann jedoch direkt zwischen der ersten und zweiten Startreihe.

Bei den 24 Stunden von Le Mans, dem dritten Lauf zur diesjährigen Langstrecken-Weltmeisterschaft, fehlten die in der WM-Wertung führenden Werks-Porsche von Ickx/Mass (Belgien/Deutschland) und Bell/ Bellof (England/Deutschland). Wegen einer kurzfristigen und umstrittenen Regeländerung hat das Zuffenhausener Werk das französische Traditionsrennen boykottiert. Das Ergebnis des Rennens lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

MOTORRAD

Zweiter Sieg von Herweh

MANFRED JOHN, Rijeka

Die Motorrad-Weltmeisterschaft der 250-ccm-Klasse entwickelt sich zu einem deutschen Championat: Sechs Tage nach dem 30. Grand-Prix-Sieg des viermaligen Weltmeisters Anton Mang (Yamaha) in Le Castellet gelang dem Lampertheimer Manfred Herweh auf Real beim Großen Preis von Jugoslawien in Rijeka der zweite deutsche Sieg in dieser Saison und gleichzeitig der dritte Grand-Prix-Erfolg in seiner Laufbahn überhaupt.

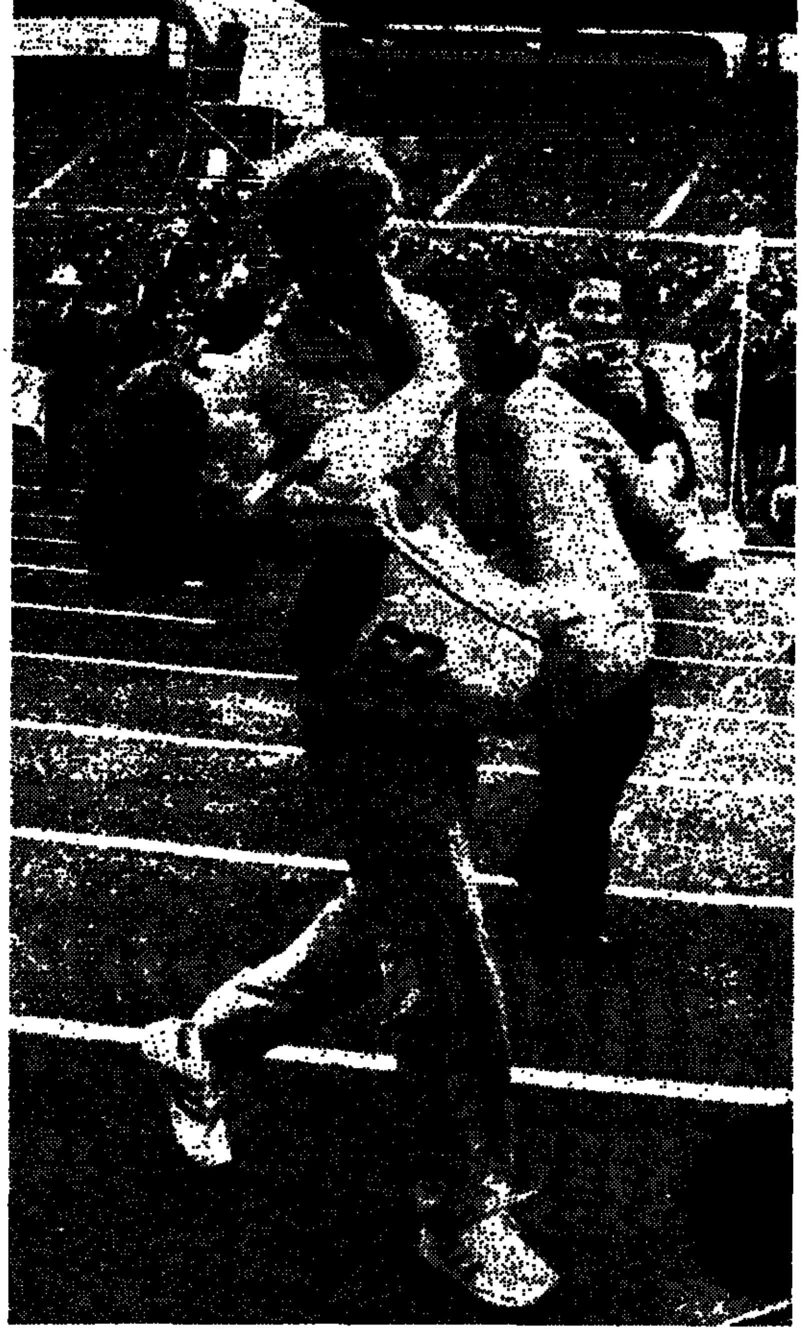
Vor 55 000 Zuschauern wurde der Franzose Christian Sarron Zweiter vor seinem Yamaha-Markengefährten Jacques Cornu (Schweiz). Der Münchner Martin Wimmer (Yamaha) placierte sich als Achter, Mang schied in der 28. von 30 Runden mit Motorschaden aus, nachdem er sich wie schon in Frankreich ein rundenlanges Duell mit Herweh geliefert hatte. Sarron baute seine WM-Führung auf 72 Zähler aus, während Mang als Zweitplacierter 46 Punkte aufweist. Herweh liegt mit 45 Zählern nun knapp dahinter.

Mangs Ausfall kam völlig überraschend. Der 34jährige Bayer aus Inning am Ammersee hat als einziger Fahrer bisher in jedem WM-Rennen Punkte gewonnen, der 1979 gebaute Kurs von Rijeka zählt außerdem zu seinen Lieblingsstrecken. Als in der achten Runde der führende Titelverteidiger Carlos Lavado (Yamaha) aus Venezuela stürzte, schien der Weg für Mang frei zu sein. Lavado hatte übrigens vor zwei Jahren in Rijeka einen Sturz Mangs verursacht. Der Inniger wurde damals am Fuß verletzt und büßte dadurch den WM-Titel ein. Diesmal also freie Fahrt für Anton Mang in Rijeka, doch da streikte urplötzlich der Motor.

Für den zweiten deutschen Erfolg hatte zuvor der zweimalige Schweizer Weltmeister Stefan Dörflinger, ein gebürtiger Deutscher aus dem Schwarzwald, gesorgt. Er gewann die 80er-Klasse auf der Münchner Werks-Zündapp sicher vor seinem Teamgefährten Hubert Abold aus Dillingen und Jorge Martinez (Spanien) auf Derbi. Der zweimalige deutsche Meister Gerhard Waibel (Seel-Real) aus Schrondorf hatte den Spanier lange Zeit in Schach halten können, mußte sich dann aber wegen einer angebrochenen Speiche im Hinterrad mit Platz vier zufrieden geben.

Dörflinger und Zündapp steuern mit jetzt 61 Zählern eindeutig auf WM-Kurs, Europameister Abold liegt mit 50 Zählern bereits auf dem zweiten Rang. Punktgleich allerdings mit dem dreimaligen italienischen Weltmeister Pierpaolo Bianchi auf Casal. Nach einem Trainingssturz schied der 32jährige Italiener nach acht von 18 Runden mit Motorschaden aus. Waibel ist mit 34 Punkten WM-Vierter.

LEICHTATHLETIK / Zu viele durchschnittliche Leistungen beim Länderkampf in Hannover



Die 400-m-Spezialisten im Dilemma: Erwin Skamrahl, außer Form, trägt die erkrankte Gaby Bussmann nach ihrem Zusammenbruch von der Bahn. Alarmierende Blutsenkungen haben Gaby Bussmann, die WM-Vierte von Helsinki, vorerst gestoppt. FOTO: SCHIRNER

Athleten sprechen von Winterspielen bei der Jagd nach Olympia-Normen

dpa/sid/K. Bl., Hannover

Das Wort von den Winterspielen in Hannover machte die Runde unter den frierenden Aktiven, Betreuern und Zuschauern beim Leichtathletik-Vierländerkampf, in dem die deutschen Mannschaften sowohl bei den Männern mit 227 Punkten gegen Polen (184,5), Frankreich (177) und die CSSR (152,5) als auch bei den Frauen mit 161 Punkten gegen die CSSR (123), Polen (115) und Frankreich (87) nach oft wenig erwärmenden Leistungen gewann.

Doch Otto Klappert, Sportwart des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), wollte die widrigen Witterungsverhältnisse mit Temperaturen zwischen zehn und 15 Grad als Entschuldigung für die ausgebliebenen Nachweise der Olympiareife nicht mehr gelten lassen. „Wir haben in einigen Disziplinen gesehen, daß auch unter diesen Bedingungen gute Leistungen möglich sind," zog Klappert das Fazit, neun Tage bevor der DLV seine Olympiamannschaft benennt. „Wir sind deshalb vor allem mit dem Leistungsstand der Männer auf den Mittelstrecken, im Weit- und Stabhochsprung sowie im Hürdensprint unzufrieden."

„Wenn nach den Deutschen Meisterschaften am nächsten Wochenende in Düsseldorf ein Olympiateam zur Nominierung vorgeschlagen wird, müssen die Qualifikations-Bedingungen berücksichtigt werden," fordert Mannschafts-Kapitän Harald Schmid. Und 800-m-Europameister Hans-Peter Ferner lamentiert: „Ich verstehe nicht, daß der DLV die Athleten unter Druck setzt, die in den vergangenen Jahren bewiesen haben, daß sie im richtigen Moment fit sind."

Also: Als wichtige Stationen auf dem Weg nach Los Angeles waren und sind für die deutschen Leichtathleten vorgesehen: Veranstaltungen über Pfingsten, der Länderkampf in Hannover und am nächsten Wochenende die Deutschen Meisterschaften in Düsseldorf. Weil sich aber in den letzten Jahren herumgesprochen haben sollte, daß auch im Juni in Mitteleuropa nur selten kalifornische Witterungsbedingungen herrschen, hätte man sich eben andernorts nach günstigen Startbedingungen umsehen müssen. Und das war möglich: Kugelstoßerin Claudia Losch (hervorragende 20,55 m in Hannover) und Diskuswerferin Ingra Manecke (fabelhafte 64,84 m beim Länderkampf) waren deshalb eine zeitlang in Amerika. Eigeninitiative nennt man so etwas! Und bevor Dietmar Mögenburg in der Hitze von Eberstadt mit 2,36 m den Hochsprung-Europarekord egalisierte, startete er in Madrid und überquerte der eigenen Sicherheit wegen 2,30 m.

Klapperts Forderung macht schon einen Sinn. Das Wetter als Alibi? Ausgerechnet im Sauwetter von Fürth rannte der Sprinter Christian Haas die 100 Meter in 10,20 Sekunden. Einer von denen, die für schnelle Zeiten eigentlich tropische Temperaturen brauchen. Ferner wurde damals über 800 Meter Achter, in Hannover ließ er sich von dem Polen Ostrowski ohne Gegenwehr überspurten. Uwe Bekkers hannoversches 1500-m-Rennen war von jener Zaghaftigkeit, die für ihn schon zum Markenzeichen geworden ist. Als ob es das Wetter gewesen wäre!

Margit Klinger, Brigitte Kraus und Roswitha Gerdes haben im 1500-m-Lauf der Frauen von Hannover bewiesen, wie so etwas geht: Da läuft eben jede mal eine schnelle Runde, dann kommt am Ende eine passable deutsche Jahresbestzeit von 4:05,0 Minuten (Klinger) heraus. Oder die 800 m: Europameister Ferner sollte bei Margrit Klinger mal ein paar Nachhilfestunden in Sachen Courage nehmen. Vielleicht hilfts noch bis Los Angeles.

Schlimmes bieten zur Zeit die 400-m-Spezialisten, allen voran Europarekordler Erwin Skamrahl und Hartmut Weber. Zugegeben, Skamrahl ist mit seiner Taktik, vom Start weg geradezu wie ein Besessener loszustürmen, schon einige Male kräftig auf den Bauch gefallen. Aber deshalb muß er doch nun nicht fortwährend ins andere Extrem verfallen, und die Stadionrunde allenfalls im erhöhten Einlauftempo angehen. Und was sich Hartmut Weber während des Rennes gedacht hat, wird wohl auf immer sein Privatvergnügen bleiben. Daß man auch unter solchen Bedingungen wie in Hannover die 400 m schneller als in knappen 46 Sekunden rennen kann, ist hinreichend bekannt. Da braucht es eigentlich gar nicht noch den Hinweis auf die „DDR"-Meisterschaften in Erfurt. Noch etwas: Daß die Hürdensprinter bei Sonnenschein wirklich schneller als die Zehnkämpfer wären, kann doch wohl nur ein Gerücht sein.

Es geht wirklich anders, wie die deutsche Frauen-Mannschaft in Hannover bewies. Mal abgesehen von Gaby Bussmanns Zusammenbruch über 400 m (da summiert sich nach dem mißlungenem Test von Fürth einiges) ist Weit und Breit viel Erfreuliches zu vermerken. Fangen wir bei der Sindelfingener Sprinterin Heidi-Ellen Gaugel an, die über 200 m ganz ausgezeichnete 23,02 Sekunden lief. Das eindrucksvolle Bild setzt sich fort bei den Werferinnen Claudia Losch (Kugel), Ingra Manecke (Diskus) und Ingrid Thyssen (Speer). Dabei handelt es sich schließlich um Schnellkraftübungen, bei denen empfindliche Kühle gefährlich sein kann. Prächtig in Form sind die Mittelstreckenläuferinnen und die Kölner Hürdensprinterin Ulrike Denk. Die Männer sollten bei ihnen in die Schule gehen.

STAND ● PUNKT / Wie ein Zehnkämpfer die Kontrolle verlor

Er müsse selber wissen, was er tue. Und vom Bundestrainer lasse er sich ohnehin nicht allzuviel sagen, meint Guido Kratschmer, der Ex-Weltrekordler im Zehnkampf. Die Rede ist von Siegfried Wentz, dem Weltmeisterschaftsdritten im Zehnkampf. Wentz, Flipper-Freak und Motorrad-Fan, versuchte sich beim VW-Polo-Cup auf dem Nürburgring als Autorennfahrer. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) meldete davon: „In der Schikane verlor er die Kontrolle über seinen Wagen, der von der Strecke abkam und sich dreimal überschlug. Wentz kletterte unverletzt aus den Trümmern des VW Polo." Das Fernsehen lieferte von dieser Leichtsinnstat eine Aufzeichnung, bei deren Betrachtung einem die Haare zu Berge standen. Der Streifen hat schon jetzt ebensolchen Dokumentarwert wie seinerzeit die Filmaufnahmen vom Dauer-Überschlag des unverletzt gebliebenen Profi-Rennfahrers Manfred Winkelhock.

Sicher, es ist jedem unbenommen, sich mittels eines schnellen Autos Leib, Hirn und Seele zu ramponieren. Auch Siggi Wentz sollte diese Freiheit zugestanden werden – oder nicht? Wentz ist Medaillenkandidat für Los Angeles. Dafür hat er gerackert, jahrelang. Dafür hat Bundestrainer Wolfgang Bergmann geschuftet, jahrelang. Dafür hat Neckermanns Sporthilfe gezahlt, jahrelang. Dafür hat sich der Deutsche Leichtathletik-Verband krummgelegt, jahrelang. Dafür hat sein Klub USC Mainz Kopfstände vollführt, jahrelang. Aber macht ja nichts, Siggi Wentz fährt Autorennen. Mitten in den Olympia-Vorbereitungen. Einfach so.

Wirklich nur einfach so? Hinter diesem Unsinn steckt nicht nur eitle Kraftprotzerei. Dahinter verbirgt sich auch die ganz kühle Überlegung, auf dem Weg nach Olympia die schnelle Mark zu machen. Wentz hat mit einem italienischen Jeans-Hersteller einen Werbevertrag abgeschlossen, und diese Hosen-Schneider sehen es zwecks Imagebildung gar nicht ungern, wenn ihr neues Zugpferd mit gehöriger PS-Zahl über eine Autorennstrecke donnert.

Übrigens: Was wäre denn gewesen, wenn? Wenn nach der Luftrolle mit Auto in seinem gar nicht so wohlgestähltem Körper das große Zipperlein aufgetreten wäre, von Gehirnquetschungen oder ähnlich scheußlichen Dingen mal abgesehen. Dann wäre der ganze Aufwand der letzten Zeit für die Katz gewesen. Dann wäre in Los Angeles ein Siggi Wentz angetreten, der irgendwann zwischen den zehn Übungen das Handtuch geworfen hätte.

Dann wäre es aus gewesen mit der Gemeinschaftsaktion der deutschen Zehnkämpfer Jürgen Hingsen, Guido Kratschmer und Siggi Wentz. Angesichts der Wentzschen Wollust an der schnellen Raserei erscheint die angestrebte Musketierweisheit „Einer für alle, alle für einen" ohnehin der reinste Hohn zu sein. Und für jene, die an der Olympia-Qualifikation scheiterten, wie Andreas Rizzi (verletzt) oder Jens Schulze (knapp verfehlt), war die Wentz-Aktion eine schallende Ohrfeige. KLAUS BLUME

OLYMPIA

Moses: Der 100. Sieg in Reihenfolge

sid, Los Angeles

Noch kein Favoritensterben zum Auftakt der US-Olympiaqualifikation im Coliseum von Los Angeles – aber schon einige Warnschüsse in den 100-m-Zwischenläufen: Der WM-Dritte, Emmit King, rettete sich gerade noch mit einer Hundertstelsekunde ins Halbfinale. Auch Weltrekordler Calvin Smith, der hochgehandelte Ron Brown und Mel Lattany als Jahres-Schnellster sahen nicht sehr überzeugend aus.

Nur einer scheint für das Finale (heute früh MEZ) unantastbar: Carl Lewis joggte geradezu zum Zwischenlaufsieg in 10,14 Sek. vor Smith (10,20) und meinte anschließend: „Ich bin so stark wie noch nie."

Über 400 m Hürden kam Edwin Moses (48,83) zum 100. Mal in Serie als Erster durchs Ziel, Vor- und Zwischenläufe eingerechnet. Für heute ist der 89. Finalsieg in Folge fällig. Spekulationen um einen Dreifach-Start von Mary Decker endeten als die Doppel-Weltmeisterin ihre Meldung für die 800 m zurückzog. Wie in Helsinki will sie sich auch bei den Sommerspielen mit Gold über 1500 m und 3000 m bescheiden.

Rund 10 000 Zuschauer waren immerhin am ersten Tag ins Olympiastadion gekommen, obwohl noch keine attraktiven Endkämpfe anstanden. Da der Zeitplan genau dem Olympia-Programm entspricht, werden die letzten der begehrten Plätze erst am 24. Juni vergeben. Temperaturen von knapp 30 Grad und kein Smog wurden zum Auftakt registriert. Wenn die Bedingungen so bleiben, sollte in dieser Woche auch endlich der erste Weltrekord der Saison durch Amerikas Leichtathleten fällig sein.

Im Vordergrund steht bei allen jedoch die Qualifikation selbst. Sie wird in mancher Disziplin schwerer als der Einzug ins Olympiafinale sein. So hießen die 100-m-Mitfavoriten neben Lewis nach den Zwischenläufen nicht mehr Smith, Brown oder Lattany, sondern überraschend Harvey Glance (10,11), Vierter von Montreal und schon 27 Jahre alt, Sam Graddy, der neue US-Meister, und Kirk Baptiste, der mit Lewis in Houston trainiert.

Über 400 m Hürden deutete sich in den Vorläufen an, wie schwer es Harald Schmid haben wird, eine Medaille zu holen. Auf Silber oder Bronze hinter Moses spekuliert nun auch ein 18jähriger mit dem Namen Dannie Harris, der Schmid als Junioren-Weltrekordler entthronte und seitdem ungeschlagen ist. Dies dürfte sich allerdings im Duell mit Moses ändern.

Übrigens: Zwei Titel wurden schon vergeben. An Lorna Griffin, die das Kugelstoßen mit 17,10 m gewann, und Marc Evoniuk, den Besten im 20-km-Gehen (1:26:17).

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

RUDERN

Rotsee-Regatta: Einer: 1. Karppinen (Finnland) 6:50,77, 2. Kolbe (Deutschland) 6:55,18, 3. Reiche („DDR") 6:56,88. – Zweier m. Stm.: 1. G. Abaggnale/C. Abbagnale/Capua (Italien) 6:54,32, 2. Greiner/Diessner/Gregor („DDR") 6:58,45, 3. Greß/Göpfert/Ziegler (Deutschland) 6:59,21. – Vierer o. Stm.: 1. USA 5:57,27 ... 6. RGM Dortmund/Witten (Keßler/V. Grabow/Puttlitz/G. Grabow) 6:05,72. – Zweier o. Stm.: 1. Greppernd/Loeken (Norwegen) 6:37,25 ... 4. Wöstmann/Möllenkamp 6:43,82 ... 6. Metzger/Weicheler (alle Deutschland) 6:53,13. – Doppelzweier: 1. Lange/Heppner („DDR") 6:21,09 ... 3. Schmelz/Agrikola (Deutschland) 6:23,04. – Vierer m. Stm.: 1. England 6:07,98, 2. „DDR" 6:10,43 ... 5. RGM Bonn/Mainz/Hannover/Berlin (Konermann/Karches/Thienel/Menniger/Klein) 6:17,38. – Damen: Zweier o. Stf.: 1. Arba/Horvath (Rumänien) 3:26,78 ... 6. Völkmer/Becker (Deutschland) 3:39,10. – Doppelvierer: 1. „DDR" 3:06,19 ... 4. RGM Karlsruhe/Dortmund/Köln/Berlin 3:11,42. – Achter: 1. USA 2:54,05 ... 6. DRV-Verbandsauswahl 3:06,02.

FUSSBALL

Deutsche Amateurmeisterschaft: Offenburg – Hamm 4:1 (1:0). – **Gruppe Süd:** Freiburger FC – Bürstadt 1:2, 1860 München – Homburg 0:2

1. Homburg	5	4	1	0	11:5	9:1
2. Bürstadt	5	2	1	2	7:8	5:5
3. Freiburg	5	1	1	3	[illegible]	3:7
4. 1860 München	5	1	1	3	10:11	3:7

Aufstiegsrunde zur 2. Liga, Gruppe Nord: FC Bocholt – Lurup Hamburg 1:1, FC Gütersloh – Blau-Weiß 90 Berlin 0:1

1. Blau-Weiß 90	6	3	3	0	10:5	9:3
2. FC St. Pauli	5	2	2	1	7:3	6:4
3. FC Bocholt	6	1	4	1	8:8	6:6
4. Gütersloh	7	2	2	3	11:13	6:8
5. SV Lurup	7	1	1	5	10:17	3:11

SCHACH

Deutsche Meisterschaft in Bad Neuenahr, Herren, dritte Runde: Raupp (Zähringen) – Wiemer (Münster) Remis, Bischoff (München) – Klienke (Frankfurt) 1:0, Hartmann (Bamberg) – Rostalski (Hamburg) Remis, Schulz (Koblenz) – Groß (Saarbrücken) 1:0, Schönthier (Monheim) – Hermann (Delmenhorst) Remis, Kirke (Lübeck) – Degenhardt (Bensheim) Remis, Bastian (München) – Doncevic (Koblenz) 1:0, Grzesik (Berlin) – Zier (Passau) Remis. – Stand: Lobron und Bücker je 3,0, Bischof, Kunsztowicz, Eng, Sieglen und Schulz alle 2,0. – **Deutsche Meisterschaft** in Bad Aibling, Damen: Hund (Leverkusen) – Hedke (Bremen) 1:0, Kleeker (Wittlich) – Grünberg (Hamburg) Remis, Roth (Endorf) – Wohlers (Bremen) Remis, Buler (Hainstadt) – von Herman (Berlin) 1:0, Böttcher (Lübeck) – Wasnetzki (Mannheim) Remis, Ottjes (Braunschweig) – Häcker-Daub (Stuttgart) Remis, Fritzscher (München) – Oweger (München) 1:0. – Stand: Gadau 6,5 Punkte, B. Hund 6,0, I. Hund 5,5.

WASSERBALL

Acht-Nationen-Turnier in Budapest, dritter Tag: Deutschland – Holland 8:3, USA – Kuba 8:5, UdSSR – Jugoslawien 8:7, Italien – Ungarn 7:6. – Tabellenspitze: 1. UdSSR 25:18/6:0, 2. USA 22:17/6:0, 3. Italien 27:24/5:1, 4. Deutschland 27:23/4:2.

VOLLEYBALL

Länderspiel in Burgkunstadt, Damen: Deutschland – Südkorea 2:3.

TURNEN

Deutsche Meisterschaften im Vierkampf/Einzel: 1. Weber Reifen 9,65/Ball 9,55/Keulen 9,80/Band 9,65 = 38,65 Punkte, 2. Schaarmann 9,45/9,50/9,60/9,65 = 38,20, 3. Ziborski (alle Wattenscheid) 9,30/9,40/9,35/9,40 = 37,45.

RHYTHMISCHE GYMNASTIK

Deutsche Meisterschaften in Kriftel, Finale: 1. Paloma 35,225, 2. Kiel 35,175, 3. Braunschweig 33,45, 4. Ricklingen 31,725, 5. Bremen 30,475, 6. Bochum-Brenschede 30,375. – Einzelwettbewerbe: Reifen: 1. Weber 19,30 Punkte, 2. Schaarmann 18,95, 3. Ziborski (alle Wattenscheid) 18,55. – Ball: 1. Weber 19,25, 2. Schaarmann 19,10, 3. Ziborski 18,90. – Keulen: 1. Weber 19,60, 2. Schaarmann 19,00, 3. Ziborski 18,60. – Band: 1. Weber 19,30, 2. Schaarmann 19,25, 3. Ziborski 18,65.

BOXEN

Länderkampf in Decin/CSSR – Deutschland 10:14: Fliegen: Torak 2:1 PS – Diederich (Wilhelmshaven), Bantam: Ferenci 3:0 PS – Schwing (Hockenheim), Feder: Meduna 2:1 PS – Siliwinski (Flensburg), Leicht: Gies (Kaiserslautern) 3:0 PS – Puha, Halbwelter: Gertel (Worms) Aufgabe 3. Rd. – Polak, Borczuch (Leverkusen) 2:1 PS – Cirok, Welter: Künzler (Karlsruhe) 3:0 PS Verletzung 3. Rd. – Strbak, Halbmittel: Zielonka (Düren) 2:1 PS – M. Franek, Mittel: P. Franek K.-o.-Sieger 1. Rd. – Schoberth (Bayreuth), Halbschwer: Bott (Karlsruhe) 2:1 PS – Picka, Schwer: Ligos RSC 2. Rd. – Moog (Ahlen), Super-Schwer: Hussing (Leverkusen) RSC 2. Rd. – Laburda.

KANU

Europacup in Augsburg, Einer-Kajak, Herren: 1. Fox (England) 211,59 Sek., 2. Micheler (Deutschland) 221,43, 3. Prijent (Frankreich) 222,17. – Zweier-Canadier: 1. Mohout/Benes (CSSR) 277,56, 2. Hajducik/Kucera (CSSR) 282,78, 3. Saidi/Deval (Frankreich) 288,66 ... 5. Hemmer/Loose (Deutschland) 298,78.

LEICHTATHLETIK

Vier-Länderkampf Deutschland – CSSR – Polen – Frankreich in Hannover, Endstand: Männer: 1. Deutschland 227 Punkte, 2. Polen 184,5, 3. Frankreich 177, 4. CSSR 152,5. – Frauen: 1. Deutschland 161 Punkte, 2. CSSR 123, 3. Polen 115, 4. Frankreich 87. – Männer: 100 m (1,57 m/Sek. Gegenwind): 1. Woronin (Polen) 10,27. – 400 m: 1. Skamrahl 45,91 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Weber ((beide Deutschland) 46,08. – 400 m Hürden: 1. Schmidt (Deutschland) 49,18. – 200 m: 1. Lübke (Deutschland) 20,98, 2. Brecka (CSSR) 21,18, 3. Kistner (Deutschland) 21,26. – 800 m: 1. Ostrwoski (Polen) 1:46,95, 2. Ferner (Deutschland) 1:47,18. – 3000 m: 1. Wessinghage 7:49,49 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Mänckemeyer (beide Deutschland) 7:49,86. – 3000 m Hindernis: 1. Mahmoud (Frankreich) 8:16,33 (Jahres-Weltbestzeit). – Diskus: 1. Valent 67,08, 2. Bugar (beide CSSR) 66,88, 3. Danneberg 65,90, 4. Wagner (beide Deutschland) 64,08. – Hammer: 1. Riehm 78,26, 2. Sahner (beide Deutschland) 75,66. – Dreisprung: 1. Hoffman (Polen) 16,76 ... 3. Bouschen (Deutschland) 16,54. – Frauen: 200 m: 1. Kratochvilova (CSSR) 22,57, 2. Gaugel (Deutschland) 23,02 (DLV-Jahresbestzeit). – 400 m: 1. Kratochvilova 49,33, 2. Thimm (Deutschland) 51,85 (DLV-Jahresbestleistung). – 800 m: 1. Klinger (Deutschland) 2:01,20. – 1500 m: 1. Klinger 4:05,50, 2. Kraus 4:06,00, 3. Gerdes (alle Deutschland), außer Konkurrenz 4:06,60. – Kugel: 1. Losch (Deutschland) 20,55 m (DLV-Jahresbestleistung). – Speer: 1. Thyssen (Deutschland) 65,54 (DLV-Jahresbestleistung). – Diskus: 1. Manecke (Deutschland) 64,84. – Hochsprung: 1. Meyfarth (Deutschland) 1,94 (DLV-Jahresbestleistung eingestellt).

GEWICHTHEBEN

Mannschafts-DM, zweiter Endkampf: Wolfsburg – Mutterstadt 868,7:887,2, damit Mutterstadt deutscher Mannschaftsmeister.

GALOPP

Rennen in Mülheim/Ruhr: 1. R.: 1. Lontano (A. Tylicki), 2. Axios, 3. Aquarico, Toto: 92/30, 15, –, ZW: 208, DW: 700, 2. R.: 1. Port Raschid (E. Schindler) 2. Tramara, 3. Schakutinga, Toto: 28/17, 38, 26, ZW: 536, DW: 3420, 3. R.: 1. Aliseda (A. Tylicki), 2. Flug, 3. Silvan, Toto: 36/21, 20, 22, ZW: 280, DW: 1492, 4. R.: 1. Morganit (R. Kahnfeld), 2. Artic Sparkler, 3. Fionna, Toto: 36/19, 16, 17, ZW: 184, DW: 1012, 5. R.: 1. Aranjou (K. Woodburn), 2. Tarantula, 3. Dornmaid, Toto: 17/11, 14, 12, ZW: 100, DW: 284, 6. R.: 1. Säbel (A. Tylicki), 2. Cavallo, 3. Sainte Claudine, Toto: 40, 15, 15, 15, ZW: 464, DW: 1800, 7. R.: 1. Al Corazon (A. Tylicki), 2. Winnetou, 3. Speldorferin, Toto: 15/11, 11, 13, ZW: 80, DW: 240, 8. R.: 1. Chorsänger (H. Horwart), 2. Don Carlos, 3. Thursday, Toto: 44/16, 12, 20, ZW: 136, DW: 1228, 9. R.: 1. Bacchant (P. Volk), 2. Ucayali, 3. Prachtwind, Toto: 200/30, 17, 42, ZW: 672, DW: 8188, 10. R.: 1. Pelopia (O. Schick), 2. Jodelboy, 3. Old Surehand, Toto: 80/22, 18, 38, ZW: 344, DW: 5072.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 22, 27, 36, 37, 39, 47, Zusatzzahl: 31. – **Spiel 77:** 1 9 7 8 7 7 4 (o. Gewähr).

GYMNASTIK / Zum dritten Mal gewann Regina Weber alle Titel

Aussicht auf Olympia: „Sie braucht nichts zu fürchten, es ist alles drin"

dpa, Kriftel

Die Königin der rhythmischen Sportgymnastik hat ihre Kronprinzessin gefunden. Die 21 Jahre alte Wattenscheiderin Regina Weber kostete bei den deutschen Meisterschaften in Kriftel ihren Triumph aus, nach 1982 und 1983 zum dritten Mal in allen Disziplinen den Titel im Vierkampf und an den Geräten Reifen, Ball, Keulen und Band gewonnen zu haben. Die 18jährige Aufsteigerin Claudia Schaarmann eroberte hinter ihrer Vereinskameradin souverän jeweils den zweiten Rang.

Regina Weber, die Weltmeisterschaftsachte von Straßburg, trägt in Los Angeles nach dem Boykott der in dieser Disziplin führenden Ostblockländer die Hoffnungen auf eine Medaille. Claudia Schaarmann, die als Zweite für Los Angeles nominiert worden ist, hat das Können und das Überraschungsmoment auf eine Leistungsexplosion wie nach ihrem Wechsel 1981 aus dem Lager der Kunstturnerinnen zu den Wettkampfgymnastinnen in sich.

Die glänzend vorgetragenen Übungen der beiden überragenden Turnerinnen stellten die Leistungen bei den Mannschaftswettbewerben in den Hintergrund. Nach dem zwangsweisen Verzicht des Titelverteidigers TV Rehlingen, der nach altersbedingtem Umbruch keine Leistungs-Mannschaft stellen konnte, nutze USC Paloma Hamburg einige Schwachpunkte des favorisierten Vizemeisters KTB Kiel und holte sich die Mannschafts-Meisterschaft.

„Jetzt möchte ich von Olympia bis zum Abflug nichts mehr hören." Regina Weber, die mit 23 Titeln Rekordmeisterin Carmen Rischer (30 Titel) immer näher kommt, hat nach ihrem gelungenen Abitur nicht nur an Reife, sondern auch an innerer Ruhe und Leistungsstabilität gewonnen. Mit ihrer künstlerischen Reifenübung, ihrer weiblichen Ballartistik, der verspielten Übung am Band und mit der in der Welt wohl schwierigsten Keulenübung ist sie eine erste Anwärterin auf eine Medaille geworden. „Ich habe mehr Willen und Kraft, die Belastungen der Schule sind vorbei."

So einfach, wie die Erklärungen klingen, so sicher setzt die angehende Designerin sie auf dem zwölf mal zwölf Meter großen Quadrat in der Halle um. „Ich bin froh über die mit vollem Risiko geturnte Keulenübung. Auch mit dem Reifen hat sie alle Schwierigkeiten gebracht, aber mit dem Ball und dem Band hat sie noch mehr drin", zeigte sich Bundestrainerin Livia Medilanski nicht voll zufrieden, deutete aber wohl eher Zweckpessimismus mit ihrer leichten Kritik an.

In der boykottbereinigten Weltmeister-Liste von Straßburg liegt Regina Weber hinter der Rumänin Staiculescu auf Rang zwei. „Es ist alles drin, Regina braucht sich nicht zu fürchten". Vor allem den psychischen Vorteil nennt Livia Medilanski im Kampf um die Medaillen gegenüber den Rumäninnen, die als einziges Land aus dem Ostblock den Bumerang des Boykotts zu spüren bekommen könnten.

So einig sich die beiden Olympiakandidatinnen im Willen zur Leistung sind, so verschieden sind die Charaktere, körperliche Voraussetzungen und ihre Interpretationen mit den Geräten. „Regina ist schlank, elegant, ich bin klein und explosiv." Claudia Schaarmann, an der Livia Medilanski die kämpferische Natur neben ihrem Talent lobt, scheut sich nicht, ihre Gewichtsprobleme zu erwähnen. Bis Olympia will sie noch zehn Pfund abnehmen. „Aber jeder Typ hat seine Qualitäten, schmunzelt die Bürokauffrau, die bis vor zwei Wochen noch jeweils bis 13.00 Uhr arbeiten mußte, nun aber wie Regina jeden Tag bis zu acht Stunden trainiert.



Überlegen war Regina Weber bei den deutschen Gymnastik-Meisterschaften in Kriftel im Taunus: Vor allem ihre Bandkür begeisterte. Bei den Olympischen Spielen in Los Angeles kann sie vier oder gar fünf Goldmedaillen gewinnen. FOTO: SVEN SIMON

Schmerzen unter Beschuß

Infrarot-Laserdioden beschleunigen den Eigenheilungsprozeß des Körpers

Die Laser sind im Vormarsch. Nicht nur auf dem professionellen Sektor, sondern auch ganz eindeutig im Verbraucherbereich. Von militärischen Einsatzbereichen, über den gesamten medizinischen Sektor bis hin zur Unterhaltungselektronik erstreckt sich ihr *Einsatzgebiet. Doch jede Anwendung* erfordert ihren eigenen Lasertyp. Ziel der Forschung ist es, einen Laser „nach Maß" zu schaffen.

Einen neuen Meilenstein in der Therapie vieler akuter und chronischer Erkrankungen des Bewegungsapparates stellt der sogenannte MID-Laser dar. Daß Laser mehr und mehr in der Medizin eingesetzt werden, ist auch für den Laien hinreichend bekannt geworden, seitdem man die Netzhaut mit Power-Lasern, die man *auch für operative Zwecke einsetzt,* im Auge wieder anschweißen kann.

Aus der Hautheilkunde kannte man bereits Soft-Laser, die im Gegensatz zu den Power-Lasern mit einer geringen Strahlungsintensität arbeiten und keine Hitzeffekte an der menschlichen Haut hervorrufen. Im Gegenteil, bei einer Eindringtiefe bis ca. vier Millimeter konnten sie bereits beachtliche Erfolge erzielen. Auch in der Akupunktur wurden Soft-Laser bereits eingesetzt. Der völlig neuartige MID-Laser, der bereits im europäischen Ausland gute Resultate erzielen konnte, läßt sich weder den *Power-Lasern, noch den Soft-Lasern* zuordnen.

Es handelt sich hier um einen sogenannten Middle-Power-Laser, kurz MID genannt, der erstmalig bis zu fünf Zentimeter durch das Gewebe in den Körper eindringt. So kann der MID-Laser durch Direktbestrahlungen ohne Hitzeffekte bei einer Vielzahl von Anwendungsgebieten den Eigenheilungsprozeß des Körpers um ein Vielfaches beschleunigen und bereits nach wenigen Bestrahlungen die oft chronischen Schmerzen lindern.

Das Schmerzzentrum Stuttgart arbeitet seit geraumer Zeit mit MID-Lasern in der Schmerztherapie. Der leitende Chefarzt, Prof. Dr. F. M. Meissner, kann in einer Vielzahl von Fällen Beispiele nennen, wo sich Patienten bereits seit Jahren damit abgefunden hatten, mit Schmerzen zu leben. Mit Hilfe der Bestrahlungstherapie wurden sie nicht nur schmerzfrei, auch der Gesamtzustand verbesserte sich nach der MID-Laser-Therapie wesentlich. Diese magisch anmutenden Laser-Strahlen sind vom technischen Prinzip her Infrarot-Laserdioden, die mit Pulsleistungen von mehr als fünf Watt direkt auf die erkrankten Körperteile strahlen und auch bei Rheumakranken einen hellen Silberstreif am Horizont erkennen lassen.

Bei der Eröffnung der neuen Rheumaklinik in Bad Waldliesborn mit knapp 200 Rheumabetten wollte *Chefarzt Dr. Lonauer auf den MID-*Laser nicht verzichten. Nachdem sich der Rheumatologe auf Kongressen im Ausland, insbesondere in der UdSSR, Italien, der Schweiz und Frankreich von der Wirksamkeit der Laser überzeugen konnte, stellen sie nun eine seiner „Asse aus den Therapietrümpfen" in Bad Waldliesborn dar. Die Middle-Power-Laser gibt es seit November 1983 in der Bundesrepublik.

Niedergelassene Ärzte, die in der Anwendung eine zukunftsweisende Therapieart sehen, haben mittlerweile die „deutsche Gesellschaft für konservative Laser-Therapie" mit Sitz in Lippstadt gegründet. Die Gesellschaft mit ihrem Präsidenten Dr. Peter aus Geseke ist auf dem besten Weg, Ostwestfalen zum Mekka der Laser-Therapie in der Bundesrepublik machen. Die dazu notwendigen Schritte sind bereits eingeleitet: Für den Oktober dieses Jahres ist ein erstes Fachsymposium in Bad Waldlies*born geplant.*

Auch die Universitäten in der Bundesrepublik haben ihr Interesse bekundet. Am Institut für Biomedizin der Universität Gießen läuft unter der Leitung von Prof. Dr. H. Prehn im Moment eine Forschungsstudie an. Bis zum September wird Prof. Prehn daran arbeiten, den Wirkungsnachweis des MID-Lasers auf wissenschaftlicher Basis zu objektivieren. Es ist beabsichtigt, Teilauszüge aus der Studie bereits vorzeitig zum 2. *internationalen MID-Laser-*Therapiekongreß, der in Italien stattfinden soll, auszugsweise vorzutragen.

Aber nicht nur aus der Rheumatologie wird der Laser in Zukunft nicht mehr wegzudenken sein, auch in der Sportmedizin hat er bereits mit Erfolg Einzug gehalten. Es wurde nicht nur in Spanien der Profi-Star Diego Maradona mit dem MID-Laser erfolgreich behandelt, sondern auch in Deutschland therapieren einige Fußball-Bundesligisten bereits mit einem tragbaren Gerät. So wurde z. B. Nationalspieler Hans Peter Brie*gel vom 1. FC Kaiserslautern* bestrahlt, der eigentlich seinen Einsatz für ein auf dem Plan stehendes Mei*sterspiel bereits in den Wind* geschrieben hatte. Dies geschah gerade vor dem Spiel gegen den Bundesligisten Arminia Bielefeld, der in der Fußballbundesliga die meiste Erfahrung in der MID-Laser-Therapie vorweisen kann.

Welche Erfolge mit dem Laser in der Dermatologie zu erzielen sind, belegen außereuropäische wissenschaftliche Studien genauso wie Erfahrungen prominenter Dermatologen, die bei Schuppenflechten, Akne und anderen hartnäckigen *Hauter*krankungen Erfolge belegen können.



MID-Laser finden ihren Einsatz auch bei der Therapie schmerzhafter Wirbelsäulenerkrankungen FOTO: DIE WELT

Als Mitte April in Bad Waldliesborn das neue Rheumazentrum seine Schranken öffnete, konnte sich Chefarzt Dr. Lonauer über Zulauf nicht beklagen. Noch immer wartet eine große Anzahl von Patienten, die sich mit einer Kombination von Laser- und konventioneller Therapie behandeln lassen wollen, auf einen Behandlungstermin.

Zwischen DM 7500 und DM 36 000 – je nach Intensität, Größe und Anwendungsgebiet – kostet eine MID-Laser-Apparatur, die bei den bislang dokumentierten Ergebnissen noch keinerlei Nebenwirkungen auftreten ließ. Eine Haken hat die Sache allerdings: Die Krankenkassen kommen nicht für die Behandlung auf.

KARL KLAMANN

Was Großstadtjogger und Raucher verbindet

Der Jogging-Fieber dauert nicht nur in den Vereinigten Staaten weiter an. Die Mediziner J. P. Nicholson und D. B. Case vom Herzzentrum der University of New York hatten sich die gar nicht so unberechtigte Frage gestellt, in welchem *Ausmaß Groß*stadtjogger in Midtown-Manhattan möglichen Kohlenmonoxid-Be*lastungen durch die* vom Autoverkehr verursachte Luftverpestung ausgesetzt sind. Was lag näher, als zu diesem Zweck Tests durchzuführen und Blutproben von Joggern, die im Stadtgebiet des „big apple" ihre einsamen Runden drehen, auf ihren Kohlenmonoxidgehalt (CO) zu untersuchen?

In die laufende Studie waren neun Männer und sieben Frauen einbezogen, die sich als Versuchskaninchen zur Verfügung stellten. *Als Kontrollgruppe* fungierten zehn Probanden – fünf Männer und fünf Frauen – die in Alter *und Geschlecht mit den Joggern* übereinstimmten. Alle 26 Kandidaten im Alter zwischen 19 und 48 Jahren waren passionierte Nichtraucher, litten weder an Herzkreislauf- noch an Atemwegserkrankungen, verfügten über ein normales Körpergewicht und hatten für Medikamente nicht viel übrig.

Im ersten Test trabten die Jogger vom Herzzentrum aus eine halbe Stunde über eine vielbefahrene Avenue; zuvor hatte man ihnen Blut zur CO-Bestimmung abgezapft. Nach Beendigung des Rundkurses erfolgte eine zweite Blutentnahme. Die gleiche Prozedur wiederholte sich nach einer Woche, wobei die Probanden diesmal das Übungsprogramm auf eingelaufenen Pfaden durch ihr Mekka, den Centralpark absolvierten. Die Versuchspersonen der Kontrollgruppe vertraten sich ihre Füße beim ersten Test auf der von den Joggern belaufenen Avenue; bei der zweiten *Jogger-Tour durch die grüne Lunge* Manhattans blieben sie im Herzzentrum zurück. In beiden Fällen wurden auch ihnen vor und nach dem Einsatz Blutproben entnommen.

Das Ergebnis der Untersuchung: Während des *Avenue-Trimm-Trabes* stiegen bei den Joggern die CO-Werte um das Dreifache von 1,7 Prozent auf 5,1 Prozent an. Auf der Centralpark-Strecke zeigte sich die gleiche Steigerungsrate (von 1,3 Prozent auf 4,2 Prozent). Bei der Kontrollgruppe erhöhte sich während ihres Straßenaufenthaltes der CO-Wert ebenfalls um das Dreifache von 0,8 Prozent auf 2,4 Prozent. Während des Aufenthaltes im Herzzentrum beim zweiten Test blieb der Wert mit 1,0 Prozent konstant.

Fazit der Wissenschaftler: „Daraus ist zu folgern, daß die Exposition von Großstadtjoggern über eine halbe Stunde CO-Werte produziert, wie sie bei Rauchern von einer halben bis einer ganzen Packung Zigaretten angetroffen werden."

Die Autoren weisen zum guten Schluß diplomatisch darauf hin, daß die in ihrer Studie ermittelte CO-Belastung von ihrer Größenordnung her noch keineswegs die Schlußfolgerung rechtfertige, daß das mit dem Joggen angestrebte körperliche Fitneßprogramm in seiner Wirkung ernsthaft geschmälert werde.

DIETER THIERBACH



So wie bereits in der A 310 (Foto) die Triebwerke während des Fluges diagnostisch überwacht werden, sollen auch in der A 320 alle wichtigen Systeme für die Früherkennung von Fehlern unter Kontrolle stehen. Die von Mikroprozessoren ermittelten Daten zur Fehlerfrüherkennung werden im Airbus-Cockpit entweder ausgedruckt oder auf einem Bildschirm sichtbar gemacht FOTO: MBB

Im Nonstop-Flug bis hoch nach Schottland

Wissenschaftler rätseln, warum Motten und Schmetterlinge Tausende von Kilometern zurücklegen

Sie sehen sehr zart und empfindlich aus, und in rauhen Händen sind sie es auch. Man traut ihnen kaum zu, daß sie robuste, zähe Langstreckenflieger sind und ihre so verletzbar wirkenden Flügel an Widerstandskraft selbst mit denen mancher Vögel konkurrieren können.

Zu den Marathonfliegern gehört der australische „Caper White"-Schmetterling, der jedes Jahr im Frühjahr und Anfang Sommer 1800 Kilometer zurücklegt, um nach Neuseeland zu gelangen. Mit Nahrungssuche oder klimatischen Bedingungen hat diese Reise nichts zu tun, denn die Schmetterlinge suchen sich ihre Nahrung an den wilden Kaperbüschen im australischen Innenland, die es an der Ostküste gar nicht gibt. Was sie auch dazu bewegen mag: Im Frühjahr sammeln sich die Schmetterlinge zu riesigen weißen Wolken und starten wie auf geheimes Kommando zur sechs- bis siebenhundert *Kilometer entfernten* Ostküste, wobei sie eine Flughöhe von bis zu 1500 Meter erreichen. Von der Küste aus geht es weiter über den Pazifik. Vielen wird dieser Flug zum Verhängnis, doch mit Hilfe des vorwiegend aus westlicher Richtung kommenden Windes erreichen auch viele das Ziel.

Naturwissenschaftler stehen noch immer vor einem Rätsel. Der weite Flug dieser Schmetterlinge scheint ebenso sinnlos wie die selbstmörderische Wanderung der Lemmige in Skandinavien. Ein Entomologe berichtet, er habe einmal eine Schmetterlingswolke von siebzig Kilometer Breite gesehen, die fast eine Woche lang ohne Pause im Dreißig-Kilometer-Tempo vorüberflog.

Auch die kleine australische Bogong-Motte, deren dunkelbraune Flügel eine Spannweite von nicht *mehr als fünf Zentimeter haben,* sind ausdauernde Flieger. Sie vermehren sich im Sommer im Südwesten von Neusüdwales, ehe sie gemeinsam zur australischen Küste aufbrechen. Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg gingen unzählige dieser Motten in Sydney nieder und legten Straßen- und Eisenbahnverkehr lahm.

Tausende von zermalmten Tieren, die als glitschige Masse die Straßen bedeckten, brachten Fahrzeuge ins Schleudern. Diejenigen, die überlebt hatten, setzten einer Gartenparty der Regierung ein jähes Ende, indem sie sich auf alles stürzten, was Zucker enthielt. Auch aus früheren Zeiten sind ähnliche Vorfälle bekannt. So konnte im Jahr 1867 in der Kirche St. Thomas im Norden Sydneys kein Gottesdienst abgehalten werden, weil über 80 000 Motten sich das Gotteshaus als Rastplatz ausgesucht hatten. Ebenso wie die Caper-White-Schmetterlinge müssen auch die Bogong-Motten bei ihrem scheinbar sinnlosen Flug über das Meer enorme Verluste hinnehmen. Mitunter treibt die Flut einen breiten Gürtel ertrunkener Motten an, der sich kilometerlang über den Strand *hinzieht.*

In den vergangenen hundert Jahren sind durch Besiedlung viele der Nahrungsquellen dieser Motten vernichtet worden. Das wirkt sich auf die Größe der Schwärme aus, doch Schaden richten sie noch immer an. Sie leben vom Nektar bestimmter Pflanzen und gelten wegen ihres Nußgeschmacks bei den Eingeborenen, die sie nachts durch Feuer anlocken und *in die heiße Asche werfen, um ihnen* die Flügel abzusengen – als Delikatesse.

Die wohl größte Entfernung legt der Chrysippusfalter Nordamerikas zurück. Einzeln oder paarweise starten sie am Golf von Mexiko in Richtung Norden, nachdem sie ihre Eier an Wolfsmilchgewächsen abgelegt haben. Einige fliegen weit nach Kanada hinein. Ihre Flugroute ist fast die gleiche wie die des Goldregenpfeifers. Manche gelangen bis nach England – entweder auf dem direkten Wege oder aber über Grönland und Island.

Im Norden sammeln sich Chrysippusfalter während des Herbstes ähnlich wie die Schwalben. In riesigen Schwärmen treten sie die Reise nach Süden an. Wie die meisten Schmetterlinge, fliegen sie nur bei Tage. Bei *Einbruch der Dämmerung lassen sie* sich auf Bäumen und Sträuchern nieder und bedecken diese wie mit einem dicken rotbraunen Mantel. Bei Tagesanbruch flattern sie weiter. Ihre Geschwindigkeit beträgt etwa dreißig Kilometer *pro* Stunde, die Flughöhe liegt bei sechzig Meter.

Wenn im Norden Eis und Schnee Einzug halten, erreichen sie den Golf von Mexiko. Dort verbringen sie den Winter auf Bäumen in einer Art Winterschlaf. Nur an warmen Tagen unternehmen sie kurze Flüge. Im Frühling lösen sich die rotbraunen, traubenförmigen Gebilde; einzeln oder paarweise ziehen die Falter wieder nach Norden. Doch es sind nicht mehr die gleichen wie im vergangenen Jahr, kein einzelnes Tier legt den Weg zweimal zurück. Wie die meisten Schmetterlinge, sind auch sie kurzlebig. Diejenigen, die im *Frühjahr* nach Norden aufbrechen, sind im Herbst am Golf, die anderen, die aus Norden kommen, im frühen Sommer dort geschlüpft. Eine Erklärung für diese weiten Flüge hat bisher niemand ge*funden, zumal sie wesentlich unregel*mäßiger sind als die in erster Linie klimatisch bedingten Vogelzüge.

Weite Strecken legen auch die Distelfalter zurück. Diese großen rosabraunen Schmetterlinge schlüpfen im Frühjahr in Sudan und dem Atlasgebirge und schweben wie Wolken nach Norden. Im April sieht man sie an der Mittelmeerküste, im Mai oder Anfang Juni in Frankreich und England. Einige fliegen bis nach Schottland. Sie haben dann rund 1500 Kilometer zurückgelegt. Die erste Überlieferung ihres Einfalls in England stammt aus dem Jahr 1104. „Ein ganzes Heer von Schmetterlingen flog durch die Luft und verdunkelte die Sonne. Es war, als triebe eine riesenhafte Wolke am Himmel entlang."

Welcher Instinkt es den Schmetter*lingen ermöglicht, ihren Kurs einzu*halten, als seien sie radargesteuert, ist unerklärlich. In England benutzte ein Schwarm sogar einen Eisenbahntunnel, der auf ihrem Flugweg lag. Abgesehen davon, daß sie gewaltige Strek*ken zurücklegen, sind sie auch wahre* Meister im Fliegen. Zwar haben sie bei weitem nicht die Kraft von Vögeln und erreichen nicht deren Geschwindigkeit, aber sie sind wendiger.

DAVID CHILSTON

Der Spion auf gleicher Wellenlänge

Neuartiges Diagnose-System im Airbus A 320 spürt Fehler selbsttätig auf

Fehler frühzeitig erkennen zu können, noch lange bevor durch sie Systeme in Flugzeugen beeinflußt oder gar Schäden verursacht werden, gehört mit zu den Zielen der Seit heutigen Flugzeugbauer. Seit der Verwendung von Mikroprozessoren in Elektroniksystemen, ist es möglich *geworden, Digitalsignale von einem* System zum anderen zu leiten, miteinander zu verbinden, in einem Computer zu speichern und wieder abzurufen.

Auf dem Gebiet der Fehlererkennung in Flugzeugen hat sich für die Entwicklungsingenieure eine sichere Lösung ergeben: Das in einem Flugzeug wie der A 310 oder der künftigen A 320 installierte „Netzwerk" von Digitalelektronik kann für das Aufspüren von Fehlern benutzt werden. Das Suchen, Finden und Identifizieren von Fehlern geschieht damit praktisch im Huckepack-Verfahren auf vorhandenen elektronischen Informationswegen.

Moderne Flugzeuge sind heute im Prinzip digitalisierte Flugzeuge. Neben den Flugführungs- und Avionik-Anlagen im Cockpit werden auch alle übrigen wichtigen Systeme wie zum Beispiel Triebwerke, Hilfsturbine, die notwendigen Aggregate zum Betrieb der beweglichen Flügelteile, der Klimaanlage und anderer Systeme durch Digitalsignale gesteuert.

Triebwerkstörungen automatisch erfassen

Die Funktionsauslösung und Kontrolle der vielfältigen Systeme besorgen Mikroprozessoren. Da diese elektronischen Winzlinge aber nicht immer voll ausgelastet sind, bleibt ihnen eine Menge Zeit, noch andere Aufgaben zu übernhemen, zum Beispiel für das Suchen von Fehlern. Es mußte jetzt nur noch ein Weg gefunden werden, die erkannten Fehler zu sammeln, auf die Reise zu einem Computer zu bringen, dort zu orten und wieder abrufen zu können. Auch sollten sie entweder auf einem Bildschirm sichtbar oder durch einen Drucker lesbar gemacht werden können.

Zum erstenmal wird ein solches Diagnose-Verfahren, für das MBB die Impulse gab, und im wesentlichen mitgestaltet hat, bei der Lufthansa angewendet. Mit Hilfe des sogenannten Aircraft-Integrated-Data-Systems werden bei dem A-310-Triebwerk Daten gesammelt, die Aufschlüsse über den Leistungsstand geben und vor allem mögliche Fehler ausweisen können.

Während des Betriebes werden in den verschiedenen Bauteilen des Triebwerks Drücke, Temperaturen und andere wichtige Informationen gesammelt. Nach jeweils vier Betriebsstunden sucht das System an Bord der A 310 automatisch während des Fluges eine stabile Betriebsphase, um eine Momentaufnahme vom Zustand des Triebwerkes zu machen.

Die Daten werden über einen eigens dafür im Cockpit eingebauten Drucker übermittelt. Auch Störungen im Betriebsverhalten des Triebwerkes werden von dem System automatisch erfaßt und beschrieben. Das ausgedruckte Datenprotokoll dient der Wartung als wichtige Unterlage.

Die Weiterentwicklung des Aircraft-Integrated-Data-Systems, an dem zur Zeit gearbeitet wird, heißt Fault Isolation and Detection System, ein Fehlersuch- und Erkennsystem für das gesamte Flugzeug. Dieses für die A 320 vorgesehene Überwachungs- und Erkennungssystem arbeitet – was das Sichtbarmachen von möglichen Fehlern anbelangt – ähnlich wie das bei der Lufthansa angewandte A-310-Triebwerkskontrollverfahren. Über einen Borddrukker, beziehungsweise künftig auf einem Bildschirm können die Daten im *Klartext dargestellt* werden.

Ein Beispiel: Die Überwachung einer Klappenstellung am Flügel registriert einen Fehler, der in dem überwachenden Mikroprozessor gespeichert ist. Bei Abruf erscheint er in dem zentralen Wartungssystem an Bord und kann auf dem Papierausdruck oder auf einem Bildschirm sichtbar gemacht werden. Dabei stellt sich beispielsweise heraus, daß die Datenspeicherung einen intermittierenden Fehler erkennbar werden läßt, mehr noch, man sieht auf dem Ausdruck oder auf dem Display, daß die fehlerhafte Klappenstellung nur bei bestimmten Flughöhen und Geschwindigkeiten auftritt.

Mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit

Mit anderen Worten: Das Fehlersuch- und Erkennungssystem hat eine nur bei einem bestimmten Flugzustand und nur in einer bestimmten Höhe und Geschwindigkeit auftretende Fehlerquelle ermittelt. In jeder anderen Geschwindigkeit beziehungsweise anderen Höhe arbeitet das Klappensystem völlig normal. Für das Wartungspersonal ist diese Information Voraussetzung für eine schnelle Behebung.

Mit der Fehlerfrüherkennung wird nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Wirtschaftlichkeit eines Flugzeugs erhöht. Was an den A 310-Triebwerken praktiziert wird, läßt sich auf alle energieverbrauchenden Systeme sowie alle Steuer- und Regelorgane, praktisch also auf die gesamte Systemtechnik eines Flugzeugs ausdehnen.

Die technologischen Fakten als ein Rundum-Fehlererkennungspaket nutzbar zu machen und dieses System den Wünschen der Luftverkehrsgesellschaften anzupassen, gehört zu den vordringlichsten Entwicklungszielen der Konstrukteure.

(DW.)

Eine Diesellok denkt immer mit

Ein rechnergestütztes System zur Fehlerdiagnose, mit dessen Hilfe ein noch unerfahrener Mechaniker zu einem Experten werden kann, wurde kürzlich von General Electric Wissenschaftlern vorgestellt. Das tragbare elektronische Gerät ist ein Kleincomputer mit der dazugehörenden Hardware, in dem das Wissen eines erfahrenen hochkarätigen Ingenieurs gespeichert ist. Dies ist die neueste Entwicklung auf dem rasch an Bedeutung zunehmenden Gebiet der „künstlichen Intelligenz".

Das jetzt vorgestellte System wird bereits in verschiedenen Wartungsbetrieben des Landes eingesetzt, um Ei*senbahnlokomotiven auf Störungen* zu untersuchen. Das neue Fehlersuchsystem ist ein Beispiel für den Zweig einer jungen Wissenschaft, der als „Experten-System" bezeichnet wird. Die Erstellung solcher Systeme umfaßt die Programmierung eines Computers mit dem Wissen, der Erfahrung und dem Entscheidungsvermögen eines Experten auf einem bestimmten Gebiet.

Das System arbeitet bei seiner Fehlersuche mit dem „Verstand" eines qualifizierten Spezialisten für Lokomotiven. Die Datenbank für das System wurde von einem Computer-Spezialisten-Team entwickelt, nachdem diese über Monate hinweg einen Wartungsingenieur mit seiner mehr als 40jährigen Erfahrung in der Fehlersuche bei dieselelektrischen Lokomotiven regelrecht „ausgequetscht" hatten. Danach wurde das anwendungsspezifische Softwareprogramm erstellt, mit dem der Computer über einen Großteil des menschlichen Wissens und Erfahrung verfügt.

„Dieses elektronische Fehlersuchsystem wird zu markanten Verbesserungen im Eisenbahnbetrieb führen, da nicht nur die Ausfallzeiten der Lokomotiven, sondern auch Wartungs- und Instandsetzungskosten erheblich verringert werden", verlautet aus Expertenkreisen. „Da ein derartiges, auf gesammeltem Fachwissen basierendes System auch für eine Reihe anderer Aufgaben anwendbar ist, könnte es eventuell alle unsere bisherigen Methoden ändern, indem es gespeichertes Fachwissen und Erfahrung für eine Vielzahl von Aufgaben auf industriellen und wirtschaftlichen Gebieten nutzbar macht".

Zur Zeit gibt es nicht mehr als eine Handvoll von Experten, die die mechanischen und elektrischen Systeme *einer riesigen dieselelektrischen* Lokomotive umfassend verstehen und beherrschen. Bei Störungen in diesen Systemen ist *man daher oft* gezwungen, abzuwarten, bis einer dieser Experten zur Beurteilung der Situation vor Ort eintrifft, oder aber die Lokomotive oftmals über weite Strecken zum Experten zu bugsieren.



Ein tragbarer Kleincomputer entlastet mit seiner künstlichen Intelligenz die Wartungsingenieure von dieselelektrischen Loks bei ihrer Arbeit. FOTO: GENERAL ELECTRIC

Zu Beginn der Problemlösung stellt das Fehlersuchsystem dem Anwender eine Reihe von Fragen, die auf dem Bildschirm ausgegeben werden. Danach *gibt das System eine* Zusammenstellung über mögliche Symptome. Wählt der Anwender ein bestimmtes Symptom, stellt das Computerprogramm eine Reihe detaillierter Fragen, wie z. B. „Kraftstoffilter sauber?" oder „Kraftstoffdruck auf 40 psi einstellbar?"

Das Kernstück des Systems ist seine Wissensbasis oder „*body of knowledge*", im Computer-Fachjargon Fakten und Regeln, also bedingte Aussagen, mit deren Hilfe die Lösung des Problems bestimmt wird. Der Erfolg des Systems ist – ebenso wie der des menschlichen Wartungstechnikers – von flexiblen Denkprozessen zur Fehlerdiagnose abhängig („wenn dies oder jenes zutrifft, dann ist das *und das zu tun*...") und nicht von starren Verfahren gemäß Flußschema oder Entscheidungsbäumen. Zur Realisierung dieser Vorgehensweise beinhaltet das „Gehirn" bzw. die zentrale Datenbasis des Systems mehr als 500 „falls ... dann" Regeln, die aufgrund der Gespräche mit dem menschlichen Experten erarbeitet wurden.

An geeigneten Punkten im Verlauf des Frage- und Antwortdialogs kann der Anwender Zeichnungen, Fotos oder Filme der verschiedenen Komponenten und ihrer Einbaustandorte abrufen und auf dem Bildschirm zur Ausgabe *bringen. Letztlich* definiert das Fehlersuchsystem die Störungsursache und gibt, falls erforderlich, Instandsetzungsanleitungen über einen Video-Monitor aus. Die Hardware des Systems umfaßt einen Standard-16-bit-Mikrocomputer zur Datenverarbeitung, einen Zusatzspeicher zur Aufnahme des „Fachwissens", ein Bildschirmterminal in Verbindung mit dem Mikrocomputer, einen Drucker zur Festhaltung der Daten sowie eine Videoplatte und -monitor zur Demonstration des Reparaturvorgangs.

(DW.)

Pankraz, Dettling und die Nachbarschaftshilfe

Ein sperriger Begriff aus der Sozialgeschichte kommt zu unverhofftem Glanz: die Subsidiarität. Ob auf Juso- oder CDU-Kongressen, ob in evangelischen oder katholischen Akademien – immer wenn die Subsidiarität in die Debatte geworfen wird, erhitzen sich die Gemüter, werden neue, ungewohnte Bündnisse sichtbar, und die alten politischen Frontstellungen verlieren an Bedeutung.

Subsidiarität – das ist das Prinzip der sozialen Selbst- und Nachbarschaftshilfe, das sich bewußt vom Sozialismus, dem großen Um- und Neuverteiler im Gewande des Staates, abhebt. Die Anhänger der Subsidiarität erwarten nicht alles Heil vom Staat, gieren auch nicht unbedingt nach „Staatsknete", sie nehmen allenfalls staatliche Gelder, um den Motor der Eigeninitiative anzuwerfen. „Das Selbstverständliche tun, ohne vom Gesetz dazu gezwungen zu werden", lautet einer ihrer Grundsätze. „Den Alten und Kranken zu helfen", sagen sie, „ist vornehmste Menschenpflicht. So etwas sollte nicht einfach an den Staat delegiert werden."

Das Pikante an der gegenwärtigen Situation ist nun, daß man sich von zwei scheinbar ganz konträren Standpunkten aus auf die Subsidiarität zubewegt. Da ist auf der einen Seite die CDU/CSU, die sich programmatisch der traditionell subsidiär eingestellten katholischen Soziallehre verpflichtet weiß und der das Prinzip der Selbst- und Nachbarschaftshilfe auch als Hebel zur Entlastung der staatlichen Sozialhaushalte willkommen sein muß. Und da sind auf der anderen Seite alle möglichen alternativen Gruppen, Aussteiger und Propheten des „Small is beautiful", die die Subsidiarität energisch für sich reklamieren, sie als ihre eigene Erfindung betrachten und jeden, der damit praktische Politik machen will, als Gewaltmenschen verteufeln.

Es macht hohen Spaß zu beobachten, wie sich CDU/CSU und Alternative auf den diversen Diskussionsforen in Sachen Subsidiarität mißtrauisch umschleichen und abtasten, während die noch unverdrossen etatistisch eingestellten Sozialdemokraten ein bißchen begriffsstutzig daneben stehen und dumpf spüren, daß ihnen da irgendwelche Felle wegschwimmen. Als kürzlich in Frankfurt während eines Riesenpalavers über „Konservatismus in der Strukturkrise" der Geißler-Adlatus Warnfried Dettling von einem ganzen „Netz" aktiver Selbst- und Nachbarschaftshilfe schwärmte, klatschten die Alternativen zögernd Beifall; die Jusos jedoch wetterten dagegen und fragten, wo denn der „Widerstand gegen das System" bliebe. Einige Tage später in Berlin auf einer CDU-Tagung versuchten einige Gewerkschafter sogar, die Subsidiarität als typisch kapitalistische Ausbeutung ehrenamtlich tätiger Sozialhelfer hinzustellen.

Tatsächlich hat sich diese Subsidiarität auch immer recht gut mit dem Prinzip der freien Konkurrenzwirtschaft vertragen, besonders in Amerika, wo „Nachbarschaftshilfe" ein populärer Begriff ist, Erinnerungen an die Pionierzeit wachruft, als der Staat noch weit weg war und die Siedler sich auf sich allein gestellt sahen. Die meisten hätten ohne aktive Nachbarschaftshilfe gar nicht überleben können, weshalb denn auch heute noch die Forderung nach „Neighbourhood" fester Bestandteil einer jeden „State of the Union"-Adresse des amerikanischen Präsidenten ist.

Pankraz zweifelt nicht daran, daß die Subsidiarität auch bei uns eine große Zukunft hat. Schon die nur allzu realistische Einsicht, daß es in absehbarer Zeit – welche Partei auch immer am Ruder sein mag – fast unmöglich werden wird, das soziale Netz des Staates weiter wie bisher zu finanzieren, legt einen Rückgriff auf subsidiäre Strategien nahe. Die Menschen werden um eine bessere, selbstverantwortete Auspolsterung der kleineren Sozialeinheiten gar nicht herumkommen, und es kann durchaus geschehen, daß sie dadurch auch selber besser werden, aufmerksamer gegenüber dem Mitmenschen, geduldiger.

Der auf der Berliner Tagung von linker Seite behauptete „unüberwindbare Gegensatz" zwischen der angeblich „wölfischen" Produktionssphäre und einer subsidiär geprägten *Privatsphäre existiert in* Wirklichkeit nicht. Die Produktionssphäre, so wurde behauptet, fördere Eigenschaften wie Härte, Durchsetzungsvermögen, Belastbarkeit, und diese seien Gift für die Subsidiarität. Aber wieso eigentlich? Gerade das intensive Sich-Kümmern um den Nachbarn erfordert oft ein hohes Maß an Belastbarkeit und Härte. Subsidiarität ist kein Synonym für Betschwesterei und Goldschnittengelei, es ist, bei Lichte betrachtet, genau die rechte Art und Weise, wie freie Menschen sich ihrer näheren Umgebung gegenüber verhalten.

Jede Ideologisierung oder Kodifizierung der Sache ist im Grunde von Übel. Wenn etwa Dettling in Frankfurt davon sprach, daß Ansprüche auf Altersversorgung in Zukunft nicht mehr durch Beitragszahlungen in eine Kasse, sondern durch „aktive eigene Nachbarschaftshilfe" erworben werden sollten, so muß man doch gleich fragen: Wer mißt denn den Grad der „eigenen Aktivität"? Es gibt – Pankraz schrieb schon einmal darüber – einen Terror der Intimität, eine Diktatur der allzu großen Nähe, vor dem einen die Anonymität moderner Großorganisationen am besten schützen kann.

Es ist ziemlich unerfindlich, wieso der Mann aus dem Bonner Familienministerium den Schutz des einzelnen und der Minderheiten „vor der Zumutung von Mehrheiten" gerade in einer konsequent atomisierten, entstaatlichten und mit subsidiärem Netzwerk überzogenen Gesellschaft garantiert sieht. Subsidiarität ist kein Ersatz für Rechtsstaatlichkeit. Man darf also, um das eine, die Subsidiarität, zu erlangen, das andere, den Staat, den verfaßten Rechtsstaat, nicht leichtfertig in den Wind schreiben, vor allem auch nicht in unserer heutigen geopolitischen Situation. Wenn die Kosaken kommen, wußte schon Friedrich Naumann, nützt die schönste Nachbarschaftshilfe nichts mehr.

Pankraz

Neuer Klassiker oder alter Romantiker? – Das Handke-Symposion beim Theaterfestival in Den Haag

Mit den Ausdeutern über die Dörfer

Peter Handke hat dem zeitgenössischen Literaturbetrieb immer etwas quer in dem gefräßigen Magen gelegen. Zu Zeiten, als sich das Theater noch recht traditionsbewußt um die Erbauung seiner Zuschauer bemühte, startete der Österreicher seine aufsehenerregende „Publikumsbeschimpfung". Als es Mode war, das Fremdsein in dieser Welt und mancherlei Ausstiege zu beschreiben, bereitete er seine „Langsame Heimkehr" vor. Und vor zwei Jahren, als sich der „Zeitgeist" noch immer mit soziologischer Aufklärung abmühte, ging Handke gar „Über die Dörfer", versuchte so etwas wie einen neuen Mythos.

Immer aber gab es auch die entsprechenden Versuche, Handke für die jeweiligen Trends zu vereinnahmen. Die „*Publikumsbeschimpfung*" diente den 68ern als theatralische Legitimation. „Das Mündel will Vormund sein" schien vielen so etwas wie ein antiautoritäres Modell. Und die jüngsten Rückgriffe auf die Natur schienen manchem gar eine Art Zeugenschaft im Hinblick auf zeitgenössisches Umweltbewußtsein. Handke selbst hat jedoch geradezu erbittert dementiert, zu irgendeiner dieser Gruppierungen zu gehören.



Ende der Publikumsbeschimpfung: Peter Handke von David Levine
FOTO: LEVINE/BULLS

Wie also geht man mit Peter Handkes Werken um? Sind sie beliebig nutzbar? Gibt es eine geistige Kontinuität darin? Oder ist dem Stürmer und Dränger nun gar der Klassiker Handke gefolgt? In Den Haag, wo sich das „Festival für Theater, Filmkunst und Literatur" nun schon zum dritten Mal einem deutschsprachigen Autor (nach Heiner Müller und Thomas Bernhard) widmete, hat es dazu zwar sicher keine Antworten, wohl aber eine breite Diskussion gegeben. Handkes Theaterrezeption in Frankreich oder in Holland, seine Filminterpretationen von der „Linkshändigen Frau" bis zur „Angst des Tormanns beim Elfmeter" und ein zweitägiges Symposion mit internationaler Beteigung (USA, Frankreich, Holland, Österreich, Deutschland) – Handke ist wohl noch nie so breit gefächert dargestellt worden.

Daß der „neue" Handke, den man so gern – abwertend oder zustimmend – einen „Klassiker" nennt, am ehesten die Gemüter erregen würde, war zu erwarten. Die Symbolik seines Theaterstückes „Über die Dörfer" schien nicht nur den Gegnern neoromantisch. Das Dorf, das Kind, die Krone, die Farben, die Bäume, vor allem aber der große, gestammelte Monolog der Nova – hier hat Peter Handke Begriffe, Symbole, Sprachformen ins Spiel gebracht, die sich scheinbar querstellen, weil sie literarisch eben in der Romantik beheimatet zu sein scheinen. Der Aachener Germanist Bernd Witte zum Beispiel nahm diese literarischen Bezüge zum Anlaß, Handkes Heimkehr-Modell als Rückzug in Begrifflichkeiten der Vergangenheit zu kritisieren. Aus dieser Position heraus ergibt sich notwendigerweise, daß Handkes Werk Brüche aufweist, daß dem Aufrührer Handke der Weltflüchtling Handke gefolgt ist, der nun freilich kein tragfähiges Zukunftsmodell mehr vorzuweisen hat.

Dem mochten auch in Den Haag die meisten Diskutanten nicht folgen. Weder der amerikanische Germanist Rainer Nägele (Baltimore) noch der Niederländer Alexander v. Bormann (Amsterdam) sahen in Handkes Heimkehrmodell eine Rückkehr zu einem aus der Mode gekommenen Mythos, sondern durchaus ein eigenständiges Modell, das sich gleichwohl romantischer Anleihen bediene, um sie auf ihre Tragfähigkeit für die Gegenwart zu untersuchen. Bormann erweiterte denn auch die Perspektive auf Handkes Gesamtwerk, das er als eine ständige Auseinandersetzung mit dem Hauptthema und zentralen Problemen unserer Zeit beschrieb: dem Erfahrungsverlust.

In diesem Sinne, so konnte man in Den Haag sogar eine gewisse Übereinstimmung finden, haben zum Beispiel Stücke wie „Kaspar", das „Mündel" oder „Über die Dörfer" durchaus etwas miteinander zu tun: Immer wird da nach Wirklichkeit, nach Erfahrung, nach realer Identität gesucht. Im „Kaspar" wurde dem Kind die geistige und soziale Erfahrung verwehrt. Im „Mündel" bleibt das Ende vor allem deswegen offen, weil der Vormund nicht mehr da ist, als das Mündel in der Lage wäre, sich ihm gegenüber in der neuen – umgekehrten – Rolle des Vormunds zu erleben und zu erfahren. In „Über die Dörfer" schließlich muß nach einem tragfähigen neuen Mythos gesucht werden, weil die Heimkehr ja ganz und gar nicht in eine befriedete, lebensfähige Dorfidylle erfolgt.

Handke stellt dem Verlust des Dorfes keineswegs eine fertige Rückeroberung gegenüber, sondern wie auch Jürgen Manthey (Essen) oder Thies Lehmann (Gießen) betonten, ein zögerndes Rückgewinnen von Begriffen, Wahrnehmungen, ein Abtasten von Möglichkeiten gegenüber, durchaus mit der gebührenden historischen Distanz. Und Handkes Versuch, traditionelle Muster zu beleben, ihre Tragfähigkeit zu überprüfen, ist ja nicht a priori schon deswegen verwerflich, weil diese Muster schon einmal dagewesen sind.

Gibt es grundsätzlich also, zumindest nach Meinung des überwiegenden Teils der Den Haager Disputanten, durchaus keine Beliebigkeit in der Handke-Deutung, so bleiben vor allem bei der praktischen Umsetzung seiner Stücke auf dem Theater denn doch wieder zahlreiche Fragen offen. *Die Realisierung etwa des Stückes* „Das Mündel will Vormund sein" zeigt das deutlich. In Frankreich zum Beispiel, wo das Absurde Tradition hat, empfand man, wie die Germanistin Erika Tunner (Lille) erläuterte, häufig die Absurdität des Daseins als Handkes Thema. Da ließ man etwa eine schwarze Katze herumlaufen, getreu dem Grundsatz: Eine Katze tut, was sie tut. In Holland, wo das deutschsprachige Theater keine geistige Tradition hat, inszenierte man das Stück, so der Dramaturg Karel v. Muijden, wie man es der gängigen Mode nach gerade brauchte. Claus Peymann in Deutschland betonte den tragischen Aspekt. Mutmaßungen über Peter Handke.

Wenn man freilich wie Thies Lehmann auch beim „Mündel" von einem Wahrnehmungsspiel ausgeht, ist der Gesamtzusammenhang wieder deutlicher. Der Regisseur Horst Zankl deutete Handkes Theater noch schärfer: Erfahrungen, so meinte er, deren Bezugsrahmen Handke immer wieder ändert, ändern damit auch ihre Bedeutungen. Ein deutlicher Verweis für all jene, die in Handke einen heimgekehrten Traditionalisten zu sehen gewillt sind: Wer die Veränderungen in Handkes Bezugsrahmen nicht wahrnimmt, geht fehl.

Handke, der Offene, der sich nicht vereinnahmen läßt, am Ende doch gedeutet, festgelegt, vereinnahmt? Mitnichten. In Den Haag: immerhin ein paar Klärungen. Und Handke selbst? „Solche Veranstaltungen lassen sich nicht vermeiden. Mir ist das egal!"

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Die Bühne verengt sich aufs Kinoformat – Volker Schlöndorff inszenierte „La Bohème" in Frankfurt

Sie können die Blicke nicht voneinander lassen

Wenn sich Mimi und Rudolf im ersten Akt von Puccinis „La Bohème" begegnen, dann singt jeder dem anderen eine Arie vor. So sieht das auf der Opernbühne dann auch aus. Meistens noch schlimmer: Da das Publikum an Rudolfs hohem C mehr interessiert ist als Mimi, bekommen die Zuschauer die Arie vorgesungen.

In Volker Schlöndorffs „Bohème"-Inszenierung am Frankfurter Opernhaus sieht das denn doch anders aus. Da wenden sich zwei Liebende einander zu, umkreisen und umspielen sich, berühren einander. Es ist ja diese sprichwörtliche Liebe auf den ersten Blick, und so kann man die Blicke nicht voneinander lassen. Die beiden begehren einander, wollen ganz dicht zusammenkommen, ineinander aufgehen. Es ist eine Liebesszene, und eine der schönsten der gesamten Opernliteratur. Das kann *man hier mitempfinden*.

Es wäre natürlich Unsinn zu behaupten, Schlöndorff hätte die Oper wie einen Film inszeniert. Aber das Handwerk des Filmers spielt deutlich hinein in diese über weite Strecken so herrlich gelungene Aufführung. Schlöndorff hat die Nahsicht der Kamera. Er formt Haltungen und Gesten so aus, daß sie der Überprüfung standhalten. Er mißtraut der die Details vernebelnden Totale, die der Theaterzuschauer zwangsläufig hat.

Aber er hat auch diese Totale eingeschwenkt, zusammen mit dem Bühnenbildner Bernd Lepel. Drei Akte lang gibt er nur einen kleinen Bühnenausschnitt, im Format einer Kinoleinwand, frei. Auch der hat nicht viel Tiefe. Die Szene rückt in die Zweidimensionalität. Schlöndorff übersetzt die „Szenen aus dem Leben der Bohème" – so ja der Untertitel der Oper – in Bilder aus dieser „Bohème".

Während des ersten Aktes sieht man rechts und links des Mansardenzimmers die Lichter des abendlichen Paris aus der Montmartre-Perspektive. Mimi und Rudolf gehen hinaus, *das Atelierinterieur fährt zur Seite*, und nun ist plötzlich die ganze Bühne jenes unverwechselbare Pariser Lichtermeer. Ein Bild der Entgrenzung, stupender Effekt ebenso wie eine ganz genaue Beschreibung des Vorgangs: zwei Liebende wagen den Schritt in die Welt.

In dieser Welt wird geschoben und gedrängelt, Bewegung und Hektik herrschen. Wohl selten hat man auf einer Bühne eine so realistische Massenszene gesehen, in der das Chaos zum höheren Ordnungsprinzip wird. Auch da verrät der Filmer sein Können: Mit gar nicht einmal übertriebenem Aufwand an Menschen und Aktion, nur durch die wechselnden Aussichten, die die Drehbühne liefert, den Eindruck eines gewaltigen Trubels zu erzeugen.

Der Filmer mißtraut ein bißchen der Musik. Menschen einfach singen zu lassen, fünf oder zehn Minuten lang, kann für ihn Theater nicht sein. Er begleitet die Musik durch Bewegung, durch Handlung, durch Perspektivwechsel. Das ist kein Schade, da er sich nie gegen die Musik stellt. Wie schon vor Jahren bei seinem Frankfurter Operndebüt mit Janaceks „Katja Kabanova" erweist sich Schlöndorff hier abermals als ein musikalisch ausgesprochen sensibler Regisseur.

Realistisch ist die Aufführung nur beim flüchtigen Hinsehen. Die Tages- und Jahreszeiten, die in dem Stück sehr konkret formuliert sind, löst Schlöndorff durch seine Beleuchtung auf. Der Weihnachtsabend ist heller und wärmer als die Sterbeszene im Frühjahr. Natürlich, Gefühlstemperaturen sind wichtiger als ein Thermometer.

Noch hinreißender als Schlöndorffs Regie, die immerhin auch ein paar ungelöste Ecken hat, ist die Art und Weise, in der Michael Gielen das Werk dirigiert. Er verschafft der Musik eine im wahrsten Sinne des Wortes unerhörte Transparenz und entwickelt doch zugleich den großen, berauschenden Klang. Er schwelgt in Rubati, will sich den Stimmen anschmiegen, ohne dabei gefühlsduselig zu werden. Emotion und Kontrolle schließen sich nicht länger aus – das ist bei Puccini schon fast die Quadratur des Kreises. Daß mit Nelly Miricioiu als Mimi und Peter Kelen als Rudolf zwar intensiv und stilistisch richtige Sänger bereitstehen statt zwei besonders edlen Stimmkalibern, das darf niemanden stören.

REINHARD BEUTH

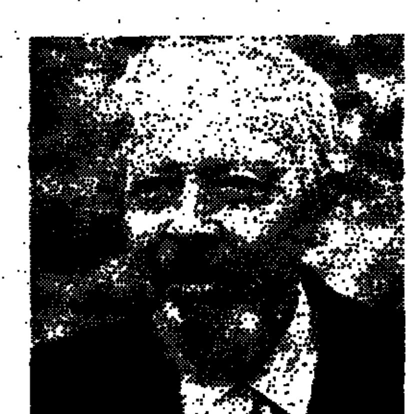
Zu Willy Kramps 75.

Gedanken über den letzten Feind

Das ist – sträflich stichwortartig – das bisherige Leben Willy Kramps: Am 18. Juni 1909 in Mülhausen geboren. Nach der Rückgabe des Elsaß an Frankreich verbrachte Kramp seine weitere Kindheit und Jugend in Pommern und Ostpreußen. In Berlin, Bonn und Königsberg studierte er neuere Sprachen, Psychologie und Philosophie. Dr. der Philologie. Höherer Schuldienst. Heirat 1938. Ab 1939 Heerespsychologe. Von 1943 bis 1950 Kriegseinsatz und russische Kriegsgefangenschaft. Von 1950 bis 1957 Leiter des Evangelischen Studienwerks in Villigst in Nordrhein-Westfalen. Ab 1957 freier Schriftsteller, Vater dreier Kinder.

Willy Kramp wurde 1939 mit seinem Roman „Die Fischer von Lissau" schlagartig bekannt. Die atmosphärisch dichte Schilderung des Frischen Haffs und seiner Bewohner, die sich weniger an irdische als an transzendente Mächte gebunden wissen, das war den Tendenzen des damaligen NS-Staates zuwider, wurde darum von den Stillen im Lande intensiv entgegengenommen und verstanden.

Die zweite große Schaffensphase Willy Kramps setzt 1950 nach seiner Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft ein. 20 Bücher schreibt er bis 1984. Zumeist sind es Romane, aber auch kostbare Erzählungen finden sich in diesem Œuvre. Und rechtzeitig zu Willy Kramps 75. Geburtstag legt der Quell-Verlag, Stuttgart, eine neue große Erzählung des Autors vor: „Das Versteck"; ein



Ein erschütternder, tröstlicher Erzähler: Der Schriftsteller Willy Kramp FOTO: QUELL VERLAG

junger Deserteur aus dem Ersten Weltkrieg irritiert als Waldschrat die Bewohner eines Dorfes und beeinflußt indirekt während der Nazizeit ihr menschliches und politisches Denken und Handeln. Aber Willy Kramp ist nicht nur ein starker, überzeugender Erzähler. Seine Leser lieben an ihm auch die meditative Fähigkeit, wie sie in Bänden wie „Die Spiele der Erde", oder „Die treuen Helfer" zum Ausdruck kommt.

Das erschütterndste und gleichzeitig tröstlichste Werk ist für mich „Der letzte Feind" von 1969, ein Buch, das der Autor schlicht „Aufzeichnung" nennt. Willy Kramp beschreibt darin in mächtigen Rückblenden das Leben und das Hinsterben seines an Krebs erkrankten Bruders Erich, der als evangelischer Pfarrer einer Gemeinde vorstand. Diese ruhige, kontrastreiche Montage von gemeinsamen Erfahrungen in der Familie, in den wechselnden Stationen des Lebens bis zur Existenz in den Entwicklungsjahren der Bundesrepublik ist gleichzeitig auch eine gültige Biographie des jetzt 75jährigen Willy Kramp.

JOSEF REDING

„Tausend Gipfel und zehntausend Täler" – Chinesische Malerei in Zürich

Mit gespaltenem Fingernagel gemalt

Die Themen scheinen immer dieselben zu sein: schroffe Felsen oder liebliche See- und Flußlandschaften, knorrige alte Bäume oder blühende Zweige, ein Weiser, in die Betrachtung eines Wasserfalls versunken, oder Tiere im Freien. Denn die chinesische Malerei orientiert sich eher an Gedankenlandschaften als an der Natur. Und ganz selten verzichtet sie auf eine Staffage.

Eines dieser Bilder, auf denen kein Mensch zu entdecken ist, gab der Ausstellung mit chinesischer Malerei aus der Sammlung Drenowatz im Zürcher Haus zum Kiel den Namen: „Tausend Gipfel und zehntausend Täler". Der Namenspatron, ein Geschäftsmann aus Zürich, hat in der Nachkriegszeit eine beachtliche Sammlung von Fächerbildern, Hänge- und Handrollen der Ming und Ch'ing-Zeit zusammengetragen. Noch zu seinen Lebzeiten vermachte er sie dem Rietberg-Museum. Ein wesentlicher Teil davon wurde nun in zwei Teilen ausgestellt. Zuerst war die Kunst der Ming-Zeit (1368–1643) zu sehen. Dazu gehört z. B. die humorvolle Querrolle mit den „Vier Freuden des Nan Sheng-lu" (1649) von Ch'en Hung-shou (Chen Hongshou, 1599–1652), einem hochgeschätzten Figurenmaler. Nicht ohne Ironie zeigt er in vier Szenen einen Literatenfreund in der Gestalt des berühmten T'ang-Dichters Po Chü-i beim „Verseschreiben", „trunken singend", im „Gespräch über Musik" und beim „Meditieren".

Der zweite Teil der Ausstellung, gegenwärtig zu sehen, ist den Malern der Ch'ing-Zeit (1644–1911) gewidmet (Künstlern des zwanzigsten Jahrhunderts aus der Sammlung Drenowatz richtete das Museum Rietberg in der Villa Wesendonck einen Sonderraum ein). Dazu gehört die titelgebende Tuschmalerei von Kung Hsien (Gong *Xian, um 1618/17 bis etwa 1689). Es ist* eine verhältnismäßig große Hängerolle (62 x 102 cm) mit einer schroffen, nebelverhangenen Felslandschaft, von steil abstürzenden Bächen durchfurcht und mit nur wenigen, meist verdorrten Bäumen. Das Ganze ist mit dicht nebeneinandergesetzten Pinseltupfern gemalt. Im Gegensatz zur *Helligkeit der chinesischen Male*rei sonst ein sehr dunkles Bild. Ungewöhnlich ist auch, daß auf Menschen verzichtet wurde, die meist kleinfigurig als Wanderer oder Betrachter die Natur in eine Landschaft des Menschen verwandeln.

Die „Tausend Gipfel" werden darum oft politisch gedeutet, als Gleichnis für das Verdorren Chinas nach dem Sieg der Mandschus über das chinesische Kaiserhaus der Ming. Denn Kung gehörte zu den sogenannten „Vergessenen der Ming-Dynastie", die sich aus der Öffentlichkeit zurückzogen und auf eine Vertreibung der nicht-chinesischen Mandschus hofften. Zu diesen „Vergessenen" gehörte auch Mei Ch'ing (Mei Qing, 1623–1697), von dem Blätter aus zwei Alben mit den „Schönsten Ansichten von Hsüan-ch'eng" (1680) zu sehen sind, stimmungsvollen Landschaften der Einsamkeit.

Unter den in der Ausstellung vorherrschenden *Naturdarstellungen* fällt die Hängerolle mit dem „Maultierreiter und Diener" von Kao Ch'i-P'ei (Gao Qipei, um 1672–1734) auf. Der Maler gehörte wie Chin Nung (1687 bis nach 1764), von dem Albumblätter mit Landschaften zu Gedichten berühmter Autoren gezeigt werden, zu den Exzentrikern, die die klassische Überlieferung verachteten und deshalb bewußt „primitiv" malten. Kao beispielsweise trug die Tusche mit den Fingern oder mit einem langen gespaltenen Fingernagel auf, was seinen Blättern eine reizvolle Spröde gibt. Insgesamt eine kleine, aber anregende Lektion über chinesische Malerei (bis 22. Juli; Katalog 28 sfr.).

PETER DITTMAR



„Phantastische Landschaft" von Prinz Yung-jung (1744-1790), aus der Zürcher Ausstellung
FOTO: KATALOG

JOURNAL

Kein Alleingang bei der Rechtschreibreform

dpa, **Saarbrücken**

Über die seit langem erörterte Reform der Rechtschreibung in der Bundesrepublik einigten sich die Kultusminister der Länder am Freitag während ihrer Sitzung in Saarbrücken lediglich darauf, daß es in dieser Frage nur ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen deutschsprachigen Ländern „DDR", Österreich und Schweiz geben könne. Beschlossen wurde deshalb, daß das Präsidium der Kultusministerkonferenz demnächst ein „Abstimmungsgespräch" mit dem österreichischen Unterrichtsministerium in dieser Frage führen soll. Über den Antrag des rheinland-pfälzischen Kultusministers Georg Gölter, in der Bundesrepublik eine nationale Kommission zu bilden, die nach etwa einem Jahr einen Vorschlag zur Reform der Rechtschreibung unterbreiten solle, faßte die Kultusministerkonferenz dagegen noch keinen Beschluß.

SWF-Literaturpreis für Christa Reinig

dpa, **Baden-Baden**

Die Lyrikerin Christa Reinig erhält den Preis des Literaturmagazins des Südwestfunks. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert. Nach Ansicht der Jury soll damit die bisher unterschätzte Poesie der in München lebenden Autorin gewürdigt werden. Ein Band mit allen ihren Gedichten erschien soeben in der Eremitenpresse.

Drei „Davids" an Ingmar Bergman

AP, **Rom**

Ingmar Bergmans Film „Fanny und Alexander", der bereits vier „Oscars" gewann, wurde nun auch noch dreimal mit der höchsten italienischen Filmauszeichnung, dem „David", geehrt. Er erhielt ihn als bester Auslandsfilm, für die Regie und für das Drehbuch. Den Preis für den besten italienischen Film teilten sich Federico Fellini für „E la Nave va" und Ettore Scola für „Le Bal". Außerdem wurde Fellini von einer Kritikerjury der Luchino-Visconti-Preis für sein Gesamtwerk zugesprochen.

Deutsche Kunst in Athens Pinakothek

DW. **Athen**

„Varianten – Sequenzen" heißt eine Ausstellung, die dreißig deutsche Maler der Gegenwart in der Athener Pinakothek vorstellt. Die Übersicht, die eigens für Athen zusammengestellt wurde, reicht von den Informellen K. O. Götz und F. Thieler bis zu den „Wilden" Salomé und Fetting. Gleichzeitig ist, ebenfalls bis zum 20. Juli, noch die Ausstellung „Architekturbezogene Kunst in der Bundesrepublik Deutschland" zu sehen.

Dirigentenpreis an Kalmar und Takaseki

AP, **Wien**

Den ersten Preis beim Hans-Swarowsky-Dirigentenwettbewerb in Wien teilten sich der Österreicher Karlos Kalman und der Japaner Ken Takaseki. Der Preis ist mit 75 000 Schilling (ca. 10 000 Mark) verbunden. Ein zweiter Preis wurde nicht vergeben. Auf den dritten Platz kam der Pole Zbigniew Graca. Beteiligt hatten sich 73 junge Dirigenten aus 31 Staaten.

„Woche Neuer Musik" bei den Ruhrfestspielen

dpa, **Recklinghausen**

Unter dem Motto „querstand" wird in diesem Jahr erstmals während der Ruhrfestspiele in Recklinghausen eine „Woche der Neuen Musik" veranstaltet. Bis zum 23. Juni sollen sich Musiker und Komponisten, die neue Wege gehen, einem breiten Publikum vorstellen. Den Zuhörern will man so Gelegenheit geben, sich an der Diskussion über die Entwicklung der Musik zu beteiligen.

H. Duwe gestorben

dpa, **Hamburg**

Der Maler Harald Duwe ist am Freitagabend bei einem Autounfall in Schleswig-Holstein ums Leben gekommen, als er ein Auto überholte und mit einem entgegenkommenden Wagen frontal zusammenstieß. Duwe, 1926 in Hamburg geboren, gehörte zu den wichtigen realistischen Malern in der Bundesrepublik. Er liebte satirische Darstellungen einer selbstgefälligen Wohlstandgesellschaft.

Meredith Wilson †

AP, **Santa Monica**

Der amerikanische Musical-Komponist und Texter Meredith Wilson ist 82jährig in Santa Monica gestorben. Wilson, 1902 geboren, begann als Flötist bei den New Yorker Philharmonikern. Ende der zwanziger Jahre verlegte er sich jedoch mehr und mehr aufs Komponieren. Sein größter Erfolg war das Musical „The Music Man". Aber auch mit „The Unsinkable Molly Brown" oder „Here's Love" reüssierte er am Broadway.

Schnelles Foto – schlimme Folgen

Regierung warnt vor unbedachten Aufnahmen im Ausland

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Vor dem Bahnhof von Hodemzovásárhelykutasippuschta hielt Herr M. aus Deutschland sein Auto an und machte ein schönes Foto. Er erinnerte sich nämlich, sagte er später aus, daß um diese ungarische Bahnstation herum die „Piroschka" aus dem Roman von Hugo Hartung „ihr unschuldsvolles Spiel" getrieben haben soll. Der Schnappschuß wurde teuer: Wegen Spionageverdacht wurde der Tourist verhaftet und kam erst nach erheblichen Bemühungen des Auswärtigen Amtes in Bonn wieder frei.

Weil sich in jedem Jahr zur Reisezeit solche Vorkommmnisse häufen, bei denen Deutsche aus Unkenntnis über Bestimmungen und Gesetze des Gastlandes in Schwierigkeiten kommen, hat das Auswärtige Amt diesmal seine traditionelle Sommerpost in Gestalt eines 100-Seiten Heftchens mit dem Titel: „Urlaub – Tips für Ihre Ferienreise" durch ein Supplemet vervollständigt, in dem auf besonders häufige Verstöße aus der jüngsten Zeit hingewiesen wird. Immerhin sitzen zur Zeit weltweit rund 700 Bürger der Bundesrepublik Deutschland in Gefängnissen, weil sie sich auf ihren Reisen nicht so aufführten, wie es jeweils zu sein hat.

Rund 100 davon, so ein Sprecher des Auswärtigen Amtes der WELT gegenüber, seien in Frankreich inhaftiert, etwa je 70 in Griechenland und Spanien, und genau so viele im Ostblock. Als besonders unangenehm gelten aber zum Beispiel Gefängnisse im Nahen Osten. So gelang es Bonn und zuständigen Auslandsvertretungen nur sehr schwer, einen Deutschen wieder frei zu bekommen, der in Dschidda einen pittoresken Wassermelonen-Verkäufer fotografierte. dabei aber nicht bedachte, daß im Hintergrund eine Raffinerie zu sehen war.

In Polen, so das Auswärtige Amt, gelten Denkmäler, die an die Arbeiteraufstände erinnern, als außerordentlich diffizile Motive. Nach vielem Ärger, den deutsche Fotografen mit solchen Motiven bekamen, rät das AA, sich vorsichtshalber vor Fotos bei der ohnehin überall gegenwärtigen Polizei zu erkundigen.

Als „typische Fallgruppen" werden in dem Bonner Merkblatt neben verfehlten Aufnahmen auch Besitz und Handel mit Betäubungsmitteln aufgezählt. Dieser Besitz braucht keinen kriminellen Hintergrund zu haben: Es sind Fälle bekannt, bei denen in Marokko deutsche Touristen mit vorgehaltener Waffe zum Kauf von Haschisch gezwungen wurden, das ihnen die Polizei unmittelbar danach wieder abnahm. Gleichwohl blieben die Deutschen verhaftet, obwohl der Hintergrund auch den Ordnungshütern bekannt ist: Auf diese Weise versuchen die einheimischen Rauschgiftbanden, die wahren Kanäle des Handels freizuhalten.

Besitz und Handel mit Betäubungsmitteln würden in nahezu allen Staaten der Erde bestraft, warnt das AA. Neben Inhaftierungen „unter häufig sehr schwierigen Haftbedingungen" würden dabei Geldstrafen von weit mehr als 100 000 Mark und Beschlagnahme der benutzten Kraftfahrzeuge verhängt.

Der Mittelmeerraum und der Ostblock gelten als Gebiete, in denen besonders streng auch die illegale Ausfuhr von Antiquitäten geahndet wird. Was unter diesem Begriff zu verstehen ist, wird dabei sehr unterschiedlich ausgelegt und sollte vom Reisenden, der die Absicht hat, ein Stück zu exportieren, bei den zuständigen Behörden vorher erfragt werden.



„Kieler Woche": Hart am Wind segelten gestern 275 Boote von der „Rennziege" bis zur Tourenjacht. FOTO: DPA

LEUTE HEUTE

Neue Rolle

Die „Denver Clan"-Aussteigerin **Pamela Sue Martin** („Fallon") hat einen bewegenden Film über die Gefahren des Kokain gedreht. Das Drehbuch stammt von ihr selbst, das Geld von ihrem Mann, dem millionenschweren Chilenen **Manuel Rojas**. Pamela Sue Martin spielt die weibliche, der Engländer **Ian McShane** eine der männlichen Hauptrollen.

Weitblick

Sophia Loren verfügt offenbar über hellseherische Fähigkeiten. Diese übernatürliche Begabung hat ihr schon das Leben gerettet und viel Geld gespart. Dieses Geständnis machte die Diva in der US-Zeitschrift „Ladies Home Journal". Der Beweis: Die Loren hatte eine Einladung zu einem Festessen in Brüssel angenommen. Am Tag vorher warnte eine Vorahnung die Schauspielerin vor einer Katastrophe. Sie sagte daraufhin den Flug ab. Die Maschine stürzte ab. Niemand überlebte das Unglück.

Buchstäblich häufen sich in Neapel wieder die Probleme

Korruption bei der Müllabfuhr / 122 Verhaftungen

KLAUS RÜHLE, **Rom**

In Neapel, der Stadt der unbewältigten Probleme, versinnbildlichen seit Tagen wieder wachsende Müllhalden den allgemeinen Mißstand. Breits vor zwei Monaten war die Stadt in die Schlagzeile geraten, als Bilder von haushohen Müllbergen um die Welt gingen. Die Situation wurde damals durch den Einsatz der römischen Müllabfuhr gerettet. Doch nur für kurze Zeit. Inzwischen ist die Lage wieder wie gehabt. Neu ist nur, daß man jetzt der Ursache der Katastrophe auf die Spur gekommen ist: eine riesige Schlamperei in der Verwaltung.

51 Verantwortliche der städtischen Straßenreinigung wurden am Wochenende festgenommen, weitere 71 angezeigt. Ihnen wird fortgesetzter Betrug, Urkundenfälschung und willkürliche Unterbrechung öffentlicher Dienstleistungen vorgeworfen. Unter den Beschuldigten befinden sich ein kommunistischer und ein sozialistischer Dezernent des neapolitanischen Magistrats.

Seit etlichen Monaten sollen sie zugunsten ihrer eigenen Tasche den städtischen Dienst manipuliert haben. In dieser Zeit wurde stets nur ein Bruchteil des 250 Lkw umfassenden Wagenparks eingesetzt. Vielen der 7000 Besenmänner, die morgens zwar ihr Stechuhren bedienten, war zur lieben Gewohnheit geworden, sich danach zu verkrümeln, um einem Nebenverdienst nachzugehen.

Auch von den 25 Millionen Mark, die in den vergangenen zwei Jahren in die Reparaturen des Wagenparks investiert wurden, soll der übergroße Teil des Geldes in private Taschen geflossen sein. Das Drama der völlig unzureichenden Müllabfuhr von Neapel hatte im März dieses Jahres zu einer Protestaktion der empörten und verzweifelten Bürger geführt. Die zentral gelegene Piazza Dante wurde von ihnen mit nicht abgeholten Abfallbergen gepflastert und angezündet. Diese Demonstration veranlaßte die römische Müllabfuhr zum Eingreifen. Doch wenig später nisteten sich die alten Zustände wieder ein. An diesen verschlammten Zuständen von Neapel scheint auch die Camorra kräftig mitverdient zu haben.

Von der Unbestechlichkeit eines adligen Nichtrauchers

JOCHEN LEIBEL, **Bordeaux**

Was hat eine Flasche besten französischen Bordeaux-Weins mit einer dicken Havanna-Zigarre gemeinsam? Um diese Frage geht es in einer Prozeß-Flut, bei der sich ein Winzer aus französischem Uralt-Adel und ein Schweizer Exilrusse erbittert gegenüberstehen. Auf der einen Seite der weltbekannte „Zigarren-König" Zino Davidoff aus Genf, auf der anderen Seite der französische Graf Alexandre de Lur-Saluces, Besitzer der teuersten Weißwein-Lage der Welt, „Chateau Yquem" nämlich.

Zino Davidoff zählt zu seinen Kunden alle großen Namen dieser Welt – von Winston Churchill bis hin zum US-Schauspieler Marlon Brando. Um seinen Nobel-Zigarren das exklusive Flair zu geben, hatte Davidoff vor einigen Jahren begonnen, seinen edelsten Stücken die Namen von weltbekannten Bordeaux-Schlössern zu geben. So werden heute in den Davidoff-Boutiquen in London, Kopenhagen, Brüssel und Genf riesig lange „Chateau Latour", „Chateau Lafite" und „Achateau Margaux" verkauft. Die Tabakblätter für seine superteuren Glimmstengel bekommt Davidoff aus Kuba von Fidel Castro – trotz ideologischer Bedenken.

Vor einiger Zeit nun entdeckte der französische Graf de Lur-Saluces – ein überzeugter Nichtraucher – daß der Name seines Familienschlosses für eine Davidoff-Zigarre verwendet wurde. Ein Ärgernis für den Gallier. Und deshalb bat er den Schweizer, doch bitteschön mit dem „Unsinn" aufzuhören.

Davidoff konterte mit der Ruhe eines Zigarrenrauchers: Der Markenname „Chateau Yquem" war seit 1970 in einem Londoner Handelsregister eingetragen. Angeblich hatte ein Onkel des heutigen Schloßbesitzers sein Einverständnis gegeben.

Nur den Beweis dafür anzutreten, gelang Davidoff nicht. Er erklärte sich aber bereit, dem französischen Grafen alljährlich kostenlos einhundert der Super-Zigarren zukommen zu lassen. Das brachte das Faß zum Überlaufen. Solch ein ordinärer Tauschhandel war dem Grafen nun wirklich zuviel. In Bordeaux strengte er einen Prozeß an und gewann sowohl in erster wie in zweiter Instanz.

(SAD)

Tod nach radioaktiver Verseuchung

AFP, Casablanca

Sechs Angehörige einer marokkanischen Familie in Casablanca sind in der vergangenen Woche durch radioaktive Verseuchung ums Leben gekommen. Wie erst jetzt bekannt wurde, hatte ein Arbeiter eine Tablette mit nach Hause genommen, die einen radioaktiven Stoff enthielt. Die Behörden währten über die Art der „Tablette" strengstes Stillschweigen. Doch soll es sich um einen radioaktiven Stoff gehandelt haben, der zur Überprüfung der Nahtstellen bei geschweißten Rohren verwendet wird. Außer den sechs Opfern sind 20 Nachbarn radioaktiv verseucht worden, von denen drei zur Behandlung ins Ausland überführt wurden. Drei leitenden Angestellte des Unternehmens wurden verhört. Bei dem Unternehmen soll es sich um ein Kraftwerk in Mohammedia (20 Kilometer nördlich von Casablanca) handeln, in dem 650 Personen beschäftigt sind.

Mord statt Entführung?

AP, London

Der Vater eines mongoliden Säuglings, dessen Fernsehappell an die angeblichen Entführer seiner Tochter Louise die britische Öffentlichkeit bewegte, wird seit dem Wochenende des Mordes beschuldigt. Der 30 Jahre alte Paul Brown hatte am 29. Mai die Entführung des damals 15 Tage alten Mädchens gemeldet. Nach der Leiche des Kindes wird noch gefahndet.

Bummelstreik

dpa, Rom

Die Folgen des Bummelstreiks italienischer Zöllner haben sich am Wochenende erheblich ausgeweitet. Da ein Teil der Grenzbeamten Überstunden verweigert, ruhte die Zollabfertigung an einigen Grenzen und an den Flughäfen vom Samstag mittag bis gestern früh. Die Folgen des Dienstes nach Vorschrift waren lange Lkw-Schlangen an den Übergängen nach Frankreich, Österreich und Jugoslawien.

Brandanschlag aufgeklärt

dpa, Mettmann

Der Brandanschlag, dem am vergangenen Mittwoch ein 73 Jahre alter Drogist und dessen 61jährige Ehefrau in ihrem Fachwerkhaus in der rheinisch-bergischen Kreisstadt Mettmann zum Opfer gefallen waren, ist aufgeklärt. Gegen einen 31 Jahre alten arbeitslosen Starkstromelektriker erging am Wochenende Haftbefehl.

Ärzte vor Gericht

dpa, Berlin

Wegen Vergewaltigung einer Kollegin müssen sich seit Freitag zwei Gynäkologen der Charlottenburger Universitätsklinik vor dem Berliner Landgericht verantworten. Der Prozeß begann unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit. Den beiden Ärzten wird vorgeworfen, während ihrer Dienstzeit in der Nacht zum 22. Dezember 1983 eine Anästhesistin vergewaltigt zu haben.

Teures Pflaster

dpa, München

Die Flughäfen in München und Frankfurt sind für Autofahrer teure Pflaster. Für einen zweiwöchigen Parkplatz auf dem Rhein-Main-Flughafen müssen sie 119 Mark berappen. In München zahlt man zwischen 105 und 133 Mark.

Explosion auf der Werft

AP, Milford Haven

Durch drei aufeinanderfolgende Explosionen im Maschinenraum des britischen Küstentankers „Pointsman" sind auf einer Werft in Milford Haven in Wales vier Besatzungsangehörige ums Leben gekommen.

ZU GUTER LETZT

„Der kleine Schnauzbart ist ein Temperamentbündel mit perfekter Ballbehandlung."

Internationale Sport-Korrespondenz über den portugiesischen Fußball-Spieler Fernando Chalana.

WETTER: Freundlicher

Wetterlage: Unter dem Einfluß eines von den Azoren nach Mitteleuropa gerichteten Hochdruckkeils wird auch im Norden und Osten die eingeflossene kühle und wolkenreiche Nordseeluft erwärmt.



Stationen 12 bedeckt. West Stärke 5, 18°C. bedeckt, still. ≡ Nebel, Sprühregen, Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Montag:

Ganz Deutschland: Im Südwesten und in Teilen Westdeutschlands teils heiter und teils wolkig und Erwärmung auf 19 bis 23 Grad. In den anderen Gebieten allmähliche Bewölkungsauflockerung, weitgehend niederschlagsfrei und Erwärmung auf 17 bis 21 Grad. Tiefstwerte nachts bei 10 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im Norden wieder wolkiger, sonst weiterhin freundlich. Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	14°	Kairo	27°
Bonn	16°	Kopenh.	18°
Dresden	15°	Las Palmas	30°
Essen	13°	London	22°
Frankfurt	15°	Madrid	25°
Hamburg	13°	Mailand	22°
List/Sylt	12°	Mallorca	26°
München	16°	Moskau	15°
Stuttgart	18°	Nizza	22°
Algier	24°	Oslo	19°
Amsterdam	16°	Paris	20°
Athen	26°	Prag	14°
Barcelona	22°	Rom	24°
Brüssel	17°	Stockholm	21°
Budapest	19°	Tel Aviv	28°
Bukarest	22°	Tunis	30°
Helsinki	16°	Wien	19°
Istanbul	24°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* **am Dienstag**: 4.49 Uhr, Untergang: 21.50 Uhr; **Mondaufgang:** 1.20 Uhr, Untergang: 10.41 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

In Tibet vertreiben die Pandas 1800 Menschen

rtr, ***Wolong***

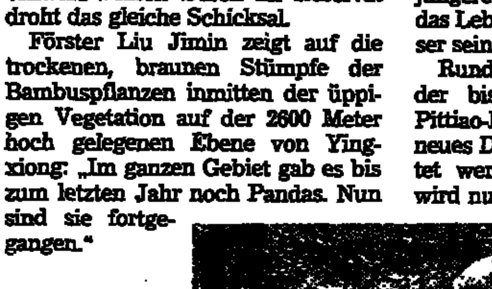
Rund 1800 Tibetaner sollen in der westchinesischen Provinz Sichuan den vom Aussterben bedrohten Panda-Bären weichen. Weil den seltenen Tieren in ihrem bisherigen Lebensraum die begehrten Bambussprossen ausgehen, will die Regierung ganze Dörfer der tibetanischen und anderer Volksgruppen im Naturschutzgebiet von Wolong umsiedeln. Doch die Hochlandbewohner sperren sich. Die Regierung hat dem Tierschutz in diesem Fall offensichtlich aber den Vorrang gegeben.

„Wir werden nicht fortgehen. Hier bin ich geboren", sagt die 35jährige Li Jiaxing stellvetretend für viele. Andere Einwohner wollen sich letztlich der Entscheidung fügen, die die Ansammlungen von Holzhütten am Pittiao-Fluß zum Untergang verurteilt. Drei Jahre habe die Regierung in Peking für die Umsiedlung angesetzt, erklärt der Direktor des Reservats, Lai Binghui. Aber seit dem vergangenen Jahr habe die Dringlichkeit zugenommen.

Seit dem vergangenen Jahr sind 95 Prozent der Bambuspflanzen, die Lieblings- und Hauptnahrung der Pandas, verdorrt. Neue Triebe wollen nicht sprießen, eine Erscheinung, die immer wieder mal im Abstand von Jahrzehnten auftritt und die Pflanzen für Jahre hinaus unfruchtbar macht. Ein Dutzend Pandas sollen seither schon umgekommen sein, und mindestens 60 der verbliebenen rund 100 schwarz-weißen Bären im Reservat droht das gleiche Schicksal.

Förster Liu Jimin zeigt auf die trockenen, braunen Stümpfe der Bambuspflanzen inmitten der üppigen Vegetation auf der 2600 Meter hoch gelegenen Ebene von Yingxiong: „Im ganzen Gebiet gab es bis zum letzten Jahr noch Pandas. Nun sind sie fortgegangen."

Um Nahrung zu finden, müssen die scheuen Tiere ihre Schlupfwinkel verlassen und auf unter 600 Meter herabziehen, wo andere, noch fruchtbare Bambusarten wachsen. Doch genau dort leben die Tibetaner, die deshalb umgesiedelt werden sollen. „Es ist kein einfacher Vorgang, die Leute zum Fortgehen zu überreden", sagt Shi Junyi, ein Panda-Fachmann im Ministerium für Waldbau. Man könne sie nicht einfach vertreiben. Doch jüngere Dorfbewohner sähen, daß das Leben in den neuen Häusern besser sein werde.



Possierliche Zeitgenossen in Not: die Pandas. FOTO: DPA

Rund 25 Kilometer entfernt von der bisherigen Siedlung soll am Pittiao-Fluß für eine Million Mark ein neues Dorf aus Ziegelhäusern errichtet werden. Nach der Umsiedlung wird nur noch eine Forschungs- und Zuchtstation im Tal verbleiben.

Weiter unten am Fluß wird jedoch, trotz der Proteste chinesischer Tierschützer, ein Wasserkraftwerk mit 160 000 Watt Leistung gebaut. Das Projekt werde als lebenswichtig für die Entwicklung der Region betrachtet, erklärt der oberste Tierschützer im Waldministerium von Sichuan. Der Baulärm solle aber begrenzt werden, und die Bautrupps mit ihren Lastwagen würden schon im kommenden Jahr verschwinden.

Um die Lebensweise der Pandas besser kennenzulernen, haben Naturschützer von Wolong fünf Beobachtungsstationen entlang des Flusses errichtet. Sechs Bären wurden zudem mit Sendern versehen, um ihre Wanderung zu verfolgen. Für Notfälle wurden 80 Bewohner der Region angeworben, die bei Streifzügen durch die Berge nach sterbenden Pandas Ausschau halten sollen.

Auch für die Bären-Nahrung wird einiges getan. Die Naturschützer erforschen den Lebenszyklus des Bambus und haben rund 150 Hektar mit neuen Sprößlingen angepflanzt. Da die Tiere auch Fleisch fressen, wurde Schweine- und Schafsfleisch ausgelegt. Damit sollten sie auch zu noch fruchtbaren Bambuspflanzungen gelockt werden. Doch die Pandas können von Fleisch alleine nicht leben. Und so wandern sie zumeist wieder zurück zu ihren angestammten Futterplätzen, wo sie vergebens nach ihrem Bambus suchen.